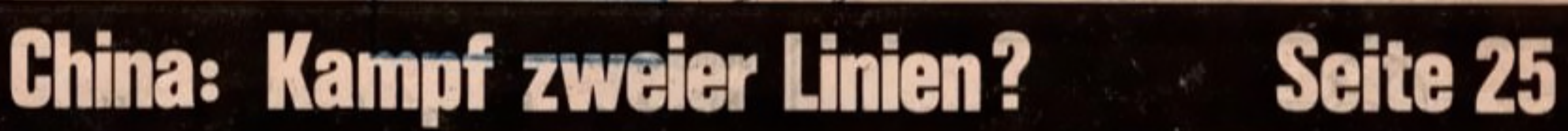
C 21734 D





Arbeiterkampf

Jg. 6 Nr. 76 15.3.76 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 1,–



Streikende Kollegen der Krupp-Maschinenfabrik in Essen

5,4%

Nach 14-stündigen Verhandlungen in der vornehmen Atmosphäre des Schloßhotels in Ludwigsburg wurde am vergangenen Freitagmorgen zwischen IGM-Gewerkschaftsführern und den regionalen Metallkapitalisten der erste Lohnraubabschluß dieses Jahres ausgehandelt: Die 840.000 Metallarbeiter des kampfstarken Bezirks Nordbaden/Nordwürttemberg sollen ab 1. April (!) 1976 5,4 % mehr Lohn bekommen. Für die ersten drei Monate des Jahres werden je DM 110,- (zusammen DM 330,-) Pauschale gezahlt, die Laufzeit des Tarifvertrages beträgt 12 Monate. Für 1977/78 (!) gibt es einen Tag Urlaub mehr. Eine besondere Provokation stellen die „Erhöhungen" der Ausbildungsvergütungen für Lehrlinge dar: im ersten und zweiten Lehrjahr DM 25,-, im dritten und vierten Lehrjahr DM 30,- brutto (!).

Wie nicht anders zu erwarten, wird dieser Abschluß von Gewerkschaftsführern und regionalen Kapitalisten als *„fairer Kompromiß"* verkauft. IGM-Bezirksleiter Steinkühler zu dem Abschluß: *„Auch wenn unsere Forderung von 8,5 % nicht erfüllt worden ist, können wir (?) zufrieden sein"* („Welt", 13./14.3.76). Die Kollegen in den Metallbetrieben, die ihre Kampfbereitschaft immer wieder durch Warnstreiks eindrucksvoll demonstriert haben, werden hierüber sicherlich anders denken!

Selbst die bürgerliche Presse charakterisiert in ersten Kommentaren den Abschluß unverhohlen als Lohnraub: Wer den alle Preis- und Steuererhöhungen berücksichtigt, *„so heißt das nichts anderes, als daß die Realeinkommen sinken, daß sich die Arbeitnehmer für ihren höheren Lohn weniger als im vergangenen Jahr kaufen können"* („Welt").

Allein die Preise für Nahrungsmittel haben sich nach den neuesten Angaben des Bundesernährungsministeriums im Februar gegenüber dem Vorjahr um

Allein die Preise für Nahrungsmittel haben sich nach den neuesten Angaben des Bundesernährungsministeriums im Februar gegenüber dem Vorjahr um 7,4 % erhöht („SZ", 13.3.76).

Bei soviel „Offenheit" der Kapitalisten erscheint der betrügerische Versuch der Gewerkschaftsführer, diesen Abschluß auch noch als „Kaufkraftverbesserung" verkaufen zu wollen, umso frecher. Durch allerlei Rechenakrobatik bringen sie es sogar noch fertig, aus dem 5,4 % Abschluß einen 5,7 bis 6,2 % Abschluß (je nach Lohngruppe) zu machen („FAZ", 13.3.76). Entgegen der üblichen Praxis ist allerdings selbst bei diesem niedrigen Abschluß eine Übertragung auf die übrigen Bezirke, in denen die Verhandlungen bisher erfolglos waren (und zum Teil abgebrochen wurden) nicht zu erwarten!

Während die Metallkapitalisten Nordbaden/Nordwürttemberg diesem Abschluß zustimmen, lehnte der Verband aller Metallkapitalisten der BRD („Gesamtmetall") das Ergebnis *„aus Verantwortung gegenüber den im harten Existenzkampf stehenden Unternehmen der Metallindustrie"* ab („SZ", 13.3.76).

Damit haben die Metallkapitalisten deutlich gemacht, *„daß sie der festen Überzeugung sind, zu einem Tarifabschluß unterhalb der Fünf-Prozent-Grenze kommen zu können"* („SZ").

Die Kapitalisten *„wollen sich offenhalten, in den kommenden Tarifverhandlungen für die anderen Bezirke des Bundesgebietes eigenständige Lösungen zu finden... In Stuttgart ist dieses Mal wohl kein Signal gesetzt worden"* („FAZ", 13.3.76).

Insbesondere für den Öffentlichen Dienst hat die Bundesregierung inzwischen erklärt, *„daß der Tarifabschluß in der Metallindustrie nicht der Maßstab für eine Tarifeinigung sein könne"* („FAZ").

Damit ist einem noch stärkeren Lohnraub der Arbeiter und Angestellten in den übrigen Bezirken der Metallindustrie und den anderen Branchen das Wort geredet!

Von den Gewerkschaftsführern ist – ihre bankrotte Tarifpolitik beweist es – gegen diese Pläne der Kapitalisten und des bürgerlichen Staates kein entschiedener, über den üblichen, *„zum Geschäft gehörenden ‚Schlachtenlärm'"* hinausgehender Widerstand zu erwarten („Kölner Stadt-Anzeiger", 13.3.76).

Während alle Prognosen, selbst die der gewerkschaftlichen Wirtschaftsinstitute, inzwischen einen „Wirtschaftsaufschwung für den Sommer 1976" erwarten und erstreben, sind es wiedermal die Arbeiter und Angestellten, die die Zeche zahlen sollen. Arbeiten wir daran, daß dieser Sommer für die Kapitalisten ein „heißer" Sommer wird! ●

„Polenverträge" verabschiedet!

Wochenlang waren CSU und CDU mit niedrigster Demagogie, antisozialistischer und chauvinistischer Hetze gegen die sogenannten „Polen-Verträge" Sturm gelaufen, hatten Forderungen zur Abänderung der bereits ausgehandelten Abkommen sowohl an die Bundesregierung als auch an die polnische Regierung gestellt und hatten ein Scheitern des vom Bundestag bereits verabschiedeten Vertragswerks bei dessen Behandlung im Bundesrat angekündigt, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt würden. Am 12. März schließlich stimmten alle von der „Union" regierten Bundesländer (zusammen mit den Vertretern der Regierungskoalition) **für die Verträge.**

Von der polnischen Seite waren zuvor drei „Klarstellungen" zu den Vertragstexten gegeben worden:

– Am 9. März gab der polnische Außenminister „Erläuterungen" zum Verständnis seiner Regierung über die völkerrechtliche Verbindlichkeit der Vereinbarungen ab. Er versicherte, daß die polnische Seite die Abmachung über die Ausreise „deutschstämmiger" Polen ebenso einhalten werde wie sie von der Bundesregierung erwarte, daß diese die sich aus dem sogenannten Rentenabkommen ergebenden Verpflichtungen einhalten werde. Diese Erklärung, die in Form eines Interviews mit der polnischen Nachrichtenagentur PAP abgegeben wurde, fanden CDU/CSU „nicht ausreichend".

– Daraufhin drängte die Bundesregierung (auf Drängen der „Union") die Regierung Polens, einem Briefwechsel zuzustimmen, in dem abermals betont wurde, daß *„... auch nach der Ausreise der zugesagten 120. bis 150.000 Personen innerhalb von vier Jahren alle Deutschen umsiedeln können, die dies wollen".*

– Da die CDU/CSU-Führer nunmehr ultimativ verlangten, daß auch noch das Wort *„können"* aus der oben zitierten Passage gestrichen werden müßte, bedrängte Außenminister Genscher seinen polnischen Amtskollegen noch am Vorabend der entscheidenden Abstimmung im Bundesrat (am 11. März), auch dieser Erpressung noch nachzugeben – was dann auch geschah!

CDU und CSU haben sich also mit ihren „Vorstellungen" und ihrer Erpresserpolitik in dieser Frage der Außenpolitik durchgesetzt. Die „sozialliberale" Bundesregierung hat sich bereitwillig zum Erfüllungsgehilfen dieser Politik gemacht. Am Vertragswerk selbst hat sich dabei kaum etwas geändert: Die polnische Regierung hatte schon in ihren „Informationen zur Aussiedlung" von 1970 unmißverständlich erklärt, daß *„... Personen, die die Kriterien erfüllen und auszureisen wünschen, dies unter Beachtung der in Polen geltenden Gesetze und Rechtsvorschriften tun können"* („FR", 13.3.). Ferner war im „Aussiedlungsprotokoll" der jetzt vereinbarten Verträge ausdrücklich eine sogenannte „Offenhalteklausel" vereinbart, die die Ausreise der „deutschstämmigen" Polen auch nach den vereinbarten 125.000 absichern sollte.

Den CDU/CSU-Reaktionären ging es mithin nicht darum, sachlich „begründete Zweifel" an der Vertragstreue des polnischen Verhandlungspartners auszuräumen – wie sie immer wieder behaupteten – sondern einzig und allein darum, die polnische Regierung zu demütigen (indem diese gezwungen wurde, bereits vertraglich gesicherte Zusagen und Selbstverständlichkeiten mehrmals zu wiederholen).

Es geht auch darum, der SPD vorzuwerfen, sie würde „leichtfertig deutsche Interessen preisgeben", während die CDU/CSU durch „hartes Auftreten" viel bessere Ergebnisse durchsetzen könne. So behauptete Strauß demagogisch: *„Der Vertrag war dilettantisch vorbereitet, miserabel ausgehandelt, zweideutig formuliert und in seiner Wirkung unabsehbar. Wenn Verbesserungen erreicht wurden, so ist das in erster Linie ein Erfolg der Christlich-Sozialen Union"* („Bild am Sonntag", 14.3.76). Auf der Hand liegt, daß die polnische Regierung mit ihrem mehrfachen Zurückweichen den demagogischen Befürwortern einer „harten Verhandlungstaktik" die besten Schein-Argumente geliefert hat.

Darüber hinaus wurde die Debatte um die „Polen-Verträge" vor dem Bundestag, aber auch auf Wahlkampfveranstaltungen etc. von den Vertretern der schwarz-braunen Reaktion zu einer zügellosen nationalistischen Hetze, zu Versuchen der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens und zu schamlosen Geschichtsfälschungen benutzt.

In Anspielung auf das Rentenabkommen zwischen der BRD und Polen (das eine pauschale Abgeltung von unbestreitbaren Rentenansprüchen polnischer Arbeiter, die während des Nazi-Regimes nach „Großdeutschland" deportiert und dort unter unbeschreiblichen Bedingungen zur Arbeit gezwungen worden waren, regelt) sagte der Faschist F.J. Strauß z.B., daß man den Verantwortlichen in Warschau *„nicht immer wieder Gelegenheit geben"* dürfe, *„uns dann neue Deutsche zu bieten, wenn sie gerade wieder in Zahlungsschwierigkeiten sind"* (!) („BamS", 14.3.76).

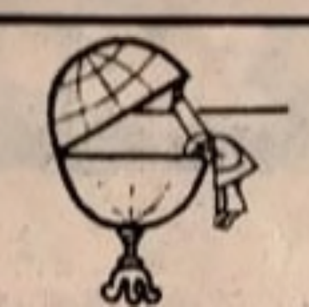
Noch plumper, aber nicht weniger niederträchtig äußerte sich Strauß' Parteikumpan Jäger zum selben Thema und fand es *„besser, die Bundeswehr stärker aufzurüsten, als Steuergelder an Polen zu verschenken"* (!!).

Diese Sprüche müssen vor dem Hintergrund der ungeheuren Verbrechen des deutschen Faschismus am polnischen Volk gesehen werden, das millionen Menschenleben geforderte und ebensoviele Menschen physisch und moralisch zugrunde gerichtet hat. Allein von den zwei Millionen polnischen Zwangsarbeitern haben im „Großdeutschen Reich" 137.021 ihr Leben verloren (lt. „Vorwärts", 26.2.76).

In diesem Zusammenhang ist noch erwähnenswert, daß die polnische Regierung mit der jetzt vereinbarten Abgeltung von Rentenansprüchen auf die seit über 30 Jahren ausstehenden Entschädigungszahlungen für KZ-Opfer verzichtet hat!

„Versöhnung", so tönte der außenpolitische Sprecher der „Union", Werner Marx, sei sowieso *„eine Sache der Theologie, nicht der Politik"*. Sein Fraktionschef Carl Carstens „vertiefte" diese Auffassung dann sogar noch mit der Behauptung, daß eine Darstellung, wonach das *„tragische Leid, das das polnische Volk erlitten habe, ausschließlich auf deutsche Schuld ..."* zurückgehe, eine *„verfälschende Darstellung der deutschen Geschichte sei"* („Frankfurter Rundschau", 20.2.76)!

Nach sehr vielem Hin und Her, wobei es zeitweise fraglich schien, ob die CDU/CSU überhaupt den Verträgen zustimmen würde, oder ob sie ihnen im Bundesrat neue Hindernisse in den Weg legen würde, hat sich die CDU/CSU schließlich für eine Zustimmung entschieden. Dies offenbar nicht zuletzt unter dem Eindruck der Tatsache, daß lt. Umfragen 55% der wahlberechtigten BRD-Bürger glauben, *„daß die Verträge mit Polen zur Aussöhnung zwischen den beiden Völkern beitragen"*. Nur 27% glauben nicht an die „Aussöhnung" („BamS", 14.3.). – Ganz sicher hat die CDU/CSU aber durch ihre Taktik, mit Hilfe der zurückweichenden Haltung von SPD/FDP und der polnischen Regierung, einige wahlpolitische Pluspunkte sammeln können. ●



Blick in die Welt

Portugal

Gefahr eines erneuten Rechtsputsches

Nachdem die rechten Militärs ihre Führungsposition durch ihren Putsch vom 25. November stabilisieren konnten, scheinen sie nun entschlossen zu sein, auch ihre letzten Opponenten im Militärapparat zu beseitigen.

In den letzten Wochen häufen sich die Angriffe gegen die sozialdemokratisch orientierte Gruppierung innerhalb des Militärs, die sogenannte „Gruppe der Neun", deren wichtigste Vertreter der Außenminister Melo Antunes und der Oberbefehlshaber der Militärregion Lissabon, Vasco Lourenco, sind.

Die Kampagne der Rechten erreichte einen Höhepunkt, als der Oberbefehlshaber der Luftwaffe, General Morais da Silva, kürzlich eine Rede hielt, in der er die Anerkennung der VR Angola durch die portugiesische Regierung scharf kritisierte. Im weiteren richtete er sich gegen die „politischen" Offiziere, die sich angeblich „der Einführung eines demokratischen Regimes widersetzen und nicht in Ruhe ihre Wahlniederlage abwarten wollen". „Sie gebrauchen eine sehr feine, aber nicht weniger gefährliche Taktik, indem sie einen Versuch zu einem aussichtslosen Putsch unternehmen und damit einen Gegenputsch hervorrufen".

Damit folgt Morais da Silva der bewährten Taktik der portugiesischen Reaktionäre, die seit dem 25. April ständig vor „linksputschistischen Abenteuern" und „kommunistischen Machtergreifungen" gewarnt haben und in Wirklichkeit selbst unaufhörlich Putschversuche vorbereitet und initiiert haben.

Am 8. März stieß der Oberbefehlshaber der Marine, Vizeadmiral Souto Cruz, nach und warnte vor „Putschplänen einer aktiven Minderheit" und „politischen Abenteuern einiger Offiziere".

Auch hier handelte es sich um direkte Angriffe gegen die Gruppe um Melo Antunes. Die rechten Militärs werfen der Gruppe um Melo Antunes besonders vor, daß sie nicht bereit ist, unter der demagogischen Parole der „politischen Neutralität der Armee" den vollständigen Rückzug aus der Politik anzutreten und das Feld den Rechten zu überlassen.

Alles deutet daraufhin, daß die militärische Rechte nun gewillt ist, nach dem Muster der „Gegenwehr gegen einen Linksputsch" die Anhänger der Gruppe der Neun, die immer noch im (Konter-)Revolutionsrat vertreten ist, auszuschalten, wie sie dies zuvor schon am 25. November mit den revolutionären und revisionistischen Militärs getan hat.

Das Kräfteverhältnis ist in diesem Falle noch eindeutiger auf Seiten der Rechten, als dies im November der Fall war.

Damit wäre ein weiterer großer Schritt in Richtung auf eine faschistische Diktatur getan.

Portugal-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Jugoslawien

Wieder „Kominformisten" vor Gericht

Neun weitere „Kominformisten" stehen derzeit in der bosnischen Stadt Banja Luka vor Gericht.

Als „Kominformisten" wurde seit Ende der 40er Jahre die linke Opposition verfolgt, die sich dem revisionistischen Kurs Titos und dem Bruch mit Stalin und der Sowjetunion widersetzte. Tausende jugoslawischer Kommunisten wurden damals in KZ's verschleppt, grausam gefoltert, zu jahrelanger Zwangsarbeit verurteilt.

Die heutigen Formen der Verfolgung sind kaum schwächer: So wurden 1974 in einem Prozeß gegen 30 bis 40 „Kominformisten" in Montenegro langjährige Gefängnisstrafen, bis zu 14 Jahren, verhängt. Das einzige „Verbrechen" der Angeklagten soll darin bestanden haben, daß sie eine „illegale" Partei gegründet und ein Programm verbreitet hatten. In einem ähnlichen Prozeß gegen sieben „Kominformisten" in der bosnischen Stadt Tuzla 1975 gab es Strafen bis zu neun Jahren.

Hauptangeklagter im jetzigen Prozeß ist der Genosse Gorko Bjelajac, ein bekannter Held des antifaschistischen Partisanenkampfes. Er hat schon früher fünf Jahre wegen „Kominformismus" absitzen müssen. Auch zwei weitere Angeklagte sind alte Partisanenkämpfer.

Den Angeklagten wird vorgeworfen, sie hätten das Programm und Statut einer „Marxistisch-Leninistischen Kommunistischen Partei Jugoslawiens" verbreitet. Dies gilt, wie man inzwischen weiß, unter der terroristischen Tito-Diktatur als schweres Verbrechen...

Als Führer der „kominformistischen" Partei gilt der Oberst Vlado Dapcevic, der seit letztem Herbst in Belgrad in Haft ist. Sein Prozeß soll jetzt im April beginnen. Genosse Dapcevic war schon 1948 zu 20 (!!) Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden, 1956 aber freigelassen worden. Sein Standort scheint aus folgender Äußerung deutlich zu werden: „**Ich betrachte die Politik der sowjetischen Parteiführung als ebenso konterrevolutionär und revisionistisch wie die der Tito-Clique**" („FAZ", 28.11.75).

Tunesien:

Die Studentenunruhen sind nur die Spitze des Eisberges

Die politischen Gefangenen in Tunesien sind am 8. März in einen Hungerstreik getreten. Sie fordern: die sofortige Freilassung ihres Kameraden Najib Eleuch, der bis zum Wahnsinn gefoltert wurde (wir berichteten in AK 75 darüber) sowie humane Haftbedingungen für alle Gefangenen.

Dieser Hungerstreik ist nicht die erste Aktion, schon seit langem führen die politischen Gefangenen den Kampf gegen die Zustände in den Strafanstalten: Am 3.2.1975 traten die Gefangenen in Bourg Erroumi in einen Hungerstreik; sie verlangten freien Briefwechsel, Ende der Isolierhaft gegen ihren Genossen Ahmed Ben Othmem (der als vermuteter Rädelsführer am schlimmsten gefoltert wurde), uneingeschränkten Kontakt zwischen allen Gefangenen. Sie erreichten mit ihrer Aktion eine rechtzeitige Austeilung der Post, Bett und Matratze für jeden.

Im April 1975 wurde als Disziplinarmaßnahme jeglicher Besuch verboten. Da die Verpflegung in den Gefängnissen unzureichend ist und die politischen Gefangenen auf Essen von ihren Verwandten angewiesen sind, war dies eine besonders harte Maßnahme. Ein daraufhin durchgeführter Hungerstreik zwang die Administration zur Zurücknahme des Besuchsverbotes.

Im Juli 1975 traten die politischen Gefangenen aus Kasserine (ein aus amerikanischer „Entwicklungshilfe" neu gebautes Gefängnis) in einen Hungerstreik, um der Verzögerung ihrer Prozesse entgegenzutreten. Ein Gefangener mußte zwangsernährt werden. Anstelle eines Arztes wurde dazu jedoch ein Tierpfleger geholt! Dieser Skandal drang an die Öffentlichkeit und führte zum Bekanntwerden der Liste aller Gefangenen in „Untersuchungshaft". Im September wurden diese Gefangenen vom Sicherheitshof bis zu neun Jahren Haft verurteilt. Sie wurden nach Bourg Erroumi gebracht und dort von den anderen Gefangenen isoliert. Als diese davon erfuhren, haben sie bei der Gefängnisdirektion protestiert und einen Tag später (20.10.75) einen Hungerstreik begonnen, der am nächsten Tag zum gewünschten Erfolg führte! (Nach Information Tunesischer Genossen.)

Afrika-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Massenkämpfe in Italien

Auf den Generalstreik in Italien am 6. Februar dieses Jahres folgte eine fast ununterbrochene Kette von Streiks, Demonstrationen und Versammlungen in ganz Italien. Im Kampf stehen nicht nur die Industriearbeiter, bei denen es noch um den Abschluß der Tarifverträge geht, sondern auch die organisierten Arbeitslosen, die Schüler und Studenten.

Generalstreik in Latium

Am 24. 2. traten alle Arbeiter der Region Latium (das Gebiet zwischen Rom und Neapel) in einen 24stündigen Generalstreik, der von den Gewerkschaften ausgerufen worden war. Es ging dabei um die Auswirkungen der Krise, die in dieser Region besonders schlimm sind: In den letzten Wochen sind 4.000 Arbeiter in der Industrie und 15-20.000 Arbeiter im Handwerk und im Dienstleistungssektor gekündigt worden. Heute gibt es in Latium bereits 250.000 eingetragene Arbeitslose. In ganz Latium fanden an diesem Tag Demonstrationen und Versammlungen statt. Die organisierten Arbeitslosen (nach Angaben der italienischen linken Organisation Lotta Continua umfaßt die organisierte Bewegung der Arbeitslosen bereits über 500.000 Menschen) nahmen in Rom erstmals als eigener Block an der Gewerkschaftsdemonstration teil.

Dem Block der Arbeitslosen schloß sich während der Demonstration eine Gruppe behinderter Jugendlicher an, die Parolen gegen ihre schlechte Situation und die Diskriminierung der Körperbehinderten in der kapitalistischen Gesellschaft riefen.

PCI-Funktionäre versuchten während der Demonstration in Rom, den Zeitungsverkauf der linken Organisationen, vor allem von Lotta Continua, zu verhindern und Transparente, die nicht auf der gewerkschaftsoffiziellen Linie lagen, aus dem Zug zu drängen, was ihnen allerdings nicht gelang. Die Hauptparolen wurden für Lohnerhöhungen und gegen die Entlassungen gerufen. Im Block der Arbeitslosen wurde immer wieder gerufen: „Wir haben ein Recht auf Arbeit – die Arbeitslosen sind nicht mehr still!", „Arbeitslose und Arbeiter zusammen werden der Regierung Moro das Winseln lehren!".

Die Kämpfe der Metallarbeiter

Kernpunkt der diesjährigen Tarifkämpfe der italienischen Arbeiterklasse sind die Streiks und Aktionen der Metallarbeiter. In den FIAT-Werken gab es im Februar und in den ersten Märzwochen täglich Arbeitsniederlegungen in den Abteilungen und Umzüge der Arbeiter durch die Fabriken.



Fiat-Arbeiter beim Verlassen von Mirafiori/Turin.

In Bari (Süditalien) folgten am 25. Februar 90 - 95 % der Metallarbeiter einem Aufruf zum Generalstreik als Antwort auf eine vorausgegangene Polizeiprovokation gegen streikende Arbeiter. Vor dem FIAT-Werk in Bari versammelten sich 3.000 Arbeiter und einige hundert Studenten.

Am 24. 2. war bei FIAT Rivalta ein Genosse von Lotta Continua, Pietro Concas entlassen worden, einen Tag später mußte er wieder eingestellt werden und wurde jubelnd von seinen Kollegen begrüßt.

Am 26. 2. fanden Streiks der Metallarbeiter in ganz Italien statt. Besonders kämpferisch waren die Demonstrationen der Arbeiter in Turin (in den FIAT-Werken Miafiori und Rivalta), in Caserta, Parma, Brescia und Ivrea. Die Mirafiori-Arbeiter legten in allen Abteilungen für drei Stunden die Arbeit nieder und zogen mit Parolen durch das Werksgelände, die eine einheitliche Lohnerhöhung von 50.000 Lire (ca. 200 DM) für alle Herabsetzung der Preise und Beschäftigung für alle forderten.

In Caserta zogen 5.000, in Parma 3.000 und in Brescia 4.000 Metaller durch die Stadt und riefen: „Weg mit der Regierung des CIA", „In der DC (Christdemokraten) sind alle Gauner", „Es ist Zeit – die Macht denen, die arbeiten!".

Diese und ähnliche Transparente und Parolen hatten auch die 15.000 Metallarbeiter, die am 3. März in Bologna demonstrierten. Erwähnenswert sind noch die Aktionen der Mirafiori-Arbeiter am 6. März. An diesem Tag zogen 3.000 Arbeiter nicht nur durch die Fabrik, sondern sie marschierten in einer Demonstration zum Markt, wo sie Parolen gegen die Kapitalisten („Diebe, Halsabschneider") riefen und wo sie von den Hausfrauen begeistert empfangen wurden. Auf Transparenten hatten sie geschrieben: „50.000 Lire für alle, Nein zur Aufspaltung in verschiedene Lohngruppen – Senkung der Preise – Autoreduzione". (Autoreduzione bedeutet, daß die Arbeiter die Preise in den Kaufhäusern herabsetzen und die Waren dann zu den verbilligten Preisen verkaufen. In diesen – in Italien weit verbreiteten Aktionen – haben sich besonders die Frauen immer als sehr kämpferisch erwiesen).

Nationale Demonstration der Arbeitslosen

Am 6. März hatten die Komitees der organisierten Arbeitslosen zu einer nationalen Demonstration in Rom aufgerufen. 20.000 kamen nach Rom, davon allein 7 - 8.000 Arbeitslose aus Neapel. Die Demonstration, die über mehrere Stunden ging, hatte einen sehr kämpferischen Charakter. Mit Trommeln zogen Gruppen von arbeitslosen Kollegen durch die Straßen Roms und riefen Parolen für die Beschäftigung aller Arbeiter, Unterstützung der Tarifkämpfe und der Fabrikbesetzungen (v.a. kleine Fabriken, die die Kapitalisten aufgeben bzw. ins Ausland verlagern wollen, sind in Italien besetzt). Auf den Transparenten wandten sich die Arbeitslosen gleichfalls gegen die Schwarzarbeit, die sie gezwungenermaßen annehmen müssen, und gegen die Regierung Moro.

Auf die Bewegung der Arbeitslosen, die in Italien sehr breit ist, wollen wir in einem der nächsten AKs ausführlich eingehen.

Italien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Die ersten Kollegen der Arbeitslosenkomitees kamen am 3. März um 5 Uhr früh am Hauptbahnhof in Rom an. Auf den Blechtrommeln steht „Lavoro" (Arbeit).

Angola: Die Volksrepublik konsolidiert sich



Konsolidierung der Volksrepublik Angola – unter diesem Stichwort kann man die jüngste Entwicklung in Angola zusammenfassen. Selbst die Gulf Oil Company, die sich monatelang weigerte, dem angolanischen Staat die Erdölförderungsgebühren für Cabinda zu zahlen, mußte die fälligen 102 Mio. Dollar freigeben und damit eingestehen, daß die MPLA-Regierung unwiderruflich fest im Sattel sitzt. Die Mobutu-Regierung in Zaire und die Regierung Kaunda in Sambia konnten ebenfalls nicht umhin, der politischen Lage Rechnung zu tragen und mit der MPLA-Regierung über eine „Verbesserung der politischen Beziehungen" und „Fragen des wirtschaftlichen Austausches" zu verhandeln.

Besonders deutlich wird dieser politische Umschwung an der Politik der Regierung Mobutu. Zaire war während der ganzen Monate Aggressionsbasis gegen die MPLA. Zairische Truppen haben auf Seiten der FNLA gekämpft, weiße Söldner wurden über Zaire nach Angola eingeschleust und versorgt, die finanzielle Unterstützung der FNLA/UNITA -Truppen wurde über Zaire abgewickelt und schließlich war die Mobutu-Regierung in der OAU und bei verschiedenen Anlässen der Hauptgegner einer Anerkennung der MPLA-Regierung und Hauptpropagandist der FNLA/UNITA-Koalition.

Heute erklärt Mobutu scheinheilig: *„Wir können nicht die Anwesenheit kubanischer und anderer Söldner auf Seiten von Herrn Neto verurteilen und die Anwesenheit europäischer und weißer Söldner auf der Seite seiner Gegner billigen ... Für uns handelt es sich um eine Prinzipienfrage"*, fährt er fort, und auf die Frage, ob das Schließen der Grenzen für Söldner nicht zur Ausschaltung von FNLA und UNITA mit beigetragen habe, antwortet Mobutu: *„Auf die Frage, ob der Krieg mit Hilfe weißer oder schwarzer Söldner fortgeführt werden sollte, haben wir mit nein geantwortet. Sie können sich die Zahl der Söldner und selbst regulärer Truppen aus afrikanischen Ländern, die über Zaire* (nach Angola) *gingen, gar nicht vorstellen. Das ist erschreckend. Es handelt sich um Tausende"*. („Jeune Afrique", Nr. 790)

Mobutus „Prinzipien" haben sich offensichtlich erst dann entwickelt,

ist erschreckend. Es handelt sich um Tausende". („Jeune Afrique", Nr. 790)

Mobutus „Prinzipien" haben sich offensichtlich erst dann entwickelt,
als der militärische und politische Sieg der MPLA nicht mehr zu verhindern war. Heute läßt Mobutu FNLA und UNITA wie heiße Kartoffeln fallen. Er folgt damit aber nur dem Wink und Beispiel gewisser Kreise des US-Imperialismus und selbst des Rassistenregimes in Südafrika.

Zwei Reisende in Sachen „Interessen des US-Imperialismus", die Herren Coughlin und Moran, Berichterstatter für das US-Senatskomitee für Afrika, stellten jetzt sogar fest, daß das Eingreifen von südafrikanischen Truppen in Angola auf ausdrücklichen Wunsch von UNITA-Häuptling Savimbi geschah („Guardian", 16.2.76). Sie stützten sich in ihrer Berichterstattung auf Gespräche mit Savimbi am 24. und 25. Januar im ehemaligen UNITA-Hauptquartier Silva Porto.

Nach dem Bericht ist Savimbi zweimal nach Südafrika geflogen, um Südafrikas Premier Vorster und militärische Führer zu sprechen. Am 20. Dezember kam es zum direkten Gespräch Savimbi/Vorster. Südafrika weigerte sich angeblich, weitere Truppen nach Angola zu entsenden. Südafrikas Rolle, so Savimbi zu den US-Regierungsbeamten, „ ... *hätte die sein können, einen unabhängigen afrikanischen Staat zu retten und sich dabei noch Freunde in Afrika zu machen"* (a.a.O.).

Der Speichellecker des Imperialismus, Savimbi, spielt die Rolle Süd-

sich dabei noch Freunde in Afrika zu machen" (a.a.O.).

Der Speichellecker des Imperialismus, Savimbi, spielt die Rolle Süd-
afrikas bewußt herunter und bescheinigt dem Rassistenregime, *„peinlich korrekt"* gehandelt zu haben, und daß es zu keinem Zeitpunkt „ ... *ohne die Unterstützung afrikanischer Staaten wie Zaire, Sambia oder Elfenbeinküste gehandelt hätte"* (a.a.O.).

Die Taktik der Imperialisten besteht heute darin, die Aggression Südafrikas möglichst stark herunterzuspielen, selbst um den Preis weitgehender Diskreditierung ihrer Marionetten.

Die südafrikanischen Truppen haben sich von der UNITA-Front im Januar/Februar zurückgezogen, weil sie vor der Alternative standen, sich in Angola in einen kostspieligen und langen Volkskrieg einzulassen, der die Isolierung des Rassistenregimes verschärft und die Widersprüche in der Republik Südafrika zugespitzt hätte. Ohne die direkte militärische Beihilfe des US- und EG-Imperialismus schreckte das Rassistenregime vor dieser Entscheidung zurück. Umso stärker sind deshalb die politischen Bemühungen der südafrikanischen Regierung, ein direktes Militärbündnis mit der Nato einzugehen, und den Operationsauftrag der Nato auch offiziell auf den Südatlantik und den Schutz der „Ölroute" um das Kap der guten Hoffnung auszuweiten.

•

„Ein neuerliches Angola wird von uns nicht toleriert werden" („Le

und den Schutz der „Ölroute" um das Kap der guten Hoffnung auszuweiten.

•

„Ein neuerliches Angola wird von uns nicht toleriert werden" („Le
Monde", 5.2.76). Diese Aussage Kissingers bezeichnet ziemlich exakt die künftige Linie des US-Imperialismus, die eine direkte militärische Verteidigung des südlichen Afrika durch US- und Nato-Truppen nicht ausschließt.

In diese Linie gehören auch Debatten im südafrikanischen Parlament, in denen die Rassisten ein Eingriffs„recht" Südafrikas in Afrika bis hinauf zum Äquator proklamieren.

Die Erfolge der MPLA nutzen allen antiimperialistischen Kräften im südlichen Afrika. Sie haben z.B. alle Versuche eines schnellen „Arrangements" zwischen dem Rassistenregime und den vom Imperialismus bestochenen und abhängigen Regierungen Zaires, Sambias, Senegals, der Elfenbeinküste etc. durchkreuzt. Auf dem Höhepunkt der militärischen Erfolge von FNLA/UNITA und ihren Verbündeten aus Zaire und Südafrika konnte der Präsident der Elfenbeinküste, Humphuet-Boigny, z.B. noch unverhohlen die diplomatische Anerkennung der RSA durch die Staaten Schwarzafrikas vorschlagen („Le Monde", 19./20.10.75). Heute distanzieren sich diese Regierungen verbal von den Rassisten in Pretoria und leugnen jede politische Zusammenarbeit.

Trotzdem muß festgehalten werden, daß es während des Angola-Konflikts eine reale politische Zusammenarbeit zwischen der RSA und einer Reihe sogenannter pro-westli-

Trotzdem muß festgehalten werden, daß es während des Angola-Konflikts eine reale politische Zusammenarbeit zwischen der RSA und einer Reihe sogenannter pro-westli-
cher Staaten Afrikas gegeben hat und daß diese Zusammenarbeit wie etwa zwischen Zaire und Südafrika erstmals zum koordinierten militärischen Kampf gegen eine Befreiungsbewegung, die MPLA, geführt hat. Dies zeigt, daß es Augenwischerei wäre, vom Scheitern der „Dialogpolitik" der Vorster-Regierung zu sprechen. Diese Politik hat Rückschläge erlitten, was die Schnelligkeit der Aufnahme z.B. diplomatischer Beziehungen anbetrifft oder was öffentliche Wirtschaftskoordination angeht. Vom Standpunkt der zukünftigen Entwicklung der Klassenfronten hat der Angola-Konflikt den Prozeß des Zusammenstrebens der „pro-westlichen Kräfte" jedoch offenbart.

Ein Kommentar von Radio Johannesburg jedenfalls konstatierte nüchtern: *„Staaten wie Zaire, der Senegal, Kenia, Ghana, der Sudan und Ägypten schafften es in der Tat, sich der sowjetischen Präsenz zu entledigen, als schon alle Hoffnungen dahinzuschwinden drohten"* („Monitor-Dienst", 13.2.76) und unter „sowjetischer Präsenz" verstehen die Pressedemagogen in diesen Fällen bekanntlich jedwede antiimperialistische Politik.

Prinzipien der VR Angola: Eigenständigkeit und revolutionäre Außenpolitik

Die MPLA hat für die Außenpolitik der VR Angola, ihr Verhältnis zur Sowjetunion und zu anderen Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika zwei deutliche Zeichen gesetzt. Sprecher der MPLA-Regierung haben die vollständige Unabhängigkeit der MPLA-Politik bekräftigt. Auf die Frage eines Journalisten, daß er den Eindruck habe, daß es Differenzen zwischen der MPLA und der sowjetischen Regierung gebe, und der damit aufgeworfenen Frage nach der Selbständigkeit der MPLA in ihren Entscheidungen, antwortete José Eduardo dos Santos, Außenminister der VR Angola: *„Unsere Souveränität, unsere Unabhängigkeit, unsere Freiheit sind Prinzipien. Die Tatsache, ob Moskau mit uns einverstanden ist oder nicht, stört uns nicht. Unsere Politik ist eindeutig. Die Länder, die uns Unterstützung und Hilfe zukommen lassen, müssen sich unseren Entscheidungen unterordnen. Die Politik der MPLA und der Volksrepublik Angola wird im Geiste vollständiger Unabhängigkeit bestimmt. Von da aus können wir eine Politik wirklicher Blockfreiheit praktizieren"* („Le Monde", 14.2.76).

Zur Haltung der MPLA zu den anderen Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika erklärte Agostinho Neto bei seinem Besuch in der VR Kongo: *„Wir können uns nicht auf*

Zur Haltung der MPLA zu den anderen Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika erklärte Agostinho Neto bei seinem Besuch in der VR Kongo: *„Wir können uns nicht auf*
unsere eigene Unabhängigkeit beschränken. Unser Volk, das erste in Afrika, das südafrikanische Streitkräfte bekämpft hat, wird seine Aktionen ausweiten, um andere Länder zu befreien, wie Namibia, das zur Zeit von den Rassisten besetzt ist, und Rhodesien, das die Unabhängigkeit nur durch den bewaffneten Kampf erreichen kann" (nach „Süddeutsche Zeitung", 3.3.76).

MPLA, ZANU, FRELIMO, SWAPO und die Antiimperialisten in Südafrika stehen dem gleichen Gegner gegenüber, der sein politisches Eingreifen in diesem Raum für alle Länder gleichzeitig und im strategischen Zusammenhang entwickelt. Die Herausbildung einer einheitlich koordinierten Front dieser Bewegungen steht objektiv auf der Tagesordnung, und tatsächlich hat sich die Zusammenarbeit beträchtlich intensiviert. Die MPLA hat am eigenen Leibe erfahren, wie wichtig die Solidarität der Antiimperialisten für ihren Sieg war. Ein Beispiel dafür war das konsequente Eintreten der FRELIMO auf der OAU-Konferenz für die MPLA. Von diesem Standpunkt des proletarischen Internationalismus als Grundprinzip revolutionärer Außenpolitik aus propagiert sie die Solidarität mit ZANU und SWAPO. Von diesem Standpunkt aus ist Angola zum befreundeten Hinterland für die Kämpfer in Zimbabwe und Namibia geworden. Nur so können die antiimperialistischen Kräfte im südlichen Afrika ihre Kraft bis zu dem Punkt entwickeln, wo die Vertreibung des Rassistenregimes in Pretoria, ihrer Kumpanen in Salisbury und aller imperialistischen Mächte, allen voran die USA, endgültig besiegelt wird. •

Afrika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Kubanische und angolanische Genossen

Zimbabwe: Imperialisten setzen auf Krieg

Am 3.März wurde die Grenze zwischen Zimbabwe und Mozambique geschlossen. Der Grund: Die Faschisten aus Zimbabwe haben in der letzten Zeit immer provokatorischer die Grenze überschritten, um die dortige Bevölkerung zu terrorisieren. Zuletzt haben in der Woche vor der Schließung *„rhodesische Flugzeuge und Bodentruppen die Mozambique Ortschaft Pafuri angegriffen... Düsenflugzeuge und Hubschrauber seien bei ihrem Angriff über südafrikanisches Gebiet gekommen... Dies sei eine Kriegshandlung und ein Kriegsverbrechen gewesen, sagte Machel (der Präsident der Republik Mozambique)"* („SZ", 4.3.76).

Mozambique hat Zimbabwe nicht den Krieg erklärt. Die Bevölkerung wurde aber aufgefordert, sich auf evtl. Angriffe der weißen Faschisten vorzubereiten und in jeder Ortschaft Luftschutzräume zu bauen. Gleichzeitig wurde alles Eigentum von Zimbabwe beschlagnahmt!

Indes zeigte sich bereits in den ersten Tagen nach der Grenzschließung, daß die ökonomischen Schäden für Zimbabwe vom Imperialismus – speziell der Republik Südafrika (RSA) – voll abgedeckt werden.

So übernimmt die RSA sämtliche Transporte, die bisher über Mozambique liefen. (*„Die südafrikanischen Eisenbahnen werden befördern, was immer ihnen angeboten wird."* – „FR", 9.3.76).

Schwerwiegender dürften dagegen die ökonomischen Verluste der VR Mozambique sein, die durch die Grenzschließung entstehen.

So zeugt es vom ungeheuren internationalistischen Geist der FRELIMO, wenn trotz der vom Kolonialismus zerstörten Wirtschaftsstrukturen und der damit verbundenen Armut, die politische und militärische Unterstützung des Befreiungskampfes in Zimbabwe im Vordergrund steht.

Faschisten unnachgiebiger denn je

Die weißen Faschisten haben in den letzten Tagen erneut deutlich gemacht, daß sie ihrerseits die laufenden „Verfassungsgespräche" mit der Kollaborateursclique um Nkomo nur als Farce betrachten. In der Realität stellen sie die Weichen auf Konfrontation:

– Der faschistische Kriegsminister Van der Byl: *„... Mozambiques Grenzschließung sei nur ein Säbelrasseln... die Moral seiner Truppen sei nie besser gewesen"* („NZZ", 6.3.76) und *„die rhodesischen Streitkräfte seien in der Lage, jeder Gefahr wirksam zu begegnen..."* („SZ",5.3.).

– Der Faschistenführer Smith lehnt weiterhin eine ernstzunehmende Beteiligung der schwarzen Mehrheit an der Regierung ab: *„Ian Smith ist nach wie vor nicht bereit, den Forderungen der schwarzen Mehrheit nach Regierungsübernahme nachzugeben, und scheint eher zum Kampf entschlossen"* („SZ", 1.3.76).

„Smith erklärte, daß seine Regierung und die Verhandlungskommission des ANC-Politikers Nkomo noch Welten trennen" („NZZ", 9.3.).

„Zugleich bekräftigte er seine frühere Aussage, derzufolge er es als ein Scheitern seiner gesamten Politik ansehen würde, falls es zu seinen Lebzeiten zu einer Regierung der schwarzafrikanischen Bevölkerungsmehrheit kommen sollte" („SZ", 8.3.76). Tatsächlich richtet sich das rhodesische Rassistenregime auf eine härtere Gangart planmäßig ein:

– Es wurde *„in den vergangenen Monaten entlang der 1300 km langen Grenze eine ‚Nogo'-Zone angelegt, mit Drahtverhauen und Minenfeldern..."* („FAZ", 24.2.76).

– Etwa 175.000 bis 200.000 afrikanische Familien wurden *„in geschützte Dörfer im Grenzgebiet umgesiedelt"* („SZ", 11.3.76), d.h. also in die schon aus dem Vietnam-Krieg bekannten KZ-ähnlichen „Wehrdörfer".

– Bei einem Feuerüberfall wurde ein ganzes Grenzdorf vernichtet. *„Die rhodesischen Soldaten hätten aus automatischen Waffen und mit Raketen das Feuer auf die Hütten eröffnet... Nach dem ersten Feuerüberfall habe man Kinder, die schon laufen konnten, erschossen. Die Soldaten hatten jeden erschossen, den sie im Dorf gefunden haben. Es gab 60 tote Dorfbewohner!"* („Daily Mirror", 27.2.76). Dies ist eine zufällig bekanntgewordene Einzelinformation.

Allein diese wenigen Beispiele zeigen, daß die Faschisten entschlossen sind, mit allen Mitteln ihre brutale Herrschaft aufrechtzuerhalten!

Die kompromißlose Haltung der Faschisten dient sicherlich der chauvinistischen und „moralischen" Aufrüstung ihrer weißen Massenbasis. Sie signalisiert jedoch auch die Sicherheit der Rassisten, daß der Imperialismus nach den Erfahrungen in Angola aggressiver und kompromißloser geworden ist!

Neben der massiven RSA-Unterstützung, die als sicher gilt (z.B. „SZ" 5.3.76), werden auch in Kreisen der britischen Imperialisten (der früheren Kolonialmacht) Stimmen für ein massives Engagement zugunsten des Rassisten-Regimes laut!

Imperialisten mischen mit

Gegenwärtig gehen einige englische Konzerne und ihre Politiker in der konservativen Partei ganz offen dazu über, ein direktes Eingreifen britischer und NATO-Truppen in Zimbabwe zu fordern:

– So forderten etliche konservative Parlamentsmitglieder – u.a. so bekannte Namen wie Churchill, Macmillan, etc. – *„daß britische Truppen und Hilfe für Rhodesien, Sambia, Zaire und Malawi bereitgestellt werden sollten, um der Bedrohung des sowjetischen Imperialismus entgegenzutreten"* („Guardian", 21.2.76).

Macmillan forderte die sofortige Aufhebung der Boykottmaßnahmen gegen das Smith-Regime und den freien Waffenverkauf an die RSA. Weiter schlug er eine Übereinkunft zwischen den USA und den EG-Staaten vor:

„Ich fände es gut, wenn eine NATO-Spezialtruppe aus allen Waffengattungen gebildet würde, die Hilfe bringen könnte, wenn sie verlangt wird, und die weitere sowjetische Aggressionen verhindern kann" („Guardian", 21.2.76).

In einem Leserbrief erklärten die Abgeordneten Wall und Amery diejenigen, die eine schwarze Mehrheitsregierung fordern, zu *„Erpressern und Kriegstreibern"* („Times".24.2.).

Von besonderer Bedeutung ist sicherlich, daß namhafte Vertreter des britischen Monopolkapitals offen gegen die Labour-Regierungspolitik auftreten, die bisher die Politik des politischen Betruges verfolgt und (wohl auch mit Rücksicht auf die britische neokolonialistische Politik in Afrika) nur zur offenen Intervention über eine schwarze Marionette a la Nkomo bereit zu sein scheint:

– *„Etwas materieller gesehen wäre es für den Westen nicht gut, wenn die natürlichen Reichtümer der beiden Länder* (Zimbabwe und die RSA – die Red.) *Chrom, Gold, Uran – gar nicht zu reden von den südafrikanischen Häfen – in unfreundliche Hände fallen würden... Wenn keine Übereinkunft* (mit Nkomo – d.Red.) *erzielt wird, wird Rhodesien verloren sein. Aber selbst wenn eine Übereinkunft getroffen wird, könnten die emporkommenden Schwarzen Rhodesiens Rußland trotzdem um militärische Unterstützung angehen, um eine bewaffnete Aufwiegelung weiter im Süden zu begünstigen.*

Deshalb sollten wir Rhodesien und Südafrika wenigstens moralische Unterstützung gewähren. ... Die Russen behaupten, man habe sie nach Angola eingeladen. Laden wir sie faktisch nicht auch nach Rhodesien ein?" („Times", 24.2.76 – Leserbrief des Vorstandsvorsitzenden der BAT, des fünftgrößten britischen Konzerns, der seine Tabaklieferungen überwiegend aus Rhodesien bezieht).

Der Abgeordnete Churchill fragte die Regierung, *„auf welcher Seite sie sich wiederfinden würde, wenn nun die Sowjetunion einen nationalen Befreiungskrieg in Rhodesien unterstützen würde..."* („Le Monde", 5.3.76).

Daß die britischen Konservativen auch auf internationaler Ebene nicht auf verlorenem Posten stehen und nur eine Vorreiterrolle spielen, machen die Äußerungen von US- und BRD-Imperialisten deutlich:

– Ford erklärte, er sei über die Lage in Rhodesien sehr beunruhigt („Le Monde", 5.3.76).

– Kissinger: *„Das Eingreifen Cubas in den Rhodesien-Konflikt würde ein sehr ernstes Problem hervorrufen."* Gleichzeitig kündigte er an, *„er werde in der zweiten Aprilhälfte Nigeria, Tansania, Sambia, Zaire, sowie möglicherweise auch Südafrika besuchen"* („SZ", 6.3.76). Es ist klar, daß es sich bei einer solchen Reise nur um einen neuen Einmischungsversuch und um eine neue Erpressung der US-Imperialisten handelt!

– Mit seiner Erklärung vom 29.2.76 gab auch BRD-Minister Genscher einen eindeutigen Standpunkt ab. *„Die BRD kann es nicht zulassen, daß die Sowjetunion und Cuba die Freiheit des afrikanischen Kontinents bedrohen."*

– Eine ähnliche Erklärung gab die EG zu Afrika ab (beides nach „Kurier am Mittag,", NDR II, 1.3.).

Daß die Imperialisten die afrikanischen Befreiungsbewegungen meinen, wenn sie von der „Sowjetunion und den Cubanern" reden, ist klar. Sie benutzen nur die „sowjetische Gefahr", um ihr eigenes Eingreifen vorzubereiten (siehe dazu auch AK 75).

Kompradoren müssen Niederlagen einstecken

Während das Volk von Zimbabwe den Kampf gegen die Faschisten – unter der Führung der ZANU – verstärkt, geht der Führer des „Inland"-ANC und der ZAPU, Nkomo, noch immer seiner verräterischen Politik der „Verfassungsgespräche" nach.

Hierbei hat er, um Erfolge vorzutäuschen, das Volk von Zimbabwe über die Gespräche auch noch belogen:

– Über das letzte Gespräch berichtete er, *„die Zusammenkunft sei äußerst nützlich gewesen"* („Monitordienst", 14.2.76). *„Smith habe Vorschläge unterbreitet, die nahezu den entscheidenden Durchbruch bedeuten... Die Verhandlungen könnten nun zum logischen Ende geführt werden,"* („NZZ", 6.3.76).

Wie kurz jedoch die Beine der Nkomo-Lügen waren, stellte sich schnell heraus:

– In einem Interview erklärte Smith, *„er habe dem Afrikanischen Nationalrat (ANC) bei seinem letzten Treffen mit dessen Führer, Joshua Nkomo, keine entscheidend neuen Vorschläge gemacht"* (!!). *„Smith dementierte in dem Interview auch, daß seine Regierung willens sei, dem ANC für eine Übergangszeit zu einer schwarzen Mehrheitsregierung Parität mit den Weißen im Parlament anzubieten"* („SZ", 11.3.76).

Was kann besser aufzeigen, wie tief solche „Freiheitskämpfer" gesunken sind, die von sich behaupten, *„er* (Nkomo) *sei der gewählte Führer des Volkes und spreche in dessen Vollmacht"* („Monitordienst",27.2.).

Auch in Afrika besitzt der Nkomo-ANC und seine Politik kaum noch Unterstützung. Angesichts der Sturheit und der Kriegsvorbereitungen der Imperialisten und Faschisten, rückt sogar Sambia von der „Politik der friedlichen Lösung" ab (wobei Sambias Position wohl eher als nur verbale Radikalität eingeschätzt werden kann, gewissermaßen als Beruhigungspille für die eigene „rebellische" Bevölkerung – siehe AK 75): *„die jüngsten Ereignisse seien das tragische aber unausweichliche Vorspiel für einen heftigen Krieg"* („NZZ", 6.3.76).

Auch die OAU *„hat allen Hoffnungen auf eine Verhandlungslösung in Rhodesien widersprochen... und kündigte an, die Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika weiter zu unterstützen"* („SZ", 26.2.76).

Solidarität mit dem Volk von Zimbabwe

Am konsequentesten wird der Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe von Mozambique, der VR Angola und von Tansania unterstützt. Die Völker aller drei Staaten stellen den Kämpfern der ZANU und des „Ausland"-ANC sehr große materielle und politische Unterstützung zur Verfügung:

– Mozambique und Tansania stellen den Befreiungskämpfern Trainingscamps zur Verfügung;

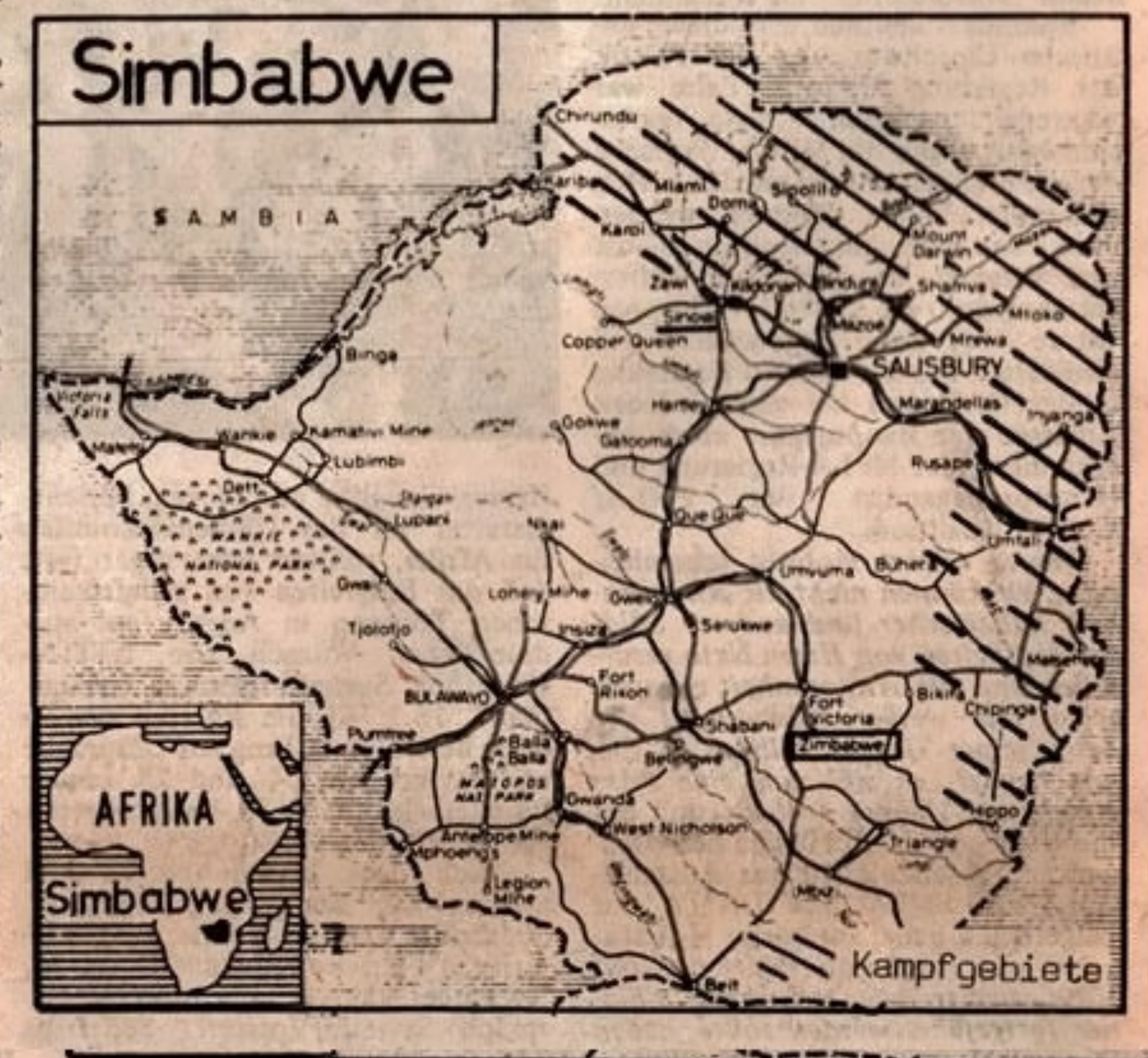
– *„Sowohl Samora Machel als auch der angolanische Präsident Agostinho Neto haben bei vielen Gelegenheiten darauf hingewiesen, daß es die gleichen Kräfte seien, die hinter den früheren Kolonialisten und den Rassisten im südlichen Afrika stünden. Sie unterstützten die Befreiung Rhodesiens daher nach Kräften..."* („FR", 4.3.76).

– Die Schließung der Grenzen ist ebenfalls als ein Akt der Solidarität und Unterstützung mit dem Befreiungskampf in Zimbabwe zu sehen, der anscheinend auch mit den Befreiungsbewegungen abgesprochen war. *„Während der Rede Machels stand Bischof Abel Muzurewa an dessen Seite. Muzurewa ist der Führer des militanten Flügels des ANC"* („FAZ", 5.3.76), dessen wichtigste Kraft die ZANU ist.

– In Tansania wurde erklärt, daß *„die Ausrufung des Kriegszustandes in Mozambique bedeutet, daß wir uns auch im Kriegszustand befinden."* Die Entscheidung Mozambiques wurde begrüßt und die Solidarität Tansanias mit Mozambique und dem Befreiungskampf in Zimbabwe versichert. *„Es ist jetzt nicht die Zeit zurückzuweichen, sondern das Smith-Regime muß ein für alle Mal liquidiert werden!"* (aus „El Moudjahid", 5.3.76).

Auch wenn der Imperialismus für Zimbabwe Maßnahmen plant, die eher an Vietnam als an den relativ „leichten" Sieg des Volkes z.B. in Mozambique erinnern, so werden die Massen von Zimbabwe von der Existenz zweier revolutionärer Staaten im südlichen Afrika profitieren können! ●

Afrika-Kommission



Aufstand der Armee in Libanon

„In Libanon beginnt der Wind der Veränderung zu wehen", sagte Kamal Dschumblatt, Führer der linksliberalen Progressiven Front. Der unaufhaltsame Sog der Veränderung hat vor allem die Armee erfaßt. Seit einigen Wochen sammelten sich in der Ebene von Beqaa und im Gebiet von Tripoli rebellierende Soldaten unter das Kommando von Leutnant Ahmed Khatib und bildeten die „Libanesisch-Arabische Armee". Zwar wird diese neue Armee von den bürgerlichen Quellen als linksgerichtet bezeichnet, doch sollte man mit diesem Wort vorsichtig sein. Der Grund für die Rebellion der Soldaten ist vor allem die Unfähigkeit der alten libanesischen Armee, in den Bürgerkrieg einzugreifen und Libanon gegen den Zionismus zu verteidigen.

Diese Unfähigkeit liegt im System. Die Armee besteht zwar zum größten Teil aus Moslem-Soldaten, d.h. aus Angehörigen der armen Bevölkerung, wird jedoch von Offizieren kommandiert, die den reichen moslemischen und vor allem christlichen Familien angehören, den libanesischen vier Prozent, denen alles gehört. Die oberste Befehlsgewalt hat der christliche Bourgeois und Faschist Frandschiah, seit Jahrzehnten in verschiedenen politischen Ämtern, seit 1970 Staatspräsident.

Diese Unfähigkeit zeigte sich darin, daß die Armee es zuließ, daß tausende Libanesen in Qaratina von Faschisten abgeschlachtet wurden, während die Armee zur Sicherung der reichen Landsitze und der Regierungspaläste eingesetzt war. Sie zeigte sich auch darin, daß erst die Truppen der PLA (Palästinensische Befreiungsarmee) aus Syrien eine wirksame Garantie für einen Waffenstillstand bilden konnten.

Neben der Untätigkeit beim Massaker von Qarantina ist es das Verhalten gegenüber den zionistischen Überfällen, das in der Bevölkerung das Bild von der libanesischen Armee bestimmt. Am 3. März verwüstete wieder einmal eine israelische Kommandoeinheit ein südlibanesisches Dorf und entführte drei Bewohner, darunter den Bürgermeister. Zur Erbitterung und zum Spott der südlibanesischen Bevölkerung pflegen Regierungsbeamte, Polizei und Armee fluchtartig das Weite zu suchen, wenn die israelischen Terroristen kommen, überlassen die Bevölkerung schutzlos den zionistischen Mördern und schießen ihnen dann beim Abzug aus der Ferne hinterher, um „Gefechte" melden zu können.

Kein Wunder, daß auch in Südlibanon Armeeeinheiten sich der Libanesisch-Arabischen Armee anschlossen. Diese kontrolliert damit auch den Süden und somit zwei Drittel des gesamten Landes. Wenn es zutrifft, daß sie nur 2.500 Mann umfaßt, dann kann man daraus auf den Zustand bei den übrigen 12.500 Soldaten der libanesischen Armee schließen.

Ein Amnestieangebot des (christlichen) Oberbefehlshabers General Said machte sehr deutlich, was die Ziele der „Meuterer" sind. Said versprach nämlich nicht nur Straffreiheit, sondern auch, daß die zukünftige libanesische Armee erstens eine Armee aller Libanesen sein werde (also nicht nur der christlichen Bourgeoisie), zweitens die Würde und Integrität des Libanon gegen den Feind jenseits der Grenze (gegen Israel, mit dem die Faschisten objektiv verbündet sind) verteidigen werden und drittens ihre Pflicht gegenüber dem arabischen Libanon anerkennen werde. Vom „arabischen Libanon" reden in letzter Zeit auch die Politiker, die früher Libanon als Teil Europas zu bezeichnen pflegten. Schon der Name der Libanesisch-Arabischen Armee zeigt, daß sie konkrete Schritte in dieser Richtung fordert. Die Libanesisch-Arabische Armee hat es deshalb abgelehnt, auf das Amnestieangebot einzugehen und solchen vagen Versprechungen Glauben zu schenken.

Staatspräsident und oberster Armeeführer Frandschiah hat seine Hausmacht, die „Befreiungsarmee von Zaghorta" sowie seinen Grundbesitz, in der Nähe von Tripoli. Es ist klar, daß eine weitere Rebellionsentwicklung in der Armee mindestens mit seinem Rücktritt enden würde. So ist es kein Wunder, daß es in der Nähe von Tripoli zu Provokationen und ersten Kämpfen gegen die Libanesisch-Arabische Armee kam. Falangisten erschossen dann den Befehlshaber der Militärregion Tripoli, der ein weiches Vorgehen befürwortete.

So konnte ein Einsatz der PLA bei Tripoli zur Trennung von Libanesisch-Arabischer Armee und Faschisten schon erfolgreich erzwungen werden. Das Ziel Frandschiahs ist aber die Vernichtung der Libanesisch-Arabischen Armee. Das soll durch die gleichzeitigen Reformversprechen und den Einsatz der PLA erreicht werden. Dieser makabere Plan, daß die PLA die schmutzige Arbeit übernimmt, wird wohl nicht zur Ausführung kommen, weil dann die PLA jeden Kredit als fortschrittliche Kraft verlieren würde. Die andere Alternative ist aber eine Anerkennung der Libanesisch-Arabischen Armee und eine mindestens teilweise Erfüllung ihrer Forderungen.

Das würde bedeuten, daß einige Vertreter der regierenden Familien, die nach der letzten Regelung wieder wie zuvor die Regierungsämter innehatten, endlich von der politischen Bühne abtreten müßten, allen voran Faschist und Staatspräsident Frandschiah. Der Wind der Veränderung wird in Libanon einige welke Patriarchen beiseitefegen und Platz schaffen für den Klassenkampf! ●

Nahost-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

„Ihr Faschisten seid die Terroristen!" Schon acht spanische Antifaschisten von Polizei ermordet

In Vitoria, einer Stadt in Nordspanien, erschossen die spanischen Bullen sechs Menschen (offiziell war „nur" von dreien die Rede). Weitere 140 wurden bei Knüppeleinsätzen verletzt, 45 Menschen wurden durch Polizeikugeln getroffen und zum Teil schwer verletzt! Ende Februar war bereits ein Demonstrant in der Nähe von Alicante erschossen worden.

In Vitoria hatten die „Comisiones Obreras" (Arbeiterkommissionen) am 3.3. zum Generalstreik aufgerufen, nachdem bereits seit dem 10. Januar acht Betriebe in Vitoria (darunter die Kollegen von Mercedes-Volkswagen AG) für höheren Lohn und die Wiedereinstellung von 22 Entlassenen im Streik standen. Der Aufruf wurde fast hundertprozentig befolgt. Auch alle Geschäfte und Restaurants hatten dicht gemacht.

Am 3.3. demonstrierten tausende Arbeiter für freie Gewerkschaften, für politische Freiheiten, für Amnestie der politischen Gefangenen und aus Solidarität mit den Forderungen der streikenden Kollegen. An der Spitze des Demonstrationszuges marschierten viele Frauen („Süddeutsche Zeitung", 5.3.76).

Die Stadt war an diesem Tag von aus der ganzen Umgebung rangekarrten Polizeieinheiten umzingelt, alle Zufahrtsstraßen waren abgeriegelt, die Telefonverbindungen gekappt, es war wie beim Belagerungszustand.

Die Demonstration wurde von der Polizei immer wieder mit Knüppeleinsätzen angegriffen. Etwa 6.000 Arbeiter versammelten sich daraufhin in einer Kirche. Die Bullen schmissen dann über 50 Tränengas- und Rauchbomben durch die Dachfenster, die im Inneren der Kirche explodierten. Die halberstickten Menschen drängten nach draußen. Die Bewohner der umliegenden Häuser bewarfen die Bullen mit Blumentöpfen und Geschirr. Als die Menschen aus der Kirche flüchteten, schoß die Polizei sofort scharf! – Eine bewußte – und vermutlich von hoher Stelle befohlene – kriminelle Provokation, staatlich geplanter und durchgeführter Mord.

Die Verfolgungsjagd ging bis in die späten Abendstunden. Sogar die Angehörigen der Verletzten wurden aus den Krankenhäusern mit Tränengas und Knüppeln vertrieben!

Die Arbeiterkommissionen von Vitoria haben nach dieser ungeheuerlichen Blutorgie der faschistischen Polizei zum unbefristeten Generalstreik aufgerufen. Weitere Parolen waren: „*Volksjustiz gegen die Mörder der Arbeiter!*" „*Auflösung der Repressionsorgane!*" („SZ", 5.3.76).

An der Beerdigung der Ermordeten nahmen zehntausende Menschen teil. Die Reden des Priesters und einiger Arbeiter in der Kirche, wo die Totenfeier stattfand, wurden immer wieder von Beifall unterbrochen.

Der Protest gegen die Ermordung der vier Arbeiter und zwei Studenten erfaßte ganz Nordspanien. In Pamplona, Bilbao, San Sebastián wurde ebenfalls der Generalstreik ausgerufen. Arbeiter legten den Verkehr mit Barrikaden lahm, um die Polizei am Vordringen zu hindern. Im Baskenland beteiligten sich um den 8./9. März etwa 200.000 Menschen am Generalstreik und an Demonstrationen. In Bilbao schoß die Guardia Civil wieder in eine Arbeiter-Demonstration. Ein Arbeiter wurde dabei tödlich getroffen. Damit hat sich die Zahl der durch die spanische Polizei in einer Woche Ermordeten auf acht Menschen erhöht! Bei den Schüssen wurden wieder viele Menschen verletzt.

Der spanische Innenminister Fraga, der sich zum Zeitpunkt der Schießorgie seiner Polizei in Vitoria gerade in Bonn befand, antwortete – zu diesen Vorfällen von Journalisten befragt – er habe nie geglaubt, daß seine Politik „ohne Schwierigkeiten" vonstatten gehen werde („Frankfurter Rundschau" vom 6.3.76)! Die bürgerlichen Lumpenjournaille nahm diese „Erklärung" dankbar entgegen und sprach weiter von „Demokratisierung". ●

Spanien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Neues Versammlungs- und Demonstrations-„Recht"

Am 1. März wurde in Spanien das neue Versammlungs- und Demonstrationsrecht bekanntgegeben, das sowohl von der spanischen Regierung (Areilza, Fraga), als auch von der westdeutschen Presse als „Reform", als Schritt zur „Demokratisierung" verkauft wird.

Tatsächlich schränkt das neue Gesetz das Recht auf Versammlungen und Demonstrationen auf die politischen Kräfte ein, die den Faschisten genehm sind. Dazu gehören die faschistischen „Assoziationen" und Teile der bürgerlichen Opposition, wie die christdemokratischen Gruppen und offenbar auch die sozialdemokratischen Kräfte, wie der Auftritt von Gonzalez (Chef der „Sozialistischen Partei") im Baskenland beweist, der durch Staatsrundfunk angekündigt wurde (siehe AK 74). Ausgeschlossen von diesem Recht sind die revisionistische Partei (PCE) sowie selbstverständlich die gesamte revolutionäre Linke und die ganze Arbeiterbewegung, wie das brutale Vorgehen der Bullen gegen die Streikdemonstrationen der letzten Wochen beweist (acht Tote!).

Erlaubt sind nach dem neuen Gesetz Versammlungen von mehr als 20 Personen (was früher anzeigepflichtig war) – soweit diese Versammlungen für „erlaubte Ziele" stattfinden. Alle Versammlungen (über 20 Personen) für „illegale Ziele" bleiben verboten. Und was legal und illegal ist, das bestimmt natürlich der faschistische Staat mit all seinen bisher unveränderten faschistischen Gesetzen.

Alle Versammlungen müssen 72 Stunden vorher dem Zivilgouverneur gemeldet werden, wobei gleichgültig ist, ob es um eine ausgesprochen politische Veranstaltung, um einen Vortrag oder um eins der politischen Essen geht, die von oppositionellen „Persönlichkeiten" häufig gegeben wurde, um ihren Diskussionen einen privaten Anstrich zu geben. Dabei müssen auch die Themen, die besprochen werden sollen, bekannt gegeben werden.

Versammlungen unter freiem Himmel, also Demonstrationen, Kundgebungen etc. müssen zehn (!) Tage vorher angemeldet werden, wodurch praktisch jede Protestaktion gegen ein aktuelles Ereignis von vornherein illegalisiert wird. Es wird natürlich kein Demokrat oder Sozialist zehn Tage warten, um z.B. gegen die Ermordung eines Arbeiters durch die Polizei zu protestieren. Jede Versammlung, ob in geschlossenen Räumen oder unter freiem Himmel, kann von der Polizei aufgelöst werden, „wenn es notwendig ist" ... („La Vanguardia", 29.2.76). Wann, unter welchen Voraussetzung das „notwendig ist", wird mit keinem Wort gesagt. Somit ist der Willkür der faschistischen Befehlshaber der Polizei sowie dem Innenminister wie zu Francos Zeiten freier Lauf gelassen.

Außerdem können alle Veranstaltungen verboten werden, wenn die Veranstalter schon mal politisch verurteilt worden sind oder wenn einer der Veranstalter in den letzten fünf Jahren mehr als zweimal Anlaß zur Auflösung einer Versammlung gegeben hat! (nach „Süddeutsche Zeitung", 3.3.76).

Ein solches Versammlungsgesetz als „Reform" zu verkaufen, dazu gehört wirklich eine unerhörte Unverfrorenheit. ●

Spanien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



**Sabadell (Industrievorort von Barcelona) am 26.Febr. 76:
Tausende von Arbeitern halten den Sportplatz der Stadt besetzt, um die Freilassung von 11 Arbeitern durchzusetzen, die während einer Demonstration verhaftet wurden. Nach 5 Tagen Generalstreik wurden alle verhafteten am 28. Februar freigelassen!**

Streikentwicklung

Die Streikbewegung in Spanien hat mit den mehrwöchigen Arbeitskämpfen der Bau- und der Transportarbeiter neue Höhepunkte erreicht. In beiden Kämpfen wurden inzwischen in direkten Verhandlungen zwischen Kapitalisten und Vertretern der Arbeiter (unter Ausschaltung der faschistischen Syndikate) Abkommen über Verbesserungen von Löhnen und Arbeitsbedingungen erzielt.

Am 20. Februar waren in Barcelona 100.000 Bauarbeiter in den Streik getreten und hatten für ihre Forderungen mehrere Demonstrationen durchgeführt, die von der Polizei mit Knüppeln und Tränengas angegriffen wurden. Die Bauarbeiter verteidigten sich militant. In dem Abkommen vom 28.2. wurde ein Mindestlohn von 19.000 Peseten (nach der Peseta-Abwertung nur noch etwa 600 DM) festgelegt, neue Lohnverhandlungen jedes halbe Jahr vereinbart, sowie die 40-Stunden-Woche (!) und zwischen 28 und 30 Tagen Urlaub festgelegt. Die Verhandlungskommission der Arbeiter sichert allerdings nur die Rückkehr zur Arbeit unter der Bedingung zu, daß es keine Entlassungen und keine Strafen gegen die Streikenden gibt.

Der Streik der spanischen Transportarbeiter legte über zwei Wochen lang weitgehend den Gütertransport durch Lastwagen in ganz Spanien lahm. Die Lastwagenfahrer forderten eine Senkung der Benzinsteuer und Verringerung der Verkehrssteuer, Erhöhung der Frachttarife u.ä. In der Regel besitzen die spanischen Transportfahrer nur ihren einen Wagen und werden nach allen Regeln der Kunst von den großen Firmen ausgebeutet. Offensichtlich konnten die Transportarbeiter einige Verbesserungen ihrer Lage erzielen.

Insgesamt streikten auf dem Höhepunkt dieser zweiten großen Streikbewegung in diesem Jahr (um den 27. Februar) mehrere hunderttausend Arbeiter und Angestellte). ●

Spanien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Neues Vereinsrecht legalisiert nur faschistische Gruppen

Nach dem neuen Versammlungsrecht (siehe Artikel in diesem AK) wurde nun auch das neue Vereinsrecht zur Beschlußfassung an das spanische Ständeparlament übergeben.

Nach diesem Gesetz sollen nur diejenigen Vereinigungen, Gruppen oder Parteien zugelassen werden, die die „Grundgesetze des Königreichs" akzeptieren – die die selben wie unter Franco sind. Ausdrücklich ausgeschlossen sind die Organisationen oder Parteien, die „*Subversion oder Gewalt, den Separatismus oder ein totalitäres Regime*" wollen („La Vangardia", 6.3.76), d.h. die revisionistische PC, alle revolutionären Gruppen, die Organisationen, die für nationale Unabhängigkeit des Baskenlandes oder Kataloniens eintreten sowie auch die Organisation der spanischen Arbeiterklasse, die Arbeiterkommissionen. Entsprechend hatte sich schon der spanische Innenminister Fraga am 27.2. in einer scharfen Erklärung im spanischen Fernsehen geäußert.

Nun ist der Weg frei für den Zusammenschluß der vielen faschistischen „Assoziationen" zu einer falangistischen Massenpartei. Wie wir in AK 74 schrieben, wird der Zusammenschluß dieser „Assoziationen" mit den christdemokratischen Oppositionsgruppen angestrebt, wobei diese lediglich das antifaschistische Aushängeschild abgeben sollen. Auf einem nationalen Kongreß der größten faschistischen „Assoziation" (UDE = „Demokratische Union Spaniens") erklärte ihr Führer Silva Muñoz ganz in diesem Sinne: „*Wir sind dabei, eine Partei ohne bekennerischen Charakter aufzubauen, die nicht von einigen wenigen mit einer mehr oder minder glänzenden Geschichte gebildet wird, sondern eine Massenpartei*" („YA", 28.2.76). Gleichzeitig wurde eine klare Verpflichtung auf die herrschende Legalität zum Ausdruck gebracht.

An diesem Kongreß nahm eine bundesdeutsche CSU-Delegation teil (Generalsekretär Tandler, Arbeitsminister Pirkl, Hort und Arnold von der rechtsradikalen Hans-Seidl-Stiftung (CSU) und Graf Otto von Habsburg). Die CSU unterstützt traditionell die reaktionärsten Teile des spanischen Regimes. ●

Spanien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Spanische Bullen schlagen Demonstraten in Barcelona zusammen. Der spanische Innenminister Fraga erklärte gegenüber westdeutschen Journalisten: „Die Methoden der spanischen Polizei beim Einsatz gegen Demonstranten werden in europäischen Ländern sehr positiv beurteilt. Polizeidelegationen aus einigen Ländern Europas sind nach Spanien gekommen, um diese Methoden kennenzulernen". – Man kann das bestätigen!

Der 25. Parteitag der KPdSU: Ein „historisches Ereignis" nicht gerade ... (1. Teil)



Vom 24.2. bis 5.3.76 tagte in Mos- VR China. Die Politik der chinesi- *die Beendigung der Vorbereitung* kommunistischen und Arbeiterpartei-

Vom 24.2. bis 5.3.76 tagte in Moskau der 25. Parteitag der KPdSU. Gleich am ersten Tag eröffnete Generalsekretär Leonid Breshnew die Debatte mit dem „Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU". Für ihn war die Zeit seit dem 24. Parteitag der KPdSU 1971 „*... eine Zeit voller Ereignisse und Taten von wahrhaft gewaltiger Bedeutung*".

Dies trifft wohl für die Siege der Völker gegen den Imperialismus, vor allem in Indochina, Afrika etc. zu, weniger aber für die Sowjetunion selbst. So sah sich Breshnew genötigt, im innenpolitischen Teil des Rechenschaftsberichtes neben der richtigen Feststellung, daß die „*... Ergebnisse nach den absoluten Zuwachsraten beurteilt ... beeindruckend sind*", eine Kritik an Mängeln und Schwierigkeiten von ungewöhnlicher Offenheit zu führen.

Auch die dem 25. Parteitag vorangegangenen Parteitage der einzelnen Sowjetrepubliken haben einiges an Kritik – einschließlich personeller Konsequenzen – ans Tageslicht befördert.

Die außenpolitische Debatte des 25. Parteitages ist vor allem deswegen interessant, weil hier durch die Stellungnahmen der ausländischen Gastdelegation ein neuerliches Licht auf die wachsenden Widersprüche im Lager der internationalen revisionistischen Parteien geworfen wurde (alle nicht anders gekennzeichneten Zitate aus dem Rechenschaftsbericht nach „Unsere Zeit", 27.2.76 sowie „Monitor-Dienst", 26.2.76).

„Die Lage in der Welt" aus der Sicht der KPdSU

Breshnew hob zunächst hervor, daß die „*... fünf vergangenen Jahre ... Jahre eines ständigen Aufstiegs der Länder des Sozialismus waren ...*", deren „*... gegenseitige Beziehungen immer enger ...*" werden und deren „*Entwicklungsniveau sich allmählich einander angleicht ...*". Besonders hob er die Niederlage des Imperialismus in Vietnam hervor, wo „*... der Versuch des Imperialismus mit Waffengewalt einen sozialistischen Staat niederzuschlagen ... ein Fiasko erlitten hat*".

In Europa sei die „*... allgemeine Anerkennung und Souveränität der DDR ...*" sowie „*... die Bestätigung der Unverletzlichkeit der Westgrenzen der DDR, Polens und der CSSR ... ein hervorragendes Ergebnis der gemeinsamen Bemühungen der sozialistischen Länder*".

Jetzt sei „*... das Münchner Diktat auch juristisch endgültig getilgt. Es wurden die Voraussetzungen eines stabilen Friedens und einer gutnachbarlichen Zusammenarbeit in Europa wie auch außerhalb dieses Kontinents geschaffen.*"

Als ein „Kapitel für sich" bezeichnete Breshnew die Beziehungen zur VR China. Die Politik der chinesischen Führer „*... schließt direkt an die Haltung der extremsten Reaktion in aller Welt an: von den Militaristen und Entspannungsfeinden der westlichen Länder bis zu den Rassisten Südafrikas und den faschistischen Machthabern Chiles*".

Um von den eigenen reaktionären, außenpolitischen Aktivitäten (Grenzprovokationen gegenüber der VR China, Intervention in der CSSR, Unterstützung des indischen Expansionismus, „freundschaftliche" Beziehungen zum Schahregime, zur faschistischen Herrscherclique Indonesiens, zur gestürzten faschistischen Lon Nol-Clique in Kambodscha etc. ...) und der wahnsinnigen Aufrüstung der Sowjetunion abzulenken, bedient sich Breshnew demagogisch der in der Tat kritikwürdigen chinesischen Außenpolitik. Seine Hetztiraden gipfelten in dem Vorwurf, die VR China sei bestrebt, „*einen Weltkrieg zu provozieren*", um „*sich selbst daran die Hände wärmen zu können*".

Wer im Glashaus sitzt, sollte bekanntlich nicht mit Steinen werfen!...

Erwähnenswert von Breshnews außenpolitischen Ausführungen sind noch die Bemerkungen über die Situation im Nahen Osten: „*Ein d a u e r h a f t e r Friede im Nahen Osten erfordert ferner Garantien für die Sicherheit a l l e r S t a a t e n (!) dieses Raumes ...*" und weiter: „*Wir sind bereit, an internationalen Garantien für die Sicherheit und Unantastbarkeit der Grenzen aller Länder des Nahen Ostens, sei es im Rahmen der UNO oder auf anderer Basis teilzunehmen.*" An solchen Garantien könnten nach Auffassung Breshnews „*... neben der UdSSR und den USA auch England und Frankreich ...*" teilnehmen. Hier schlägt Breshnew eine „politische Lösung" vor, die die Anerkennung des zionistischen Staates impliziert. Eine solche „Lösung" haben die SU-Revisionisten seinerzeit auch in Vietnam befürwortet. So wie derartige „dauerhafte Lösungen" dem W e s e n des Thieu-Regimes zutiefst widersprochen haben, so widersprechen sie auch dem Wesen des aggressiven zionistischen Staatsgebildes. Es ist allein schon eine Anmaßung, „vorzuschlagen", daß die UdSSR gemeinsam mit den führenden imperialistischen Staaten, die Existenzbedingungen der Völker dieser Region „gerecht und dauerhaft" aushandelt.

Aus seiner Einschätzung „der Situation in der ganzen Welt" schließlich formuliert Breshnew am Schluß des außenpolitischen Teils des Rechenschaftsberichtes das neue „Friedensprogramm", daß sich mangels irgendwelcher Erfolge in den wesentlichsten Punkten kaum von dem „Friedensprogramm" des 24. Parteitages unterscheidet:

a) „*es gilt alles mögliche zu tun für die Beendigung der Vorbereitung (!) eines neuen Abkommens zwischen der UdSSR und den USA über die Begrenzung und Einschränkung der strategischen Rüstungen, (SALT-Abkommen) für den Abschluß internationaler Verträge über allgemeine und vollständige Einstellung der Kernwaffenversuche, über das Verbot und die Vernichtung der chemischen Waffen ...*" (etc. es folgen noch verschiedene Konkretisierungen – AK-Red.)

b) „*durch neue Anstrengungen die Verhandlungen über die Reduzierung von Streitkräften und Rüstungen in Mitteleuropa zu aktivieren ...*"

c) „*... das ... ständige Wachstum der Rüstungsausgaben vieler Staaten durch eine systematische Kürzung ...*" ablösen (!).

d) „*Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz ...*"

Neben diesen Punkten ist noch vom „*Abschluß eines weltweiten Vertrages über Gewaltverzicht*", von der „*Verwirklichung der Schlußakte der KSZE*" etc. die Rede.

Das sind die sattsam bekannte „Entspannungs"leier und die nicht weniger bekannten „Vorschläge" der sowjetischen Revisionisten, die diese bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit mit großem Pathos vorzutragen pflegen. Hatte nicht das Programm des 24. Parteitages der KPdSU bereits exakt die gleichen wohlklingenden Phrasen zum Inhalt?

Und ist es nicht eine Tatsache, daß seither die „Entspannung" und „Sicherheit" nicht nur keine Fortschritte gemacht haben, daß die Ausgaben für Rüstung (sowohl die konventionelle als auch die atomare!) nicht etwa v e r m i n d e r t sondern drastisch e r h ö h t wurden – vor allem in den USA u n d der UdSSR?

Jedes neue Abkommen zwischen den beiden Großmächten hat dazu geführt, daß das Vernichtungspotential v e r v i e l f a c h t und qualitativ gesteigert wurde (das gilt vor allem für das SALT 1-Abkommen!). Für eine echte Entspannung und eine tatsächliche Friedenssicherung waren diese Abkommen nicht das Papier wert, auf dem sie standen.

Eine jüngst veröffentlichte Studie über die „Beendigung des Wettrüstens" hat zutage gefördert, daß die Ausgaben für Militärzwecke in der Welt im Jahre 1975 annähernd 780 Milliarden DM betragen hat (was gegenüber '74 eine Steigerung um 10% bedeutet) – und daß die USA u n d die Sowjetunion davon allein 60 % ausgegeben haben! (nach „Frankfurter Rundschau", 2. März).

Der Auftritt Berlinguers & Co.

Schon vor dem 25. Parteitag der KPdSU sind die Differenzen innerhalb des revisionistischen Lagers vor allem bei den Vorbereitungen zu einer „Konferenz der europäischen kommunistischen und Arbeiterparteien" sichtbar geworden. So hat denn auch Breshnew im ersten Teil seines Rechenschaftsberichtes formuliert:

„*Die Kommunisten der verschiedenen Länder verfolgen mit Interesse und verständlicher Aufmerksamkeit die Arbeit der Bruderparteien. Unter ihnen können sich zuweilen Unterschiede in den Ansichten und in der Einstellung zu dieser oder jener Frage ergeben*". Aber – so behauptete Breshnew weiter – „*... die Marxisten-Leninisten gehen an derartige Fragen vom Standpunkt des Internationalismus und getragen von der Sorge um die* **Festigung der Einheit der gesamten Bewegung** *heran*".

Von den drei Hauptparteien der nach rechts driftenden europäischen KP's, der KPI, KPF und der KP-Spaniens, waren zwei Führer, nämlich Marchais (Frankreich) und Carillo (Spanien) erst gar nicht erschienen, und hatten demonstrativ Vertreter geschickt. Der italienische KP-Vorsitzende Berlinguer hielt mit seinem Beitrag für diese Leute mit die (sozialdemokratische) Fahne hoch. Er sagte u.a.:

„*Es ist bekannt, daß in der kommunistischen Bewegung zu einer Reihe von Fragen, darunter wichtige, unterschiedliche Ansichten bestehen.*" Diese Dinge müßten bei „*Achtung der Selbständigkeit jeder Partei*" diskutiert werden, wobei nach Berlinguer „*die selbständige Tätigkeit jeder Partei ... eine der entscheidenden Faktoren in der Sache der Entwicklung zum Sozialismus und der schöpferischen Weiterentwicklung unserer Theorie ...*" ist. Alsdann betätigte er sich sogleich „schöpferisch" und verbarg die eigene Wendung nach rechts hinter einer angeblichen „*Wendung nach links ... in den sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien ...*" wodurch dann „*... in einigen Ländern Hindernisse (verschwinden), die (bislang) ein Zusammengehen mit den Kommunisten störten.*" Er ging schließlich mit Blick auf den „historischen Kompromiß" mit den reaktionären Christdemokraten so weit, zu behaupten: „*Interessant sind die antikapitalistischen und antiimperialistischen Tendenzen, die auch in den christlichen Bewegungen anwachsen*" ... woraus er die „*... gemeinsame Suche nach praktischer Realisierung des neuen Wegs beim Aufbau der Gesellschaft der Zukunft (?!) ...*" herleitete (nach „Prawda", 28.2.76).

Mit starker Betonung auf die „Selbständigkeit" ihrer Parteien äußerten sich auch die Vertreter der KPF und KP-Spaniens; aber auch z.B. Nicolae Ceaucescu für die rumänische KP: „*Rumänien ist voller Entschlossenheit, auch weiterhin seine Errungenschaften in die Realisierung der neuen Politik hineinzutragen, die begründet ist auf der Achtung des Rechtes des Volkes, frei den Weg seiner eigenen historischen Entwicklung zu wählen ...*" An anderer Stelle spricht er noch von der „*Achtung des Rechtes jeder Partei, sich selbstständig ihre eigene politische Linie, die revolutionäre Strategie und Taktik auszuarbeiten ...*" (nach „Prawda", 27.2.76).

Statt Diskussion – Lobhudeleien!

Natürlich wurden sowohl die rechtslastigen Positionen der „Bruderparteien", als auch der Rechenschaftsbericht nicht zum Gegenstand einer freien und offenen Diskussion gemacht. Zwar gab es Unmutsäußerungen über die Ausführungen der abdriftenden „Bruderparteien", doch wurde diese immer a l l g e m e i n gehalten, niemand wurde angesprochen etc. So sagte z.B. der Vorsitzende der weißrussischen Partei, Mascherow: „*Leider gibt es noch solche Verfechter des Sozialismus, die unter dem Vorwand einer Verteidigung ihrer sogenannten Selbständigkeit und nationaler Besonderheit ... die Prinzipien des proletarischen Internationalismus revidieren und den revolutionären Inhalt des Marxismus-Leninismus und seinen klassenwirksamen Charakter ausmerzen*" („FR", 27.2.76). Doch insgesamt wollte man den Eklat vermeiden, dem „Festcharakter" offenbar keinen Abbruch tun...

Breshnew empfing Berlinguer noch am Tage seiner Rede zu einer privaten Unterredung, und man verabschiedete ein gemeinsames Kommunique, das besagt, das Gespräch habe „*... in einer Atmosphäre der Freundschaft und des gegenseitigen Verständnisses stattgefunden*" („FR", 2.3.76).

Nach dem gleichen Prinzip verfuhren auch verschiedene Redner in der „Diskussion" über Breshnews Rechenschaftsbericht. Es ist uns nicht ein Punkt bekannt, der etwa durch diese „Diskussion" in irgendeiner Weise abgeändert oder modifiziert wurde. Stattdessen konzentrierten sich eine Reihe von Redner darauf,

wurde. Stattdessen konzentrierten sich eine Reihe von Redner darauf,

Loblieder auf ihren „Leonid Iljitsch" zu singen. So etwa der erste Sekretär der KP Georgiens, Chevarnadze: „*Erinnerten wir uns, würden uns da nicht nur die prinzipiellen Charakterzüge seiner politischen, intellektuellen, humanen Qualitäten des Tatmenschen (?) einfallen. Wollen wir, wie die Maler sagen würden, das Porträt des Führers unserer Partei und unseres Volkes herausarbeiten, eines der größten Politiker der modernen Epoche, dessen Beispiel wir folgen müssen, um uns selbst zu erziehen ..*

Eine der größten Qualitäten von Leonid Iljitsch ist, daß er sich nicht in die Toga des Übermenschen einwickelt, sondern daß er Bedingungen schaffen kann, in denen alle sich als Schöpfer fühlen können ...

Leonid Iljitsch Breshnew kann, großartiger Kamerad, einen reinen Himmel ohne Wolken schaffen (!), er schafft ein Klima, was dem Menschen erlaubt, sich auszustrecken(!), nach den Höhen, zum Himmel (!), zu den durchsichtigen und klaren Gipfeln des Kommunismus ..." (!!)

Ähnlich geartete Lobhudeleien beherrschten die Szene während der „Diskussion". In diesem Tonfall äußerten sich, nach dem was bekannt geworden ist, noch Rachidov, erster Sekretär von Usbekistan, Aliev von Aserbeidschan, Kunalev von Kasachstan, sowie der Verantwortliche für die Organisation des Komsomol, Tiajelnikov, deren Ergüsse wir hier den Lesern ersparen wollen (Zitate nach „Le Monde", 2.3.76).

Paradoxerweise war es Breshnew selbst, der in seinem Rechenschaftsbericht formulierte, daß es „*... in der KPdSU keinen Platz für diejenigen gibt, die sich mit Schönrednern und Schmeichlern umgeben ...*"

(Wird im nächsten AK fortgesetzt.)

RGW-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

IMPRESSUM

Arbeiterkampf

Herausgeber – Druck – Verlag J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantw. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage: 18.000
Erscheinungsweise: 14-tägig
Verkaufspreis 1,- DM. Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto.-Nr.: 451 8378 J. Reents, und Postscheckkonto Hamburg Nr.: 240 595, J. Reents.

In einem Teil dieser Auflage ist eine Beilage vom Verlag Arbeiterkampf enthalten.

US-Imperialisten legen „Entspannungs"maske ab!

Nach der Niederlage der proimperialistischen UNITA- und FNLA-Truppen in Angola haben die US-Imperialisten in ersten Stellungnahmen unmißverständlich erklärt, daß sie auf keinen Fall bereit sind, ein „zweites Angola" zu dulden.

Bemerkenswert ist dabei, daß Ford und Kissinger eine durch den amerikanischen Kongreß angeblich herbeigeführte „Handlungsunfähigkeit der USA" für die Entwicklung in Angola verantwortlich machen. Angesichts der massiven versteckten Hilfe der US-Imperialisten für ihre Zöglinge bei der UNITA und FNLA (Waffenlieferungen, Einsatz von CIA-Agenten und Söldneranwerbungen) kann mit angeblicher „Handlungsunfähigkeit" nur die nicht erfolgte direkte Intervention der US-Truppen gemeint sein! Ford und Kissinger haben allerdings neuerdings mehrmals betont, daß die USA nunmehr ihre „Handlungsfreiheit" zurückgewonnen hätten und wieder in der Lage seien, die ihnen in der Welt zukommende Rolle zu übernehmen. So erklärte Ford, daß die Situation sich in der amerikanischen Öffentlichkeit geändert hätte und wieder „*amerikanische Gegenzüge erlaubt*" („SZ", 5.3.76).

Wie es an einer „*für die amerikanische Außenpolitik verantwortlichen Stelle*" heißt, müßten die USA in einer erneuten vergleichbaren Situation wie Angola „*dann zu größeren Opfern bereit sein, als sie zur Unterstützung der prowestlichen Befreiungsbewegungen in Angola notwendig gewesen wären.*" („SZ"). Gegenwärtig wird in den US-Planungsstäben das Eingreifen der USA bei einem Voranschreiten des Befreiunskampfes in Namibia (Südwestafrika) und Zimbabwe (Rhodesien) vorausgeplant. Ein massiveres Eingreifen der USA, sogar eine direkte militärische Beteiligung von US-Truppen scheint für diesen Fall nicht mehr ausgeschlossen. Als eine der ersten Reaktionen nach der Angola-Niederlage des Imperialismus fand in den USA eine Überprüfung der militärischen Eingreifreserven für derartige Konflikte statt: „*Die Planungsstäbe der Regierung befassen sich deshalb mit der Frage, ob die Fähigkeit der amerikanischen Streitkräfte, in regionale Konflikte mit konventionellen Kräften und möglicherweise sogar mit taktischen Atomwaffen einzugreifen, ausgebaut werden soll*" („SZ").



Läßt sich „Entspannung" noch eindrucksvoller darstellen?

Drohungen gegenüber der Sowjetunion

Einen schärferen Kurs, der vor allem mit einer verstärkten Aufrüstung der US-Imperialisten verbunden , kündigte Ford in einem Fernsehinterview gegenüber der Sowjetunion an. „*Ich benutze das Wort Entspannung nicht mehr ... Wir sollten sagen, daß die Vereinigten Staaten mit den Supermächten – der Sowjetunion, China und anderen – zusammenkommen wird, um zu versuchen, Spannungen abzubauen, so daß wir eine Politik des Friedens aus der Position der Stärke heraus verfolgen können ... Entspannung ist lediglich ein Wort, das einmal geprägt wurde – ich glaube nicht, daß es heute noch anwendbar ist*" („Frankfurter Rundschau", 3.3.76). Bereits im August letzten Jahres erklärte Ford, daß er „*das Wort Entspannung für irreführend halte, weil es ein Nachlassen der Spannung andeute, was der Wirklichkeit nicht entspricht*" („FR", 3.3.76).

Damit ist einem schärferen Kurs gegenüber der Sowjetunion das Wort geredet: Die USA werden „*jeden ‚Expansionismus'* (damit ist die Unterstützung der Sowjetunion für den Befreiungskampf gemeint; AK) *verhindern und der ‚Herausforderung' aller Länder begegnen, die agressive Absichten jenseits der Vernunft unter Beweis stellen*" („SZ",27.2.76).

Kissinger wies in einer Grundsatzrede darauf hin, daß der „*Westen über erhebliche Kraft zur Eindämmung sowjetischer Macht*" verfüge („FAZ", 6.2.76).

Diese agressive Politik wollen die US-Imperialisten durch eine „*Politik der Stärke*" (Ford) durchsetzen.

In diesem Zusammenhang muß auch die Verabschiedung des biher größten Rüstungshaushalts in der Geschichte der USA gesehen werden, der erstmals über 100 Milliarden US-Dollar liegt (im Vorjahr 91,2 Mrd.).

Schwerpunkt der Rüstungsvorhaben soll sein:
- „*Modernisierung der strategischen Atomwaffen*".
- „*Weltweiter (!) Ausbau der amerikanischen Streitkräfte*".
- „*Völlige Reorganisation des gesamten Wartungs-Sektors, um das Kriegsmaterial einsatzfähiger zu halten.*"
- „*Ausbau der militärischen Forschung, um zu verhindern, daß die Sowjetunion einen ... entscheidenden technologischen Vorsprung erringt*" („Welt", 8.2.76).

Im einzelnen enthält das Programm u.a.:
- den Bau von beweglichen Interkontinentalraketen und die Ablösung der „Minuteman"-Generation (die „Minuteman"-Langstreckenraketen sind in Betonsilos und daher unbeweglich stationiert).
- das Projekt der „Cruise Missile"
- den Bau neuer Flugzeuge
- den Bau von insgesamt 111 modernen Kriegsschiffen im Wert von 37,4 Mrd. Dollar
- den Bau eines neuen Panzers („XM-1")

Gesteigertes Aufrüsten sowohl auf atomarem wie auf konventionellem Gebiet, Verstärkung der Eingreifreserven für „lokale" Konflikte um dem fortschreitenden Befreiungskampf der Völker entgegentreten zu können und die Sowjetunion politisch und militärisch unter Druck setzen zu können – das ist die Lehre des US-Imperialismus aus seiner Niederlage in Angola.

Durch diese agressive Politik wächst die Gefahr einer direkten Konfrontation der beiden „Supermächte" und damit die Möglichkeit eines Krieges zwischen ihnen. Zugleich aber wächst vor allem die Gefahr neuer Massaker der US-Imperialisten gegen die um ihre Befreiung kämpfenden Völker. Ford hat für diese Politik den Begriff „Entspannung" völlig zu Recht beiseite geschoben. ●

Antimilitarismus-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Der Lockheed-„Skandal"

Vertuschen ist Trumpf!

Obwohl die Nachforschungen des amerikanischen Untersuchungsausschusses im sogenannten Lockheed-„Skandal" in den vergangenen vier Wochen fortgesetzt wurden, sind in der Öffentlichkeit kaum wesentliche neue Enthüllungen bekannt geworden. Der ganze Umfang der Schmiergeld-Aktivitäten dieses US-Konzerns zur Förderung seines Absatzes bleibt weiterhin im Dunkeln, obwohl die Namen der bestochenen Politiker, Regierungsbeamten und Offiziere längst bekannt sein dürften.

Das liegt nicht zuletzt daran, daß die US-Regierung, in Furcht um die „Stabilität und innenpolitische Lage" der betroffenen Staaten, keinerlei Interesse zeigt, führende Politiker im Ausland zu kompromittieren.

So hat sich die Regierung bisher geweigert, einer Forderung des Untersuchungsausschusses nachzukommen, durch Kreditentzug für den Lockheed-Konzern diesen zu zwingen, alle im Zusammenhang mit den Bestechungen stehenden Akten zu veröffentlichen. US-Finanzminister Simons weigerte sich auch bisher, Lockheed zur öffentlichen Darlegung seiner Verkaufförderungspraktiken aufzufordern. Letztlich werden damit die Aktivitäten dieses Konzerns von der US-Regierung gedeckt. Nicht zu Unrecht hat der Vorsitzende des Bankausschusses, US-Senator Proxmire, der Regierung den Vorwurf gemacht, den „*größten Vertuschungsversuch seit Watergate*" zu betreiben („Frankfurter Rundschau", 21.2.76).

Erst nachdem die Regierungen Japans, Kolumbiens, der Niederlande und der Türkei von der US-Regierung Unterlagen über die Bestechungen in ihren Ländern verlangten, erklärte sich die US-Regierung „*unter bestimmten Bedingungen*" (!) bereit, Namen zu veröffentlichen. Der stellvertretende Außenminister der USA, Ingersoll, erklärte jedoch zugleich, daß erst in einem halben Jahr mit einer Überlassung belastender Akten zu rechnen sei und auch dann nur unter der Voraussetzung, daß die Regierungen die darin enthaltenen Angaben über bestochene Personen „*vertraulich*" behandeln, damit „*die Privatrechte der betroffenen Personen gesichert*" seien („Süddeutsche Zeitung", 8.3.76).

Eine Veröffentlichung der Namen dürfe erst dann erfolgen, wenn sich die Regierungen entschlossen haben, gegen die Betroffenen Strafverfahren einzuleiten.

Diese von der bürgerlichen Presse als „Konsequenz der US-Regierung aus dem Lockheed-Skandal" begrüßte Maßnahme wurde von einer weiteren „Initiative" des US-Außenministeriums begleitet: Offensichtlich im Rahmen einer „public-relation"-Aktion schlug es einer in Peru tagenden UN-Kommission für „Transnationale Konzerne" einen „Anti-Korruptions-Pakt" vor, mit dessen Hilfe in Zukunft derartige „Skandale" verhindert werden sollen. Dieser „*Plan sieht ein weltweites Abkommen für die Entdeckung und Bestrafung von internationalen Bestechungspraktiken vor*" („SZ", 8.3.76).

Daß es sich allerdings im Falle Lockheeds keinesfalls nur um einen einzelnen Skandal eines Konzerns handelt, dem mit einem „Ehrenkodex" (Helmut Schmidt) beizukommen ist, beweist die immer länger werdende Liste amerikanischer Konzerne, die inzwischen Schmiergeldzahlungen an Ausländer zugegeben haben. Es handelt sich hier u.a. um die Erdölkonzerne Esso, Gulf, Standard Oil of Indiana, Philips-Petroleum, um die Luftfahrt- und Rüstungskonzerne Boeing und Northrop, um den 3-M-Konzern, den Rechenmaschinenhersteller NCR, um den American-Shipbuilding-Konzern, um mindestens drei Arzneimittelkonzerne usw.usf. Inzwischen hat der Vorsitzende des Bundes der Steuerbeamten (BRD) es „*für sicher (erklärt), daß auch deutsche Wirtschaftsunternehmen ‚im Prinzip' Schmiergelder ins Ausland zahlen*". Jedoch sei die Größenordnung nicht dieselbe wie die der US-Firmen („SZ", 1.3.76).

Strauß: „Verdammt – nochmal Glück gehabt!"

Es versteht sich von selbst, daß angesichts dieser Realitäten ein „Ehrenkodex" bestenfalls Kulisse ist, hinter der weiter geschoben und geschmiert wird. Wir wollen im folgenden kurz die aktuellste Entwicklung in den wichtigsten Staaten wiedergeben:

Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus ...

BRD: Daß es im Zusammenhang mit der Starfighter-Beschaffung für die Bundeswehr zu recht „merkwürdigen" finanziellen Transaktionen zwischen Strauß und dem damaligen Lockheed-Vertreter Hauser kam, ist inzwischen durch den Abdruck eines Schecks im „Spiegel" bewiesen. Strauß selbst, der bis über beide Ohren in diesem Sumpf steckt, hat inzwischen zum „Gegenschlag" ausgeholt: Er äußerte den „*Verdacht, daß der sowjetische Geheimdienst* (!) *hinter diesen Vorwürfen gegen ihn stecke*" („FR", 8.3.76). Dieser Demagoge war noch nie zimperlich, wenn es darum ging, von seinen schmutzigen Geschäften abzulenken...

Hauser hat inzwischen weiter ausgesagt, daß auch einem BRD-Offizier „Gratifikationen" gezahlt worden wären („SZ", 2.3.76). Ebenfalls ein „Berater" Lockheeds in Bonn, Steinrücke, hat gestanden, „geringere Beträge" an zwei westdeutsche Parteien gezahlt zu haben.

Obwohl allein durch diese bekannt gewordenen Aussagen genügend Verdachtsmomente für Bestechungen westdeutscher Politiker vorliegen, hat der sozialdemokratische Bundeskanzler Schmidt die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Klärung der Vorwürfe abgelehnt. Dies ist umso bemerkenswerter, da selbst die US-Regierung der Bundesregierung Unterlagen über die Bestechung westdeutscher Politiker und Militärs angeboten hat („FR", 8.3.76).

Das beweist klar, daß alle beteiligten Stellen in der BRD – von der CSU bis hin zur Bundesregierung – nichts unversucht lassen, um die Bestechungen zu vertuschen und mit dem Mantel der Liebe zuzudecken.

US-WELTHANDEL GUT GESCHMIERT
Ausgewählte Bestechungsbeispiele amerikanischer Konzerne

EMPFÄNGER	BESTECHUNGSSUMME in Millionen Dollar	GESELLSCHAFT	BESTECHUNGSSUMME in Millionen Dollar	EMPFÄNGER
kanadische Parteien	1,25	Exxon	46-49	italienische Parteien
Regierungspartei Südkoreas	4,8	Gulf Oil	0,05	pro-arabische Werbekampagne im Libanon
Boliviens Präsident Barrientos	0,46	Gulf Oil		
		Mobil Oil	2,0	italienische Parteien
ausländische Beamte und Berater	0,7	Phillips Petroleum		
Auslandsberater	30,0	Northrop (Elektronik, Luft- und Raumfahrt)	1,8	schweizer Agenten
Yoshio Kodama, Japan	7,1	Lockheed (Luft- und Raumfahrt)	7,9	einflußreiche Ausländer
Marubeni Corp., Japan	3,2	Lockheed (Luft- und Raumfahrt)	1,1	holländische Persönlichkeit
japanische Beamte	2,8	Lockheed (Luft- und Raumfahrt)	0,11	mexikanische Beamte
kolumbianische Luftwaffenoffiziere	0,2	Lockheed (Luft- und Raumfahrt)		
		Mc Donnell Douglas (Luft- und Raumfahrt)	2,5	Regierungsbeamte und Luftfahrtmanager
Verbindungsmann zum Iran	6,0	Grumman (Luft- und Raumfahrt)		
		Rockwell International (Luft- und Raumfahrt)	0,57	Regierungsbeamte im Ausland
politische Gruppen in Südkorea (1972)	0,25	General Motors	0,1	kanadische Parteien
Verteidigungsministerium Südkorea (1974 und 1975)	0,23	General Motors		
		G. D. Searles (Pharma Industrie)	1,3	ausländische Regierungsbeamte
Mittelsmänner in verschiedenen Ländern	0,2	Schering-Plough (Pharma Industrie)		
italienische Regierungsbeamte	0,75	United Brands (Bananen Konzern)	1,25	Regierungsbeamter in Honduras

Quellen: New York Times, Christian Science Monitor, Wall Street Journal

Japan: Japan ist bisher das einzige Land, wo es im Zusammenhang mit den Lockheed-Bestechungen Massendemonstrationen gegeben hat. Mehr als 400.000 Menschen forderten auf verschiedenen Kundgebungen eine schonungslose Untersuchung der Schmiergeld„affaire". Allein am 8. März demonstrierten über 40.000 Menschen unter Sprechchören und roten Fahnen zum Parlament, um gegen die Korruption und Vertuschungsversuche zu protestieren („SZ", 9.3.76).

Inzwischen hat auch die Hauptfigur der Lockheed-Bestechungen in Japan, der Faschist und Kriegsverbrecher Kodoma (siehe AK 73) gestanden, 5,6 Mio. US-Dollar von dem US-Konzern erhalten zu haben. Weitere Figuren, die in Japan belastet werden, sind zum Teil flüchtig.

Italien: Insgesamt sollen nach dem jetzigen Stand der Informationen ca. zwei Millionen Dollar für den Ankauf von 14 Hercules Transportmaschinen illegal gezahlt worden sein.

Ein Rechtsanwalt wurde inzwischen von der Polizei festgenommen, ein weiterer Schmiergeldvermittler, gegen den ebenfalls ein Haftbefehl vorliegt, ist flüchtig.

Auch eine der Hauptfiguren bei den Bestechungen in Italien, Camilo Crocani, bis vor kurzem Chef eines Konzerns der Staatsholding IRI, konnte seiner Verhaftung durch die Flucht ins Ausland entgehen. Crocani, der stark von der Democracia Cristiana protegiert wurde, stand 1943 der faschistischen Republik nahe, machte im faschistischen Deutschland einen Sabotagekurs mit und wurde dann für die SS in Italien tätig. Nach dem Krieg amnestiert, handelte er mit Rüstungsmaterial und begründete so seinen Reichtum. Einer der Freunde Crocanis, ein gewisser Antonelli, hatte eine leitende Funktion in einer der Firmen, an denen Crocani beteiligt war. Antonelli sitzt zur Zeit wegen Bestechung und falscher Zeugenaussage hinter Gittern („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 24.2.76).

Ebenfalls kurz vor der Anklage steht der ehemlige Chef der italienischen Luftwaffe, Duilio Fanali. Gegen ihn wurde bereits 1970 im Zusammenhang mit dem mißglückten faschistischen Putschversuch des Fürsten Borghese ermittelt („SZ", 8.3.76). ●

Auf dem Weg zu „amerikanischen Größenordnungen"

Entwicklung der Luft- und Raumfahrtindustrie in der BRD (und Europa)

Mitte Januar legte das Wirtschaftsministerium den ersten Bericht zur Struktur der Luft- und Raumfahrtindustrie dem Bundeskabinett vor. Danach soll dieser für die Bourgeoisie strategisch ungeheuer wichtige Industriezweig zukünftig mit 5,8 Mrd. DM staatlicher Gelder (davon allein 5 Mrd. DM für militärische Projekte!) unterstützt werden – eine bisher nie erreichte Summe!

Während dieser Plan den Kapitalisten auf der einen Seite riesige Profite aus Steuergeldern verspricht, beschert er auf der anderen Seite den Werktätigen weitere Massenentlassungen. Denn die Konzentration und Rationalisierung in diesem Bereich soll beschleunigt, Überkapazitäten sollen abgebaut und örtliche Zersplitterungen der Konzerne beseitigt werden. Um mindestens (!) 25%, das wären rund 53 000 Arbeiter und Angestellte, sollen die Kapazitäten abgebaut werden („Spiegel", 51/75).

Zugleich wurde bekannt, daß ab Mitte 1976 mit der Serienproduktion des westdeutschen-englischen-italienischen Mehrzweckkampfflugzeuges MRCA begonnen wird. Die dadurch entstehenden Kosten von mehreren Milliarden Mark sind bisher geheim gehalten worden.

Die bereits ins astronomische gehenden Subventionszahlungen des BRD-Staates für die Luft- und Raumfahrtindustrie verdeutlichen die westdeutschen Anstrengungen, im Konkurrenzkampf mit den anderen imperialistischen Hauptmächten (USA, Frankreich und Großbritannien) gleichzuziehen.

Die Ausrüstung der Bundeswehr und anderer westeuropäischer Luftwaffen mit dem neuen MRCA-Kampfflugzeug zeigt zugleich, daß es den westdeutschen Imperialisten gelungen ist, auf diesem Sektor technologisch den Stand der übrigen Hauptkonkurrenten aufzuholen.

Wir wollen im folgenden die Entwicklung seit 1945 und den gegenwärtigen Stand der BRD-Luftfahrtindustrie darstellen.

Das Märchen von der Demontage

1944 – gegen Ende des zweiten imperialistischen Weltkrieges – hatte die Luftfahrtindustrie des deutschen Faschismus gigantische Ausmaße erreicht: In 43 Betrieben arbeiteten 750 000 Beschäftigte. Auf die Zerschlagung des Faschismus folgte die Demontage und das Verbot jeglicher Flugzeugindustrie (Potsdamer Abkommen).

Deshalb verlegten Messerschmidt und Dornier ihre Entwicklungsbüros vorerst ins faschistische Spanien (!): *„In den ‚Oficinas Tecnicas Dornier' wurde hier seit Beginn der 50er Jahre die Do-27 entwickelt, von der die Bundeswehr später 428 Stück bestellte; in der ‚Hispano Aviacon' konstruierte Messerschmidt den Düsentrainer Me-200, der nach der Ablehnung durch die Bundeswehr für die spanische und ägyptische Luftwaffe in Serie ging"* (Peter Schlotter, Rüstungspolitik in der Bundesrepublik).

Trotz Verbot existierte die Deutsche Luftfahrtindustrie – wenn auch vermindert – weiter!

Im Zuge der Eingliederung der BRD in die Nato und der Wiederaufrüstung erfolgte 1955 die Wiederzulassung der Luftfahrtindustrie. Sie mußte sich vorerst auf die Wartung der der Bundeswehr gelieferten US- und kanadischen Flugzeuge beschränken.

Mit Lizenzaufträgen für 112 Noratlas und 428 Do-27 nahm die westdeutsche Luftfahrtindustrie die Produktion wieder auf. Es folgten Lizenzproduktionen des Erdkampfflugzeuges Fiat G-91, des Transportflugzeuges Noratlas und des Hubschraubers Bell UH-1D.

Von vorneherein waren diese Projekte dazu angelegt, den technologischen Stand der westdeutschen Luftfahrtindustrie hochzupäppeln und gleichzeitig Kapazitäten für spätere eigene Produktionen zu schaffen.

Zu der bislang wichtigsten Lizenzproduktion in der BRD, dem „Starfighter", äußerte sich der damalige stellvertretende Generalinspekteur der Bundeswehr, Büchs, auf einer Kommandeurstagung: *„So betrachtet, war z.B. auch der Lizenzbau der F-104-G für unsere Industrie mit einem Zuwachs an technischen und organisatorischen Kenntnissen verbunden"* („Soldat und Technik", Nr. 8/1967).

Das Kriegsministerium erklärte 1970, daß die *„deutsche Industrie auf fast allen wesentlichen Gebieten den Anschluß an den Leistungsstand der internationalen Wehrtechnik gefunden (habe), indem sie systematisch an die neuen Verfahren herangeführt wurde, Betreuungs- und Nachbauaufgaben übernahm und so die Voraussetzungen für die Durchführung eigener Projekte erhielt"* (zit. nach „Industriemagazin", 12/1970).

Die Entwicklung von Senkrechtstartflugzeugen

In den Jahren 69-72 erfolgte die Entwicklung von vier verschiedenen Typen senkrechtstartender Kampf- und Transportflugzeuge. Technologisch gesehen ging es darum, die Triebwerke zu verbessern und kürzere Start- und Landezeiten zu erproben. Beteiligt daran waren: der „Entwicklungsring Süd" (Bölkow, Messerschmidt), „Dornier", „Vereinigte Flugtechnische Werke" (VFW). *„Die Erforschung der Senkrechtstarttechnologie kostete mindestens 1,5 Milliarden DM, ohne daß daraus ein einsatzreifes Flugzeug entstanden ist"* („Interavia", 7/75, S. 773). Bereits 1959, als das Kriegsministerium dem ersten diesbezüglichen Entwicklungsangebot der Firma Dornier zustimmte, war abzusehen, daß wohl nie ein militärischer Bedarf für derartig kostspielige und wartungsanfällige Flugzeuge bestehen würde. Spätestens 1972 wurde das letzte dieser Projekte eingestellt. Es sind dabei lediglich Prototypen herausgekommen, wovon einer, die VJ 102, heute im „Deutschen Museum" steht. Mit diesen eigenen Entwicklungen eines komplizierten, technologisch hochwertigen Flugzeuges gelang der westdeutschen Luftfahrtindustrie jedoch ein wesentlicher Schritt zur Schließung der Technologielücke zu ihren amerikanischen und französischen Konkurrenten. Somit wurden auch technologische Voraussetzungen zum MRCA-Projekt geschaffen.

Gleichzeitig vollzog sich dabei natürlich eine Konzentration der Luftfahrtindustrie.

Westdeutsche Luftfahrtindustrie Anfang der 70er Jahre

Anfang der 70er Jahre war ein vorübergehender Abschluß der Konzentration und Monopolisierung und dem Aufbau von Kapazitäten in der westdeutschen Luftfahrt- und Triebwerksindustrie zu verzeichnen (siehe Graphik 2). Es sind Voraussetzungen geschaffen, umfangreichere Projekte anzugehen. Im Hinblick auf das MRCA-Projekt z.B. erfolgte ein Zusammenschluß bedeutender Firmen der westdeutschen Elektronikindustrie, AEG-Telefunken, Siemens, Rohde & Schwarz, Standard Elektrik Lorenz zur „Elektronik System GmbH"!

Der Staatsapparat hatte über die Auftragsvergabe erheblichen Einfluß auf den Konzentrationsprozeß genommen (80% Staatsaufträge in der Luftfahrtindustrie). Deutlich spricht das Rüstungs-Ministerialdirektor Bode aus: *„Die deutsche Führung im NKF-Projekt* (frühere Bezeichnung für MRCA, die Red.) *ist nur vertretbar, wenn rechtzeitig (das heißt sofort) die Führungspotenz nachgewiesen, das heißt fusioniert wird"* („Capital", 4/1968). Bislang sind allerdings die staatlichen Pläne zur Gründung einer Einheitsgesellschaft an der Konkurrenz zwischen MBB und VFW-Fokker gescheitert. Auch Dornier ließ sich bisher nicht zur Fusion zwingen. Zuletzt sollte Dornier über die Vergabe des Entwicklungsauftrags für den „Alpha-Jet" zur Fusion mit MBB gebracht werden. Dornier erhielt den Auftrag, aber auch ohne zu fusionieren – nach „Capital", 7/70.

Mit der Ernennung des Parlamentarischen Staatssekretärs im Wirtschaftsministerium, Martin Grüner, zum „Koordinator für die deutsche Luft- und Raumfahrt" („Interavia", 7/75, S. 772) sucht die Bundesregierung direkten Einfluß auf die künftige Entwicklung zu nehmen. Dahin zielt auch die Herausgabe von zwei „Basisprogrammen" für die Luft- und Raumfahrtindustrie seit 1970. Das „Basisprogramm 70 - 74" hatte einen Umfang von 11,68 Mrd. DM (davon 3,8 Mrd. Beschaffung, 4,8 Mrd. Entwicklung und 3,1 Mrd. Betreuung und Erhaltung). Im wesentlichen finanziert wurden damit Entwicklungen von MRCA und Alpha-Jet, Entwicklung und Produktion von Flugkörpern, zum Teil der Kauf der Phantom F-4-F und die Lizenzproduktion des Hubschraubers Sikorsky CH-53 aus den USA.

Im zweiten „Basisprogramm 74-78" werden wesentlich größere Anstrengungen des BRD-Imperialismus deutlich. Es hat einen Gesamtumfang von 16 Mrd. DM, wobei ein Anteil von 12,79 Mrd. DM auf militärische Ausgaben fällt (siehe dazu Graphik 3). Nicht enthalten ist dabei die Serienfertigung des MRCA ab 1977, die zusätzlich zu Preissteigerungen die Gesamtsumme erheblich in die Höhe treiben wird. *„Im Mittelpunkt* (des „Basisprogramms 74 - 78", die Red.) *stehen weiterhin die Programme MRCA, Alpha Jet, Hot, Roland und Kormoran, während sich zwei neue Projekte – ein Hubschrauber für die Panzerabwehr und der Flugkörper Jumbo – im Definitionsstadium befinden. Gefördert werden ferner neue technologische Vorhaben, wie unbemanntes Fluggerät (Drohnen), Hubschrauber und Lenkwaffen der dritten Generation"* („Interavia", 7/75).

Bei all diesen Programmen, die ohnehin Milliarden verschlingen, machen die Rüstungskapitalisten einen sicheren Gewinn. *„Bei Entwicklungs- und Militäraufträgen sind 5% kalkulatorischer Gewinn gestattet: Je höher die Kosten, desto höher der Gewinn"* („Spiegel", 51/75, S. 33).

BRD-Rüstungskapitalisten drängen nach expansiver Exportstrategie

Der Exportanteil der westdeutschen Luftfahrtindustrie betrug 1972 lediglich 12%. Nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz unterliegen alle Waffenexporte der Genehmigungspflicht durch die Bundesregierung. Dabei sind Exporte in „Spannungsgebiete" verboten.

Tatsächlich liefert die BRD zumeist ausgemottete ältere Flugzeuge an Staaten der Dritten Welt und an andere Nato-Länder (vor allem an Griechenland und die Türkei).

Dennoch muß die BRD einen Teil ihrer Waffengeschäfte über Drittländer abwickeln bzw. über „dunkle Kanäle" laufen lassen.

Sie ist dabei natürlich gegenüber ihren Hauptkonkurrenten (USA, Frankreich und auch Großbritannien) klar benachteiligt.

Immer wieder wird deshalb – besonders energisch in der letzten Zeit – von den Vertretern der Rüstungsmonopole die Aufhebung der bestehenden Exportbeschränkungen gefordert. Die Bundesregierung kommt diesem Verlangen der Monopole – mit Rücksicht auf außenpolitische Interessen – schrittweise entgegen.

In einem gegen Ende des letzten Jahres der Bundesregierung übergebenen „Memorandum der Luft- und Raumfahrtindustrie" werden Exportzuschüsse und eine aktivere Rolle der Bundesregierung bei Exportverhandlungen verlangt. Der BRD-Staat soll sein politisches und wirtschaftliches Gewicht einsetzen, um den Rüstungsabsatz der Konzerne zu erhöhen!

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" schrieb dazu: *„Es ist den Nato-Partnern der Kauf deutscher Rüstungsgüter zu empfehlen ... die Regierung selbst soll gewissermaßen als Industrievertreter (!) gegenüber dem Ausland auftreten und somit den Verkauf deutscher Projekte forcieren ... Außerdem eine Verkaufsförderung durch regierungsamtliche Hilfe, auch Zuschüsse, zinsverbilligte Darlehen und einen Ausgleich für Währungsschwankungen"* („FAZ", 24.9.1975).

Die Ernennung von Herrn Grüner zu einer Art Koordinator für solche Geschäfte ist schon ein Weg in die Richtung, dem BRD-Imperialismus die Tür zur Expansion vollends zu öffnen.

BRD-Imperialismus erstrebt die Vorherrschaft

Eine erste Zusammenarbeit mehrerer westeuropäischer Luftfahrtkonzerne konnte erstmals in den Jahren 1959 bis 1966 bei der Produktion des „Starfighter F-104-G" hergestellt werden. In diesen Jahren wurden 950 Flugzeuge diesen Typs von Konzernen der BRD, Italiens, Belgiens und der Niederlande produziert: insgesamt waren daran 17 Hauptauftragnehmer, 500 Unterauftragnehmer und 15 000 Zulieferfirmen beteiligt („Zeit", Nr. 49, 8.12.72).

Seitdem hat sich die Zusammenarbeit westeuropäischer Konzerne auf diesem Sektor vertieft; Ziel ist dabei für den BRD-Imperialismus eine *„Neuordnung der europäischen Flugzeugindustrie"* („Handelsblatt, zit. bei F. Schmid, Der Militär-Industrie-Komplex, S. 131) unter westdeutschem Vorzeichen.

Ausdrücklich lehnen die führenden Monopolvertreter dieses Rüstungszweiges der BRD-Industrie die Schaffung eines einheitlichen nationalen Luft- und Raumfahrtkonzerns ab, sondern plädieren demgegenüber für die Schaffung einiger weniger westeuropäischer Konzerne mit *„amerikanischen Größenordnungen"* (Bölkow).

Der Hinweis auf die „amerikanischen Größenordnungen von Bölkow kommt dabei nicht von ungefähr, sind doch gerade die riesigen US-Konzerne die größten Konkurrenten der westeuropäischen Konzerne auf dem Weltmarkt. In einem Leitartikel der „MBB-Mitteilungen" heißt es: *„Die Unternehmen der Luft- und Raumfahrtindustrie und die Großkonzerne der Elektro- und Elektronikindustrie können in Deutschland und Europa nicht als Konkurrenten auftreten. Sie müssen Partner werden, wenn sie die ‚amerikanische Herausforderung' verstanden haben"* (zit. nach Schmid, S. 131).

Die ‚Keime' derartiger noch zu schaffender westeuropäischer Monopole bilden nach dem Willen der Imperialisten die bereits bei mehreren Rüstungsvorhaben gebildeten „Arbeitsgemeinschaften" von EG-Konzernen verschiedener nationaler Herkunft (z.B. MRCA, Alpha Jet, Airbus usw.). *„Die große Zahl multilateraler Projekte sei die Voraussetzung für echte Fusionen auf internationaler Ebene"* („Handelsblatt", 20.10.70).

Ausgehend von diesen „Arbeitsgemeinschaften", die zu *„einem immer stärkeren Kristallisationspunkt werden"* sollen, wird der Aufbau von nur zwei bis drei großen westeuropäischen Konzernen angestrebt, *„die dann je einen deutschen Partner haben sollen"* (ebenda).

Die Herausbildung dieser multinationalen westeuropäischen Konzerne

Forts. Seite 9

Luft- und Raumfahrtindustrie der BRD

	1957	1958	1970	1971	1972	1973
Umsatz (Millionen DM)	12	48	2.881	3.075	3.565	3.900
Zahl der Beschäftigten	3.500	12.000	57.253	56.678	52.456	52.985
nach Sektoren						
Flugzeugzellen	39.580	38.139	39.580	38.139	34.524	34.230
Flugtriebwerke			6.442	7.059	6.832	7.186
Ausrüstung			11.231	11.480	11.100	11.569
Beschäftigte nach Aufgaben(%)						
Zivilluftfahrt			25,0	25,5	21,6	28,2
Militärluftfahrt			67,2	66,3	69,8	65,1
Weltraumtechnik			7,8	8,2	8,6	6,7
Beschäftigte nach Bereichen (%)						
Entwicklung			37,1	33,4	34,6	30,1
Produktion			41,6	43,2	39,1	43,4
Betreuung			21,3	23,4	26,3	26,5
Öffentliche Aufträge (Millionen DM)						
militärisch			1.866	2.077	2.625	2.758
raumfahrttechnisch			193,6	343,3	326,0	330,1
zivil (1)			–	–	–	5

(1) Forschungsaufträge an Industriefirmen ohne Aufwendungen für Forschungsinstitute
Zahlen für 1957/58 Quelle: Peter Schlotter, Rüstungspolitik in der BRD
Zahlen für 1970-73 Quelle: Basisprogramm für die Luft- und Raumfahrtindustrie der Bundesrepublik Deutschland vom 13.12.74
Zahlen für 1974/75 liegen uns leider nicht vor. Der „Spiegel" vom 15.12.75 nennt ein Gesamtaufkommen von 5,8 Mrd., davon 4,9 Mrd. Rüstung, 85 % des Umsatzes seien Staatsmittel, dabei handelt es sich um Zahlen für 1974.

Bundesmittel für die deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie 1974 bis 1978 (Millionen DM)

	1974	1975	1976	1977	1978
zivile Programme (1)	244	274	327	350	350
militärische Programme	2589	2795	2596	2464	2346
Raumfahrtprogramme	311,9	288,7	312,3	332,7	355,3
zivile Luftfahrtforschung (2)	7,4	10,0	13,2	17,0	21,2
insgesamt	3152,3	3367,7	3248,5	3163,7	3072,3
Teilbereich Militärluftfahrt					
Beschaffung	725	1020	866	687 (3)	655 (3)
Betreuung	1120	1101	1104	1120	1136
Entwicklung	744	674	626	657	555

(1) einschließlich Vermarktungshilfen
(2) nur Industrie, ohne Forschungsinstitute
(3) mit der Entscheidung zum Eintritt in die Serienabfertigung des MRCA verbindet sich eine wesentliche Erhöhung der Ansätze

Quelle: Basisprogramm für die Luft- und Raumfahrtindustrie der Bundesrepublik Deutschland vom 13.12.74

Forts. von S. 8

Auf dem Weg zu „amerikanischen Größenordnungen"

vollzieht sich dabei in einem steten Kampf der verschiedenen nationalen Kapitale, in dem das gesamte wirtschaftliche, politische und militärische Gewicht der einzelnen „Nationen" ins Spiel gebracht wird; auf einer anderen Grundlage, als der der „Macht" kann sich im Imperialismus niemals die „Einigung" vollziehen. So schrieb denn auch Ludwig Bölkow: *„Für uns heißt das, daß wir die Integration* (in der BRD – d. Red.) *über das Erreichte hinaus mit aller Kraft auf allen Ebenen weiterführen müssen, so daß wir an innerer Kraft so gewinnen, um mit der notwendigen Stärke (!) in derartige Gespräche* (zum Aufbau multinationaler Konzerne – d.Red.) *eintreten können"* („MBB-aktuell", Dez. 1970).

Die führende Rolle des BRD-Imperialismus bei den meisten in „Gemeinschaftsproduktion" erstellten Projekten – insbesondere bei dem MRCA – bestätigt, daß er diesem Ziel bereits sehr nahe gekommen ist.

Einen weiteren Anstoß erhielt der Konzentrationsprozeß der westeuropäischen Luft- und Raumfahrtindustrie durch die EG-Kommission. Der für diesen Bereich zuständige EG-Direktor Layton legte den EG-Staaten einen Plan vor, der u.a. folgende Maßnahmen vorsieht:

- Aufstellung eines gemeinsamen Programms für Entwicklung, Produktion und Vermarktung großer Zivilflugzeuge;
- Finanzierung dieses Programms durch die EG;
- Aufstellung eines Programms für die Grundlagenforschung;
- Schaffung eines gemeinsamen Marktes im Bereich der zivilen Luftfahrt, was quasi einem Ausschluß der US-Monopole vom europäischen Markt gleichkäme (!);
- Bildung einer gemeinsamen Agentur für Entwicklung und Beschaffung von Flugwaffensystemen.

Werden diese Maßnahmen von den beteiligten Regierungen nicht ergriffen, so würde die westeuropäische Luft- und Raumfahrtindustrie *„in den nächsten Jahren ihre Autonomie verlieren und sich zu einem bloßen Zulieferer auf dem Weltmarkt zurückentwickeln"* („vdi-Nachrichten", 5.12.75).

Wenn auch diese Vision übertrieben erscheint, um wohl vor allem gegenüber der „Öffentlichkeit" die zukünftige Machtzusammenballung und zu erwartende neue Milliardensubventionen zu rechtfertigen, so darf man dennoch nicht das gegenwärtig real existierende Kräfteverhältnis der einzelnen westeuropäischen und der US-Konzerne aus den Augen verlieren. **„Die US-Konzerne beherrschen noch heute in den NATO-Ländern 75% des Marktes. Selbst der fünftgrößte Luftfahrtkonzern der USA hat noch einen größeren Umsatz als die drei größten BRD-Konzerne zusammengenommen"** („vdi-Nachrichten", 5.12.75).

Die Überlegenheit der US-Konzerne dürfte dabei weniger auf dem Gebiet der technologischen Entwicklung liegen (hier dürfte mittlerweile auf dem Sektor der Luftfahrt – nicht Raumfahrt – nahezu ein Gleichstand erreicht sein), sondern der größeren kapitalmäßigen Macht, verbunden mit dem gesamten wirtschaftlichen und politischen Potential des US-Imperialismus.

„F-16": US-Imperialisten setzen sich durch

Diese Überlegenheit der US-Imperialisten zeigte sich auch beim Ankauf des amerikanischen Bombers „F-16" als Nachfolge-Flugzeug für den „Starfighter" durch die NATO-Länder Belgien, Dänemark, Niederlande und Norwegen: Der ebenfalls anfangs zur Wahl stehende französische Mirage-Bomber wurde abgelehnt (s. AK 63).

Allerdings konnten sich die US-Imperialisten nur durch einige (in der Vergangenheit nicht notwendige) Zugeständnisse an die kleinen NATO-Länder den Auftrag sichern: Der Vertrag sieht eine Koproduktion von 1 500 Maschinen diesen Typs vor (348 für die vier europäischen Länder, 650 für die USA und 500 für vermutete Aufträge aus anderen Ländern). *„Die Entwicklung und Fertigung soll zwischen der amerikanischen und europäischen Industrie völlig integriert werden"* („Interavia", 8/75). Europäische Fachleute werden sich an der Entwicklung beteiligen, ebenso Testpiloten, Teile für die letzten drei Entwicklungsflugzeuge werden in Westeuropa hergestellt.

Die Koproduktion der „F-16" ist zwar ein Zugeständnis den vier europäischen Ländern gegenüber, sonst wäre wahrscheinlich die Entscheidung nicht zugunsten der „F-16" gefallen. Sie hat aber auch ganz konkrete Auswirkungen auf den Zusammenschluß der eurpäischen Imperialisten: *„ ... doch sind die für den Bau dieser Flugzeuge vorgesehenen vier bis fünf Jahre – ohne Berücksichtigung einer eventuellen Beteiligung an der F-16-Fertigung für andere Länder-im Zusammenhang mit den europäischen Integrationsbemühungen als verloren zu betrachten. ... Damit dürfte wohl feststehen, daß die französische Industrie in Zukunft versuchen wird, ihre Flugzeuge ohne allzu große Rücksicht auf die Gefühle anderer dorthin zu verkaufen, wo immer sich eine Gelegenheit bietet"* („Interavia", 7/75, S. 748).

Die US-Monopole haben mit dem Verkauf der „ F-16" an die vier großen NATO-Länder zweifellos einen großen Erfolg errungen, der zudem noch den westeuropäischen Einigungsprozeß in der Luft- und Raumfahrtindustrie negativ beeinflußt.

Dennoch läßt sich nicht übersehen, daß dieser westeuropäische Einigungsprozeß – vorerst hauptsächlich in Gestalt bi- oder multilateraler „Arbeitsgemeinschaften" – Fortschritte gemacht und bereits Ergebnisse hervorgebracht hat (s. nebenstehenden Kasten über MRCA usw.), die ähnlichen US-Entwicklungen durchaus gleichwertig sind.

Damit aber wird der Konkurrenzkampf, trotz aller wortreichen Bekenntnisse zu den *„ transatlantischen Bindungen"* (Bundesregierung) unter den Imperialisten auf diesem Markt immer schärfer. •

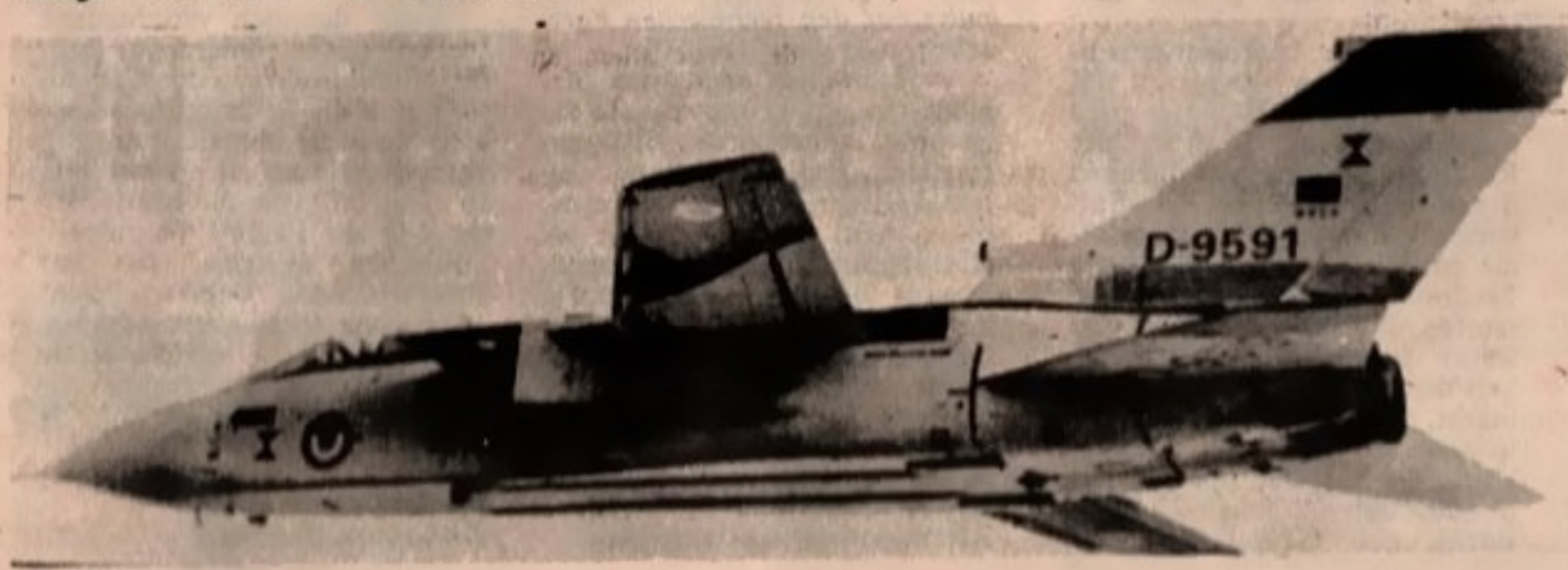
Antimilitarismuskommission KB-Gruppe Hamburg und AK-Red.



F 16 vom US – Konzern General Dynamics



Mirage F 1 E/M 53 von Dassault–Breguet



MRCA

Anzahl

- ○ **Palästina** (Febr. 74)
  Interviews und Gespräche mit Kämpfern der PLO, Fatah, PFLP und PFLP-Allgemeine Führung
  120 Seiten, Großformat DM 6,–
- ○ **Die chinesische Kulturrevolution**
  in Dokumenten, Nachdrucke von ausgewählten Artikeln der „Peking-Rundschau" aus den Jahren 1966 und 1967
  134 Seiten, Großformat (Febr. 74) DM 8,–
- ○ **KBW am Scheideweg – Sozialismus oder Vaterlandsverteidigung**
  56 Seiten 3,- DM
  Nachdrucke von AK-Artikeln zur Auseinandersetzung mit den KBW
- ● **Unser Weg** **Revisionismuskritik** (Okt. 72)
  160 Seiten, Buchformat DM 4,50
  (zur Zeit vergriffen – wird neu aufgelegt)
- ○ **Schulkampf** (Aug. 74)
  Nachdruck von Artikeln des ARBEITERKAMPF
  92 Seiten, 2. erweiterte Auflage DM 3,50

DIE INTERNATIONALE-Sondernummer

- ○ **Portugal, Armee und Revolution** (Juni 75)
  12 Seiten 3. Auflage 1,- DM
  Übersetzung aktueller Texte aus „Esquerda Sozialista" (MES), „Poder Popular" (Massenzeitung des MES), die Plattform des MFA (Bewegung der Streitkräfte) sowie die Proklamation der „1. Großen Delegiertenversammlung der Matrosen der Marine".
  12 Seiten mit zweiseitigem Drei-Farb-Poster „Povo-MFA"
- ○ **Revolutionärer Volkskrieg in Argentinien**
  (Sept. 75) 22 Seiten 1,-DM
  Nachdruck des ARBEITERKAMPF-Artikels „Krise der Bourgeoisie Vormarsch der Linken"
- ○ **MPLA – der Sieg ist gewiß** (Sept.75) 30 Seiten
  Geschichte und Kampf der MPLA und Dokumente 1,- DM

ARBEITERKAMPF-Sondernummer

- ○ **Zur Außenpolitik der VR China**
  12 Seiten (Juli 75) 0,50 DM
- ○ **ARBEITERKAMPF–EXTRA zur Chilesolidarität**
  Zur aktuellen Lage in Chile / Die Auseinandersetzungen im chilenischen Widerstand u.a. (Sept. 75) 8 Seiten 0,50 DM
- ○ **ARBEITERKAMPF–EXTRA zur Portugalsolidarität**
  „Portugal darf nicht das Chile Europas werden"/Gespräch mit Genossen der SUV / Manifest der Revolutionären Einheitsfront (FUR) / MPLA, Angola: der Sieg ist gewiß / u.a. (Sept.75) 8 Seiten 0,50 DM
- ○ **Die politischen Parteien in Portugal** (Mai 75)
  55 Seiten 5. Auflage 1,- DM
  Behandelt werden die rechten und bürgerlichen Parteien und die revolutionäre Linke.
  Im 15seitigen Anhang sind AK-Artikel nachgedruckt; z.B. wird das Wahlergebnis behandelt („Vernichtende Niederlage für die offene Reaktion"), außerdem die Übersetzung der ersten vom Arbeitern herausgegebenen Nummer der Zeitung „Republica" („Geschichte eines Kampfes").

Schallplatten

- ○ **Lieder des Hamburger Straßentheaters: Wir führen den Kampf weltweit** 5,- DM
  Schallplatte 17 cm
- ○ **Guten Morgen!** 5,- DM
  Schallplatte 17 cm
- ○ **Sie haben den Präsident** 5,- DM
  Schallplatte 17 cm

Neuerscheinungen:

- ● Inhaltsverzeichnis der ARBEITERKÄMPFE Jahrgang 71-74 DM 1,50
- ● DIE INTERNATIONALE-Sondernummer
  Der Kampf der Drucker in Frankreich, Portugal und „Pressefreiheit" in der BRD 48 Seiten DM 1,50

Abonnement

ARBEITERKAMPF Zeitung des Kommunistischen Bundes
erscheint zweiwöchentlich

für 12 Ausgaben	ab Nr.	DM 16,80
für 24 Ausgaben	ab Nr.	DM 33,60
Förderabo für 12 Ausgaben	ab Nr.	DM 20,–
Förderabo für 24 Ausgaben	ab Nr.	DM 40,–

Rebell Jugendzeitung des Kommunistischen Bundes
erscheint sechswöchentlich

für 6 Ausgaben	ab Nr.	DM 4,80
für 12 Ausgaben	ab Nr.	DM 9,60
Förderabo für 6 Ausgaben	ab Nr.	DM 6,–
Förderabo für 12 Ausgaben	ab Nr.	DM 12,–

Die Internationale Zeitung des Kommunistischen Bundes für den proletarischen Internationalismus
erscheint sechswöchentlich

für 6 Ausgaben	ab Nr.	DM 4,80
für 12 Ausgaben	ab Nr.	DM 9,60
Förderabo für 6 Ausgaben	ab Nr.	DM 6,–
Förderabo für 12 Ausgaben	ab Nr.	DM12,–

Anschrift: ....

76 ....

....

....

(Datum) (Unterschrift)

BRD-Imperialismus

Die vier Luft- und Raumfahrtkonzerne

Nahezu die gesamte Luft- und Raumfahrtindustrie der BRD konzentriert sich auf drei Zellen- und einen Triebwerkhersteller. Es finden sehr weitgehende Absprachen über die Aufteilung des Marktes statt.

Dornier beschäftigt in vier Werken rund 7.000 Personen: Die „Dornier GmbH" befaßt sich mit der Entwicklung und Fertigung von Flugzeugen und beschäftigt etwa die Hälfte des ganzen Personals. „Dornier System" ist auf dem Gebieten Raumfahrt, Elektronik und neue Technologien tätig, die „Dornier Reparaturwerft" hat sich auf Wartung und Überholung von Luftfahrtgeräten spezialisiert und das vierte Werk stellt Textilmaschinen her. Schwerpunkte der Fertigung bilden zur Zeit die Do 28D Skyservant und Baugruppen der Phantom F-4 F, während in der Entwicklung der Alpha Jet dominiert. Das Unternehmen arbeitet ferner an unbemannten Fluggeräten sowie an Raumfahrtprogrammen. Der Umsatz betrug 1974 519 Mio DM, wovon 62% auf den militärischen Sektor entfielen.

Messerschmidt-Bölkow-Blohm zählt auf den Gebieten Flugzeug- und Hubschrauberbau, Raumfahrt, Bodenverkehr und Systeme rund 19.700 Mitarbeiter. Im Mittelpunkt der Fertigung stehen gegenwärtig das zivile Verkehrsflugzeug Airbus und der Hubschrauber BO 105, während in der Entwicklung das MRCA die erste Stelle einnimmt. MBB entwickelt ferner verschiedene Flugkörper und ist im Bereich der Raumfahrt tätig. Der Umsatz betrug 1974 1,48 Mrd DM, 58% entfielen auf den militärischen Sektor.

VFW-Fokker gehört zusammen mit der niederländischen Fokker-VFW zur Firmengruppe VFW-Fokker International, die 1974 einen Gesamtumsatz von 1,4 Mrd erzielte und 17.000 Personen beschäftigte (mehr als 10.000 davon in der BRD). In der Produktion steht zur Zeit das Kurzstreckenverkehrsflugzeug VFW 614 an der Spitze, nachdem sich der Lizenzbau des Hubschraubers Sikorsky CH-53 mit 110 gebauten Einheiten dem Ende neigt. Im Unterauftrag ist VFW-Fokker an den Programmen A 300 (Airbus) und MRCA beteiligt. Außerdem ist das Unternehmen tätig in der Raumfahrttechnik.

Motoren-und Turbinen-Union beschäftigt etwa 6.000 Personen und hat einen Umsatz in der Größenordnung von 500 Millionen. Zur Zeit konzentriert sich die Fertigung auf das Strahltriebwerk für die F-4 Phantom und den Turbmotor für die Sikorsky CH-53. Gearbeitet wird am Triebwerk für den Alpha Jet, das von Klöckner-Humboldt-Deutz für die deutschen Flugzeuge montiert werden soll. MTU beherrscht 80%, KHD den Rest des Triebwerkbaus in der BRD. MTU arbeitet mit einem Anteil von 48% an der Entwicklung des Triebwerkes für das MRCA. ●

„Volkswirtschaftlicher Nutzen" der Rüstungsindustrie



Nun ja, aber betrachten Sie doch mal den volkswirtschaftlichen Nutzen, der durch die Rüstungsforschung betrieben wird......

Wenn es darum geht, die Milliardenzahlungen des Staates für die Forschungs- und Entwicklungsvorhaben der Rüstungskonzerne zu rechtfertigen, hört man immer wieder das Schlagwort eines angeblichen „gesamtwirtschaftlichen Nutzens" dieser horrenden Geldausgaben. Gemeint ist damit der „positive zivile Aspekt" der Rüstungsforschung, der „allen" zu statten käme.

Einerseits würden bestimmte Nebenprodukte dieser Branche das Leben aller Menschen verbessern; das wohl abgeschmackteste Beispiel ist die Teflon-Pfanne, die in der Tat ein Abfallprodukt der amerikanischen Apollo-Programme ist. Dieses blödsinnige „Argument" läßt sich mit einer einzigen Frage aus der Welt schaffen: Wieviel billiger wäre wohl die Entwicklung der Teflon-Pfanne geworden, wenn sich die Imperialisten dabei den „Umweg" zum Mond gespart hätten?!

Ein anderes, in diesem Zusammenhang immer wieder zu hörendes „Argument" lautet etwa folgendermaßen: Die in der Rüstungsforschung gewonnenen Erkenntnisse und in der Entwicklung moderner Waffensysteme entstehende fortgeschrittene Technologie findet in der gesamten Industrie Eingang und stärkt so die Konkurenzfähigkeit der Industrie auf dem Weltmarkt, sichert die Arbeitsplätze usw.usf. So behauptet z.B. der ehemalige Generalinspektor der Bundeswehr Generalleutnant Buchs, daß mangelnde *„Möglichkeiten der Forschungs- und Entwicklungsbeteiligung* (auf dem Rüstungssektor - die Red.) *sich auf das technologische Niveau in der Bundesrepublik nachteilig auswirken."* Die Industrie würde im folgenden *„in großen Bereichen ihre Konkurrenzfähigkeit verlieren"* (zitiert bei F. Schmid, Militär-Industrie Komplex, S. 28)

Nach F. J. Strauß werfen die Ausgaben für Rüstungsforschung *„volkswirtschaftlich hohe Zinsen ab"* (FJS, Herausforderung und Antwort, S.15) und die Zeitung „Wehr und Wirtschaft" behauptet: *„Wehrtechnik ist Extremtechnik, Spitzentechnik und damit Schrittmachertechnik"* (1/69). Auch im „Weißbuch 1970" der SPD/FDP-Regierung wird vom damaligen Kriegsminister Helmut Schmidt behauptet, daß *„durch die Übernahme moderner Verfahrenstechniken und Organisationsformen Impulse auf den technischen Fortschritt ausgehen"* (S.150).

In der Tat ist auch diese „Argumentation" keineswegs für die gesamte Industrie der BRD zutreffend. Lediglich einem kleinen Teil der größten Konzerne, die zumeist selbst direkt an der Rüstungsforschung beteiligt sind, kommt diese auch zustatten, wie z.B. die Elektroindustrie, die von der staatlich finanzierten militärischen Forschung auch für ihre „zivilen" Produkte profitiert. In der BRD sind das ganze 60 Industriefirmen, die im Auftrag des Kriegsministeriums überhaupt Rüstungsforschung betreiben.

Die US-Regierung kam in einem Bericht zu dem Schluß, daß *„die direkte zivile Anwendung von Ergebnissen der Verteidigungs- und Raumforschung sehr klein (ist) im Vergleich zu den Investitionen in die Verteidigungs- und Raumforschung. Trotz bewußter (!) Anstrengungen ... wird das zivile Nebenprodukt ... künftig wahrscheinlich immer kleiner werden"* (zitiert von F. Schmid, S.94).

Das entlarvt allzu deutlich alle Sprüche von „volkswirtschaftlichem Nutzen", „ökonomischer Effektivität" usw. der Rüstungsforschung als pure Rechtfertigungsideologie. In Wirklichkeit geht es den Imperialisten allein darum, ständig einen auf dem höchsten und modernsten Stand der Militärtechnik befindlichen Gewaltapparat zu haben, um imperialistische Politik auch gewaltsam durchsetzen zu können.

Wenn dennoch verschiedene technologische Neuerungen (z.B. die Miniaturisierung der Computer durch die Raketenforschung) erst durch die immens teure Rüstungsforschung erzielt wurden, so zeigt dies nur die Irrationalität und die Fäulnis des imperialistischen Systems, das auf entscheidenden Gebieten nicht anders als über „Vernichtungswissenschaft" entscheidende Fortschritte in der Technik erzielen kann. ●

Wirtschaftskommision
KB-Gruppe Hamburg

Projekte

MRCA

Das „MRCA" ist das erste Kampfflugzeug, das ohne die USA entwikkelt wurde. Unter Vorherrschaft der Rüstungskonzerne der BRD beteiligen sich noch italienische und britische Firmen an dem Projekt. (Wir sind in ARBEITERKAMPF Nr. 54 (Januar 75) schon ausführlich auf „MRCA" eingegangen).

Der neueste Stand ist, daß allein die BRD bereits 1,93 Mrd. DM für Entwicklung und Forschung bis hin zur Fertigung der ersten Prototypen hineingepulvert hat („SZ", 2.1.76). In den nächsten Monaten soll dann endgültig die Entscheidung darüber fallen, in welcher Form die Serienfertigung von 800 Maschinen erfolgen soll.

Der Stückpreis der „MRCA" wird bis zum Datum der Erstlieferung (1978) über 54 Mill. DM betragen („Spiegel" 8/74).

Ferner wird an einer „einfachen" Version von „MRCA" gearbeitet, die „Anfang der 80'er Jahre Absatzchancen" hätte („Interavia" 7/75).

Hier ist wahrscheinlich vor allem an den Export in die Staaten der „Dritten Welt" gedacht.

Alpha Jet

Der Alpha Jet ist eine westdeutsch-französische Koproduktion. Beteiligt sind als Hauptauftragnehmer die Firmen Dassault/Bregeut und Dornier. Bei der französischen Version wird es sich um ein Schulflugzeug, bei der deutschen Version um ein Luftnahunterstützungsflugzeug als Ersatz für die veraltete Fiat G-91 handeln. Aufnahme der Serienproduktion erfolgt Anfang 1976. Die Auslieferung der letzten der 200 von Frankreich und 175 von der BRD bestellten Flugzeuge soll Anfang 1981 erfolgen. Bei einem Systempreis von 16,4 Mio DM handelt es sich für die BRD um einen Beschaffungswert von 2,891 Mrd. DM (Preisbasis 13.12. 74, nach „FAZ" vom 20.6.75). Zusätzlich 800 Mio DM kostete der deutsche Anteil an

wert von 2,891 Mrd. DM (Preisbasis 13.12. 74, nach „FAZ" vom 20.6.75). Zusätzlich 800 Mio DM kostete der deutsche Anteil an

Entwicklung und Serienvorbereitung.

Die Anforderungen an den Alpha Jet: „Während das Freikämpfen des Luftraumes und die Niederhaltung der feindlichen Luftabwehr komplizierte Hochleistungswaffensysteme wie F 4 Phantom und MRCA erfordern, benötigt man für eine wirksame Luftnahunterstützung im mitteleuropäischen Raum vor allem eine große Zahl von Flugzeugen, die auch von kleineren Flugplätzen operieren können." („Soldat und Technik", 3/75).

So loben die Militaristen dann auch, daß „der Alpha Jet bei kleinen geometrischen Abmessungen relativ hohe Waffenlasten auch über große Entfernungen ins Ziel bringen" kann, seine „robuste, unkomplizierte und wartungsfreundliche Auslegung", seine „sehr guten Überlebenschancen in der Luft" usw. usf. („Soldat und Technik", 3/75). Im Vergleich mit einem neuen Luftnahunterstützungsflugzeug der USA, dem ‚A 10', schneidet der Alpha Jet gut ab („Heer", 8/75).

Zusätzlich zu den 400 Flugzeugen für die BRD und Frankreich erhoffen sich die Imperialisten Exportaufträge von vorerst 600 Flugzeugen. Dabei soll der Alpha Jet grundsätzlich über Frankreich exportiert werden, denn so werden die lästigen Exportbeschränkungen der BRD umgangen. Die Produktion des Alpha Jet wird ein Drittel der 7.000 bei Dornier Beschäftigten binden, bei einer geplanten Fertigung von 1.000 Flugzeugen wäre Dornier 10 Jahre ausgelastet (alles „FAZ", 15.7.75).

BO – 105

Der von MBB entwickelte Hubschrauber BO-105 ist sowohl zivil als auch militärisch verwendbar. (Stückpreis 1 - 1,4 Mio DM). MBB hat bereits rund 250 Hubschrauber in etwa 15 Länder exportiert, darunter die USA, die Niederlanden und die Philippinen. Ende letzten Jahres dürfte ein Vertrag über die Lieferung von 309 Hubschraubern dieses Typs an die Bundeswehr abgeschlossen sein. Mit der Bundeswehrserie käme MBB beträchtlich über die Gewinnschwelle, den Punkt also, an dem die Entwicklungskosten über den Stückpreis gedeckt sind. In die Entwicklung dieses Hubschraubers hat MBB 100 Mio DM gesteckt, davon 60% durch öffentliche Kredite vorfinanziert.

Die MBB Rüstungskapitalisten entwickeln dann auch schon eine ganze Reihe Nachfolgeversionen für das große Exportgeschäft. Die US Firma Boeing hat die Lizenz für das Bölkow-Rotor-System erworben, das bei einem amerikanischen Programm über 4.000 bis 7.000 Hubschrauber als Nachfolger des ‚Bell UH 1 D' angewandt werden soll. MBB gelingt es, mit dem BO 105 in den US Markt einzubrechen.

Die bedeutendste Nachfolgever-

angewandt werden soll. MBB gelingt es, mit dem BO 105 in den US Markt einzubrechen.

Die bedeutendste Nachfolgever-

sion dürfte die Entwicklung des Panzerabwehrhubschraubers ‚BO115' sein. Dabei ist an eine Bewaffnung mit dem deutsch-französischen Lenkwaffensystem ‚Hot' gedacht (alles „SZ", vom 13.5.74). Bei der Entwicklung dieses Panzerabwehrhubschraubers ist eine Zusammenarbeit mit dem italienischen Rüstungskonzern Agusta geplant. Die BRD hätte Anfang der 80er Jahre einen Bedarf von etwa 200 - 250 Hubschraubern dieses Typs, der italienische Bedarf liegt etwas niedriger („Interavia", 7/75). •

Antimilitarismus Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Abfuhr für Kronawitter – viel Lärm um wenig!

Viel Gegenliebe fand der SPD-Rechtsaußen und Oberbürgermeister von München, Kronawitter, in der bürgerlichen Presse, nicht jedoch bei den Delegierten des Münchner SPD-Parteitages. Sie ließen Kronawitter bei den Wahlen zum stellvertretenden Vorsitzenden abblitzen und wählten weniger rechtsstehende Kandidaten.

Nicht nur in der Springer-Presse, sondern auch z. B. in der „Süddeutschen Zeitung" wurde dem Leser das Bild einer in sich zerrissenen durch „Flügelkämpfe" lahmgelegten Partei gemalt und Kronawitters Reinfall als *„schwere Niederlage"*, als *„Rückschlag für die SPD"* („Hamburger Abendblatt", 9.3.76) usw. usf. dargestellt. Die „Bild-Zeitung" brachte es auf die schlichte Formel: *„Als Oberbürgermeister ist Kronawitter gut genug ... Für die Partei aber reicht es nicht. Denn die Partei rutscht immer weiter nach links"* („Bild", 8.3.76). Die „Süddeutsche" sah in ihrer Berichterstattung *„die Einigungsbemühungen in der Münchner SPD ... als gescheitert"* an („SZ", 9.3.76).

Durch die Nicht-Wahl Kronawitters ändert sich allerdings so gut wie überhaupt nichts; weder in der Politik des Bundes – noch in der Münchner SPD. Die „Einigungsbemühungen" innerhalb des ehemals als „links" geltenden Verbandes haben im Gegenteil ihre „Früchte" getragen. *„Aus dem alten, weitgehend von linksorientierten Akademikern geprägten Vorstand ist jetzt nur noch ein Mitglied dabei ... Insgesamt gesehen hat sich der Vorstand zur Mitte hin geöffnet"*! („Frankfurter Rundschau", 8.3.76).

Der neue Vorstand selbst gab seinen Standort als „linke Mitte" an (aus einem Kommentar „Die Linke demonstriert ihre Macht" in der „SZ", vom 8.3.76) und versteht sich *„als ein Vorstand der Integration"*... („SZ", 8.3.76). Darüberhinaus hat der unterlegene Bürgermeister Kronawitter gegenüber der „Süddeutschen" flugs erklärt: *„Auswirkungen der Entscheidungen auf dem Parteitag auf die Arbeit im Rathaus seien heute noch nicht mit Sicherheit abzusehen"* („SZ", 9.3.76). In einem Interview mit der „Welt" wurde er deutlicher. Auf die Frage, was die Abfuhr *„beim Kampf um ein relativ unbedeutendes (!) Parteiamt"* für die Münchner SPD bedeute, sagte Kronawitter: *„Ich werde mich bemühen, daß diese Entscheidung auf die Arbeit im Stadtrat nicht durchschlagen und für die Stadtpolitik keine negativen Folgen auslösen wird"* („Welt", 9.3.76). Kronawitter hält es mit Brandt, der einmal sagte, der Parteitag könne beschließen was er will, er und seinesgleichen werden sich dadurch nicht gebunden fühlen.

Der Herr Oberbürgermeister hat auch die vollste Unterstützung des Münchner SPD-Präsidiums: *„Alle Verantwortlichen müßten jetzt dazu beitragen, den Schaden möglichst gering zu halten"* („FR", 9.3.76).

Das Ganze ist sowieso ein unheimlicher Humbuk und eher eine geschickte Inszenierung der Rechten. Kronawitter selbst hat seine Kandidatur offenbar als Test angesehen, wieweit die „Einigungsbemühungen" (d.h. die stramme Rechts-Ausrichtung) schon fortgeschritten sind.

Schon nach den Vorstellungsrunden – die Kandidaten hatten sich in den Kreisverbänden und Ortsvereinen vorgestellt – sei ihm *„klar gewesen, daß das für ihn zu gewinnende Delegierten-Spektrum nicht mehr als 130 Delegierte umfaßt habe"* („SZ", 9.3.76). Kronawitter erhielt auf dem Parteitag 125 Stimmen ... •

SPD-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

Es wird immer toller: SPDler sollen Initiative gegen Arbeitslosigkeit verlassen!

Der Unterbezirksvorstand der Frankfurter SPD hat einstimmig beschlossen, daß Mitglieder der Partei unverzüglich ihre Mitarbeit in der „Initiative Jugendarbeitslosigkeit Ostend, Bornheim und Riederwald" einzustellen haben oder dafür Sorge tragen sollten, daß die SDAJ bzw. die DKP sich aus dieser Initiative zurückzieht! Anderenfalls seien Parteiordnungsverfahren die Folge.

Als Begründung für den Beschluß dienten – wieder einmal – die berüchtigten Unvereinbarkeitsbeschlüsse der SPD, *„die eine Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten ausschließen"* („Frankfurter Rundschau", 20.2.76).

Neben DKP und SDAJ unterstützen „Die Falken", die „Sozialistische Jugend Deutschlands", die Arbeiterwohlfahrt, die „Naturfreundejugend" sowie die „DFG/VK" die „Initiative".

Von dem Beschluß des Unterbezirksvorstandes sind nicht nur Mitglieder auf der untersten Parteiebene betroffen, sondern auch Funktionäre der SPD: Matthies, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Bornheim-Süd; S. Norbert und R. Heinemann, beide sind Mitglieder des Vorstands vom SPD-Ortsverein Ostend; Heinemann ist außerdem Vorsitzender der Arbeiterwohlfahrt (Awo) im Ostend, deren Vorstand übrigens seine Mitarbeit in der „Initiative" ohne Gegenstimmen beschlossen hatte.

Der Awo-Vorsitzende Heinemann hat inzwischen erklärt, daß er sich dem Beschluß des SPD-Unterbezirksvorstands nicht beugen werde. Er verwahrte sich dagegen, daß die SPD in die Arbeiterwohlfahrt „hineinzuregieren" versuche und sagte: *„Natürlich darf er (der SPD-Unterbezirksvorstand) versuchen, mich aus der SPD auszuschließen: ... Niemand aber*

gieren" versuche und sagte: *„Natürlich darf er (der SPD-Unterbezirksvorstand) versuchen, mich aus der SPD auszuschließen; ... Niemand aber*

wird von mir aus einer Initiative herausgedrängt, die sich gegen das ernstzunehmende Problem der Jugendarbeitslosigkeit richtet, und auch ich lasse mich nicht herausdrängen." •

KB/Gruppe Frankfurt und
SPD-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Frankfurt: SPD-Ortsverein bestätigt Parteiverfahren gegen Rechte

Die Auseinandersetzungen im Frankfurter SPD-Ortsverein Sachsenhausen-Ost haben sich weiter zugespitzt – bisher zuungunsten von Rudi Arndt, dem Frankfurter Bürgermeister und Sachsenhausener Unterbezirksvorsitzenden.

Die Mitglieder dieses Ortsvereins hatten auf einer Hauptversammlung im Oktober 75 ein Parteiordnungsverfahren gegen den SPD-Justizminister Günter und den SPD-Kultusminister Krollmann (beide Rechtsaußen in der SPD) erhoben. Beide gelten als „Extremisten"jäger im öffentlichen Dienst und haben, nach Meinung der Jusos, „gegen Beschlüsse des Bundesparteitages der SPD in der 'Radikalenfrage' " verstoßen (siehe AK 74). Trotz Einschüchterungsversuchen und Parteiausschlußdrohungen von Seiten Rudi Arndts hat inzwischen eine erneut zusammengetretene Versammlung des Ortsvereins mit mehr als Zweidrittel-Mehrheit (!) die Parteiordnungsverfahren unterstützt. Der „Extra-Dienst" berichtete am 5.3.76, daß auch ein Verfahren gegen den Scharfmacher und Frankfurter Polizeipräsidenten, Knut Müller, beantragt worden sei.

Kurze Zeit später bekamen die beiden Initiatoren der Anträge, Klaus Sturmfels und Martin Wentz, blaue Briefe von Rudi Arndt. *„Wegen schwerer Schädigung der Partei"* ordnete er vorerst das Ruhen ihrer Mitgliedsrechte an, um sie dann ganz aus der Partei zu schmeißen („Frankfurter Rundschau", 6.3.76). Diese „Eilmaßnahme" hob einen Tag später eine der beiden südhessischen Bezirks-Schiedskommissionen wieder auf! („FR", 8.3.76 und „Welt", 9.3.).

Arndt und Co. denken offensichtlich aber nicht daran, dem Willen der Mitglieder nachzugeben. Im Gegenzug plant der hessische SPD-Ministerpräsident Osswald, die Rechte der im Ortsverein zusammengeschlossenen Mitglieder weiter zu beschränken. In einem Brief an Parteichef Brandt hatte er sich scheinheilig darüber beklagt, *„daß Parteiordnungsverfahren als Mittel der politischen Auseinandersetzung genutzt werden"* („ED", 5.3.76). Er meinte damit Anträge einiger Frankfurter Ortsvereine, wie z.B. den gegen Krollmann. Damit nicht *„einige wenige Gleichgesinnte das Parteiordnungsverfahren in ein politisches Kampffeld ummünzen"*, fordert Osswald künftig *„qualifizierte Mehrheiten"* (also Zweidrittel-Mehrheiten – d.Red.) *„für einen Antrag auf Einleitung eines Parteiordnungsverfahrens"* („ED", 5.3.76). •

Neuer Juso-Vorsitzender gewählt

Auf der diesjährigen Hauptversammlung der Frankfurter Jungsozialisten wurde der von Arndt wegen seiner Anti-Krollmann und Anti-Günter Aktivitäten angegriffene Martin Wentz zum neuen Frankfurter Juso-Vorsitzenden gewählt. Er wurde Nachfolger von Armin Kleist, der nicht mehr kandidierte. Kleist hatte sich in den Auseinandersetzungen um eine „Portugal-Erklärung" gegen den Propaganda-Besuch des SPD-Zöglings Mario Soares in Frankfurt bei Arndt dadurch beliebt gemacht, daß er den SPD-Linken in den Rücken fiel. Ausgerechnet dieser Kleist rief zur *„Geschlossenheit und Solidarität"* auf („FR", 8.3.76). Sein Appell fiel auf fruchtbaren Boden: Eine ganz eindeutige Mehrheit verabschiedete am lung ein Grundsatzpapier über die künftige Arbeit der Jungsozialisten, in dem es ganz eindeutig heißt, daß es *„für die Jungsozialisten keine politische Alternative zur Arbeit in der SPD"* gebe!! („FR", ebenda).

Die Jusos, ihr neuer Vorsitzender eingeschlossen, haben aus den zur Zeit in mehreren Frankfurter Ortsvereinen laufenden Auseinandersetzungen nichts gelernt. Opportunismus und Anpassung sind immer noch Trumpf! •

SPD-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Peinlich, Staatsanwalt kritisiert Rechtsbrüche der SPD-Führung

Der Staatsanwalt und Oberbürgermeister in Sellstedt/Niedersachsen, SPD-Mitglied Woldemar Schilberg, hat *„alle seine kommunalen Ämter und Funktionen in der Partei niedergelegt und trat aus der Partei aus"* („Extra-Dienst", 24.2.76).

In einem Brief an den Nord-Niedersachsener SPD-Bezirksvorsitzenden und Bundeswohnungsbauminister Ravens begründete Schilberg seinen Schritt mit Vorkommnissen bei Parteiordnungsverfahren gegen Jusos des Bezirks, die *„demokratischen und rechtsstaatlichen Regeln und Gepflogenheiten nicht entsprechen"* („ED", 24.2.76).

Die SPD hat, wir berichteten darüber in AK 73 darüber, sechs Mitglieder des Jusobezirksvorstandes Nordniedersachsen wegen „Zusammenarbeit mit Kommunisten" auf Betreiben von Ravens ausgeschlossen.

Schilberg diente den Jusos in den Parteiverfahren als rechtlicher Beistand. *„Persönlich zutiefst getroffen hat mich die Tatsache, daß ich selbst von Genossen allein wegen meiner Hilfe als Beistand für die Betroffenen, die nur ihre ihnen durch das Organisationsstatut und die Schiedsordnung gewährleisteten Rechte wahrgenommen haben, in die Nähe der Kommunisten gerückt worden bin."* •

SPD-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

KONTAKTADRESSEN des KB

Bielefeld:
Jeden Sonnabend von 10-13.30 Uhr
Bahnhofstraße

Braunschweig:
3300 Braunschweig
Postlagerkarte 081378 A

Bremen:
Arbeiterkampf-Vertriebsbüro
28 Bremen, Fedelhören 77
Öffnungszeiten: mittw. 16-19 Uhr
freitags 15-19 Uhr
sbds. 10-14 Uhr

Bremerhaven:
285 Bremerhaven 1
Postlagerkarte 00 31 60

Eutin:
H.Lankau
242 Eutin
Postlagerkarte A 022864

Flensburg:
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 02 25 83

Geesthacht:
Jeden Sonnabend von 10-12 Uhr
vor Hertie

Frankfurt:
Arbeiterkampf-Vertriebsbüro
6 Frankfurt/M. 90
Kurfürstenstraße 8
öffentl. Bürostunde:
Mittwoch 16.30 - 19.30 Uhr

Göttingen:
KB/Gruppe Göttingen
Kontakt: R.Kruppe
über Buchladen Rote Str. 10

Hamburg:
ARBEITERKAMPF
Literatur-Vertrieb + Büro
2 Hamburg 6
Susannenstraße 41
Tel.: 040/439 38 15

Hannover:
Arbeiterbuch z.Hd. KB
3 Hannover
Rehbockstr. 3

Hildesheim:
32 Hildesheim
Postlagerkarte A 019075

Kappeln:
Dagmar Schneider
234 Kappeln/Schlei
Postlagernd

Kassel:
Florian Rohs
35 Kassel
Goethestr. 31

Kiel:
W.D.Scheel
23 Kiel 1
Postlagerkarte 098 831 A

Landshut:
SSB (Sozialistischer Schülerbund)
83 Landshut
Postlagerkarte A 041181

Lüneburg:
KB/Gruppe Lüneburg
Samstag 11-13 Uhr
in der Bäckerstraße

Lübeck:
c/o Arbeiterbuch
24 Lübeck 1
Hüxstraße 68

Mölln/Ratzeburg:
M. Below
Postfach 1111
2410 Mölln

Nürnberg:
G.N.K.
Thomas Gradl
85 Nürnberg 16
Postfach 16 03 65

Oldenburg:
AK-Vertriebsbüro
29 Oldenburg
Nadorster Str. 190

Kreis Pinneberg/Steinburg:
208 Pinneberg
Postlagerkarte A 022926

Reinbek:
Jeden Sonnabend von 10-12 Uhr
Kaufzentrum Reinbek/West

Stade:
Jeden Sonnabend von 9-12 Uhr
am Pferdemarkt

Westberlin:
A.Radtke
1 Berlin 21
Thomasiusstr. 2
Freitag 16-19 Uhr

Redaktion und Verlag:
2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, Telefon 040/45 38 91

"Rechtsblock" in Stuttgart

Nach einer Verhandlungsdauer von zwei Jahren und drei Monaten ist am 26.2. der fünfte Frankfurter Auschwitz-Prozeß mit einem Freispruch für den 56 Jahre alten ehemaligen SS-Unterscharführer Willi Sawatzki aus Hamburg zu Ende gegangen (FAZ, 27.2.). Sawatzki wird Mordbeihilfe in drei Fällen vorgeworfen. Dies ist ohnehin schon ein Hohn, denn Tatsache ist, was sogar die reaktionäre Presse berichtet, daß Sawatzki sich *„an der Verbrennung von 400 ungarischen Kindern beteiligt hat, die lebend in die Verbrennungsgruben geworfen worden waren. Die Kinder im Alter zwischen acht und vierzehn Jahren waren seinerzeit mit Lastwagen zur Verbrennungsgrube gefahren und in die Flammen gekippt worden. SS-Leute hatten die Versuche der schreienden Kinder, am Rand der Grube hochzuklettern, um sich zu retten, mit Fußtritten und Stangen vereitelt"* (FAZ, 27.2.).

In der großbürgerlichen FAZ kommt dieses Schwein, was Wunder, noch billig weg. So verschweigt die FAZ, daß Sawatzki ferner *„u.a. bei der Liquidierung des sogenannten Zigeunerlagers von Auschwitz-Birkernau in der Nacht vom 31. Juli zum 1.August 1944, bei der rund 3000 Männer, Frauen und Kinder getötet wurden, bei der Selektierung arbeitsunfähiger Häftlinge, beim Todesmarsch von 560 Häftlingen im Januar 1945, wo jeder Erschöpfte erschossen wurde ..."* (Tat,5.3.) dabei war.

Das Gericht behauptete jedoch, Sawatzki sei nichts nachzuweisen, da nach dreißig Jahren die Gefahr zu groß sei, daß die Belastungszeugen einem Irrtum unterliegen könnten.

Wer anders als die Justiz hat denn diesen Prozeß so lange hinausgezögert?!

Bereits beim mitangeklagten SS-Unterscharführer Alois Frey aus Bühlertal in Baden hatte die Justiz nach einjähriger Verhandlung im Dezember 74 die Auffassung vertreten, *„nach so vielen Jahren seien die Zeugenaussagen derart widerspruchsvoll, daß hierauf kein Urteil gegründet werden könne"* (FAZ, 27.2.). ●

KB/Gruppe Mölln

CDU demonstriert gegen Befreiung Angolas

Unter den Parolen „Gegen den Sowjetimperialismus in Afrika und Europa", „Kuba raus aus Angola" demonstrierten am 1.März 130 Anhänger der „Jungen Union" und „Berliner Schüler Union" (BSU) in der Westberliner City.

Die Demonstration der CDU-Sprößlinge gegen die angebliche „sowjetimperialistische Einmischung in Angola" richtete sich gegen die Befreiung des angolanischen Volkes. Dagegen, daß das angolanische Volk das 500jährige Kolonialjoch abgeworfen hat. Dagegen, daß das Erdöl, Gold, Uran, Eisenerz, Diamanten dem ungestörten Zugriff der kapitalistischen Konzerne entzogen worden sind. Dagegen, daß Angola Beispiel und Fanal für den Befreiungskampf anderer afrikanischer Völker (Namibia, Zimbabwe) werden könnte. Demagogisch werden „sowjetische Waffenlieferungen" und „kubanische Truppen" für den Sieg der angolanischen Befreiungsorganisation MPLA verantwortlich gemacht. Diese Propagandamasche ist nicht neu: Sie wurde bereits gestrickt, als sich das vietnamesische Volk im Frühjahr 1975 befreite. Auch damals gingen JU und BSU in Westberlin und in Städten der BRD auf die Straße.



Stein des Anstoßes sind diesen Früchtchen übrigens nicht „Waffenlieferungen" an sich: die massiven Waffenlieferungen Frankreichs und der USA an ihre 5.Kolonnen in Angola, FNLA/UNITA, werden ebensowenig beklagt wie die Anwerbung von Profikillern, die als Söldnereinheiten brandschatzend und mordend durch Angola zogen. JU und BSU geht es nur um sowjetische Waffenlieferungen und um die Unterstützung kubanischer Genossen für die MPLA. Und zwar deshalb, weil diese der MPLA geholfen haben, den ihr vom Imperialismus und seinen 5.Kolonnen FNLA/UNITA aufgezwungenen Krieg schneller zu entscheiden. Die Junge Union und BSU demonstrierten **für** die Aufrechterhaltung imperialistischer Ausbeutung und Unterdrückung, für weitere Massaker und Morde in Angola.

Obwohl bei der „Demonstration" am 1.3. der harte Kern der CDU-Jünger unter sich blieb, deutet sie eine neue Linie an: Den Großmachtchauvinismus unter der Jugend verstärkt zu propagieren und gegen den Befreiungskampf der Völker zu hetzen.

Diesen Jugendverhetzern keinen Fußbreit! ●

Bezirkskollektiv Moabit
KB/Gruppe Westberlin

Nicht jeder Bombenbastler ist ein Terrorist .....

Eine Explosion in einer Kellerwohnung in Frankfurt-Sachsenhausen förderte am 20.2. mal wieder eine Bombenwerkstatt ans Licht. Aber der Wohnungsinhaber, der 40-jährige Manfred Herrmann (Thorwaldsenstr. 31), ist diesmal kein Terrorist – sondern nur ein harmloser „Hobbybastler", wie die Polizei sogleich erklärte.

Um diese Harmlosigkeit festzustellen, brauchte die Polizei sich nämlich nicht lange in den ziemlich verwüsteten und ausgebrannten Räumen umzuschauen: Neben zurechtgemixten Sprengkörpern („ganz schöne Ballermänner", wie Experten feststellten) lagen eine Platte mit Hitler-Reden, allerhand Nazi-Literatur und Kriegspsielzeug. Daß dies der beste Beweis für einen „Hobbybastler" ist, ist ja wohl unzweifelhaft, oder?! ●

KB/Gruppe Frankfurt

Kurze Finger = Verbrecher ?

Patienten, die die Kieler Universitätsklinik betreten, sollten dies nur mit Fausthandschuhen tun. Möchten sie jedoch etwas über ihre Tendenz zur Kriminalität erfahren, sollten sie die Ärztin Frau Dr. Alt aufsuchen, die überzeugt davon ist, anhand der Finger- und Handformen potentielle Verbrecher zu erkennen. So empfahl sie vor einiger Zeit einer Nachtschwester, sich den Patienten X anzusehen, den sie selbst hatte aufsuchen müssen, da der Patient unruhig und in seinen Äußerungen Ungeduld zeigte. Offensichtlich sauer auf diesen Patienten fiel dann der Spruch, daß in diesem auch der Hang zum Verbrechen stecke; man brauche nur seine kurzen, dicken Finger anzuschauen!

Fängt sie demnächst auch noch an, Kopfformen zu vermessen? Wir erkennen an solchen Äußerungen astreine Rassentheoretiker! ●

Eine Kieler Sympathisantin

So „bewährt" sich Nazi Eckart

Im Januar wurde der Hamburger Nazi Wolf-Dieter Eckart (2 Hamburg 73, Altenhagener Weg 6 d, Tel. 647 25 91) zu acht Monaten „m i t B e w ä h r u n g" verurteilt. Er verschickt seit Jahren einen mit Hakenkreuzen „geschmückten" ‚NS-Pressedienst' und wirbt für die Gründung einer neuen „NSDAP".

Das Urteil kommentierte Nazi Eckart mit den Worten: Richter, Staatsanwalt und Schöffen hätten sich „Verbrechen an der Menschlichkeit und der deutschen Volksgemeinschaft...schuldig gemacht".

Es fand sich auch schnell Gelegenheit, um auf provozierende Weise klarzustellen, wie Eckart seine „Bewährungszeit" auffaßt: In einer neuenAusgabe seines ‚NS-Pressedienstes' – den er natürlich ganz frech weiter herausgibt – kündigte er die Errichtung einer „Gedenkstätte Adolf Hitler" an. Dazu hat ihm Staatsanwalt R e u m a n n von der „Staatsschutzkammer" schon schriftlich einen Freibrief ausgestellt: Die Erwähnung der NSDAP in Zusammenhang mit der Lebensgeschichte Adolf Hitlers zeige keine „ ... *gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung gerichtete Tendenz"*!

Als weiteres Anzeichen seiner „Bewährung" muß man es wohl auffassen, daß sich Nazi-Eckart an einer Blockbildung beteiligt, die *„die Durchführung gemeinsamer Aktionen im Kampf um das Dritte Reich"* zum Ziel hat. Außer Eckart beteiligen sich daran:

– Die **„Demokratisch (??)-Nationalsozialistische Gemeinschaft"** eines gewissen Georg Banszerus;
– Die **„Faschistische Front"** des Michael Borchardt, 2 Hamburg-Altona, Nöltingstr. 47, die ihren braunen Dreck in verschiedenen Hamburger Stadtteilen an die Wände klebt und in Briefkästen steckt. Borchardts Devise: „Die Faschistische Front lehnt Demokratie in j e d e r Form ab".

Das sind bestimmt die geeigneten „Bewährungshelfer" für Nazi Eckart! Die werden schon aufpassen, daß er nicht vom „rechten" Wege abweicht! Offenbar ist diese Art von „Bewährung" ganz im Sinne des Gerichts? Gegenteiliges war bisher jedenfalls nicht zu hören! ... ●

Antifa-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Prozeß gegen fünf Antifaschisten in Lübeck

Am 16. und 18. März soll vor einem erweiterten Schöffengericht in Lübeck (Amtsgericht, Z.154, 9.00) fünf Antifaschisten der Prozeß gemacht werden. Man beschuldigt sie des Hausfriedensbruchs, Landfriedensbruchs, Verstoß gegen das Versammlungsgesetz, Sachbeschädigung und Körperverletzung. Diese „Straftaten" sollen sie im Zusammenhang mit einer NPD-Veranstaltung in Lübeck „begangen" haben, die am 13.8.74 in Lübeck statttgefunden hatte.

Antifaschisten und Demokraten hatten sich damals im Versammlungslokal der NPD eingefunden, um den Abbruch der Veranstaltung zu fordern. Als Hans Koetter, Mitglied der Schleswig-Holsteiner „Ordnertruppe" der NPD, die Protestierenden fotografierte, kam es zu einem Tumult im Garten des Lokals. Das war für die wartenden Bullen das Signal zum Eingreifen.

Gemeinsam schlugen Polizei und Neonazis auf die Demonstranten ein. Selbst auf wehrlos am Boden liegende wurde noch brutal eingeprügelt. Seite an Seite mit den Bullen schlug Nazi Koetter mit einem Totschläger um sich, daß es Platzwunden und Gerhirnerschütterunggen gab. Als die Polizei aufgefordert wurde, die Personalien dieses Schlägers aufzunehmen, geschah das genaue Gegenteil: Man griff sich verschiedene Protestierende heraus, die heute vor Gericht stehen und verurteilt werden sollen.

Jagd auf Antifaschisten

Wie weit Bullen und Justiz schon bei ihrer Jagd auf Antifaschisten gehen, zeigen folgende Beispiele:

– Es wurde der Besitzer eines PKW ermittelt, der kurz vor dem Versammlungslokal geparkt hatte, weil ihn das große Bullenaufgebot interessierte. Da ein Bulle angab, er hätte ihn später unter den „Störern" gesehen, wurde er sofort erkennungsdienstlich behandelt. Später mußte zugegeben werden, daß man von einem völlig Unbeteiligten Fingerabdrücke und Fotos gemacht hatte.

– Ganz präzise arbeitete die Polizei, als sie hoffte, den Namen eines weiteren Antifaschisten zu ermitteln. Nach der Schlägerei fand man im Lokal eine Brille. Diese Brille wurde allen Optikern in Lübeck vorgelegt, um festzustellen, wer der Käufer gewesen war. Auch diesmal hatte die Polizei wieder daneben gegriffen – der Käufer war ein Faschist!!

Daß der für den Prozeß zuständige Staatsanwalt Wirsich es mit der Kriminalisierung von Kommunisten und Demokraten ernst meint, hat er schon in mehreren politischen Prozessen in Lübeck und Eutin bewiesen. In einem Prozeß gegen den Presseverantwortlichen des KB Lübeck forderte er acht Monate Haft für eine nicht angemeldete Demonstration und angebliche Körperverletzung. Unter den Zeugen des Staatsanwalts für den jetzt bevorstehenden Prozeß befinden sich außer Bullen und „normalen" NPD-Mitgliedern auch führende Lübecker Nazis wie Eva David-Happach und Gottlieb Schulz. Beide waren NPD-Kandidaten bei der letzten Landtagswahl und beide sind im Staatsdienst tätig: Kreisvorsitzende Happach als Lehrerin in einer Volksschule in Lübeck-Marli und Schulz, Leiter des NPD-„Ordnungsdienstes", beim Garten- und Friedhofsamt.

Die Urteile in ähnlich gelagerten Fällen haben gezeigt, womit die Angeklagten rechnen müssen.

Es sollten recht viele Genossen zum Prozeß kommen, um so unsere Solidarität mit den Angeklagten und ihrem Handeln auszudrücken. ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Lübeck

Bundesregierung für Freilassung von Kriegsverbrechern

Seit 1947 sitzt der NS-Verbrecher, SS-Obersturmbannführer und ehemalige Polizeichef von Rom, Herbert Kappler, in Italien seine lebenslängliche Strafe ab. Nun, da er seit kurzem Darmkrebs hat, hat sich Außenminister Genscher eingeschaltet und ein Gnadengesuch an die italienische Regierung mit dem Ziel der Freilassung gestellt. Die Chancen für Kappler stehen gut, denn zynisch erklärte ein Sprecher des Justizministeriums: *„Je schlechter sein Gesundheitszustand ist, desto größer ist die Aussicht auf Genehmigung"* („FAZ", 1.3.76).

Um dem Gesuch Nachdruck zu verleihen, schaltete sich auch Bundeskanzler Schmidt ein. Nach seiner Meinung könnte Kapplers Tod *„auch bei wohlmeinenden Kreisen der deutschen Öffenlichkeit zu starker Beunruhigung führen"* („SD", 6.3.).

Kommt Kappler frei, und dies kann man wohl mit Sicherheit annehmen, dann wäre der letzte Nazi-Verbrecher, der noch in Italien sitzt, auf freiem Fuß. Damit hat die westdeutsche Bourgeoisie alle Kriegsverbrecher, die in Italien einsaßen, aus dem Knast geholt, wobei sie Kappler, als SS-Obersturmbannführer ein „kleiner Fisch", bis heute im Gefängnis ließ, während sie ranghöhere Faschisten bedeutend eher aus dem Knast holte . So wurden schon vor Jahren der deutsche Oberbefehlshaber in Italien, Generalfeldmarschall Kesselring, der Chef der 14. deutschen Armee, Generaloberst von Mackensen und der General Mältzer aus der Haft entlassen. ●

KB/Gruppe Mölln

Whyl: Bürgerinitiativen lehnen Vereinbarung ab

Die baden-württembergische CDU-Landesregierung ist vorerst mit ihren Schritten „zur Befriedung" der Auseinandersetzung um das geplante Kernkraftwerk Wyhl gescheitert. Sie hatte in einer Verhandlungskommission Vertretern der Bürgerinitiativen eine „Vereinbarung" aufgezwungen, die letztendlich den Bau des KKW ab 1977 ermöglicht hätte (siehe dazu AK 75, S.23).

Auf einer Großkundgebung am 22. Februar mit über 10.000 Atomkraftwerksgegnern wurde die Vereinbarung abgelehnt. In einer Abstimmung der 45 badisch-elsässischen Bürgerinitiativen am 27. Februar über das Papier stimmten 8 Gruppen dagegen, 3 dafür und 34 stimmten „Ja, aber...", was einer Ablehnung gleichkommt, da diese Gruppen Korrekturen der entscheidendsten Punkte der Vereinbarung fordern:

1. *Die Bürgerinitiativen wollen weiter Gutachten vorbringen.*
2. *Gebaut werden darf erst, wenn die Bedenken der Bevölkerung ausgeräumt sind. (...)*
3. *Der Passus mit der 'Gesetzwidrigkeit' fällt* (die Bürgerinitiative sollte sich verpflichten, jede „gesetzwidrige Handlung und ihre Unterstützung gegen die Landesregierung und KWS" (Kernkraftwerk Süd GmbH, Bauherr in Wyhl) abzulehnen! – Anm. AK), *statt dessen soll geklärt werden, daß weiterhin Konflikte 'wie bisher' auf dem Boden des Rechts ausgetragen werden"* (nach „Informations-Dienst", 6.3.).

Gleich nach dem Abstimmungsergebnis behauptete die CDU frech, *„ein ausgehandeltes Papier dürfe nicht weiter zur Debatte stehen... Der Verhandlungsspielraum sei ausgeschöpft. Die Formulierungen der Bürgerinitiativen seien 'rechtsstaatlich nicht vertretbar'. Es dürfe sich doch niemand ernstlich auf ein Widerstandsrecht berufen"*! („Informationsdienst", 6.3.76).

Wie dieses „ausgehandelte" Papier zustandekam, berichtete der Rechtsanwalt der Bürgerinitiativen, de Witt, auf der Großkundgebung vor über 10.000 Menschen. *„Die Regierung habe der Verhandlungskommission die Pistole auf die Brust gesetzt. Entweder es werde diesem Vertrag zugestimmt oder es werde gebaut"*! („Frankfurter Allgemeine", 24. 2.)

Die Herrschenden haben noch einmal deutlich gemacht: sie wollen das KKW in Wyhl, *„nicht wegen Wyhl, sondern wegen des Präzedenzfalles. Das Kapital, an der Spitze die Deutsche Bank, fürchtet die Ermutigung, die von Wyhl aus nach Brokdorf, ins Münsterland, an die Weser usw. ausstrahlen könnte"* („ID",6.3.). ●

Bezirkszelle St. Pauli
KB / Gruppe Hamburg

Wieder Nazi-Verbrecher freigesprochen

Am 6.3.76 rief in Stuttgart der „Rechtsblock" die *„Arbeiter, Bauern und Soldaten"* (Aufrufsplakat) zu einer öffentlichen Veranstaltung in einer Innenstadt-Kneipe auf.

Albert Lämmel sprach zum Thema: „Der Milliarden-Volksbetrug", Siegfried Radziwill zum Themma „Jugend für Deutschland".

Fünf Ordner mit eintätowierten SS-Runen machten schnell klar, was für ein Verein sich da zusammengefunden hatte.

Der „Rechtsbund" propagierte auf der Veranstaltung vor rund einem Dutzend Getreuen eine neue „grosse Wahlpartei der Deutschen". 1976, nach der Bundestagswahl, soll diese Nazipartei aus der Taufe gehoben werden. Die Veranstaltung diente der Werbung neuer Mitglieder: *„Wer mit uns marschieren will, um die völkische Erneuerung zu erreichen, der muß auch Mut haben und Opfer auf sich nehmen"*. ●

Nach dem Bericht eines Stuttgarter Genossen

Klassenjustiz

Frankfurt:
Wahrheit nicht gefragt!

Mitte Februar wurde ein Verfahren wegen „Landfriedensbruch" und „Vergenen gegen das Versammlungsgesetz" gegen den ehemaligen Frankfurter Asta-Vorsitzenden Michael Krahwinkel eingestellt.

Vor ziehmlich genau zwei jahren, am 21. 2. 74, wurde das bis dahin besetzte Haus Bockenheimer Landstr./ Schumannstr. in einer Nacht- und Nebelaktion von Eliteeinheiten der Bullen geräumt. Verlief diese Räumung schon sehr brutal, so war das Vorgehen der Bullen auf der zwei Tage danach stattgefundenen Demonstration der absolute Gipfel: mit kaum vorstellbarer Brutalität überfiel die Polizei den Demonstrationszug, nahm 200 (!!) Menschen fest, 24 wurden gleich für mehrere Tage in „Vorbeugehaft" genommen. Weiterhin wurden einige der festgenommenen auf dem Polizeirevier gefoltert.

Vor dem Hintergrund dieses Terrors und der parallel dazu laufenden faschistoiden Hetzkampagne in der gesamten bürgerlichen Presse wurde konsequent zu weiteren Schlägen ausgeholt: für die gesamte Linke wurde faktisch ein Demonstrationsverbot erlassen. Insbesondere knöpfte man sich den Asta vor, der der offizielle Anmelder der Demostration war. Auf die Hetze des Frakfurter Oberbullen Müller, der Asta sei *„die Speerspitze der Revolte gegen die staatliche Ordnung"*, folgte die Konsequenz: die Unibürokratie sperrte dem Asta die Konten! Außerdem wurde versucht, den damaligen Asta-Vorsitzenden Michael Krahwinkel, sozusagen für alles voll verantwortlich zu machen. Dies ist nun „mangels Beweisen" gescheitert, und das Verfahren wurde eingstellt.

Mit dem Einstellungsbeschluß hat sich das Gericht allerdings auch über einige interessante Enthüllungen geschickt hinwegsetzt. Die „Frankfurter Rundschau" (vom 21.2.76) schreibt dazu:*„Krahwinkel (bot) umfangreiches Beweismaterial darüber an, daß die Gewalttätigkeiten am Ende der Demonstration nicht von den Demonstranten, sondern von der Polizei provoziert worden seien. In die Diskussion darüber brauchte das Gericht nicht einzutreten: erstens lag in Bezug auf die Gewalttätigkeiten keine Anklage vor, und zweitens kam das Gericht mit dem Einstellungsbeschluß solchen weiterführenden Erörterungen zuvor."* ●

KB/Gruppe Frankfurt

Bullenterror „verjährt"!

Eine besonders einfach anzuwendende Variante, kriminelle Aktionen von Bullen gerichtlich zu decken, hat von der Öffentlichkeit bislang unbemerkt eine Düsseldorfer Staatsanwältin entwickelt. Sie verschleppte das Ermittlungsverfahren wegen Körperverletzung gegen einen Bullen über fünf Jahre hinweg! Der Leitende Oberstaatsanwalt konnte daraufhin verlauten lassen:

„Ich bedaure, Ihnen mitteilen zu müssen, daß wegen unterbliebener Bearbeitung der Akten durch die zuständige Dezernentin (Staatsanwältin) inzwischen Verjährung der Strafverfolgung eingetreten ist ..." (nach „Bild", 9.3.76).

Die Anzeige war von einem Architekten erstattet worden, der im August 1970 sich als Zeuge einer Frau angeboten hatte, die von Bullen wegen einer Verkehrssache angehalten worden war. Daraufhin hatten die Bullen sich ihrem neuen Opfer zugewandt und wollten den Architekten zur Blutprobe (!) mit auf die Wache schleppen. Als dieser sich wehrte, schlugen die Bullen ihn grün und blau (Bluterguß an Kopf, Oberarm und Rippen, Platzwunden und aufgeplatzte Lippe).

Die Bullen verloren nach erfolgter Prügelei das Interesse an ihrem Opfer. Dem Verprügelten stellten sich darauf spontan fünf Zeugen zur Verfügung für die Anzeige. Offensichtlich kalkulierte die Staatsanwältin: Wo eine Niederschlagung des Verfahrens oder ein Freispruch nicht möglich ist, muß man eben „verjähren lassen"!

Von diesem Vorsatz ließ sie sich auch durch die wiederholten Beschwerden gegen die Verschleppung nicht abbringen.

IKAH-Hamburg



Auch Humor ist eine Klassenfrage

... das mußten die 133 Kölner Bürger erkennen, die gegen zwei Wagen des Kölner Rosenmontagszuges Strafanzeige wegen „Volksverhetzung" erstattet hatten. Der eine Wagen zeigte einen Arbeitslosen, der genießerisch mit einer Frau im Bett liegt, Angebote zerreißt und sein Arbeitslosengeld vom Postboten in Empfang nimmt. Auf dem anderen Wagen schwenkte eine siebzehnköpfige Türkenfamilie lachend ihr Kindergeld. Gegen diese Diffamierung der Arbeitslosen, die nach Ansicht einiger Kölner „Obernarren" aus Freude am schönen arbeitslosen Leben nicht arbeiten und die Hetze gegen die ausländischen Kollegen, die es angeblich nur auf das Kindergeld abgesehen haben, gingen verschiedene Kölner Initiativen gerichtlich und öffentlich vor. Doch weder das Gericht noch das Festkomitee ließen sich von dem Protest beeindrucken. Die Kölner „Obernarren" (Festkomitee-Sprecher Simon: *„Auf Anhieb fällt mir kein Arbeiter, der im Komitee sitzt, ein"*) bekamen vom Gericht ihre „Narrenfreiheit" bescheinigt. Die Kritiker betonten, daß der ursprüngliche Sinn der „Narrenfreiheit", die ungestrafte Verspottung der Obrigkeiten und nicht die Diffamierung von Minderheiten ist. Heinrich Böll, der sich auch gegen die diffamierenden und hetzerischen Darstellungen gewandt hatte, meinte dazu: *„Es ist mir unverständlich, wie die Arbeitslosen Kölns einen solchen Wagen hinnehmen können."* Hatte Oberstaatsanwalt Dr. Joseph Bellinghausen auch *„keinen Anlaß gefunden, wegen der Wagen in irgendwelche Ermittlungen einzutreten"*, so scheint es ihm jedoch *„wert, über die rechtliche Würdigung dieses Böll-Satzes nachzudenken"*.

Tja, da hört eben beim Herrn Oberstaatsanwalt der Spaß auf! ●

IKAH („Arbeiterhilfe")

IKAH („Arbeiterhilfe")

Karl-Heinz Baumann im Hungerstreik

Seit dem 8.4.75 befindet sich der Arbeiter Karl-Heinz Baumann in Untersuchungshaft. Ihm wird die Mitgliedschaft in einer „kriminellen Vereinigung" und ein Brandanschlag auf die Dresdner Bank in Düsseldorf vorgeworfen. Der einzige „Zeuge" für diese Vorwürfe ist Jürgen Bode, Kronzeuge im Schmückerprozeß, wahrscheinlich schon seit Jahren VS-Spitzel in anarchistischen Kreisen. Karl-Heinz Baumann hat sich innerhalb des Gefängnisses stark für die Probleme der Gefangenen engagiert und wurde deshalb auch in den „Gefangenenbeirat" gewählt.

Am 28.4.75 beantragte der Landesmedizinaldirektor (JVA Düsseldorf) Dr. Baucke die Einweisung von Karl-Heinz in eine psychiatrische Anstalt zwecks Erstellung eines Gutachtens. Der Antrag wurde wie folgt begründet: *„Einige Male weigerte sich Herr B., auf Fragen zu antworten, mit der Begründung, das habe mit einer ärztlichen Untersuchung nichts zu tun ... Das ganze Auftreten ... (erweckt) den Verdacht auf eine Psychose aus dem schizophrenen Formenkreis."* Im Klartext heißt das, daß die Tatsache, daß Karl-Heinz von seinem Recht auf Aussageverweigerung Gebrauch machte und er als Linker bekannt ist, ausreicht, um ihn als geisteskrank hinzustellen. Karl-Heinz Baumann, der gegen diese Überweisung sofort Beschwerde eingelegt hat, wurde über Monate hinweg verweigert, einen Anwalt seines Vertrauens zu dieser „Untersuchung" ranzuziehen. Nach zwei erfolglosen Einsprüchen beim Landgericht und Oberlandesgericht in Düsseldorf wurde Karl-Heinz am 25.2.76 zwangsweise in eine psychiatrische Anstalt deportiert. Seit dieser Zeit befindet er sich im Hungerstreik.

In seiner am 28.2.76 verfaßten Protesterklärung und einem Brief am 29.2. schrieb Karl-Heinz, daß er 24 Stunden am Tag im Bett liegend in einer Einzelzelle verbringen muß. Alle persönlichen Dinge, wie Kugelschreiber, Papier, Kleidung etc., wurden ihm abgenommen. *„Als Antwort auf diesen spezifischen Akt der Gewalt sehe ich nur noch das Mittel des Hungerstreiks als letzte Darstellungsweise meines Protestes. Ziel meines Hungerstreiks ist die sofortige Verlegung in die JVA Düsseldorf."* (aus der Protesterklärung). ●

IKAH nach dem Bericht einer Bonner Genossin.

Buback gibt zu: Staatsschutz arbeitet mit kriminellen Methoden

Bei einem Interview mit dem „Spiegel" ist Generalbundesanwalt Buback rausgerutscht, was linke Zeitungen schon lange aufdeckten, aber immer wieder bestritten wurde: Der Staatsschutz (BKA, VS usw.) arbeitet mit kriminellen Methoden. Auf die Äusserung des „Spiegel"-Redakteurs, daß bundesweite Fahndungen durch die „mühsame" Beschaffung von Durchsuchungsbefehlen verzögert werden, entgegnete Buback: *„In der Praxis finden wir da immer einen Weg. Zwischen Herrn Herold, dem BKA-Chef, und mir funktioniert die Zusammenarbeit reibungslos. Da brauchen wir keine Zuständigkeitsregelung. Der Staatsschutz lebt davon, daß er von Leuten wahrgenommen wird, die sich dafür engagieren. Und Leute, die sich dafür engagieren, wie Herr Herold und ich, die finden immer einen Weg. Wenn Sie eine gesetzliche Regelung haben und mal strapazieren müssen, funktioniert sie ja meistens doch nicht."* („Spiegel", 8/76).

Die daraufhin vom SPD-Abgeordneten Coppik gestellte Anfrage wurde von Bundestagspräsidentin Renger abgeblockt. Auch sonst wurde von den Äußerungen Bubacks kaum Notiz genommen.

Erschreckend, wie offen heute diese „Staatsschützer" über ihre kriminellen Methoden sprechen können, ohne daß sich dagegen ein Proteststurm erhebt. ●

Lebenslänglich: Verfassungswidrig

Der Präsident des Verdener Landgerichts, H. Beckmann, hat das Verfahren gegen einen überführten Mörder ausgesetzt bis – auf seinen Antrag – das Bundesverfassungsgericht geklärt hat, ob es verfassungswidrig ist, daß ein erwiesener Mörder automatisch lebenslänglich bekommt. Der Richter gibt an, daß Lebenslängliche nirgends so „rechtlos gestellt sind, wie in der Bundesrepublik".

Klingt das nicht echt human?

Doch nun zum Angeklagten: es handelt sich um einen Polizisten, der nebenberuflich im Rauschgifthandel tätig war und einen geschäftsmüden Kumpanen umgelegt hat!

Nun, nichts gegen „salomonische" Urteile, jedoch fällt auf, daß die Justiz eben immer bei Bullen so phantasievolle Begründungen kreiert. Wo Putativ„notwehr" und ähnliche Entschuldigungen nichts mehr helfen, wird zur Abwechslung mal die Humanität bemüht. Schließlich war der Angeklagte ja kein „Systemveränderer", sondern „Geschäftsmann". ●

IKAH Hamburg

Die systematische Zermürbung von Borvin Wulf geht weiter

Die Versuche, Borwin Wulf nach seiner erneuten Festnahme im November 1975 zu zermürben, steigern sich in ihrer Intensität, je mehr die Staatsorgane eingestehen müssen, daß sie mit ihren Ermittlungen gegen B. Wulf nicht weiter kommen.Hier zwei Beispiele aus der letzten Zeit:

1. Nach seiner erneuten Verhaftung im November kam B. Wulf nicht wieder in den Knast nach Hamburg-Fuhlsbüttel, sondern in das Hamburger Untersuchungsgefängnis. Dem bei der Justizbehörde angestellten Pfarrer, der ihn während der Zeit in Fuhlsbüttel betreut hatte, wurde verboten, B. Wulf im Untersuchungsgefängnis weiterhin zu besuchen. Stattdessen wurde B. Wulf mitgeteilt, daß der Anstaltspfarrer des Untersuchungsgefängnisses für ihn zuständig sei. Zwischen diesem Anstaltspfarrer und B.Wulf war aber ein Vertrauensverhältnis nicht möglich. Daraufhin bemühte sich ein Pfarrer aus einer Gemeinde außerhalb des Knasts, der schon früher Kontakt zu B. Wulf gehabt hatte, und der des öfteren gegen die Isolationshaft und die erneute Verhaftung protestiert hatte, um eine Besuchserlaubnis zu den für Geistliche üblichen Bedingungen (unüberwachte Besuche, keine Zeitbeschränkung).

Der Antrag wurde vom zuständigen Amtsrichter Isbarn abgelehnt. Die vorgebrachten Gründe sprechen für sich:

„Die Überwachung bedingungslos aufzuheben, hält die Staatsanwaltschaft nicht für möglich. Die Lokkerung kann aber auch deshalb nicht erfolgen, weil der Pastor über das Thema „Tötungsversuch an Katherina Hammerschmidt" von der Kanzel gepredigt hat. Weiterhin stellt er neuerdings in Form eines offenen Briefes die erneute Inhaftierung des beschuldigten Wulf zur Diskussion. Damit hat er über sein Amt hinaus Stellung bezogen und ergibt sich die Notwendigkeit der weiteren Überwachung, denn es kann nicht ausgeschlossen werden, daß mündlich Informationen gegeben werden, die mit der Seelsorge nichts mehr zu tun haben ...."

Kritik an der Zerstörung von Menschen gehört also nicht zu den Aufgaben eines Pfarrers. Geistliche dürfen zwar Waffen und Kriege segnen, die Anprangerung von Verbrechen gegen Gefangene aber geht über ihr Amt hinaus.

2. Am 16. 2.. 76 wurde bei B.Wulf eine Hausdurchsuchung durchgeführt. Begründung von Isbarn: *„Der Beschuldigte steht im Verdacht des gemeinschaftlichen Diebstahls, begangen im Raume Niedersachsen."* Beschlagnahmt wurden u. a. 22 Blanko-Briefhüllen, ein Datumsstempel, drei Messer und zwei Teelöffel, eine Strickjacke. Wenn es sich dabei nicht um eine Aktion der politischen Justiz gehandelt hätte, wäre ein solcher Eingriff nur mit folgendem Fall vergleichbar: Jemand steht im Verdacht, einen Weihnachtsbaum geklaut zu haben und kommt dafür in Untersuchungshaft. Nach einem Jahr Untersuchungshaft findet eine Hausdurchsuchung statt, um den Baum zu finden! In politischen Verfahren ist offensichtlich jedes Mittel recht, um dem „Recht" auf die Sprünge zu helfen. ●

IKAH–Knastgruppe

Verteidiger von Gertraud Will soll ausgeschlossen werden

Am 20.2. wurde dem Rechtsanwalt Hartmut Wächtler ein Ausschlußverfahren vom Prozeß gegen Gertraud Will in München angekündigt – mit der bekannten „Begründung":*„Verdacht der Begünstigung und Strafvereitelung"*. Die Staatsanwaltschaft hatte für diesen Vorwurf nicht einmal Anhaltspunkte und es kam ihnen die Entdeckung, daß es sich bei Wächtler um einen Pflichtverteidiger handelt, sehr gelegen: Am 23.2. erhielt der Anwalt zusätzlich einen „Antrag auf Entpflichtung". Am 24.2. schließlich wurde auch ein Ausschlußverfahren gegen den Anwalt von Gertraud Wills Bruder angekündigt.

Der Klassenjustiz geht es darum, die Verteidigung mit allen verfügbaren Mitteln zu behindern und einzuschüchtern, um das „richtige" Klima für einen reinen Indizienprozeß gegen Gertraud Will zu schaffen:

Die Kindergärtnerin Gertraud Will war am 24.4.74 bei einer Polizeirazzia in München festgenommen worden, weil ihr Verlobter Roland Otto nach einem Knasturlaub nicht zurückgekehrt war. Dieser klare Fall von Sippenhaftung wurde mit dem fadenscheinigen Vorwurf des *„Versuchs der Befreiung von anarchistischen Gewalttätern"* „begründet". Im Zuge der Roland Otto-Fahndung war übrigens der Taxifahrer Günther Jendrian von der Polizei erschossen worden.

In der im August '75 fertiggestellten Anklageschrift wird ihr außer der versuchten Gefangenenbefreiung vorgeworfen, sie hätte 1971 Sprengstoff und anderes Material für die „Tupamaros München" im elterlichen Keller aufbewahrt und hätte 1973 eine „krimenelle Vereinigung" gegründet. Wie weit hergeholt diese Vorwürfe sind, zeigt die Tatsache, daß das angeblich aufbewahrte Material nie gefunden oder auch nur gesehen wurde und daß die Staatsanwaltschaft weder den Namen, noch die Mitglieder dieser ominösen „kriminellen Vereinigung" nennen kann. Daß in diesem Prozeß bisher keinerlei Beweise vorhanden sind, hinderte die bürgerliche Presse natürlich nicht daran, eine wüste Hetzkampagne gegen Gertraud zu entfalten („Bild:„Kripo jagt rollendes Bombenlabor – Taxifahrer in Anarchistenwohnung erschossen", „Süddeutsche Zeitung":„Staatsanwalt gegen Stadtguerrilas – Gertaud Will als Rädelsführerin"). Wie so oft in politischen Prozessen gegen angebliche „Terroristen" gründet die Staatsanwaltschaft ihre Anklage auf bloße Vermutungen und Unterstellungen. Die Verteidigerausschlüsse sollen den Angeklagten den letzten Schutz vor dieser Art Justiz nehmen. (nach „Informationsdienst", 114).

Ihre Situation in der nun bald zwei Jahre währenden Untersuchungshaft hat Gertraud Will in Briefen nach draußen sehr eindringlich beschrieben. Diese Briefe geben ein sehr plastisches Bild über die täglichen Grausamkeiten speziell im Strafvollzug an Frauen. „Daß du untergehst, wenn du dich nicht wehrst, daß wirst du doch einsehen" – Nachrichten aus einem westdeutschen Gefängnis, ein Bericht über Gertraud Will. Zu beziehen über: Frauenoffensive, Josephsburgstr. 16, 8 München 80. ●

IKAH (Arbeiterhilfe)

Reisepaß verloren – Seit fünf Monaten im Knast

Wer heute in der BRD seinen Reisepaß verliert, der steht schon mit einem Bein im Knast. Dies zeigen die Verhaftungen von Raphael Kress (s. AK 75), Gisela Kühl, Erhard Östreich und drei weitere Betroffene. Alle sechs sind seit September 1975 in Haft, weil sie ihre Reisepässe verloren haben oder sie ihnen gestohlen wurden und weil die Westberliner Strafverfolger nach der Strategie arbeiten, gegen alle mutmaßlichen Helfer von „Terroristen" massiv und öffentlich vorzugehen. Dies sieht dann folgendermaßen aus:

Gisela Kühl wurde am 30. 9.75 festgenommen und in die Frauenhaftanstalt nach Westberlin gebracht. Als Begründung wurde ihr gesagt, daß ihr Paß bei der Verhaftung von Inge Viett (wird der „Bewegung 2. Juni" zugerechnet) gefunden worden ist. Den Beteuerungen Giselas, daß sie eine Inge Viett gar nicht kenne, schenkte die Staatsanwaltschaft keinen Glauben. Dabei ist dieser Paßfund bei Inge Viett überhaupt das Einzige, was die Strafverfolger Gisela Kühl anhängen konnten. Ein Haftprüfungstermin Mitte Dezember, bei dem Gisela auf ihre persönliche Situation hinwies, insbesondere, daß sie zu ihrer 6jährigen Tochter und an ihren Arbeitsplatz zurückkehren möchte, fiel für Gisela negativ aus. Aufgrund der pauschalen Begründung „Flucht- und Verdunkelungsgefahr" muß Gisela weiter sitzen. Gisela gegenüber ist dieses Vorgehen reine Schikane und Einschüchterung. Allgemein auf die Praktiken der Justiz bezogen, zeigt sich daran, wie weit sogenannte rechtsstaatliche Prinzipien schon abgebaut worden sind.

Der Rechtsanwalt von Gisela wies darauf hin, daß selbst im Falle einer Verurteilung eine Gefängnisstrafe von höchstens 8 Monaten zulässig wäre, die zur Bewährung ausgesetzt werden müßte. Außerdem wird von der Staatsanwaltschaft die Eröffnung des Hauptverfahrens systematisch verschleppt: Trotz gegenteiliger Beteuerungen auf dem Haftprüfungstermin im Dezember liegt eine Anklageschrift gegen Gisela Kühl bis heute noch nicht vor, d. h. es wird noch Monate bis zur Eröffnung des Hauptverfahrens dauern.

Offensichtlich muß die Staatsanwaltschaft noch angestrengt an der Anklageschrift basteln, damit sie dann nicht mit allzu leeren Händen dasteht. •

IKAH
(Initiativkomitee Arbeiterhilfe)

Oberlandesgericht Bremen: Verkauf kommunistischer Zeitungen ist nicht erlaubnispflichtig!

Das Oberlandesgericht in Bremen hat auf eine Rechtsbeschwerde des KBW hin die Grundsatzentscheidung gefällt, daß Verkäufer politischer Zeitungen keine Verkaufserlaubnis brauchen. Gerade in Bremen hatten die Bullen seit einem Jahr eine systematische Hetzjagd (z.T. mit Hunden) auf die Verkäufer des ARBEITERKAMPF und der „KVZ" gemacht und häufig Genossen festgenommen, weil sie keine behördliche Genehmigung zum Verkaufen hatten. Z.T. wurden die festgenommenen Genossen erkennungsdienstlich behandelt!

In der Begründung des Urteils heißt es: Der Verkauf politischer Zeitungen widerspricht nicht der Bremischen Straßenordnung (mit der die Bullen immer kamen), denn der Verkehr wird dadurch nicht entscheidend gestört. Gegenüber der Argumentation der Polizei, daß nur das Verteilen von Flugblättern u.ä. ohne weiteres erlaubt sein soll, sagt das Gericht: Die Hauptsache bei dem Verkauf politischer Zeitungen ist nicht der Verkauf, sondern die politische Werbung und Agitation. Deswegen besteht kein prinzipieller Unterschied zwischen Verteilen und Verkaufen.

Da hat sich das Gericht allerdings ein Hintertürchen offengelassen. Es erlaubt die Prüfung in jedem Einzelfall, *„ob der Gemeingebrauch* (die „normale" Benutzung der Straße) *überschritten wird oder nicht"*.

Im ganzen geht das Urteil längst noch nicht so weit wie z.B. das Urteil des OLG Celle von 1975, in dem eindeutig jede Einschränkung der Pressefreiheit durch irgendwelche Straßenordnungen als „Angriff auf die Grundrechte" zurückgewiesen wird. Das Bremer Urteil sagt umgekehrt, daß die Straßenordnung wichtiger als die Pressefreiheit ist: *„die Ausübung der Pressetätigkeit (ist) in ihrer Art und Weise gleichen Regelungen unterworfen ... , wie sie aus wege- und ordnungsrechtlichen Gründen auch für sonstige Betätigungen in der Öffentlichkeit gelten ..."*

Das bedeutet in der Konsequenz, daß die Bullen zwar nicht mehr gegen den Verkauf an sich angehen dürfen, aber doch die Möglichkeit haben, Behinderungen des Verkehrs – z.B. größere Diskussionsgruppen – zum Anlaß für Verhaftungen zu nehmen.

Trotzdem ist das Urteil ein wichtiger Erfolg gegen die Überfälle auf kommunistische Zeitungsverkäufer. Es macht den Bullen ihr Geschäft schwieriger.

(Aktenzeichen: Ss (B) 74/75 = 83 OWi 26/75). •

KB/Gruppe Bremen

Gutachten beweist: Routhier wurde ermordet

In der Berufungsverhandlung gegen den fortschrittlichen Soziologieprofessor Sigrist aus Münster erging am 17.2. das Urteil. Sigrist hatte ein Flugblatt verteilt, das den Tod von Günther Routhier richtig als „kaltblütigen politischen Mord" bezeichnete. Er war deswegen in dem ersten Prozeß wegen „Staatsverleumdung" und „Beleidigung" zu 20 Tagessätzen a 100 DM verurteilt worden. In der Berufungsverhandlung mußte und „Beleidigung" zu 20 Tagessätzen a 100 DM verurteilt worden. In der Berufungsverhandlung mußte man den Vorwurf der „Staatsverleumdung" fallenlassen, kam aber auf ein Strafmaß von 30 Tagessätzen a 100 DM! Das Gericht hatte die Anhörung von Prof. Kraulandt in der Verhandlung abgelehnt, der aufgrund einer neuerlichen Autopsie zu dem Schluß gekommen war, daß der Tod von Routhier eindeutig auf äußere Gewalteinwirkung zurückzuführen sei. Günther war nach einem brutalen Polizeieinsatz am 5.6.74 im Duisburger Arbeitsgericht an Schädelblutungen gestorben. Die Klassenjustiz hatte bisher jeden Zusammenhang von Routhiers Tod mit dem Bulleneinsatz abgestritten und bediente sich der vollkommen unzureichenden „Gutachten" der Amtsärzte. Prof. Kraulandt hat festgestellt, daß die bisher immer abgestrittenen Gefäßverletzungen, die zum Tod führten, *„auf eine oder mehrere stumpfe Gewalteinwirkungen ..., die den Kopf getroffen haben"* (Zitat nach „Rote Fahne", 24.2.76) zurückzuführen sind. *„Am bedeutendsten dürfte dabei der Sturz über die Treppe beim Abtransport zu bewerten sein"*. Routhier wurde nach Augenzeugenberichten mit Schlägen und Fußtritten traktiert und wurde von den Bullen an den Füßen aus dem berichten mit Schlägen und Fußtritten traktiert und wurde von den Bullen an den Füßen aus dem Arbeitsgericht geschleppt, so daß er mehrmals mit dem Kopf auf die Treppe schlug.

Das Gutachten von Prof. Kraulandt, das durchaus die Mordvorwürfe von Prof. Sigrist abdeckt, wurde zwar bei der Verhandlung verlesen, aber der Richter hielt es nicht für notwendig, auch nur mit einem Wort darauf in seiner Urteilsbegründung einzugehen. Die sich anbietenden Augenzeugen des Vorfalls in Duisburg wurden gar nicht erst als Zeugen zugelassen. Die Klassenjustiz schert sich einen Dreck um die Wahrheit, wenn es darum geht, Kritiker an ihren Methoden zu bestrafen. (nach „Informationsdienst", 113).

IKAH •

Hausbesetzer – eine „kriminelle Vereinigung"?

Ein Grundsatzurteil fällte am 11.3. 1976 ein Hamburger Gericht, das in der Revisionsverhandlung die Hausbesetzer der Ekhofstraße wegen Unterstützung einer „kriminellen Vereinigung" (§ 129) verurteilte. Mit diesem Urteil kann die Klassenjustiz gegen jeden Zusammenschluß von Menschen vorgehen, die sich gegen die Willkür von Kapitalisten und Staat zur Wehr setzen, wie z.B. die Bürgerinitiativen gegen den geplanten Bau des Atomkraftwerkes in Whyl.

In der ersten und zweiten Märzwoche fand der erste Revisions- In der ersten und zweiten Märzwoche fand der erste Revisions- prozeß gegen sechs der Hausbesetzer aus der Ekhofstraße statt.

Etwa 70 Schüler, Lehrlinge, Arbeiter und Studenten hatten im April 1973 ein leerstehendes Haus in der Ekhofstraße in Hamburg besetzt, um gegen Spekulation und Wohnraumzerstörung zu protestieren. Einen Monat nach der Besetzung, nachdem die bürgerliche Presse mit einer beispiellosen Hetzkampagne den Boden für den entscheidenden Schlag gegen die Hausbesetzer bereitet hatte, knüppelte die Polizei die Genossen brutal aus dem Haus. 600 Bullen waren an diesem Bürgerkriegsmanöver beteiligt, davon 100 MEK-Leute, die damit ihre erste „Bewährungsprobe" bestanden (ausführliche Darstellung in AK 29).

In den beiden ersten Prozessen, Anfang 1974, vor dem Hamburger Landgericht wurden gegen 14 Angeklagte Freiheitsstrafen von insgesamt 79 Monaten (!) ohne Bewährung, achtmal Jugendarrest (zum Teil mit Bewährung), verbunden mit diversen Arbeitsauflagen, verhängt. Sie wurden verurteilt wegen „Hausfriedensbruch", „Körperverletzung" und „Widerstand gegen die Staatsgewalt". Eine Verurteilung wegen „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" wurde vom berüchtigten Hamburger Richter Ziegler abgelehnt, u.a. weil dies keine weitere Erhöhung der ohnehin harten Stra- Hamburger Richter Ziegler abgelehnt, u.a. weil dies keine weitere Erhöhung der ohnehin harten Stra- fen zur Folge gehabt hätte.

Die Klassenjustiz witterte hier aber eine Chance, den § 219 („kriminelle Vereinigung") durch ein Grundsatzurteil in Zukunft gegen ähnliche Initiativen der Bevölkerung anwenden zu können.

Die Staatsanwaltschaft legte deshalb Revision beim Bundesgerichtshof (BGH) ein, um eine Verurteilung nach § 219 zu erwirken. Der BGH gab der Staatsanwaltschaft recht: Das Hamburger Urteil sei *„der Bewertung des gesamten Vorganges als einer massiven Beeinträchtigung der inneren Sicherheit (!) nicht gerecht geworden"* (BGH-Urteil vom 14.5.75). Das Urteil „stützte" sich im wesentlichen darauf, daß dem *„erwarteten Eingreifen der Polizei mit massiver Gewalt begegnet werden"* (ebenda) sollte. Dies wiederum schließt der BGH daraus, daß angeblich *„lebensgefährdende Angriffswaffen"* gefunden wurden. Diese *„lebensgefährdenden Angriffswaffen"* bestanden, nach BGH-Angaben, aus *„halbierten Ziegelsteinen"* und Katapulten, aus denen der BGH ohne Mühe gefährliche *„Wurfgeschosse"* machte.

Die Genossen, die zu Knast verurteilt worden waren, wurden nach dem Revisionsantrag keineswegs vorläufig freigelassen, wie es sonst oft Praxis ist. Der Hafenarbeiter S.W. zum Beispiel mußte seine 16 Monate voll absitzen, und zwar im Untersuchungsgefängnis!

Der Klassenjustiz ging es bei diesem Prozeß vor allem um die Ausweitung des Begriffs „kriminelle Vereinigung" auf alle möglichen Gruppen, die sich gegen die Willkür von Kapitalisten und Staat zusammengeschlossen haben. Gruppen, die sich gegen die Willkür von Kapitalisten und Staat zusammengeschlossen haben.

Die Staatsanwaltschaft forderte die gleichen Strafen wie im ersten Prozeß, was ihr von der bürgerlichen Presse prompt als „Milde" angerechnet wurde. Der Staatsanwaltschaft: *„Wir haben das Urteil angefochten, um die Rechtsfrage zu klären, ob Hausbesetzung kriminelle Vereinigung ist, wir wollen mit dieser Revision keine härtere Bestrafung erzielen"* („Welt", 10.3.). Die Angeklagten haben ausgesagt, daß nie ein Plan bestanden hätte, gewaltsam gegen die Bullen vorzugehen. Für diesen Vorwurf gibt es in der Tat auch keinen einzigen Beweis, abgesehen von den konstruierten „Indizien" (s.o.).

Die Urteile: 12 Monate ohne Bewährung (im ersten Prozeß 16), neun Monate mit Bewährung (vorher 16), 11 Monate (vorher 15). Drei Jugendliche erhielten Geldstrafen von DM 400,-, DM 600,- und DM 2.000,- (vorher Jugendarrest).

IKAH
(Initaitivkomitee Arbeiterhilfe) •

„eine Polizei wie wir sie brauchen"

Daß die Bullen sich bei Prozessen um „unerlaubte Übergriffe" der Polizei gegenseitig decken, weiß jeder, der schon einmal versucht hat, sich juristisch gegen den täglichen Bullenterror zu wehren. Einigermaßen neu ist es aber, wenn Vertreter der Klassenjustiz diese übliche Praxis nicht nur offen zugeben, sondern sogar offen rechtfertigen und unterstützen.

Im Juni vergangenen Jahres äußerte **Staatsanwalt Weiss-Bollandt** (Landgericht Hanau) in einem Vortrag auf einem Lehrgang für Rechtsreferendare folgende „Gedanken" zu diesem Thema:...

Ich bin überzeugt, daß ein Großteil dieser Beschuldigungen (gegen die Polizei) zutrifft. Aber nachweisbar sind diese Übergriffe so gut wie nie, weil Polizeibeamte sich durch 'entlastende Aussagen in der Regel wechselseitig decken, ..., weil die anderen Polizeibeamten bei solchen Anlässen immer gerade „weggeguckt" haben. Und das ist auch gut so! .... Diese wechselseitige Deckung von Polizeibeamten ist eine unabdingbare Voraussetzung für das Funktionieren einer Polizei, wie wir sie brauchen. ...Ich kann nicht verlangen und begrüßen, daß sich Polizeibeamte hier mannhaft mit der Maschinenpistole einsetzen, ohne dem gleichen Polizisten auch zuzugestehen, anderswo auch einmal über die Stränge zu schlagen ....Wenn ich den Polizisten bejahe, der nach vorne rennt, um sich mit Linksradikalen zu prügeln, unter Einsatz seiner Gesundheit, dann muß ich diesem Charakter auch zugestehen, hierbei einmal zu weit zu gehen .....!!

(Info 1/76 des ÖTV-Arbeitskreises der Rechtsreferendare, zitiert in Informationsdienst 115) •

IKAH (Arbeiterhilfe)

„Rehabilitierung"

Wie erbarmungslos die Klassenjustiz mit ihren Opfern umgeht, nur um den Schein der „Unfehlbarkeit" aufrecht zu erhalten, zeigt der Fall des heute 37jährigen Adolf Scharnowski:

Im Oktober 1959 war Sch. wegen „Mordes" zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt worden. Vollkommen unerfahren im Umgang mit der Klassenjustiz, ließ er sich einreden, daß es seine Lage nur verschlimmern könnte, wenn er kein „Geständnis" ablegt. Adolf Sch. hatte mit der Tat nicht das geringste zu tun. Erst als ihm nach 11 (!!) Monaten ein Verteidiger gestellt wurde, widerrief er sein „Geständnis". Aber zu spät: er wurde zu „lebenslänglich" verurteilt – die Mühe, die sich die Kripo und das Gericht machten, Scharnowski die Tat einzureden, sollte schließlich nicht umsonst gewesen sein. Es störte das Gericht nicht weiter, daß die „Geständnisse" gar nicht mit den Tatsachen in Einklang zu bringen waren. 16 (!) Jahre hat es gedauert, bis der seit 1959 ständig eingereichte Wiederaufnahmeantrag endlich angenommen wurde.

Wer nun gedacht hätte, daß der Unschuldige vollständig rehabilitiert würde, der irrt: *„Sie, (die Strafjustiz) hält daran fest, daß nur freigesprochen werden mußte, weil die bedeutenden Beweismittel über die Jahre hin verblaßt (!) waren."* (Spiegel, 8. 3. 1976).

Aber das genügte der Klassenjustiz noch nicht: Die ohnehin lächerliche Haft„entschädigung" von 50.000 DM wurde jetzt vom Oberlandesgericht Schleswig noch um die Hälfte gekürzt, u.a. weil Sch. seinen Widerruf *„nicht mit genügendem Nachdruck (!) betrieben habe"* (Spiegel, 8.3.76). 25.000 DM, das ist die sagenhafte Summe von 130DM für jeden Monat Knast. Jeder, der einmal im Knast gesessen hat weiß, daß die menschenunwürdigen Zustände im westdeutschen Strafvollzug kaum mit Geld zu entschädigen sind. Umso empörender ist es dann aber, wenn die Justiz ihrem Opfer, das sie 16 Jahre unschuldig gefangen hält, auch noch dieses Almosen kürzt. •

IKAH

Zweierlei Maß

Vor dem Jugendschöffengericht fand in Braunschweig am 8.3.76 ein Verfahren gegen den Studenten P. und die Lernschwester M. statt. Die Anklage lautete: Beleidigung gemäß § 185 StGB. Eine weitere Anklage wegen „vorsätzlicher Anschuldigung" konnte nicht aufrechterhalten werden.

Das „Verbrechen" der Angeklagten bestand darin, beim Polizeihauptquartier eine Beschwerde gegen drei Beamte der Braunschweiger Polizei eingereicht zu haben, die vor ihren Augen einen jungen Mann zusammengeschlagen, anschließend im Polizeiwagen „verstaut" hatten und in dem Augenblick davongerast waren, als die beiden sich dem Wagen näherten. Aus einem Gefühl von Ohnmacht und Wut soll den beiden angesichts dieses Willküraktes polizeilicher Gewalt „Ihr Schweine!" herausgerutscht sein – so behaupten jedenfalls die Polizeibeamten, die sich allerdings erst vier Tage, nachdem sie von der Beschwerde gegen sich erfahren hatten, beleidigt fühlten und Anklage erstatteten – wie auf der Akte vermerkt ist – „von Amts wegen".

Die Beschwerde gegen die Beamten (am 11.10.1974 eingereicht) wird bis heute verschleppt. Stattdessen bekamen P. und M. das Beleidigungsverfahren angehängt, das mit einer Strafandrohung von einem Jahr Freihheitsstrafe oder Geldstrafe verbunden ist.

Wie sich bei der Vernehmung der Polizeibeamten als Zeugen während der Verhandlung herausstellte, sind diese nie in einem gegen sie eröffneten Ermittlungsverfahren als Beschuldigte vernommen worden!

Im Prozeß mußten die beiden Angeklagten P. und M. freigesprochen werden. Der Richter gestand noch „gewisse Mängel" im Verfahren gegen die Polizisten zu. Damit sollten die etwa 50 Anwesenden beruhigt werden, die dem Verteidiger lebhaft zustimmten, als er die Polizeistaatmethoden richtig entlarvte. •

Ein Braunschweiger Genosse

Ärzteprotest gegen skandalöse medizinische Versorgung im Knast

West-Berlin: Die „Ärztegruppe für eine ausreichende medizinische Versorgung in den Haftanstalten" hat in einer Erklärung die Forderungen der beiden „Selbst"-mörder Krieger und Rohrmoser (Hamburg-Fuhlsbüttel) unterstützt (siehe dazu AK 75).

Weiterhin bestätigt die Gruppe, daß die ärztliche Versorgung der Häftlinge – nach ihren eigenen Erfahrungen – völlig unzulänglich ist. Sie führen drei Beispiele an:

- einem Häftling in Tegel, der zwei Herzinfarkte hatte, werden des öfteren lebenswichtige Medikamente vorenthalten;
- der seit fünf (!) Jahren in Einzelhaft gehaltene J. Bäcker leidet an einer schweren Nierenerkrankung, Durchblutungsstörungen und Kreislaufzusammenbrüchen; die dringend notwendige Haftverschonung wird von der Anstaltsleitung nicht für erforderlich gehalten, obwohl nach Ansicht der Ärzte Selbstmordgefahr besteht;
- dem Gefangenen W.G. in der JVA Tegel wird eine Therapie außerhalb der JVA verweigert, obwohl das fachärztliche Gutachten eine externe Behandlung für dringend erforderlich hält;
- der Gefangene Herbert Hennrich (JVA Preungesheim), der seit längerer Zeit unter krampfartigen Nieren- und Blasenschmerzen leidet, wurde vor über einem Jahr von einem Facharzt chronische Prostatitis bescheinigt. Der Arzt hielt eine sofortige Haftverschonung für erforderlich. Der zuständige Haftrichter Bauer jedoch wandelte die Diagnose selbstherrlich in „Simulant" um. Als das Krankheitsbild jedoch zusehends schlimmer wurde, wurde H. Hennrich
- unter strenger Isolierung, versteht sich – ins Gefängniskrankenhaus Kassel/Wehleiden verfrachtet (lt. „Roter Morgen" 9/76).

Man vergleiche diese wenigen Beispiele mit der allgemein üblichen Handhabung der „Haftverschonung", wenn es um NS-Verbrecher geht!

Die Kontaktadresse der Ärztegruppe lautet: Dr. H. Becker, Bundesplatz 4, 1 Berlin 31. ●



Gefangene werden abgehört

Am 1. 2. 76 wurde in der Strafanstalt Zweibrücken eine illegale Abhöranlage entdeckt. Sie war durch eine angeblich nicht funktionsfähige Gegensprechanlage getarnt. Die betreffende Zelle diente ausschließlich zu Verteidigergesprächen für die Angeklagten Grashof, Grundmann, Jünschke (Kaiserslauterner RAF-Prozeß) und L. Taufer (angeklagt wegen Beteiligung an der Stockholmer Botschaftsbesetzung) und zum Umschluß dieser Häftlinge. Aus Versehen hatte einer der Häftlinge einen Schalter betätigt, der „merkwürdigerweise" in der Nachbarzelle einen Summton auslöste. Der herbeieilende Wärter konnte überredet werden, die Tür zu öffnen (sehr zum Mißfallen seiner Vorgesetzten!) und den Blick auf den Abhörraum freizugeben.

Rechtsanwalt Spangenberg hat Strafanzeige gestellt. ●

Gefangenenselbstmorde

Aufgrund der Isolation und der unmenschlichen Behandlung in den westdeutschen Gefängnissen begehen viele Gefangene als letzten Ausweg in ihrer Verzweiflung Selbstmord. Die wenigsten Gefangenenselbstmorde werden bekannt. Der Freitod der Hamburger Häftlinge Krieger und Rohrmoser, der breit durch die Presse ging, ist eher die Ausnahme (dazu AK 75). Der Informationsdienst (ID) veröffentlichte jetzt weitere vier Fälle von Gefangenenselbstmorden, die sich in der zweiten und dritten Februarwoche ereigneten und die mehr zufällig nach außen kamen. Anstaltsleitung und Behörden haben – verständlicherweise – kein Interesse an der Bekanntgabe dieser Fälle, werfen sie doch ein bezeichnendes Licht auf die Zustände im Knast.

Frankfurt: Am 21. 2. 76 verblutete der eben eingelieferte Untersuchungsgefangene Scala an selbst beigebrachten Schnittwunden. Er wollte nicht in einer Einzelzelle untergebracht werden!

Am 26. 2. 76 erhängte sich nach mehrfachen Androhungen J. Graczyk aus dem gleichen Grund. Als die Mitgefangenen Aufklärung verlangten, ordnete das Justizministerium drastische Einschränkungen der Freizeit an!

Beide Fälle kamen nur durch einen Brief eines Gefangenen ans Tageslicht, die Behörden schwiegen sich aus.

Darmstadt: Am 18. 2. 76 wurde ein 21-jähriger, nicht vorbestrafter, „Neuankömmling" in die sogenannte Zugangszelle gesteckt: eine Einzelzelle, wegen Diebstahlsverdacht! Diese erste Berührung mit dem Knast hat der Inhaftierte nicht überstanden: Mit seinem Gürtel erhängte er sich am Fensterkreuz. Die Anstaltsleitung bemühte sich, den Vorfall nicht bekanntwerden zu lassen!

Kassel: Ein wegen Diebstahl verurteilter Jugoslawe sprang aus dem vierten Stock.

Danach passierte folgendes:

- der Notarztwagen kam nach fünfundvierzig (!) Minuten,
- bevor die Mordkommission die Spuren sicherte, wurde der Hof vom Blut gesäubert,
- die Anstaltsleitung verheimlichte auch diesen Fall vor der Presse. (Angaben nach „ID" 115, v. 6.3.76).

Der Arbeitskreis Kritischer Strafvollzug nahm diese beiden Fälle zum Anlaß, an den Minister und die Behörden zu appellieren, mehr Öffentlichkeit über alle Todesfälle im Knast herzustellen, um *„das Ausmaß des Elends in den Gefängnissen bewußt"* zu machen. Ob sie sich da an die richtige Adresse gewandt haben? ●

IKAH (Initiativkomitee Arbeiterhilfe)

SPD versucht „liberale" Profilierung

Am 20.2.76 ist die Novellierung des sogenannten „Extremistenerlasses" im Bundesrat endgültig gescheitert. Vordergründig ging es darum, ob bereits Mitgliedschaft in einer Organisation (etwa DKP) ausreichend für eine Ablehnung ist oder ob, wie die SPD es fordert, auch bei Mitgliedschaft noch eine „Einzelfallprüfung" erfolgen soll.

Das Scheitern des neuen „Extremistenerlasses" kommt den bürgerlichen Parteien sehr entgegen:

- die CDU hat nunmehr Gelegenheit, sich stärker als Staatsschutzpartei herauszustellen und der SPD anzukreiden, sie unternehme nichts gegen die „radikale Unterwanderung" dieses Staates,
- die SPD argumentiert umgekehrt und hofft so, ihr stark ramponiertes Image als fortschrittliche und liberale Partei wieder aufzupolieren.

Die Realität zeigt allerdings deutlich, daß wesentliche Unterschiede zwischen SPD- und CDU-Praxis bei der Anwendung des „Radikalenerlasses" n i c h t existieren. So sind bislang die meisten Berufsverbote in den SPD-regierten Bundesländern Hamburg und Westberlin verhängt worden.

Auch die Behauptung von SPD-Politikern, sie bekämen „Bedenken" gegen die bisherige Anwendung des „Radikalenerlasses" – besonders da nunmehr in CDU-Ländern auch SPD-Genossen betroffen seien ● ist blanke Heuchelei.

So ist Niedersachsen seit langem Spitzenreiter bei Berufsverboten und Überprüfungsaktionen gegen linke SPD-Mitglieder. Gerade jetzt ist auch in Hamburg ein Fall von drohendem Berufsverbot gegen ein SPD-Mitglied bekannt geworden.

Daß von der SPD nichts, aber auch gar nichts, an „Liberalisierung" zu erwarten ist, zeigen die Begründungen für dieses Berufsverbot schlagend: Die Ernennung zum Beamten auf Lebenszeit wurde der Lehrerin H.T. verwehrt, da „sie sich innerhalb der Probezeit nicht bewährt habe". In einem Gutachten, das der Ablehnung zugrunde lag, heißt es: „ ... *Um ihre Vorstellungen von einer demokratischen Schule durchzusetzen .., ist sie recht findig und hartnäckig in der Ausschöpfung aller legalen Möglichkeiten* (!); *als GEW-Vertrauensfrau verfügt sie über einen festen Kern von ca. einem Dutzend Lehrkräften ... Mit Hilfe dieser Hausmacht ist es ihr gelungen, sich in die einflußreichen Gremien unserer schulischen Selbstverwaltung wählen zu lassen*".

Ausnutzung der l e g a l e n Möglichkeiten und Wahl in Gremien sind also bereits verdächtige Verhaltensweisen!

Es ist damit zu rechnen, daß die SPD-Methode, Berufsverbote zu verhängen, sich tatsächlich ändern wird. Der Fall H.T. scheint uns dafür ein Modellfall zu sein; ebenso deuten die Äußerungen führender SPD-Politiker in diese Richtung: In Zukunft soll weniger offen politisch argumentiert werden und dafür häufiger die „mangelnde Bewährung" festgestellt werden. Dafür spricht auch die Forderung von Hamburgs Bürgermeister Klose, Berufsverbote nicht mehr vor Eintritt ins Referendariat auszusprechen, sondern das Referendariat als „Bewährungszeit" auszunutzen.

Für diese Bewährung hat der Hamburger Senat bereits neue Richtlinien in der Schublade. So kursiert in der Behörde ein Papier mit dem Titel „Grenzen der Meinungsfreiheit für Beamte". Darin heißt es unter deutlichem Hinweis auf die Sparmaßnahmen: „ ... *in letzter Zeit (ist) durch Leserbriefe von Lehrern, die sich darin z.B. kritisch äußern oder Vorgänge aus dem Dienstbereich an die Öffentlichkeit bringen*" diese Frage akut geworden. „*Dabei ist zu prüfen, ob und wie weit Beamte sich bei Veröffentlichungen auf das Grundrecht der Meinungsäußerungsfreiheit berufen können*"!

Also ein neuer Maulkorb für den öffentlichen Dienst! Man sieht: Die CDU fordert scharfe Maßnahmen, die SPD führt sie in möglichst großer Stille durch!

Traurig auch in dieser Situation wieder die Rolle der Jusos: Die taktischen Verfeinerungen, die die SPD anstrebt und durchführt, sind für die Jusos Grund zum Jubeln. Endlich sei eine grundsätzliche und liberale Neuorientierung in der Frage „Radikale im öffentlichen Dienst" möglich. So der Vorstand der nordhessischen Jusos nach dem Scheitern der Novellierung des Gesetzes im Bundesrat. Alle Demokraten in diesem Land sollten der SPD durch gezielte Information ihre liberale Schau vermasseln. ●

Berufsverbote-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Oldenburg: Berufsverbote am laufenden Band

Eine Reihe von Berufsverboten wurden jetzt in Oldenburg bekannt: Der DKP-Vorsitzende Müller wurde mit der Begründung aus dem Schuldienst gefeuert, seine *„exponierte Stellung"*, in der DKP begründe ein Dienstvergehen. Die DKP verfolge *„als Ziel die Herrschaft der Arbeiterklasse"*, was mit dem Grundgesetz nicht vereinbar sei („Nord-West-Zeitung", 21.1.76). Neu daran ist, daß allein aus der Mitgliedschaft ein Dienstvergehen hergeleitet wird, also kein konkreter Anlaß vorliegt. Ihren entgültigen Ablehnungsbescheid erhielten Regina C. und Rolf-Dieter C., beide Mitglieder des MSB, nach 4 bzw. 14 (!) monatiger Wartezeit.

Vier MItglieder des Sozialistischen Hochschulbundes (SHB) bekamen, nachdem sie schon Stellen zugesichert bekommen hatten, den Bescheid, sie könnten vorerst nicht eingestellt werden, da ihre Überprüfung noch andauere. Bei drei weiteren Mitgliedern des MSB wird die Einstellung ebenfalls verzögert (laut „NWZ", 10.3.76). ●

KB/Gruppe Oldenburg

„NWZ", 10.3.76). ●

KB/Gruppe Oldenburg

„Schwarze Listen" von „Verfassungsfeinden" im

Leserbriefe von Lehrern, die sich

„Schwarze Listen" von „Verfassungsfeinden" im Grenzverkehr

Am 4.2.76 wurde Elmar Altvater, fortschrittlicher Professor an der Uni Westberlin, an der Grenze zwischen Österreich und Italien aus dem Brenner-Expreß verhaftet. Bei seiner ersten Vernehmung nach vier Stunden wurde ihm erklärt, er sei ein „Sicherheitsrisiko" für die olympischen Spiele. Nach dieser Vernehmung wurde er ins Polizeigefängnis gesteckt, wo er erst einmal von drei Aufsehern Prügel erhielt. Es wurde ihm verwehrt zu telefonieren, um so etwas gegen seine Verhaftung unternehmen zu können. E. Altvater wurde in die BRD abgeschoben, zunächst mit der Begründung, er sei ein Sicherheitsrisiko, da er in der BRD wegen terroristischer und extremistischer Tätigkeit bekannt sei. Letztere Begründung wurde von den österreichischen Behörden dann zurückgenommen und ersetzt durch die Formulierung, *„er sei in der BRD wegen politischer Aktionen bekannt"*.

●

Am 14.2. wurde dem Mitglied des Tübinger AStA (studentisches Vertretungsorgan) ebenfalls die Die Anweisung für dieses Einreiseverbot kam von den „Sicherheitsorganen" und wurde vom Innenministerium auf Nachfrage bestätigt. Als Begründung sollte ein mitgeführtes Plakat gegen das faschistische Griechenland von 1973 herhalten.

Ist diese Begründung (Plakat gegen ein faschistisches Regime) auch charakteristisch für die politische Ausrichtung der „Sicherheitsbehörden", so ist sie in diesem Fall doch nur vorgeschoben.

Offensichtlich verfügten die österreichischen „Sicherheitsbehörden" in beiden Fällen über Informationen westdeutscher Behörden, insbesondere des Verfassungsschutzes. Dieser „Verdacht" wird erhärtet durch das direkte Eingreifen des Innenministeriums.

Beide Fälle zeigen, daß sich die Berufsverbotepraxis, die mit der „Überprüfung" hunderttausender Personen verbunden ist, in „Schwarzen Listen" fortsetzt, die auch ausländischen Behörden zur Verfügung gestellt werden. Welche Bedeutung diese Listen in der Zukunft haben können, dokumentieren am besten die chilenischen Ereignisse, wo nach solchen Listen die Massenverhaftungen beim faschistischen Putsch in Gang gesetzt wurden. ●

Berufsverbote-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Berufsverbote – ein Gespinst der Linken?

Zu welchem Zynismus die reaktionären Kräfte fähig sind, bewies der Lokalchef des Bonner „General-Anzeigers", Dr. Kümpel. Auf Nachfrage, weshalb ein Bericht über eine Berufsverboteveranstaltung nicht in die Zeitung aufgenommen wurde, schrieb er: *„Unserer Meinung nach gibt es Berufsverbote in der Bundesrepublik nicht ..."* („Vorwärts", 26.2.76).

Und das, nach über 1.000 Fällen, in denen Menschen wegen ihrer politischen Überzeugung aus dem Öffentlichen Dienst „hinausgesäubert" wurden und nach den ersten Fällen, in denen Rechtsanwälten die weitere Ausübung ihres Berufs verboten wurde oder verboten werden soll. Und das, nachdem bekannt wurde, daß allein in den letzten drei Jahren ca. 700.000 Personen vom Verfassungsschutz „überprüft" wurden, denn ohne „grünes Licht" des Verfassungsschutzes darf heute niemand mehr im Öffentlichen Dienst eingestellt werden. Nachdem selbst in einigen westeuropäischen Ländern der Begriff „Berufsverbot" als Fremdwort aufgenommen wurde, weil diese Praxis in Europa sonst nur im faschistischen Spanien eine Parallele findet, versuchen die Reaktionäre, die Tatsachen einfach zu leugnen. Denn diese faschistische Praxis ramponiert das „demokratische" Image der BRD, mit dem die Repräsentanten dieses Systems so gerne spazieren gehen. ●

Großveranstaltung in Kopenhagen gegen Berufsverbote in West-Deutschland

Am 26.2. fand in Kopenhagen eine Veranstaltung gegen die Berufsverbote in der BRD statt. Organisatoren waren der Dänische Studentenverband sowie mehrere Organisationen aus dem Ausbildungsbereich. Im überfüllten Saal des Grundtvigs Hus folgten mindestens 1.000 Teilnehmer den Ausführungen von Prof. Brückner, Hannover, sowie der Lehrerin Sylvia N. aus Marburg, Mitglied der DKP. Ebenfalls angekündigt war SPD-Mitglied Prof. Narr von der Freien Universität in Westberlin, der aber wegen Krankheit nicht kommen konnte.

Die Berufsverbotepraxis findet in Dänemark sehr breites Interesse, was u.a. in der Gründung von Berufsverbote-Komitees zum Ausdruck kommt, die schon mehrmals Veranstaltungen mit direkt Betroffenen und linken Organisationen und Persönlichkeiten aus der BRD durchgeführt haben.

Der Vorsitzende der dänischen Sozialistischen Volkspartei schlug auf dieser Veranstaltung vor, eine dänische Anzeigenkampagne in westdeutschen Zeitungen zu starten. ●

Ein Mitarbeiter der Skandinavien-Kommission aus Lund, Schweden

Schleswig-Holsteins SPD fordert Verbot kommunistischer Organisationen

Im Streit um die Anwendung des Radikalenerlasses für Bewerber im öffentlichen Dienst hat der schleswig-holsteinische SPD-Landesvorsitzende Jansen einen unverschämten Vorstoß unternommen.

- Die programmatischen Grundlagen „extremistischer Parteien" sollten von Bund und Ländern untersucht werden, um sie ggf. zu verbieten.

Der innenpolitische Sprecher der SPD, Heyenn, „ergänzte":

- Allein die Mitgliedschaft im KBW oder „KPD/ML" reiche aus, um Bewerber abzulehnen.
- Hingegen gelte dies nicht bei der DKP (was die CDU-Landesregierung nach wie vor fordert), *„da sich aus deren Programm das Ziel einer gewaltsamen Veränderung der demokratischen Verfassung allenfalls ,hineininterpretieren'* " lasse. Von der CDU wird *„eine differenzierte Beurteilung"* bei der Anwendung des Radikalenerlasses verlangt.

Dies ist unseres Wissens das erste Mal, daß ein SPD-Politiker in der BRD öffentlich das direkte Verbot der Gruppen „links von der DKP" gefordert hat. Und es mußte natürlich ausgerechnet Jansen, der Vorsitzende des „linken" schleswig-holsteinischen SPD-Verbandes sein!

Ende Februar '76 geriet er selbst als Bürgermeister von Süsel (Ostholstein) in das Schußfeld der CDU; denn er hatte sich auf der letzten Juso-Landeskonferenz zur „Büsumer Erklärung" bekannt. Darin wurden Stoltenberg, Strauß und Dregger als größere Gefahr „für die Demokratie" bezeichnet als die sogenannte „Baader-Meinhof-Gruppe". Jansens Rücktritt wurde deshalb gefordert. Im selben Atemzug mit den Verbotsforderungen gegen „extreme Linke" heuchelte diese Type, *„er habe den Eindruck, daß die Menschen das Gefühl haben, nicht mehr ihre freie Meinung sagen zu können"*.

Dieses Vorgehen Jansens entspricht dem Spiel mit verteilten Rollen zwischen SPD und CDU. Während die CDU in ihrer Propaganda die Angriffe auf die DKP konzentriert, fordern gerade „linke" Teile der SPD eine „differenzierte Behandlung" der DKP, bei gleichzeitig rücksichtsloser Verfolgung revolutionärer Ideen, um den Opportunismus in der DKP zu verstärken (nach „Lübecker Nachrichten" und „Kieler Nachrichten" vom 6.3.76). ●

KB/Gruppe Lübeck

aus Betrieb und Gewerkschaft



Südkoreaner in der BRD:
„Wie die Schildkröten kriechen die Sklaven durch deutsche Stollen"

Unter dieser Überschrift wurde in der „Frankfurter Rundschau" vom 4.2.76 aus einer Meldung der nordkoreanischen Nachrichtenagentur KCNA zitiert. Es wird dort aufgezeigt, unter welchen demütigenden Bedingungen südkoreanische Arbeiterinnen und Arbeiter in Westdeutschland ausgebeutet werden. Ein südkoreanischer Jugendlicher berichtet beispielsweise über sein elendes Leben in der BRD als Bergmann, in dem er – wie seine deutschen Kollegen – in „ständiger Gefahr" lebt.

Weiter heißt es, daß südkoreanische Bergleute *„wie Schildkröten auf allen Vieren durch nur 70 Zentimeter bis einen Meter hohe Stollen kriechen"* (müssen).

In einem weiteren Bericht schildert eine südkoreanische Krankenschwester, wie sie sich in Westdeutschland verkauft fühlt: *„Ihr könnt die Bitternis nicht ermessen, die mein Herz verzehrt. Ich flehe euch an, unter keinen Umständen hierher zu kommen ... Wir sind jetzt Sklaven, die nirgendwohin gehen dürfen."*

Verständlicher werden diese Aussagen, wenn man bedenkt, daß Südkoreaner in der BRD z. T. unter besonders diskriminierenden Verhältnissen leben müssen. So leben sie oft ohne ausreichende Sprachausbildung, isoliert in Firmenheimen mit militärähnlicher Disziplin unter der Aufsicht ihrer südkoreanischen „Dolmetscher".

Diese sogenannten Dolmetscher sind in der Regel Agenten des faschistischen südkoreanischen Geheimdienstes KCIA. Im Sommer letzten Jahres protestierten z. B. 500 südkoreanische Bergleute gegen die Bespitzelung durch den KCIA (siehe AK Nr. 63).

Die besondere rechtliche Diskriminierung südkoreanischer Bergleute gegenüber anderen ausländischen Kollegen drückt sich darin aus, daß sie für drei Jahre an einen nicht frei gewählten Arbeitsplatz gebunden sind und dann zurückkehren müssen.

Diese begrenzte Arbeitsdauer erklärt sich aus dem Zwangsrotations-Verfahren, das allein dem südkoreanischen Regime großen finanziellen Gewinn bringt. Diese Praktiken des Menschenhandels des faschistischen Pak-Chung-Hi-Regimes fanden bereits jahrelang bei der Entsendung tausender Soldaten gegen US-Dollars nach Vietnam Anwendung. Bis heute sind nahezu 105.000 Südkoreaner in vielen kapitalistischen Ländern, darunter die USA, Japan, Kanada, Brasilien und Paraguay, oft unter unvollständigen und/oder falschen Informationen bei Vertragsabschluß auf diese Weise verkauft worden. ●

KB/Gruppe Kassel

Streik bei Kast & Ehinger!

Seit dem 19. Februar befindet sich die zum großen Teil aus griechischen Arbeitern bestehende Belegschaft der zum BASF-Konzern gehörenden Farbenfabrik Kast & Ehinger im Streik. Dieser Streik ist die Antwort auf umfangreiche Rationalisierungsmaßnahmen der Kapitalisten in der letzten Zeit:

- viele Kollegen wurden entlassen, Arbeitshetze und Überstundenklopperei waren an der Tagesordnung Der 10-Stunden-Tag war durchaus normal;
- die Schmutzzulagen wurden bei einigen Kollegen gestrichen bzw. an den Bruttolohn angerechnet.
- Die Kapitalisten führten ein neues Leistungslohnsystem ein.

Daraufhin traten 350 zumeist griechische Arbeiter in den Streik und forderten u. a. DM 10,– Mindestlohn pro Stunde. Die Kapitalisten sind inzwischen zum Gegenangriff übergegangen: 20 Arbeitern, die sich am Streik beteiligt haben, soll gekündigt werden. Damit ist die Werksleitung wortbrüchig geworden, die zusagte, keinen Kollegen nach dem Streik zu maßregeln. Mit dieser Zusage erreichte sie, daß die Kollegen den Streik abbrachen. Allerdings behauptet sie heute, niemals ein derartiges Versprechen gegeben zu haben und die Entlassungen seien auch nicht als Sanktion gegen die Kollegen gedacht ...

Die Kollegen planten am 8.3. eine Solidaritätsveranstaltung. Unsere besondere Solidarität gilt vor allem den griechischen Kollegen, die die Hauptlast des Streiks tragen.

Solidaritätsfond: Pfarrer Wertenberg, Feuerbacher Volksbank, Konto: 56 58 136

(Nach: „Gewerkschaftspost" vom März 1976 und „Informationsdienst", 6.3.76). ●

Chemie-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Große Ausländerfete in Wilhelmsburg

Am 7. März fand in den Räumen der „Bürgerinitiative Ausländischer Arbeitnehmer" in Hamburg-Wilhelmsburg (Rudolfstraße 5) ein großes Ausländerfest statt. Über 500 ausländische Arbeiter aller Nationalitäten mit Frauen und Kindern kamen zur Einweihungsfeier der Bürgerinitiative. Dieser große Andrang, mit dem keiner der Organisatoren gerechnet hatte, zeigt das Interesse der ausländischen Kollegen an einem solchen Ort der Begegnung und des sozialen Kontaktes. Eine italienische Sängerin sang Lieder der Emigration und der italienischen Arbeiterbewegung. Es wird allerdings viel Kraft, Mühe und politische Phantasie erfordern, aus diesem Anfangserfolg ein dauerhafteres Vertrauen der ausländischen Kollegen zu erringen und das Vertrauen in ihre eigene Kraft zu fördern. ●

Emigranten-Zelle des
KB/Gruppe Hamburg

Ausländische Arbeiter gegen Kirchensteuer

Italienische, spanische und portugiesische Arbeiter haben beim Hamburger Verwaltungsgericht Klage gegen die Zwangsabführung der Kirchensteuer eingereicht, die in ihrem Heimatländern unbekannt ist. (Dort verfügt die katholische Kirche über eigenen einträglichen Besitz). Die Kollegen haben ausgerechnet, daß allein die 10.000 bis 13.000 italienischen Arbeiter in Hamburg und Schleswig-Holstein 2 Mio. Mark jährlich an die katholische Kirche zahlen. Wieviel die 678.000 Italiener, 247.000 Spanier und 72.000 Portugiesen in der BRD und die Katholiken unter den jugoslawischen Arbeitern insgesamt an die Kirche zahlen, wurde bisher noch nicht ausgerechnet. Feststeht, daß nur ein Bruchteil dieses Geldes in die „Betreuung" der ausländischen Arbeiter zurückfließt. Daher fordern die ausländischen Kollegen von der Kirche mehr Kindergärten, mehr Schulen, mehr soziale Unterstützung. Auch die Kirchenaustritte, besonders bei italienischen Arbeitern, haben zugenommen (nach „Welt", 3.3.76). ●

Emigranten-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

DGB-Vetter will politisch aktive Ausländer ausweisen lassen

Der oberste Hüter der „Arbeitnehmer"-Interessen in der BRD, DGB-Chef H.O. Vetter, hat die ausländischen Arbeiter nachdrücklich vor politischen Aktivitäten „gewarnt". Er pöbelte gegen politische Organisationen aus den Heimatländern der ausländischen Kollegen, *„die versuchten, parteipolitische Probleme ins Gastland zu transferieren und damit unweigerlich einen Zusammenstoß mit der Mentalität und den Großgruppen im gastgebenden Land provozierten"* („Süddeutsche Zeitung", 24.2.76). Einen Zusammenstoß mit der „Mentalität", daß ein Ausländer zu arbeiten und das Maul zu halten hat und den „Großgruppen" Kapitalistenverbände und Gewerkschaften, die, wenn es um Chauvinismus und nationale Überheblichkeit geht, vollkommen gleicher Meinung sind.

Vetter forderte sogar, wenn ein Ausländer erkennbar und beweisbar (?!) aktiv werde, dann müsse er „schnellstens ausgewiesen" werden. Eine Organisierung der ausländischen Arbeiter gegen ihre Entrechtung und gegen Massenausweisungen in der Krise wird auch vom DGB aktiv bekämpft. ●

Emigranten-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

chte + Streikberichte + Streikberichte + Streikberichte + Streikberichte + Strei

Warnstreiks in Hessen

In zahlreichen hessischen Metallbetrieben kam es am Montag, dem 9.3., und am Dienstag, dem 10.3., zu Warnstreiks. In acht Frankfurter Betrieben legten ca. 7.000 Kollegen die Arbeit nieder, in fünf Hanauer Betrieben streikten ca. 4.000 Kollegen.

Die Streiks dauerten zum Teil bis zu einer Stunde und drückten den Protest der Kollegen gegen die lange Dauer der Tarif-Verhandlungen und gegen das provokatorische 4%-Angebot der Kapitalisten aus.

Montag, den 9.3.:

- 1.000 Kollegen der Firma T e v e s , Frankfurt, streikten bis zu einer halben Stunde.
- 1.800 Kollegen der Firma T e l e f o n b a u und N o r m a l z e i t (T + N) legten für eine halbe Stunde die Arbeit nieder.

Dienstag, den 10.3.:

- 600 Kollegen der S i e m e n s - S c h a l t w e r k e , Frankfurt, gehen mit Transparenten auf die Straße.
- 500 Kollegen der W ö r n e r KG, Frankfurt, streikten für eine Stunde.
- Bei O p e l R ü s s e l s h e i m streikten 900 Kollegen der Frühschicht für eine halbe Stunde.

Weiter forderten 80 Blockvertrauensleute die sofortige Urabstimmung und betonten ihre Streikbereitschaft. Ebenfalls forderten sie den Betriebsrat auf, bis zum Abschluß der Tarifrunde keinen Sonderschichten mehr zuzustimmen (bisher sind samstägliche Sonderschichten bis zu den Werksferien geplant).

Weiter streikten an diesem Tag Kollegen von:
Messer Griesheim GmbH, Frankfurt, Deutsche Vereinigte Schuhmaschinen, Frankfurt, Klimsch & Co., Frankfurt, Firma Schwahn, Hanau, Quarzlampen GmbH-Original, Hanau, Rhein-Elektra-Erlensee-Honeywell, Maintal-Dörnigheim, BBC, Hanau-Großauheim. ●

Elektrozelle,
KB/Gruppe Frankfurt
Frankfurt/Main, den 10.3.76

Kassel:
Gegen den Verlauf der Tarifverhandlungen protestierten am 9.3.76 laut IGM ca. 8.500 Kollegen in sieben Kasseler Betrieben.

Bei R h e i n s t a h l H e n s c h e l nahmen laut Geschäftsleitung um 9.15 Uhr am Ende der Frühstückspause 2.191 Kollegen (sowie leider nur 30 Kollegen aus dem Angestelltenbereich) ihre Arbeit nicht wieder auf. Nach 30 Minuten, um 9.45 h, war der Warnstreik beendet.

Ähnliche Aktionen gab es bei H a n o m a g H e n s c h e l und den H e n s c h e l F l u g z e u g w e r k e n.

In den Kasseler A E G - T e l e f u n k e n Fabriken stand zwischen 11.10 und 11.40 Uhr die Ausfertigung in der Hochspannungsschreiber- und der Fahrkartendruckerfabrik still. Außerdem wurde noch bei der Firma W e g m a n n gestreikt.

In der Spätschicht bei V W legten ca. 500 Kollegen zwischen 20 und 22 Uhr mit unterschiedlicher Dauer die Arbeit nieder. Die Aktion hatte in der Halle 4 begonnen. In Sprechchören forderten die Kollegen „acht Prozent". ●

FSG und FWN, Flensburg: Warnstreik gegen 4% Provokation

Am 10.3. legten morgens um 10 Uhr etwa 1.300 Kollegen der „Flensburger Schiffbau-Gesellschaft" und der „Fahrzeugwerke Nord" für eine halbe Stunde (ein großer Teil der Werftkollegen ging bis zur Mittagspause – 11.30 Uhr – gar nicht erst wieder an die Arbeit) die Arbeit nieder. Nach einer Demonstration der Werft-Kollegen zur FWN wurde dort eine Kundgebung gemacht, wobei die örtlichen Gewerkschaftsführer und ein Vertreter der Vertrauenskörperleitung forderten, die Vertreter von Gesamtmetall sollten ein „vernünftiges Angebot" machen und die Verhandlungen „nicht weiter verzögern"! Jugendtarifkommissionsmitglied Thomsen forderte mehrmals „50 DM und keinen Pfennig weniger".

Nach diesen Auftritten war der Warnstreik beendet. Die Kollegen, die durch diese Aktion zeigen wollten, daß sie bereit sind, für ihre Interessen zu kämpfen, fühlten sich danach mit Recht verarscht. Bei dieser Aktion waren sie zu Statisten herabgewürdigt worden. Während sie für die gewerkschaftliche Forderung von 8 % und mehr Urlaub demonstrierten, forderten die Gewerkschaftsführer ein „deutlich über 4 % liegendes Angebot" der Kapitalisten.

Viele Kollegen meinten nach dem Warnstreik, sie würden sich „für so einen Mist nicht noch einmal mißbrauchen lassen". Jedoch ist die Schlußfolgerung, beim nächsten Mal nicht mitzumachen, sicher falsch: Denn darauf zielt die Politik von Kapitalisten und auch der Gewerkschaftsführer ja gerade ab: Mit dieser Art Tarifpolitik und dieser Art Aktionen unsere Kampfbereitschaft zu brechen. Für uns muß die Lehre sein: Verstärkt dafür kämpfen, daß unsere Warnstreiks auch von uns selbst organisiert werden. ●

FSG-Arbeiterzelle,
KB/Gruppe Flensburg

Warnstreik in Darmstadt

Gegen den Abbruch der Tarifverhandlungen in der Metallindustrie demonstrierten am Dienstag verschiedene Metallbetriebe durch Niederlegung der Arbeit. Insgesamt legten rund 1.000 Beschäftigte der südhessischen Metallindustrie für etwa fünf Minuten die Arbeit nieder. Sie forderten damit (wie die Arbeiter der R o b e r t B o s c h G m b H, Darmstadt, die für eine Stunde ihre Arbeit ruhen ließen) die Fortsetzung der Tarifverhandlungen.

Die IG Metall forderte 8 % und 50 DM. Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall bietet 4 % an. ●

Streik gegen Stillegungspläne

Die ca. 180 Kollegen der Limburger Leuchtröhrenwerke Körting und Mathesen, die beide zum Philips-Konzern gehören, legten am 9.3.76 für zwei Stunden die Arbeit nieder. Schon Ende des vergangenen Jahres hatten die Kollegen erfahren müssen, daß die Limburger Werke geschlossen werden sollten, während in Köln ein gleichartiger Betrieb erworben wurde.

Am Montag waren dann die Verhandlungen über einen Sozialplan ergebnislos unterbrochen worden, während einem Teil der Kollegen die Kündigung schon zugekommen war. Mit ihrem zweistündigen Streik forderten die Kollegen Informationen über ihr weiteres Schicksal. ●

Elektrozelle,
KB/Gruppe Frankfurt

Warnstreik in der Papierverarbeitung

Am 4.3. streikten etwa 300 Kollegen von Emil Adolff in Reutlingen gegen die Haltung der Kapitalisten, die immer noch kein Angebot für die Druck- und Papier-Tarifrunde gemacht haben. ●

VFW Speyer: Kampf um Arbeitsplätze

Am 5.3. fanden bei V F W S p e y e r mehrere spontane Abteilungsversammlungen statt, auf denen die Kollegen wiederum gegen die geplante Vernichtung ihrer Arbeitsplätze protestierten. Am Samstag, dem 6.3., demonstrierten etwa 1.000 Kollegen in Speyer. Aufgerufen hatte die IG Metall und eine Bürgerinitiative. Am Dienstag, dem 9.3., wurden die spontanen Abteilungsversammlungen fortgesetzt und diskutiert, wie die Stillegung noch verhindert werden kann. ●

Lübeck: Warnstreik auf der Flenderwerft

Nach den Warnstreiks bei D r ä g e r und O h r e n s t e i n und K o p p e l legten die Kollegen der F l e n d e r - W e r f t am 10.3. die Arbeit für eine Stunde nieder.

Der Warnstreik wurde in den einzelnen Gewerken recht geschlossen durchgeführt. Teilweise befolgten auch die Kollegen von Fremdfirmen den Streikaufruf. ●

Metallzelle I,
KB/Gruppe Lübeck

Kundgebung der Postkollegen

In Kiel versammelten sich am 9.3. etwa 200 Kollegen vom Fernmeldeamt während der Arbeitszeit und forderten ihren Amtsvorsteher auf, zu der Tarifforderung von DM 135,- Stellung zu nehmen. Außerdem kamen Rationalisierung, Lohn- und Gehaltskürzungen der letzten Jahre zur Sprache. ●

Demonstration gegen Entlassungen

Am 24.2. hatte bei V i t r a in Weil ein spontaner Streik von einer Viertelstunde stattgefunden (vgl. AK 75). Dieser Streik richtete sich nicht nur, wie berichtet, gegen die provokatorische Haltung der Unternehmer in der Tarifrunde, sondern auch gegen betriebliche Mißstände. Durch Abbau übertariflicher Leistungen wollten die Kapitalisten DM 56.000 einsparen, außerdem durch Akkordkürzungen nochmals DM 36.000. Dies war mit ein wesentlicher Grund für den Streik.

Die Geschäftsleitung versuchte daraufhin, den Betriebsrat unter Druck zu setzen, er solle die Sreikführer ausfindig machen. Kollegen wurden von der Geschäftsleitung verhört und unter Druck gesetzt. Inzwischen wurden zwei Kollegen fristlos als „Rädelsführer" gekündigt. Außerdem erhielt der IGM-Sekretär rechtswidrig Hausverbot. Daraufhin rief die IGM zu einer Protestdemonstration gegen die Entlassungen auf, an der sich etwa 500 Kollegen beteiligten. ●

Kündigungsdrohung gegen Lohnforderung

Bei Kienle und Spiess in Sachsenheim bei Ludwigsburg streikten die Kollegen für mehr Lohn. Die Firma, die nicht im Arbeitgeberverband ist, drohte daraufhin dem Betriebsrat mit fristloser Kündigung. ●

Streik gegen Akkordverschärfung

Am 5.3. streikten die Kollegen aus zwei Abteilungen von Harnischfeger in Dortmund gegen neue Akkordsätze, bei denen Zuliefer- und Verschnaufzeiten gestrichen wurden. Dies wurde schon Ende 1975 durch Refa-Leute in den Abteilungen vorbereitet. Die Kollegen gingen zum Betriebsrat, und die Geschäftsleitung erklärte sich bereit, mit zwei Vertretern der Kollegen zu verhandeln. Ein Ergebnis liegt noch nicht vor. ●



METALL

METALL

HDW: Massenentlassungen, damit die Profite noch mehr steigen!

Schlappe für den HDW-Vorstand

Während es sogar schon die Spatzen in Hamburg von den Dächern pfeifen, daß es auf HDW Massenentlassungen geben wird, lügt der Vorstand weiter, daß sich die Balken biegen: *„Wir werden Belegschaft und Produktion vermindern durch natürliche (!) Abgänge, Kürzung von Überstunden und künftig keine Fremdarbeiter mehr beschäftigen"* – so Vorstands-Vorsitzender Henke(r) zur Hamburger SPD-Postille „Morgenpost" („MoPo", 21.2.76).

Die Tatsachen sprechen da allerdings eine ganz andere Sprache:

– Am 4. März stimmte der Hamburger Betriebsrat (bei dem Kieler Betriebsrat ist das auch nur noch eine Frage der Zeit!) mit überwiegender Mehrheit einem „Sozialplan"-Entwurf der Kapitalisten zu. Darin heißt es in der Präambel, daß durch die „Auftragslage" (die ausgezeichnet ist) und durch einen „Stellenüberhang" Entlassungen auf HDW „unumgänglich" seien.

Damit hat dieser Betriebsrat die Rationalisierungs- und Entlassungspläne der Kapitalisten voll akzeptiert und macht sich zum willigen Erfüllungsgehilfen des Vorstandes. Daß es dabei keineswegs nur um „natürliche Abgänge" älterer Kollegen (ab 59 Jahre) geht, geht aus der Tatsache hervor, daß der Sozialplan auch Entschädigungen für Kollegen b i s 39 Jahre (Stufe 1) vorsieht. Ein besonderer Hammer ist noch, daß dieser Betriebsrat sich diktieren läßt, Kollegen, die weniger als fünf Jahre bei HDW beschäftigt sind, überhaupt nicht zu entschädigen. Dieser HDW-Betriebsrat ist derart versumpft und ganz die „Stimme seines Herrn", daß er nicht einmal dazu in der Lage ist, die berühmten (faulen) sozialdemokratischen „Kompromisse" mit den Kapitalisten auszuhandeln ...

– Daß die Zustimmung des Betriebsrates zu den Massenentlassungen für die Kapitalisten überhaupt keine Frage war, beweist ein uns jetzt zugefallenes Papier des Vorstandes vom Dezember 1975 (!), das bereits für die Betriebsvorgesetzten genaue Ausführungsbestimmungen für die Entlassungen enthält. A l l e Kollegen sollen danach einer *„genauen Überprüfung"* von *„betriebstechnischen, wirtschaftlichen und sonstigen betriebsbedingten Bedürfnissen"* unterworfen werden, die Entlassungen rechtfertigen könnten. Insbesondere sollen Kollegen mit *„besonders schlechter Führung"*, mit Ermahnungen, Verweisen, Verwarnungen *„so-*

rechtfertigen könnten. Insbesondere sollen Kollegen mit *„besonders schlechter Führung"*, mit Ermahnungen, Verweisen, Verwarnungen *„so-*

wie nicht unbedingt aktenkundigen Unregelmäßigkeiten im Arbeitseinsatz berücksichtigt (!)" werden.

„Berücksichtigt" werden sollen auch all die Kollegen, die *„abnormal häufige Krankheitsfälle im Laufe eines Jahres (mehr als fünf mal pro Jahr) aufweisen."*

Die HDW-Kapitalisten wollen also die Gelegenheit nutzen und sich aller unliebsamer, nicht voll leistungsfähiger oder kritischer Kollegen entledigen.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß die wirtschaftliche Lage der HDW keineswegs so dramatisch ist, wie sie vom Vorstand regelmäßig auf Betriebsversammlungen dargestellt wird. Der Gesamtwert der noch vorhandenen Aufträge liegt bei rund 2,5 Milliarden DM (!). Die Werft ist im Handelsschiffbau bis Ende 1977 ausgelastet, im Bereich Sonderfertigung (U-Boot-Bau) sogar bis Mitte 1980. In sämtlichen Unternehmensbereichen sind Überschüsse erzielt worden. Vorstandsvorsitzender Henke ist *„mit dem letzten und voraussichtlich auch diesjährigen Ertrag mehr (!) als nur zufrieden"* („Handelsblatt", 24. 2. 76).

Der im letzten Jahr von den HDW-Arbeitern für die Kapitalisten erzielte Profit *„wird von Kennern auf nahezu 100 Millionen DM geschätzt"* („Süddeutsche Zeitung", 21.2.76).

Wenn die HDW-Kapitalisten nunmehr zu Massenentlassungen schreiten, geht es nicht darum, durch den Abbau eines angeblichen „Stellenüberhangs" die Werft vor dem drohenden Bankrott zu retten, sondern diese gute Profitsituation durch verstärkte Ausbeutung und erhöhte Leistung der verbleibenden Belegschaft noch weiter zu verbessern. ●

HDW-Arbeiterzelle
KB/Gruppe Hamburg

Als eine der ersten Kündigungswellen auf der Werft wurden neun Angestellten-Kollegen, deren Abteilung nach Kiel verlegt wird, gefeuert. Zwei der betroffenen Kolleginnen haben zusammen mit dem DGB-Rechtsschutz inzwischen gegen die unrechtmäßige Kündigung Klage eingereicht. Als nächsten Schritt veröffentlichten sie ein Schreiben, mit dem sie möglichst viele Kollegen auf der Werft über die Praktiken des Vorstands informieren wollten.

Die Antwort des Vorstands kam prompt: Einen Tag später waren beide bis zum Ende ihrer Kündigungsfrist „beurlaubt".

In der Begründung zur Zwangsbeurlaubung heißt es, daß das Flugblatt der Beiden sei durchaus in der Lage, Unruhe zu stiften und das Klima zwischen Betriebsrat und Belegschaft (!) zu vergiften.

Es braucht kaum noch erwähnt zu werden, daß selbst in dieser fast „peinlichen" Situation der Betriebsrat (BR) nichts unternahm, um sich von seinem „Patron" zu distanzieren: Er rührte für die Kolleginnen keinen müden Finger.

Umso peinlicher für ihn, daß selbst die DGB-Rechtsstelle sofort mit den Kolleginnen mit einer Einstweiligen Verfügung vor Gericht zog, um diese haarsträubende Praxis der HDW-Kapitalisten zu unterbinden. Die Gekündigten haben die Einstweilige Verfügung gewonnen und sind vorerst, bis zum Ablauf der Kündigungsfrist Ende März wieder im Betrieb. –

Reynolds: Anfechtungen der BR-Vorsitzenden Wahl

Drei Betriebsratsmitglieder haben beim Arbeitsgericht die Betriebsrats-Vorsitzenden-Wahl angefochten. Sie begründen ihren Schritt ausschließlich mit formal-juristischen Angaben.

Nach ihrer Auffassung ist es unzulässig, daß der Wahlvorstand und kein besonders benannter Wahlleiter die Vorsitzenden-Wahl durchführte. Außerdem hätte der bisherige und wiedergewählte fortschrittliche Vorsitzende nicht kandidieren dürfen, weil die Mehrheit der gewerblichen Vertreter einen anderen Kandidaten vorgeschlagen hätte.

Diese Ansicht ist schlicht lächerlich – nicht nur, weil der Betriebsrat ihr widersprochen hat, sondern weil der jetzige Vorsitzende schließlich wieder g e w ä h l t wurde.

Es bestehen keine Zweifel, daß die formal-juristische Begründung vorgeschoben ist, um zu verdecken, daß der Prozeß ausschließlich mit eigennützigen Zielen geführt wird.

Die Kläger oder besser Postenjäger können sich dabei weder auf eine Mehrheit im Betriebsrat noch auf eine Mehrheit in der Belegschaft berufen. Der wiedergewählte Betriebsrats-Vorsitzende erhielt bei der Betriebsrats-Wahl mit 151 Stimmen doppelt soviel wie der Gegenkandidat und Kläger, der 75 erreichte.

Die Kläger können sich auch kaum auf ihre bisherige Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit berufen, in der sie nicht gerade als die aktivsten und konsequentesten Vertreter in Erscheinung getreten sind.

Der Betriebsrat hat sich öffentlich von diesem einer aktiven und konsequenten Betriebsrats-Arbeit widersprechenden Verfahren distanziert. Er ist u. a. der Auffassung, daß sich das Verfahren nachteilig auf die Zusammenarbeit im Betriebsrat auswirken und dem Ansehen des Betriebsrates schaden wird. Deshalb ist, unabhängig vom Ausgang der gerichtlichen Entscheidung notwendig, daß dieser Mißbrauch des Betriebsrats-Mandats – zur Durchsetzung persönlicher Vorteile – verhindert wird. ●

Betriebszelle Reynolds
KB/Gruppe Hamburg

Heidenreich & Harbek, Hamburg:

Vorbereitungen zur Demonstration aller Barmbeker Betriebe laufen!

Auf ihrer Veranstaltung vom 10.2.76 hatten die Heidenreich-Arbeiter noch einmal mit Nachdruck die Durchführung der lange von der IGM-Ortsverwaltung versprochenen Demonstration aller Barmbeker Betriebe gefordert. Am Mittwoch, 25.2., fand endlich das erste Vorbereitungstreffen im erlauchten Kreise der Vertrauenskörper-Leitungen der vier Barmbeker Betriebe Maihak, Ortmann und Herbst, Heidenreich und SE-Jarrestraße statt. Allerdings erst am 3.3., nachdem IGM-Sekretär Gasmann auf einem neuerlichen Treffen ordentlich „Dampf" gemacht hatte, wurde beschlossen, die Demonstration konkret in der letzten Märzwoche durchzuführen. Am 5.3. verteilte die IGM-Ortsverwaltung dann ein Flugblatt (Auflage 10.000) an die VK-Leitungen der Betriebe, und in den folgenden Tagen gingen vor allem die neugewählten Vertrauensleute daran, dies sowohl im Betrieb als auch nach Feierabend im Barmbeker Bezirk zu verteilen. *„In den letzten fünf Jahren sind in Hamburgs Metall-Betrieben 23.000 Arbeitsplätze durch Betriebsstillegungen, -einschränkungen und -verlagerungen vernichtet worden,"* heißt es in dem Flugblatt. Dies hätten die Unternehmer *„im Interesse eines optimalen Gewinns" ... „zu Lasten der Arbeitnehmer gehen lassen."* Während die Anstrengungen der örtlichen IGM-Führung, diesen Tendenzen entgegenzuwirken, in den letzten fünf Jahren nahezu gleich Null gewesen sind, haben sie jetzt offenbar ein Interesse daran, angesichts der laufenden Vertrauensleutewahlen, sowie überhaupt angesichts des herannahenden „Booms" für die Kapitalisten (bei gleichzeitiger Rationalisierung, versteht sich!) mal wieder „den Aktiven" 'raushängen zu lassen, damit ihnen die „Arbeitnehmer" nicht am Ende gar davonspurten! Dies läßt auch das ziemlich wortradikale Flugblatt erkennen, wenn betont wird, Ziel der geplanten Aktionen sei es: *„... durch geeignete Maßnahmen die Öffentlichkeit und die verantwortlichen Politiker aufzurütteln ..."*

Um das Märchen von den „Politikern", die es „aufzurütteln" gilt, ja möglichst weit zu verbreiten und so von der Notwendigkeit s e l b s t ä n d i g e r Aktionen abzulenken, leistet selbst die DKP der IGM-Ortsverwaltung Schützenhilfe, wenn sie scheinheilig schreibt: *„Der Hamburger Senat muß laufend über die Lage und Entwicklung bei H&H unterrichtet werden, um mitverantwortlich Schritte zur Erhaltung all unserer Arbeitsplätze einzuleiten* (!!)" („Blickpunkt Barmbeker Betriebe", Nr. 4, Feb. 1976, S. 2).

Es wird indessen von den Aktivitäten der Barmbeker Arbeiter, insbesondere ihrer neugewählten Vertrauensleute, selbst abhängen, inwieweit die geplante Demonstration nur eine „Rennomier-Aktion" für die Gewerkschaftsführung oder aber ein wirklicher m a s s e n h a f t e r Kampfschritt der Arbeiter wird. ●

DRUCK

Drucktarifrunde '76: Drupa-Führer organisieren neue Niederlage für die Druckarbeiter

Am 25. Februar beschloß die Zentrale Tarifkommission der DRUPA ihre Forderungen für die Tarifrunde: Demnach sollen die Ecklöhne um 9% erhöht werden (d.h. zwischen 81 und 97 Pfennig). Die ohnehin schon zwischen 10 % und 25 % unter dem Ecklohn „verdienenden" Hilfsarbeiter sollen ebenfalls mit 81 Pfennig (Festgeldbetrag!) abgespeist werden.

Besonders angeschissen sind die Lehrlinge: Im ersten Lehrjahr (bisher 400 DM) sollen sie 50 DM, im zweiten (bisher 430 DM) sollen sie ca. 43 DM (!) dazu bekommen, das dritte Lehrjahr soll ganz leer ausgehen.

Daß diese Forderungen der Gewerkschaftsführer nicht aus den Betrieben stammen, zeigen die dort erhobenen Forderungen. Aus den Betrieben kamen Forderungen zwischen 140 DM und 200 DM mehr, bzw. 11%/12% und durchschnittlich 100 DM mehr für Lehrlinge. Diese Forderungen aus den Betrieben wurden von den Gewerkschaftsführern von Anfang an diffamiert: Die Initiative der Hannoverschen Kollegen, ihre 200 DM-Forderung bundesweit zur Diskussion zu stellen und Kontaktaufnahme zu kampfstarken Betrieben wurde vom niedersächsischen Drupa-Landesvorsitzenden Lange als das Werk „spalterischer Chaoten" bezeichnet. Dem Betriebsratsvorsitzenden der Firma Broschek in Hamburg drohte der Ortsvorstand die Auflösung des Betriebsrats an (!), falls sie die Forderungen der Hannoverschen Kollegen der Belegschaft mitteilen würden.

Druckkapitalisten fahren harten Kurs

Die 9 %-Forderung ist den Druckkapitalisten noch zu hoch. Der Bundesverband fand für die *„Höhe keine rationale Erklärung"* und wollte gar *„Einkommensverbesserungen von 25 % an der Spitze entdecken"* („Handelsblatt", 27.2.76). Gleichzeitig drohten die Kapitalisten mit der „Gefährdung der Arbeitsplätze".

Einige Druckkapitalisten haben bereits angedroht, die Hälfte der Lohnerhöhungen auf die Übertarife anzurechnen. Angesichts dieses harten Kurses der Unternehmer kündigten die Drupa-Führer schon verbalradikal an, daß *„Streiks nicht ausgeschlossen sein dürfen"* (Druck & Papier, März 76).

Wenn es zu Kampfaktionen der Druckarbeiter kommt, dann sind sie einzig und allein ein Ausdruck des Willens der Arbeiter, sich nicht weiter den Kapitalisten zu beugen und dem Kapitulationskurs der Gewerkschaftsführer zu folgen. ●

Druckkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Hannover, 28. Februar:



Auf einer gemeinsamen Veranstaltung französischer und westdeutscher Drucker, die von etwa 600 Menschen besucht war, wurde ein erster Ansatz eines übernationalen Austausches von Kampferfahrungen in dieser Branche gemacht. Es waren aus Frankreich Delegationen der seit Monaten von den Arbeitern besetzten Druckbetriebe IMRO, Chaix und Dabois sowie eine Vertreterin des überregionalen französischen Drucker-Kampfkomitees gekommen.
Aus verschiedenen Druckbetrieben der BRD, u.a. Hannover, waren Vertrauensleute und Betriebsräte zu dieser Veranstaltung gekommen. Aufgerufen hatten Kollegen der Betriebsgruppe „Argumente" Broschek (Hamburg), die fortschrittliche Journalistengruppe „Solidarität" (Hamburg) u.a.. Die Spendensammlung zugunsten der kämpfenden französischen Drucker ergab DM 2.000,-.

Hamburger Drucker demonstrierten

Am 5. 3. 76 demonstrierten ca. 600 Kolleginnen und Kollegen aus der Hamburger Druckindustrie gegen Massenentlassungen und Rationalisierungen. Nur dem hartnäckigen Beharren der fortschrittlichen Kräfte in der IG Druck und Papier auf dem bereits am 24. 11. 75 erstmals gefaßten, vom Ortsvereinsvorstand jedoch ignorierten Demonstrationsbeschluß ist das Zustandekommen dieser Demonstration zu verdanken. Eine auf der Delegiertenversammlung vom 9. 2. gewählte Kommission erarbeitete ein Flugblatt, das auch nach einigen Schönheitsoperationen seitens des Ortsvereinsvorstandes (die Kapitalisten wurden wieder zu Unternehmern) noch einen kämpferischen Charakter hatte und unter folgenden Parolen zur Demonstration aufrief:

- **Gegen Rationalisierungen zu Lasten der Arbeitnehmer**
- **gegen Massenentlassungen**
- **gegen Jugendarbeitslosigkeit**
- **für mehr und sichere Arbeitsplätze**
- **für bessere Bildung und Ausbildung.**

Weiterhin wird auf die Situation der Druckindustrie hingewiesen sowie verschiedene Kämpfe der Kollegen hervorgehoben. Am Ende heißt es:

„Eine solche Demonstration ist ein wichtiger Schritt gemeinsames Handeln zu erleben und den Kollegen bei Bauer, Gruner und Jahr und allen anderen Betrieben unsere Solidarität zu zeigen."

Mit der geforderten breiten Mobilisierung sah es dann schon anders aus, ein Verteiler vor den Betrieben wurde abgelehnt und etliche Betriebe erreichte das Flugblatt überhaupt nicht.

Das entsprach denn auch schon dem Charakter des Dampfablassens, den der Ortsvereinsvorstand der Demonstration offenbar zugedacht hatte.

Und um das Bild in der Öffentlichkeit wieder geradezurücken, war dann die Hauptparole des Vorstandes: *„Hamburger Bürger – wir sind keine Maschinenstürmer"* usw.

Demgegenüber dominierten im Zug Parolen und rote Transparente wie:

- **Gegen die reaktionäre Bildungspolitik**
- **Kampf der Lehrstellenverknappung**
- **Existenzlohn für Lehrlinge**
- **Machen wir die Gewerkschaften zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse!**
- **Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen**
- **Brechen wir den alten Bann Gleiches Recht für Frau und Mann**
- **Schinderei bei Bauer macht die Frauen sauer Gleiches Recht für Frau und Mann**
- **Druckerchefs und Pressezaren wolln auf unsere Kosten sparen Reden von sozialer Partnerschaft**



Baun wir auf die eigne Kraft!

Zwar wurde, was Mobilisierung und Stimmung anbetrifft, die Druckerdemonstration des Vorjahres nicht erreicht, doch zeigte sie andererseits auch, daß der Widerstand gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Rationalisierungen auch unter schwierigen Bedingungen fortbesteht. ●

Druck-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Politische Polizei schreibt mit

In der „Bergischen Landeszeitung", einer Nebenausgabe der „Kölnischen Rundschau", erschienen bisher mehrere Artikel über den Odentaler Jugendhof e. V.. Der Verein betreut in Eigeninitiative seit 18 Monaten 16 obdachlose Jugendliche, von denen 12 in Selbsthilfe ihren Hauptschulabschluß nachholen. Über diese, in der BRD einmalige Einrichtung, gab es bereits mehrere positive Berichte in Presse, Rundfunk und Fernsehen. Das soll nun anders werden.

Am Freitag, den 16. 1. 76 besuchte ein Beamter der Kölner Politischen Polizei K 14 den Redaktionsleiter der „Bergischen Landeszeitung", Horst Breiler.

In einem vertraulichen Gespräch informierte der Staatsschützer den Journalisten darüber, daß die beiden Verantwortlichen des Jugendhofs keine sozial eingestellten Idealisten, sondern „unverbesserliche Kriminelle" seien. Gegen beide werde wegen des Verdachts der Unzucht mit Abhängigen und der unrechtmäßigen Bereicherung auf Kosten der Jugendlichen ermittelt. Auch seien die Betreuer erheblich vorbelastet und weiter kriminell aktiv.

Breiler ordnete daraufhin sofort in einer Redaktionsbesprechung an, daß künftig über die Arbeit des Jugendhofes nicht mehr berichtet werden darf. Ein juristisch Verantwortlicher des Jugendkollektivs hatte bereits aus Polizeikreisen einen heißen Tip erhalten, daß das K 14 nicht gut auf den Jugendhof zu sprechen sei.

Er rief den Rundschau-Journalisten P. H., der bisher alle Berichte über den Jugendhof geschrieben hatte, an und teilte ihm mit, daß der Jugendhof plötzlich Schwierigkeiten mit dem Vermieter bekommen hatte. Der Journalist zeigt sich an einer Berichterstattung „nicht interessiert", gab aber auf direktes Fragen des Jugendlichen zu, daß die Polizei bei der Zeitung gegen die Jugendhof-Berichterstattung aufgetreten wäre.

Der Verein Jugendhof e. V. stellte daraufhin Strafanzeige gegen Beamte des K 14 und erhob Dienstaufsichtsbeschwerde.

Die Aktion der Bullen hatte leider den gewünschten Erfolg:

16 Jugendliche stehen jetzt auf der Straße oder müssen in die Heimerziehung zurück. Die Chance, den Hauptschulabschluß nachzuholen, wird ihnen genommen.

Ein Journalist, der an einer WDR-Sendung über das Jugendhofkollektiv arbeitete, befragte Redaktionsleiter Breiler und andere Journalisten zu dem Vorfall. Breiler bestritt jede Zusammenarbeit mit der Polizei und setzte stattdessen den Journalisten P. H. dermaßen unter Druck, daß dieser gegen eine geringe Abfindungssumme mit einer Auflösung des Arbeitsverhältnisses einverstanden war.

Ein Sprecher der Kölner Staatsanwaltschaft bestätigte, daß „solche subtilen Methoden" des Informationsaustausches zwischen Behörden und Presse durchaus angewendet werden.

Redaktionsleiter Breiler ist seit Jahren mit dem zuständigen Sachbearbeiter beim K 14, Alfred Bendler, befreundet (nach „Kölner Volksblatt"). ●

Herausgeber des „Handelsblattes" auf dem richtigen Weg

Der schon im Hitler-Faschismus hochgeschätzte Wirtschaftsjournalist und *„engagierte Verfechter der Marktwirtschaft und des freien Unternehmertums"* (so Wolff von Amerongen), der Herausgeber des Zentralorgans der Kapitalisten, des „Handelsblattes", nahm Abschied von seinen Freunden. Um die Überreste des Dr. oec. publ. Vogel, des *„durch und durch kritischen Journalisten"* (Wolff) und Träger des Großen Verdienstkreuzes, trauerten gleichgesinnte „Größen" wie: Kanzler Schmidt, Genscher und die Präsidenten der Kapitalistenverbände Schleyer, Wolff von Amerongen und Sohl.

Sie alle beklagten den Entschluß des *„Verfechters des freien Journalismus"* (Wolff), die *„kluge und politisch weitsichtige Unterstützung der unternehmerischen Interessen"* (Schleyer) einzustellen.

Hoffen wir, daß sich die richtige „Erkenntnis" weiter durchsetzt, und die Konsequenz, die dieser „Vogel" daraus zog, Schule macht. Nicht mit Gottes, sondern mit unserer Hilfe!!! (alle Informationen aus „Handelsblatt", 8. 3. 76). ●

Ein Druckergenosse



Nach einem arbeitsreichen Leben im Dienste der Öffentlichkeit, insbesondere der Wirtschaft und der Presse, ist

Herr Verleger

Dr.oec.publ. Friedrich Vogel

Träger des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens und des Offizierskreuzes der französischen Ehrenlegion
Ehrensenator der TH Aachen

am 2. März 1976 im Alter von 74 Jahren verstorben.

[illegible]

Düsseldorf, den 2. März 1976

Verein Rheinisch-Westfälischer Zeitungsverleger e.V. Düsseldorf
Dr. O. Weidert, Vorsitzender

USA: Streikbrecher-Schule der Druckkapitalisten

In einer von 200 Firmen der Druckbranche finanzierten Streikbrecherschule werden Reporter und Angestellte in dreiwöchentlichen Intensivkursen zu Druckern, Montierern und Fachkräften ausgebildet. Durch diese *„Blitzkurse hatte die Oklahoma-Schule schon in den vergangenen Jahren mehreren Verlagen in Kansas, Texas, Connecticut, Tennessee und Nebraska zum Sieg über streikende Drucker verholfen."* („Spiegel, 26.1.76).

Als neuesten „Erfolg" können die Kapitalisten die Zerschlagung eines 3-monatigen erbitterten Streiks der Kollegen der „Washington Post" verbuchen, der gegen die Personaleinsparungen und Arbeitszeitverschlechterung in der Druckerei geführt wurde.

Dabei wurde die Spaltung zwischen Journalisten und Druckern vertieft und geschickt durch die „Schulung" einiger „Getreuer" ausgenutzt. Die Kollegen der Rotation beschädigten darauf die neun Druckmaschinen, doch auch das „Kapazitäten-Problem" wurde durch die befreundeten Kapitalisten des Arbeitgeberverbandes gelöst.

Ausschaltung der Gewerkschaften geplant!

Über die konkreten Streikbrecher-Einsätze hinaus hat diese „Schule" in erster Linie den Zweck, aktive Gewerkschafter aus den Betrieben zu schmeißen, denn die Kapitalisten waren auf Grund des hohen Organisierungsgrades und der Kampfkraft der Drucker bisher gezwungen, vornehmlich Gewerkschaftsmitglieder einzustellen. *„Inzwischen hat der Schulleiter Spahn mehr als 2.300 Nichtgewerkschafter durch seine Schule geschleust."* („Spiegel", 26.1.). Außerdem hat der Verleger Spahn aus seinem Betrieb bereits alle Gewerkschaften vertrieben und ein Buch veröffentlicht, wo er den Kapitalisten entscheidende „Hilfen" gegen Streiks und Forderungen der Arbeiter gibt. Überdies kommen den Kapitalisten die zahlreichen Konkurse in der Druckindustrie bei dieser Arbeit zugute. Der Anteil der Großverlage, in denen nur Gewerkschaftsmitglieder beschäftigt werden dürfen, ging in den letzten 15 Jahren von 80% auf 40% zurück.

Dieser massive Angriff auf die gewerkschaftliche Organisierung und Interessenvertretung der Kollegen weisen die Kapitalisten mit entsprechendem Zynismus weit von sich: *„Jetzt, wo wir die Druckmaschinen bedienen, die Zeilen setzen und die Bilder klischieren können, können wir endlich mit den Gewerkschaften auf der gleichen Ebene verhandeln."* (Bluhm, Vizepräsident der „Dallas Morning News")

Am erfolgreichsten haben bisher die französischen Kollegen gezeigt, wie man diesen Kapitalisten antworten muß. Sie haben derzeit 16 Betriebe besetzt und arbeiten z.T. in eigener Regie! •

Druck-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Pressezensur aufgedeckt – Rausschmiß

Dem Redakteur des „Kölner Stadtanzeiger", Peter Kleinert, wurde durch den Verleger Neven-Dumont fristlos gekündigt. Kleinert hatte als Mitautor des Fernsehfilms „Immer auf der Seite der Opfer" (gesendet im WDR III) über Pressezensur im Zusammenhang mit der Aufdeckung von PVC-Krankheiten bei Dynamit Nobel in Troisdorf berichtet. Herausgeber Dumont wertete dies als „vorsätzliche Beeinträchtigung der Unternehmerinteressen" und als „Störung des Betriebsfriedens".

Schon diese Kündigungsgründe entlarven die Kapitalistenhöhrigkeit der ach so „freien" und „unabhängigen" bürgerlichen Presse in der BRD. Skandalös ist auch die Vorgeschichte, aus der deutlich wird, wie systematisch verhindert wurde, über eine Firma zu berichten, die die Gesundheit von einigen ihrer Arbeiter völlig ruiniert hat.

Bereits im April 1973 machten mehrere erkrankte Arbeiter einen Lokalredakteur des „Kölner Stadtanzeigers" auf die Zustände in dem PVC-Betrieb aufmerksam. Die Veröffentlichung eines Artikels verhinderte der damalige Chefredakteur Kurt Becker (mittlerweile bei der „ZEIT") mit Rücksicht auf den Konzern.

Im Mai 1973 berichtete die DKP-Betriebszeitung des Werkes über die Erkrankungen. Jetzt durften die Redakteure wieder nichts über die Zustände in dem PVC-Werk berichten, weil „die Informationen von der DKP stammen" (so Kleinert in einem Interview).

Die Öffentlichkeit wurde erst sieben Monate später über die Vorfälle informiert, als der „Spiegel" einen Bericht brachte, allerdings ohne den Namen der Firma zu nennen.

Selbst der Arzt Dr. Paul Schmetkamp, Vorstandsmitglied der Troisdorfer CDU, erklärte im Fernsehen, der in der BRD herrschende Antikommunismus sei schuld an der weiteren Erkrankung von Arbeitern, da der DKP-Veröffentlichung einfach unterstellt wurde, sie sei unwahr.

Dieses Beispiel zeigt, daß die bürgerliche Pressefreiheit vor den Toren der Fabriken aufhört. Wenn einige Journalisten da nicht mitspielen, dann leistet der Zeitungsherausgeber „freiwillige Selbstzensur" und der Journalist fliegt, wie jetzt Peter Kleinert.

Für Neven-Dumont vom „Kölner Stadtanzeiger" wird die Kündigung noch ein Nachspiel haben. Die IG Druck und Papier hat Kleinert, der stellvertretender Bundesvorsitzender der Deutschen Journalisten-Union in der Drupa ist, Rechtsschutz zugesagt. •

KB/Gruppe Mölln

ÖTV

Reaktionäre Formierung der Ärzteschaft

Einen vorläufigen Höhepunkt in der Formierung und reaktionären Ausrichtung der westdeutschen Ärzteschaft bildete eine Großveranstaltung Ende Februar in der Dortmunder Westfalenhalle. 2.500 Ärzte hatten ihr Kommen zugesagt. Kurz vorher luden die Veranstalter den nordrheinwestfälischen Gesundheitsminister Farthmann (SPD) wieder aus – mit der Begründung, man *„könne bei seinem Erscheinen einen ruhigen Verlauf der Protestkundgebung nicht garantieren"* („Frankfurter Rundschau", 27.2.76)

Versammlungsleiter Dr. Schwarze nannte zu Beginn der Dortmunder Veranstaltung aus „der größeren Anzahl von Grußtelegrammen" den Kundgebungsteilnehmern namentlich zwei; „Ich denke, daß es genügt, wenn ich erwähne, daß der Generalsekretär der CDU (!) eine ausgezeichnete Würdigung unserer Arbeit und ein verständnisvolles Begrüßungstelegramm geschickt hat, und daß ähnliche Bekundungen von anderen Parteien vorliegen, auch von der vierten Partei, die ich der Gerechtigkeit halber (!?) erwähne." Die so hervorgehobene „Vierte Partei" hatte sich vor der Halle mit schwarzrotgold umrandeten Flugblättern (*„Stopp mit jedweder Sozialisierung der deutschen Medizin"*) den „protestierenden" Medizinern angedient. Für sie hat der Wahlkampf schon begonnen.

AUFRUF an die deutschen ÄRZTE

Nach den Maklern und den Unternehmern sind jetzt Sie unter Beschuß der linken Weltverbesserer. Der Lohn Ihrer teuren, jahrelangen Ausbildung und Ihrer 60-Stunden-Woche wird Ihnen geneidet.

Der freie Arzt, die Selbstverwaltung der Ärzte durch die Kassenärztliche Vereinigung, die freie Arztwahl der Patienten sind den Sozialaposteln ein Dorn im Auge – Freiheiten, die den hohen Leistungsstandard unseres Gesundheitswesens gewährleisten.

Die Aktionsgemeinschaft **VIERTE PARTEI** solidarisiert sich mit der freien Ärzteschaft. Ihr Kampf ist auch unser Kampf.

In die politische Landschaft der zitierten Grußtelegramme paßten dann auch die Reden von Spitzenfunktionären der verschiedenen Ärzteverbände. Hinter der Kritik am Einkommen der Ärzte stünde *„eine einseitige ideologische Betrachtungsweise"* der gesundheitspolitischen Probleme und der Wille von *„Systemveränderern"*, das *„freiheitliche System aus den Angeln zu heben"*.

Auch der Präsident der Ärztekammer Westfalen-Lippe, W. Baldus, erntete Zustimmung, als er sagte: „Erklärte Absicht und Ziel der Kritiker ist . . . ein Gesundheitssystem nach sozialistischem Vorbild".

Neben der Ausrichtung der eigenen Reihen mit Hilfe dieser Veranstaltung zielten auch Beiträge einzelner Ärzte darauf ab, Bündnispartner zu suchen und die Zusammenarbeit zwischen Ärzteverbänden und rechten Parteien zu stärken; der Herner Arzt E. Brüggmann fand es *„zum Kotzen, wie wir in dem ständigen, völlig unärztlichen Kampf von Krankenkassen, Behörden und Politikern alleingelassen werden"* – im Kampf gegen (!) Patienten, die von der Angorawäsche bis zu Perükken und Abführmitteln alles auf Kosten der Gemeinschaft über den Arzt verschrieben haben wollen („FR", 28.2.76).

Dieser Veranstaltung vorausgegangen war eine Kundgebung der ärztlichen Standespolitiker im Hamburger Congress Centrum am 15.2.. Hier waren rund 2.000 Ärzte, z.T. in Begleitung ihrer Sprechstundenhilfen, erschienen.

Beide Veranstaltungen wurden und werden von Plakataktion und 1,9 Millionen Flugblättern für Patienten begleitet.



Hetzveranstaltung rechter Ärzte in Hamburg

Anlaß dieser reaktionären Mobilisierung war die sich häufende Kritik an den überdurchschnittlich stark gestiegenen Einkommen der Ärzte. Krankenkassen und auch bestimmte Wahlkampfstrategen der SPD/FDP-Koalition forderten, die Arzthonorare einzufrieren.

Schließlich brachte dann ein Artikel im „Stern" unter der Überschrift „Die Beutelschneider", in dem gleichfalls (zu Recht) der enorme Zuwachs der Arzteinkommen bei mangelnder Qualität der Leistungen



kritisiert wurde, die rechten Ärzte auf die Palme.

Als erstes fing sich der „Stern" eine Strafanzeige der reaktionären Ärzteorganisationen *„wegen Kollektivbeleidigung der Ärzte"* ein. Außerdem wurde der „Stern" aus vielen Wartezimmern verbannt!

Gleichzeitig wandte sich die Bundesärztekammer mit ganzseitigen Anzeigen in Tageszeitungen unter der Überschrift *„Hexenjagd auf Ärzte"* an die Öffentlichkeit.

Die mit zu den bestverdienenden Berufsgruppen in der BRD zählenden Ärzte versuchten in ihrer Kampagne mit lächerlichen Zahlen der Kritik den Boden zu entziehen. *„Die 1.900 Hamburger Kassenärzte haben im Jahr 1974 zwar 377 Millionen DM Umsatz gemacht. Dieser Betrag stieg im letzten Jahr sogar um etwa 9,1 Prozent. Nach Abzug der Praxiskosten sei von dieser Summe nicht mehr allzuviel übriggeblieben. Ein Allgemeinarzt habe im Durchschnitt 3.255 Mark monatlich, ein Facharzt 3.380 Mark (netto) verdient"* (16.2.76).

Wollte man hiervon – so der Vorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburg, Döring – noch eine anständige Altersversorgung sichern, dann müßte *„für die Ärzte tatsächlich bald gesammelt werden."*

Die Ärzteschaft hält das System der ärztlichen Versorgung in der BRD für *„das beste und billigste"*, – für sie selbst sicherlich, denn es bringt ihnen mit dem Monopol der ambulanten Versorgung der Bevölkerung Privilegien und Einnahmen, die ihresgleichen suchen.

Daß die Wortführer der Ärzteverbände nicht nur die bestehenden Zustände konservieren, sondern tatsächlich das Rad der Geschichte zurückdrehen wollen, zeigt sich deutlich an ihrer Reaktion auf die vorsichtig formulierte Kritik liberaler Politiker und Journalisten, die als *„Gefahr für die freie Marktwirtschaft und unsere (?) Demokratie"* bezeichnet wird.

Wen wundert's, daß sich CDU/CSU und vor allem die faschistische „Aktionsgemeinschaft Vierte Partei" voll an die Hetzkampagnen der Ärzte anhängen und sogar an deren Spitze sputen. In Tageszeitungen richtet die „Vierte Partei" einen „Aufruf an die deutschen Ärzte" („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 2.2.76). um in diesen Kreisen für Wähler und großzügige finanzielle Unterstützung zu werben: *„Wenn von den 140.000 deutschen Ärzten nur 14.000 – also ein Zehntel unserer gemeinsamen Kampf mit jeweils 600 Mark unterstützen, dann haben wir einen zusätzlichen Kampf-Fonds von nicht weniger als 8,4 Millionen"*.

Wie gesagt – dieser Appell richtet sich an einen Stand, für den „tatsächlich bald gesammelt werden" muß (s.o.)!

Aber die Reaktionäre und Faschisten haben – außer Geld – noch weitergehende Wünsche. Und so *„solidarisiert sich die Aktionsgemeinschaft Vierte Partei mit dem Kampf der freien Ärzte schaft. Ihr Kampf ist auch unser Kampf . . . Stopp mit jeweder Sozialisierung der deutschen Medizin . . .* **Die Ärzte als Stoßtrupp** *in eine sichere, freie Zukunft . . . Es geht um eine freie Gesellschaft"* (alle Zitate aus der Anzeige in der „FAZ", von 2.2.76). •

Ein Genosse aus dem AK Altona
KB/Gruppe Hamburg

Bremen:

Personalrat an der Universität soll fristlos gekündigt werden

Der Bremer Hochschulsenator Franke beantragte am 4.3. die fristlose Entlassung des als Leiter der Lehrerbildung der Uni Bremen angestellten Personalrats Dieter Mützelburg. Als Begründung nannte Franke, Mützelburg sei *„im Herbst beim Verkauf von kommunistischen Zeitungen aufgefallen"*, vertrete *„demokratiefeindliche Parolen des KBW"* und habe bei einem Besuch Frankes in der Uni *„einen mit kommunistischen Thesen gespickten offenen Brief"* verteilen lassen (Zitate „Weser-Kurier", 5.3.76).

Der Personalrat für die an der Universität beschäftigten lehnte in einer sofort anberaumten Sitzung einstimmig die Zustimmung zu der Entlassung Mützelburgs ab und verurteilte Frankes Vorgehen *„in diesem ersten Fall einer fristlosen Kündigung eines Personalratsmitgliedes im bremischen Dienst überhaupt, zu einer Zeit der Personaleinsparungen (als) den Versuch der Arbeitgeberseite, das Interessenorgan der Arbeitnehmer zu schwächen."* Gleichenfalls verurteilt wurde das drohende Berufsverbot vom ÖTV-Vertrauensleutekörper der Uni: *„Diese Einschüchterung wird auf die Spitze getrieben, wenn es dem Wissenschaftssenator gelingt, ein Mitglied des Personalrates zu entlassen, das unter besonderem Kündigungsschutz steht, um ohne Furcht vor Entlassung die Interessen seiner Kollegen wirksam vertreten zu können"* (Stellungnahme des VLK, 8.3.).

Die ÖTV-Vertrauensleutekörperleitung forderte, neben der Anwendung juristischer Mittel auch mit politischen Mitteln Gegenwehr zu leisten. Die GEW-Betriebsgruppe, der Asta und eine Gruppe von Hochschullehrern wandten sich ebenfalls mit einer Erklärung gegen das drohende Berufsverbot.

Personalversammlung beschließt Demonstration

Am 8.3. fand eine Personalversammlung statt, die mit einer Resolution das Entlassungsverfahren gegen Mützelburg verurteilte. Eine Delegation des Personalrates wurde zu Franke geschickt, um die Resolution zu überbringen. Es wurde heftig über weitere Aktionen diskutiert und eine Demonstration beschlossen, die voraussichtlich am 15. 3. stattfinden soll. Diese Demonstration wird von den Hochschullehrern und Studenten unterstützt. Hochschulsenator Franke, der mit einer so einhelligen Ablehnung seines Ansinnens in der Uni wohl doch nicht gerechnet hatte, versuchte zu beschwichtigen und schlug der Delegation der Personalversammlung vor, über den „Fall Mützelburg" öffentlich vor einer weiteren Personalversammlung zu diskutieren. Damit will Franke anscheinend den Aufschub weiterer Aktionen und eine Dämpfung der „Stimmung" erreichen.

SPD-Franke, angetreten mit einem „linken" Image, macht auch für die Sozialdemokraten in der Universität zunehmend deutlich, daß er sich ebenso wie seine Kultusministerkollegen der anderen Bundesländer nach Kräften für eine politische Disziplinierung der Hochschulen einsetzt und ohne jeden Skrupel auch Berufsverbote verhängt. •

KB/Gruppe Bremen

Sozialhilfeempfänger werden immer mehr betrogen!

Entgegen der Demagogie der bürgerlichen Presse, daß die Sparmaßnahmen nur diejenigen treffen, die sie ohnehin verkraften können, zeigt sich in der Praxis, daß gerade am radikalsten bei den unteren Einkommensschichten und den Ärmsten der Armen, den Sozialhilfeempfängern, eingespart wird.

Durch das Haushaltsstrukturgesetz ergeben sich im Bereich der Sozailhilfe schwerwiegende „Einsparungen". Betroffen sind Alte, Kranke, Arbeitslose, Familien und hier vor allem auch die Kinder.

Unter dem Mantel von angeblich neuen Erkenntnissen im Bereich der Ernährungswissenschaften und mit dem Hinweis auf „Selbsthilfe" sehen sich die Menschen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, folgenden Angriffen ausgesetzt:

„E r n ä h r u n g s z u l a g e n", die Kranken mit geringem Einkommen gewährt wurden, werden zum größten Teil gestrichen. Hatte bisher der Arzt durch seine Diagnose und Befürwortung einen relativ großen Einfluß auf die Gewährung einer Krankenkostzulage, so wird heute seine Diagnose genau überprüft und in der Regel nur für ca. zehn eng eingegrenzte Krankheiten eine Kostzulage bewilligt.

Forts. Seite 20

FORTSETZUNG VON Seite 19

„Einmalige Hilfen" für Solzialhilfeempfänger werden genau überprüft und meistens abgelehnt, so z.B. bei Reparaturen, einmaligen Anschaffungen von Haushaltsgegenständen, Bettwäsche usw.

Bekleidung muß noch länger als bisher halten. Wurde Sozialhilfeempfängern bisher alle vier Jahre ein Wintermantel zugestanden, so muß dieser jetzt fünf Jahre halten! Mit einer Hose muß eine Frau eineinhalb, ein Mann ein Jahr auskommen. Ganz zynisch werden die Richtwerte bei der Bekleidung für Kinder. So müssen Schuhe zwei Jahre, Schlafanzüge sogar drei Jahre halten. Kleinere Gegenst'inde wie Handschuhe, Mützen, Strümpfe, müssen ohnehin aus dem Regelsatz, der dem Sozialhilfeempfänger monatlich außer der Miete zur Verfügung steht, bestritten werden. Für ein sechsjähriges Kind sind das ganze 121 DM!

„Ausbildungshilfe", die bisher bei einem höheren Bedarf, (z.B. wegen einer hohen Miete, als Aufstockung zur Lehrvergütung oder zum Bafög) gewährt wurde, ist zu Anfang dieses Jahres für alle Studenten, Fachschüler, Fachoberschüler, Berufsaufbauschüler gestrichen worden. Für Realschüler und Gymnasiasten wurde sie um 120 DM gesenkt. Lehrlinge müssen ebenfalls erhebliche Einbußen hinnehmen.

Daneben ist aufgrund der nur dreiprozentigen Erhöhung der Regelsätze zum 1.1.76 und der darauf beruhenden sehr niedrigen Einkommensgrenzen Sozialhilfe in Form der Aufstokkung zur Rente, zu Arbeitslosengeld oder -hilfe oder zum niedrigen Verdienst ohnehin in sehr vielen Fällen weggefallen.

Weitere Verschlechterungen sollen demnächst folgen.

Erster Widerstand seitens der Betroffenen gegen diese Maßnahmen äußerst sich in der Zunahme von Widersprüchen und Klagen.

Da der Staat sich aber durch Gesetzesänderungen und Verwaltungsvorschriften genügend abgesichert hat, reicht dieser Weg nicht aus, um gegen die weitere Verschlechterung der Lebenslage anzugehen. ●

Zelle Sozialarbeiter
KB/Gruppe Hamburg

BAU

Jagd nach „Verfassungsfeinden"

Wer von der Gewerkschaftsführung selbstherrlich zum „Verfassungsfeind" erklärt worden ist, erhält keinen Rechtsschutz und wird mit Bespitzelung bedroht. Diese Erfahrung machte Ende Februar ein arbeitsloser Maurer. Er hatte vom Arbeitsamt frecherweise eine 8-wöchige Sperrfrist bekommen, weil er einen Vorstellungstermin nicht schriftlich nachweisen konnte. Da die Nichtzahlung des Arbeitslosengeldes unberechtigt war, schlug er den Gang zu „seiner" Gewerkschaft ein, um sich Rechtsschutz zu holen und gegen diesen Entscheid zu klagen.

In der Verwaltungsstelle wurde er vom Sekretär als „Mitglied der KPD/ML" begrüßt. Gleichzeitig wurde angekündigt, daß sich hiermit der Vorstand schon auseinandersetzen wird, da dies ja eine verfassungsfeindliche Organisation sei. Als nun der „verfassungsfeindliche" Maurer, der von dem Sekretär beim Verteilen eines Flugblattes zur Betriebsräte-Veranstaltung in Hamburg getroffen worden ist, sein Anliegen vorbrachte, wurde er vom Herrn der Gewerkschaft unterbrochen.

Es war alles schon vorher diesem netten Herrn bekannt. Ohne das der Kollege ausreden konnte, erzählte der Gewerkschaftsführer ihm, bei welchen Stellen er sich vorgestellt hatte und bei welcher angeblich nicht (mit Anschrift und allem drum und dran). Dies konnte er nur vom Arbeitsamt erfahren haben. D.h. also, daß das Arbeitsamt sofort mit der IG-Bau Verbindugn aufgenommen hatte, nach dem Motto: Jungs paßt auf, da kommt gleich einer, der will gegen uns prozessieren. Eine ausgezeichnete Zusammenarbeit also.

Am Schluß kam noch einmal die heiße Frage, ob er Mitglied der KPD/ML sei, da er ja den „Roten Stern" (Phantasie-Name) offen verkauft habe. Dafür gäbe es auch Fotografien als Beweis. Als er auf seine Frage keine Antwort bekam, fügte er noch hinzu: „Außerdem haben Sie ja einen Freund, von dem wir wissen, das er im KB ist".

Der Maurer tat gut daran, seinen Rechtsschutz woanders zu suchen. ●

Bezirksgruppe Harburg
KB/Gruppe Hamburg

GEW

Hamburg:

Linke behaupten sich im Referendarvorstand

Auf der Referendarvollversammlung (RVV) am 9.3.76 wurden die Kollegen der „ALTERNATIVE" mit 193 : 158 Stimmen wieder in den Hamburger Referendarvorstand gewählt.

Kandidiert hatten noch das „Gewerkschaftskollektiv" (DKP- und Jusonahe Kollegen) und eine mit dem KBW sympathisierende Gruppe, die aber wie letztes Semester nicht über 30 Stimmen hinauskam.

Eine Woche vor der RVV ließ der Vorgesetzte aller Referendare – Oberschulrat (OSR) Lüdemann – verlauten, für die Durchführung der Wahl und überhaupt für Versammlungen könne nicht mehr die AULA im Gebäude des Studienseminars zur Verfügung gestellt werden, da auf den Versammlungen über solche „ungesetzlichen" und „außerdienstlichen" Dinge wie Warnstreik diskutiert würde.

Verfügung gestellt werden, da auf

Das Raumverbot zielte also auf die politische Betätigung der Referendarsvertreter. Stein des Anstoßes zwischen Behörde und Referendarvorstand (RV) war bisher schon mehrere Male die vom RV herausgegebene „Referendarszeitung". Sie findet unter den Kollegen gerade deshalb soviel Anklang (an ca. jeden zweiten Referendar wird eine verkauft), weil sie „hautnah" an den Problemen informiert.

Die Kritik an Behörde und Seminarleitern wurde des öfteren zum Anlaß genommen, um die presserechtliche Verantwortliche anzugreifen.

Nachdem das Raumverbot bekannt wurde, verabschiedeten fast alle Seminare Protestresolutionen, die an OSR Lüdemann geschickt wurden.

Doch die Behörde änderte ihre Entscheidung nicht.

Es war deshalb fraglich, ob am 9.3. überhaupt gewählt werden könnte. Fast 400 Kollegen kamen (soviel wie nie zuvor), um nochmals gegen das Raumverbot zu protestieren und durch die Teilnahme an der Wahl zu demonstrierren, daß sie dem Angriff auf die freie politische und gewerkschaftliche Betätigung Widerstand entgegensetzen.

Als man jedoch die Tür zur Aula offen fand, beschlossen die Kollegen mit einer Stimmenthaltung, in den Raum hineinzugehen und die Wahl durchzuführen. Die Behördenbüttel am Studienseminar meinten, das verhindern zu können, indem sie die Sicherung für die elektrischen Anlagen in der Aula herausdrehten.

Aber die Kollegen ließen sich nicht verwirren, sondern führten die Versammlung ohne Mikrofon und bei Kerzenschein durch, wodurch es aber auch zu einer der kürzesten Versammlungen kam. ●

Lehrerkomitee Hamburg

Hamburg:

GEW-Vorstand verhindert Streik ... aber die Linken werden stärker

Am 4.3.76 fand eine außerordentliche Vertrauensleuteversammlung der GEW statt, auf der über die sofortige Einleitung einer Urabstimmung für einen Warnstreik aller Lehrer gegen die Lehrerarbeitslosigkeit entschieden werden sollte.

Mit 163 zu 105 Stimmen entschieden die Vertrauensleute gegen einen Warnstreik. Damit konnte sich zwar der Vorstand durchsetzen, den Linken ist es aber gelungen in den Auseinandersetzungen eine große Anzahl von Kollegen und Vertrauensleuten für wirkliche Kampfmaßnahmen zu gewinnen.

Als im Dezember und Januar im Referendariat (2. Ausbildungsphase für Lehrer) bekannt wurde, daß am 1.2.76 ca. 100 fertig ausgebildete Lehrer arbeitslos auf der Straße liegen und über 200 nur einen befristeten Vertrag mit halber Stundenzahl bekommen, erhob sich die Forderung nach einem Warnstreik aller Lehrer, um den sich ständig verschärfenden Angriffen mit der notwendigen Kraft entgegenzutreten.

Die aktiven Gewerkschafter am Studienseminar forderten die sofor-

Die aktiven Gewerkschafter am Studienseminar forderten die sofor-

tige Einberufung einer außerordentlichen Vertrauensleuteversammlung, die über die Einleitung einer Urabstimmung entscheiden sollte. Gleichzeitig wandten sich die Referendare an alte gewerkschaftlich organisierte Lehrer, um gemeinsame Kampfaktionen durchzuführen.

Verschiedene Betriebsgruppen an den Schulen, die Fachgruppe Gymnasien und Kreisvertrauensleuteversammlungen auf Schulkreisebene schlossen sich der Forderung der Referendare an.

Der Hamburger GEW Landesvorstand mußte erkennen, daß im Referendariat das Barometer eindeutig auf Streik stand und noch steht. Daher sah er sich gezwungen, die Vertrauensleute am 4. März zusammenzurufen, um Kampfmaßnahmen zu beraten.

Von vornherein war allerdings klar, was die GEW-Führung zum Thema Warnstreik sagen würde. Um den Kollegen jegliche „Lust" an einem Warnstreik zu nehmen, redeten Vorstand und seine Anhänger nur von den Hindernissen, die ihrer Meinung nach einer solchen Aktionen entgegenstehen:

- Die Öffentlichkeit sei gegen einen Warnstreik der Lehrer.
- Die Kollegen an den Schulen seien über das Ausmaß der Lehrerarbeitslosigkeit nicht genügend informiert (an wem das wohl liegt!)
- Die Kampfmaßnahmen unterhalb der Streikschwelle seien nicht ausgeschöpft.

Aktionen wie sie sich der Vorstand wünscht (Kleinst-Veranstaltungen, Info-Tische usw), sind allerdings schon zur Genüge gelaufen. Aber nicht einmal zum Aufruf für eine Massendemonstration hat sich der Vorstand bisher durchgerungen". Auch das soll jetzt gegen die kampfbereiten Kollegen gewendet werden.

- Der Warnstreik für die Einstellung von Lehrern sei politisch und juristisch nicht abgesichert. (Damit war schon die Forderung nach einem Warnstreik als illegal abgestempelt).

Kurz, die Stimmung unter den Kollegen sei nicht da für Warnstreik.

In diesem Zusammenhang können Beteuerungen des „linken" Vorsitzenden Lemke,. er sei prinzipiell für einen Warnstreik, nur als verlogen bezeichnet werden.

DKP im Schlepptau des Vorstands

Auch die DKP spielte in dieser Frage eine unrühmliche Rolle. Im Januar und Anfang Februar stimmten die ihr nahestehenden Kollegen noch für einen Warnstreik. Auf der Landesvertreterversammlung am 23.2., als es um die Aufnahme der Forderung nach Streik in das Aktionsprogramm der GEW ging, waren die Meinungen der DKP-Anhänger schon geteilt.

Am 4.3., auf der Vertauensleuteversammung, hatten sie den totalen Schwenk auf den Vorstandskurs vollzogen und stimmten geschlossen gegen Warnstreik. Damit fielen sie der Forderung der Referendare voll in den Rücken.

KBW mit neuen Ideen

Die dem KBW nahestehenden Kollegen hatten sich, wieder einmal etwas besonderes einfallen lassen. Auf einer Vertrauensleuteversammlung aller Lehrer wollten sie einen Warnstreik nur für Referendare

Lehrer wollten sie einen Warnstreik nur für Referendare

durchsetzen. Das heißt, die eingestellten Kollegen, die sie gar nicht für einen Streik gewinnen wollten, sollten über die Aktionen der Referendare entscheiden!

Das Ziel, möglichst alle gewerkschaftlich organisierten Lehrer für einen Streik zu gewinnen, hatten diese Kollgen von vornherein aufgegeben. Sie wollten allein einen Streik der Referendare. Wozu diese dann den Segen der übrigen Lehrer brauchen, wurde niemanden so recht klar. Mit ganzen 16 Stimmen wurde dieser Antrag richtig honoriert.

GEW-Linke gestärkt

Daß sich 105 Kollegen für einen Warnstreik aussprachen, ist angesichts der massiven Abwiegelungspolitik, vom Vorstand angefangen bis hin zur DKP, eindeutig als Erfolg der GEW-Linken zu werten.

Gerade die Vertrauensleute der Referendare, die von der reaktionären Sparpolitk unmittelbar betroffen sind, ließen sich durch die rechte GEW-Mafia (die die Forderung nach Warnstreik als gewerkschaftsfeindlich bezeichnete) und durch den Vorstand nicht einschüchtern.

Im August soll erneut über Kampfmaßnahmen beraten werden. Die Situation wird sich bis dahin noch weiter verschärfen (neue Klassen werden eingeschult, die Lehrerarbeitslosigkeit wächst weiter an).

Dann werden die „Argumente" der SPD-„Linken" und der DKP, andere Aktionsformen seien noch nicht ausgeschöpft, nicht mehr ziehen. Betreibt der Vorstand seine Politik der Demobilisierung weiter – was zu erwarten ist – wird er bei noch mehr Kollegen an Kredit verlieren. Die Aufgabe der GEW-Linken ist es, die verbleibende Zeit zu nutzen, um möglichst große Teile für von der GEW organisierte Kampfaktionen zu gewinnen. Das heißt aber nicht, weitere Aktionen vom Willen des GEW-Vorstandes abhängig zu machen. Insbesondere die Referendare werden schon jetzt eigenständige Aktionen vorbereiten, auch ohne den Segen der GEW-Führer. ●

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Koalition KBW – GEW-Führung gegen die Gewerkschaftslinke!

Am 8.3. kamen die GEW-Delegierten der Betriebsgruppen in Bremen zu einer außerordentlichen Versammlung zusammen. Einziger Tagesordnungspunkt: Die neuesten Vorstöße der Gewerkschaftsführer, die innergewerkschaftliche Demokratie noch weiter abzubauen.

Bei der Zusammenstellung der GEW-Listen für die anstehende Personalratswahl hatte die Gewerkschaftsführung in offen provokatorischer Weise die von den Bezirken vorgeschlagenen Kandidaten in aller Regel nicht berücksichtigt, sondern bekannte üble Reaktionäre auf die aussichtsreichen Plätze gesetzt.

In vielen Betriebsgruppen gab es daraufhin seit langer Zeit wieder massiven und lautstarken Protest. Äußerungen und Beschlüsse wie: Diese Liste unterstützen wir nicht, wir wählen ungültig, den GEW-Führern muß endlich gezeigt werden, daß wir uns nicht alles gefallen lassen, gab es zahlreich. Die Delegiertenversammlung sollte ein Schritt sein, den Widerstand der demokratischen Gewerkschafter zu festigen und gemeinsame Schritte zu überlegen.

Stattdessen wurde sie ein trauriges Beispiel für den Opportunismus eines großen Teils der Gewerkschaftslinken. Die führende Rolle im Kniefall vor den Provokationen des Landesvorstandes kam wieder einmal dem KBW zu. In einem schriftlich vorgelegten Entschließungsantrag kritisierte er zwar das Vorgehen der Gewerkschaftsführer, brachte dann aber das Kunststück fertig, ausdrücklich zur Wahl dieser Liste aufzufordern – wegen der gewerkschaftlichen Solidarität"!!!

Diesen Tritt in den Hintern aller demokratischen Gewerkschafter, insbesondere derer, die vorher Protestmaßnahmen beschlossen hatten, wagten die Antragsteller auch noch mündlich zu „begründen": Die Gefahr bestände bei einem Boykott der Wahl, daß der Beamtenbund gewinnt, die Kollegen brauchten aber eine starke Interessenvertretung, gerade angesichts der Sparmaßnahmen und politischen Disziplinierungen. – Ist dem KBW entgangen, daß diese von Gewerkschaftsführers Gnaden aufgestellten Personalratskandidaten überhaupt nicht daran denken, die Interessen der Kollegen zu vertreten, sondern, soweit sie schon dem alten Personalrat angehörten, immer willfährige Instrumente der Behörde gewesen sind?

Mit dieser Argumentation öffnet der KBW den Gewerkschaftsführern die Möglichkeit, jede Schweinerei durchzusetzen, denn er kann auf die „gewerkschaftliche Solidarität" rechnen.

Man konnte den Gewerkschaftsführern die Erleichterung über diese Arschkriecherei von den Gesichtern ablesen: sie wurden plötzlich ganz lieb und Oberboß Mews fand diesen Entschließungsantrag auch – mit Abstrichen natürlich – „fabelhaft"!!!

Ein kämpferischer Gegenantrag wurde nicht gestellt – leider auch von uns nicht – uns so gelang die Verbrüderung zwischen Gewerkschaftsführung und KBW, auf Kosten einer großen Zahl enttäuschter und wütender Kollegen. Damit hat sich der KBW den traurigen Ruhm erworben, die ersten Ansätze zu einer organisierten Protestbewegung gegen die Gewerkschaftsführung bewußt zerschlagen zu haben. ●

CHEMIE

Nach Angaben des Geschäftsführers der Fa. Villeroy & Boch, Gisbert, hat *„die deutsche Wirtschaft in den zurückliegenden zwei Jahren gute Erfahrungen mit der Kurzarbeit gemacht"* („Frankfurter Allgemeine", 4.3.76). Gisbert hob hervor, daß *„Kurzarbeit, so wie sie in der BRD gehandhabt werde, die Stückkosten weniger erhöht... Dies hänge damit zusammen, daß bei konsequenter Einhaltung der Kurzarbeit die Personalkosten auch in jenen Unternehmensbereichen verringert werden könnten, die bei einer Personalverringerung entweder gar nicht oder nur unterproportional betroffen wären."* („FAZ", ebenda). Ziemlich offen gibt dieser Kapitalist hier zu, daß die Kurzarbeit von den Kapitalisten auch eingeführt wurde, obwohl dies in einigen Fällen an sich gar nicht notwendig gewesen wäre; es ging diesen Ausbeutern nur darum, zum einen die „Lohnkosten" zu drücken und zu rationalisieren, zum anderen verstärkt die Durchführung von Kurzarbeit zu nutzen, um die „Angst um den Arbeitsplatz" bei den Kollegen zu schüren und um die Arbeitsintensität zu erhöhen. •

— Betriebe —

Enka-Glanzstoff: „Nach langen und zähen Verhandlungen" wurde ein „Interessenausgleich" zwischen Enka-Kapitalisten und dem IG Chemie-Betriebsrat erzielt mit folgenden Vereinbarungen:

1. Im Werk Wuppertal hat der Betriebsrat einer Teilstillegung zugestimmt.
2. Im Angestelltenbereich dieses Werkes sind ebenfalls Entlassungen beschlossen worden.
3. Bewußt – das paßt in die Spaltertaktik der Gewerkschaftsführung – wurden die durch Rationalisierungsmaßnahmen und Entlassungen betroffenen Werke in Waldniel und Kassel aus den Verhandlungen ausgeklammert.
4. Als „Erfolg" wurde gepriesen, daß die Entlassungen auf 260 reduziert werden kohnten.
5. Ferner wurde ein „Sozialplan" erstellt, der u.a. Auszahlungen von einem bis 18,4 Monatslöhnen je nach Alter und Betriebszugehörigkeit vorsieht. Weiterhin wurden ältere Kollegen vorzeitig in den Ruhestand versetzt.
6. Die Geschäftsleitung und Betriebsrat einigten sich auf die Einsetzung eines sog. „Härtefonds" in Höhe von 500.000 DM.

Das, was von der IG Chemie als Erfolg der „gemeinsamen Verhandlungssolidarität" (!) gepriesen wurde, ist jedoch erst der Anfang der Rationalisierungsmaßnahmen des Chemiefaserkonzerns AKZO, zu dem auch Enka gehört: Die nicht in die Verhandlungen miteinbezogenen Werke in Waldniel und Kassel sollen in einem halben Jahr drankommen, d.h. auch hier planen die Kapitalisten Entlassungen. Ferner kündigte BR-Vorsitzender Heckmann schon an, *„strengste Maßstäbe bei notwendigen* (!!!) *Entlassungen anzuwenden"*. Das gelte auch für den Angestelltenbereich. Hinzu kommt, daß der ausgearbeitete Sozialplan auch für künftige Entlassungen gelten solle.

Nachdem die Enka-Arbeiter vor ein paar Jahren noch durch den entschlossenen Kampf in den westdeutschen und holländischen Werken Entlassungen verhindern konnten, zeigt sich wieder einmal mehr, wohin sozialdemokratische „Verhandlungskünste" und Zustimmungen zu Kündigungen führen: es ist abzusehen, daß die Kapitalisten nach und nach weitere Massenentlassungen vornehmen werden, Schritt für Schritt mit den Betriebsräten abgesprochen, um gemeinsame Kampfaktionen der Arbeiter auszuschließen.

• • •

Texaco, Hamburg: Der linke Texaco-Betriebsrat Wolfgang H. gewann vor dem Hamburger Arbeitsgericht einen Kündigungsprozeß. Die Geschäftsleitung hatte ihre Hoffnung auf das Gericht gesetzt, nachdem ihr Antrag auf fristlose Kündigung vom 15-köpfigen Betriebsrat der Texaco-Hauptverwaltung/Wilhelmsburg einstimmig abgewiesen worden war.

Die Texaco-Bosse ließen sich als Kündigungsbegründung außer arbeitstechnischen Mängeln wie Nichteinhaltung von internen Terminen oder mangelnde Arbeitsmoral nichts besonderes einfallen.

Dennoch erreichten sie, daß der Arbeitsrichter Gründe für eine ordentliche Kündigung sah. Es fehle allein der besondere Schaden, der der Texaco entstanden sein müßte, um eine fristlose Kündigung zu rechtfertigen. Betriebsräte können nicht fristgerecht, sondern nur, wenn „besondere Gründe" vorliegen, fristlos gekündigt werden. Da diese Gründe meistens dem Einfallsreichtum der Kapitalisten überlassen bleiben, sollte die mündliche Begründung des Richters als Aufforderung an die Texaco gewertet werden, doch noch einen Schaden nachzuweisen. Die Texaco geht auf alle Fälle in die 2. Instanz.

Bereits einen Monat vorher gewann W.H. eine einstweilige Verfügung gegen die Texaco auf sofortige Weiterbeschäftigung unter unveränderten Bedingungen. Während der Gerichtsverhandlung legte der Texaco-Kapitalist eine sehr abenteuerliche Begründung vor: Der „Vertragspartner in den USA" – gemeint ist die Texaco selbst – habe auch festgestellt, daß in der BRD-Patentabteilung ein Mann (Betriebsrat W.H.) nicht gut arbeite. Der Verantwortliche in den USA, ein ohnehin sehr schwieriger, ja unberechenbarer Mensch, würde vermutlich die gesamte Abteilung auflösen und nach Großbritannien verlegen lassen, falls der eine Kopf nicht rolle. Damit gefährde Mitarbeiter H. 15 Arbeitsplätze und das liege ja wohl nicht in seinem betriebsratlichen Interesse. Der Richter fand, das sei zuviel. Ein deutsches Gericht könne doch nicht jemandem seine Arbeit nehmen, nur weil die Texaco in Amerika einen Psychopathen sitzen habe.

Man sieht, der Texaco-Kapitalist sammelt Erfahrungen im Rausschmeißen Linker. Ganz so dusselig wird er sich in Folgeprozessen kaum noch anstellen.

• • •

Beiersdorf AG, Hamburg: Für große Bereiche der chemischen Industrie traf die kapitalistische Krise nie zu, so auch für Beiersdorf, die nach der Bilanz 1975 zu den Umsatz-Milliardären aufgestiegen ist. Der Weltumsatz lag bei 1.047 Mrd. DM (+ 11,4%), wobei der Auslandsumsatz mit einer halben Milliarde DM fast an den Inlandsumsatz heranreicht. Ohnehin stieg der Auslandsumsatz um 24,2% (!), der Inlandsumsatz um 7,5% an. Die Beiersdorf-Kapitalisten erzielten ihre hohen Profite durch Rationalisierungsmaßnahmen im Inland (Personalabbau von rund 500 Kollegen, Kurzarbeit im Werk Offenburg) und durch Expansion des Auslandsgeschäftes in den USA, Frankreich und Finnland. Allein in diese Länder wurden rund 40 Mio. DM investiert.
(Nach Angaben der Beiersdorf-Kapitalisten)

• • •

Beiersdorf AG, Hamburg: Die IG Chemie-Betriebsräte bei Beiersdorf stellen in ihrer neuesten Ausgabe der Betriebszeitung „Gestern-Heute-Morgen" die Frage, ob der Betriebsrat die Verlagerung der Pflaster-Produktion und einiger Nebenbereiche von Eimsbüttel an den Stadtrand von Hamburg, nach Hausbruch, verhindern soll und kann.

Von der Verlagerung sind ca. 330 Kollegen, überwiegend Frauen, betroffen. Man sollte meinen, diese Frage ist eindeutig zu beantworten, wenn man bedenkt, daß auf die betroffenen Kollegen Verschlechterungen in größerem Umfang zukommen: Längerer Anfahrtsweg, Unterbringungsmöglichkeiten für die Kinder sind völlig unklar, hohe Fahrtkosten, evtl. schlechterer (weil durchrationalisierter) Arbeitsplatz usw.

Mit dem demagogischen Dreh, der Kapitalist hätte die Schaffung neuer Arbeitsplätze zugesagt, wenn Teile der Produktion nach Hausbruch verlegt werden, versuchen die rechten Betriebsräte die Kollegen schon jetzt auf die Verlagerung vorzubereiten. Sie schieben das „Gemeinwohl" (wohl eher das „Wohl" der Beiersdorf-Kapitalisten, denn die erwarten in Hausbruch die dicken Profite) vor und haben dann ihr „Alibi", sich nicht mehr um die betroffenen Kollegen kümmern zu müssen.

Bisher hat die rechte Betriebsratsmehrheit die Aktivitäten zur geplanten Verlagerung völlig der Geschaftsleitung überlassen. Erst nachdem die beiden linken Betriebsrätinnen die Kollegen in der ALTERNATIVE über ihre Rechte informiert hatten, forderte die rechte BR-Mehrheit die Geschäftsleitung auf, dem Betriebsrat die notwendigen Informationen für die Verlagerung zu geben.

Bis heute gibt es keine Antwort der Geschäftsleitung, nachgehakt wurde offensichtlich nicht. Auf Abteilungsversammlungen wurde keine der vielen Fragen der Kollegen zur Verlagerung beantwortet – die Betriebsräte ließen auch hier die Kapitalisten gewähren. Die Geschäftsleitung hat jetzt – ebenfalls mit Wissen des Betriebsrates – alle betroffenen Kollegen bereits abgefragt, ob sie mit einer Versetzung nach Hausbruch „einverstanden" sind; wahrscheinlich läßt sich der Betriebsrat bald von der Geschäftsleitung die Antworten präsentieren, wobei dann rauskommen kann, daß „alles klar ist", weil natürlich viele Kollegen aus Angst vor Entlassung ihr Ja gegeben haben.

Keine Informationen des Betriebsrates an die Kollegen, geschweigedenn, daß man sich mit den Betroffenen zusammengesetzt und gemeinsam überlegt, welche Forderungen zu stellen sind. Jedoch eines wissen die IG Chemie Betriebsräte schon: *„Die Umschulung wird eine Rolle spielen; aber auch über die Frage der Abfindung muß nachgedacht werden."* („Gestern-Heute-Morgen") D.h. Entlasssungen sind geplant. Das versteht die IG Chemie-Führung unter „dem Gemeinwohl zu dienen und Verantwortung zu tragen".

• • •

Beiersdorf, Hamburg: Einer linken Betriebsrätin der Liste „Alternative" bei Beiersdorf wurde vom Personalchef verboten, sich um ihre ausländischen Kolleginnen zu kümmern. Während ihres Besuchs im Wohnheim Beiersdorf, in dem vor allem spanische Arbeiterinnen wohnen, wurde die Betriebsrätin von der Heimleiterin beim Personalchef „verpfiffen", der sie telefonisch aufforderte, umgehend das Heim zu verlassen.

Im Wohnheim stand eine Mieterhöhung von 95 DM auf 110 DM an – für ein 14 qm großes Zimmer, das sich drei Frauen teilen müssen. Die Mieterhöhung wurde auf einer der letzten Betriebsratssitzungen für „angemessen" befunden. Die linke Betriebsrätin wollte das selbst in Augenschein nehmen. Offensichtlich wollten die Beiersdorf-Kapitalisten die realen Zustände im Ausländerwohnheim vertuschen. Sie können sich – bei allen ihren Aktionen gegen die ausländischen Kollegen – voll auf die rechte BR-Mehrheit stützen, die aus IG Chemie-Mitgliedern (darunter ein Hamburger Vorstands-Mitglied!) und „unabhängigen" CDU'lern besteht.

Der rechte Betriebsrat Ganschow verweigerte einige Tage später der Betriebsrätin P. Einsicht in einen Ordner über Sonderschichten und Überstunden.

Im Betriebsrat selbst wird über dieses Thema nur auf Anfrage knapp berichtet. Ganschow drohte der Kollegin sogar noch mit dem Werksschutz, wenn sie nicht auf der Stelle das Büro verlassen würde. Die Betriebsrätin ging vor das Arbeitsgericht und bekam durch eine Einstweilige Verfügung ihr Recht auf jederzeitige Akteneinsicht bestätigt. Ganschow nützten auch seine Unverschämtheiten und Unwahrheiten, die er vor Gericht zum besten gab, nichts. (Er behauptete, Frau P. hätte ein gestörtes Verhältnis zu allen übrigen Betriebsratsmitgliedern, sei unkollegial, halte sich an keine Beschlüsse des Betriebsrats usw.)

Ganschow mußte vor Gericht eine Erklärung unterschreiben, die besagt, daß der Betriebsrätin P. mit Beginn des nächsten Arbeitstages das Akteneinsichtsrecht in die geforderte Akte zusteht und darüberhinaus auch für sie ein jederzeitiges Recht besteht, in die Unterlagen des Betriebsrates Einsicht zu nehmen.

• • •

Hoechst AG, Westberlin: Die Tochtergesellschaft Spinnstoffabrik Zehlendorf AG, Westberlin, wird im Laufe dieses Jahres geschlossen. Davon sind 130 Beschäftigte direkt betroffen, das sind 10% der Zehlendorfer Werktätigen. Der Hoechst-Konzern vertröstet die Kollegen damit, daß er versuchen (!) werde, sie in Westberlin oder in anderen Werken außerhalb (!) Westberlins unterzubringen („Frankfurter Rundschau", 5.3.76).

• • •

Hoechst AG, Hessen: Am 26.2.76 haben die Vertrauensleute beschlossen, für die Tarifrunde 76 8% (!) zu fordern. Bei der Abstimmung der 134 Gewerkschaftler stimmten 26 gegen eine Tarifforderung nach Prozenten. („Frankfurter Rundschau", 1.3.76).

• • •

Hoechst AG, Hamburg: Die ersten Kollegen haben Anfang März ihre Entlassungen zum 30.6.76 nach dem Sozialplan bekommen. Darunter sind auch zwei Kollegen der linken Betriebsgruppe „Konsequente Kollegen", die der Werksleitung, dem Betriebsrat und der Gewerkschaftsführung schon seit Jahren ein Dorn im Auge sind. Die beiden Kollegen gehören zu denjenigen, die bereits 1973 aus der Gewerkschaft ausgeschlossen wurden. Insgesamt fällt bei den Entlassungen die völlig willkürliche soziale Auswahl, die getroffen wurde, auf. So sind unter den Entlassenen Familienväter, langjährige Kollegen, aber auch ledige und sog. „Doppelverdiener" (damit sind natürlich die arbeitenden Ehefrauen gemeint). Eine eindeutig politische Entlassung ist die des einen fortschrittlichen Kollegen: Im Sozialplan wird ausdrücklich gesagt, daß nur Angestellte bestimmter Abteilungen zur Entlassung anstehen. Dieser Kollege ist Arbeiter und überhaupt nicht in einer betroffenen Abteilung beschäftigt.

• • •

Merck AG, Darmstadt

Einen Abbau der Belegschaft um 4 % bis zum Jahresende 1976 hat die Unternehmensleitung der Darmstädter Firma E. Merck beschlossen (lt. „Handelsblatt' v. 24.2.76). Das bedeutet schlicht und einfach, daß 302 Arbeitsplätze wegrationalisiert werden sollen (lt. „DE" v. 28.2.76)!

Flankiert wird dieser Angriff der Pharmaziekapitalisten von dem Entschluß, den Großteil der Lehrlinge, die in diesem Jahr ihre Prüfung ablegen, nicht weiter zu beschäftigen. So müssen 132 Lehrlinge befürchten, noch in diesem Jahr das Heer der arbeitslosen Jugendlichen, im Arbeitsamtsbezirk Darmstadt 1.150 Jugendliche unter 20 Jahre, zu vergrößern.

Bis zu diesem Zeitpunkt sollen sie aber noch als billige Arbeitskräfte der Firma zur Verfügung stehen. So empfahl die Geschäftsleitung all denen, die vorzeitig Prüfung machen wollen (ein halbes Jahr vor dem eigentlichen Prüfungstermin) auf diese zu verzichten, *„da es die gegenwärtige Geschäftssituation nicht erlaubt, allen erfolgreichen Ausbildungsabsolventen entsprechende Arbeitsplätze anzubieten. Die Geschäftsleitung fühlt sich daher verpflichtet, den Auszubildenden die volle Inanspruchnahme der Vertragszeit, und damit auch der monatlichen Vergütung zu empfehlen"* (lt. „DE" v. 12.2.).

Die ganze Verlogenheit dieser geheuchelten Verpflichtung gegenüber den Lehrlingen wird deutlich, wenn man den Bericht der Merck-Pressestelle zur wirtschaftlichen Lage der Firma liest! Demnach ist im Inlandgeschäft 1975 fast der gleiche Umsatz erzielt worden wie im Jahr zuvor. Der Export habe jedoch einen Umsatzrückgang um fast acht Prozent. Trotzdem habe die Pharmasparte ihr Umsatzziel erreichen können. Beim Pharmaexport habe sich entgegen der allgemeinen Entwicklung eine wesentlich höhere Zuwachsrate gezeigt (lt. „DE" v. 20.2.). Es geht also wieder einmal darum, auf dem Rücken der Lehrlinge, Arbeiter und Angestellten hohe Profite zu erwirtschaften.

Betriebsrat und Jugendvertretung haben gegen dieses Vorgehen der Geschäftsleitung protestiert und fordern die volle Übernahme aller Auszubildenden. Allerdings lehnte die Geschäftsleitung sämtliche Verhandlungen darüber ab und erklärte darüber hinaus, daß sie die Zusammenarbeit mit Betriebsrat und Jugendvertretung für stark belastet halte, weil angeblich vertrauliche Mitteilungen über die Nicht-Übernahme an den KBW gegangen seien.
(Nach „Frankfurter Rundschau" vom 2.3. und „UZ" vom 5.3.76.)

• • •

Merck AG

Das Stammhaus E. Merck hatte seinen Umsatz 1974 um fast 21 % auf 779 Mio. DM und in der gesamten Gruppe um fast 24 % auf 1,2 Mrd. DM steigern können (n. „Handelsblatt" 24.2.76).

• • •

Kronos-Titan, Leverkusen

Anläßlich der „Weiberfastnacht" nutzten 30 Koleginnen des Betriebes die Gelegenheit, auf die Benachteiligung der Frauen bei anstehenden Kündigungen hinzuweisen. Sie erschienen an diesem Tag in Trauerklediung im Betrieb und verteilten vor dem Tor ein Flugblatt, das als „Suchanzeige" aufgemacht war: *„Gesucht wird Chancengleichheit! Frauen: Dies ist die traurigste Weiberfastnacht in unserer Firma! Das Grundgesetz und das Betriebsverfassungsgesetz – § 75* (zur Chancengleichheit, d. Red.) *– stehen auf dem Papier. Bis hinauf zu den obersten DienstHERREN höre ich nur noch von Sozialerwägungen, und daß deshalb vornehmlich Frauen nach Hause geschickt werden müßten. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan: Wir haben die Werke mitaufgebaut, nun können wir gehen!"*

Die Aktion wurde initiiert von einer Betriebsrätin, die weiter enthüllte, daß im Angestelltenbereich ca. 40 % Frauen sind, aber 68 % derjenigen, die entlassen werden sollen. Mit Geldbeträgen zwischen 3.000 und 12.000 DM will man die Frauen ködern „freiwillig" zu gehen.
(„Welt der Arbeit", 5.3.76.) •

Chemie-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Tarifrunde 1976

Die Tarifverträge in den Bezirken Nordrhein, Hessen und Rheinland-Pfalz im Bereich der chemischen Industrie sind fristgemäß zum 31. März gekündigt worden. In diesen drei Bezirken liegen auch die IG-Farben-Nachfolger Bayer, Hoechst und BASF. Am 10. und 11.2.76 hielt der Hauptvorstand der IG Chemie „Beratungen" über die Tarifrunde ab. („Gewerkschaftspost" („gp"), 3/76). Der Hauptvorstand gab dabei folgende „Empfehlungen" an die Tarifkommissionen und Vertrauensleutekörper:

„Angesichts der besonderen Konjunktursituation... sollten die ... Tarifabschlüsse eine soziale Komponente (??) *enthalten." – „... empfehlen den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten und Tarifkommissionen, in diesem Jahr eine Mischforderung aufzustellen, das heißt auf die derzeitigen Löhne und Gehälter einen bestimmten Prozentsatz zu fordern, auf den dann ein Festbetrag aufzustocken ist, wobei das Schwergewicht in der prozentualen* (!) *Forderung liegen sollte."*

Weiter heißt es: *„Zur Beseitigung von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit ist eine Stabilisierung der Massenkaufkraft genauso notwendig wie eine Verbesserung der Ertragslage der Unternehmen* (!!!)". (Alle Zitate aus „gp" 3/76).

Damit ist der Kurs der Gewerkschaftsführung eindeutig umrissen: wer hier offen die „Ertragslage" der Kapitalisten als Faktor zur „Empfehlung" von Forderungen berücksichtigt und sich die Kampagne der Kapitalisten zueigen macht, tritt für die Abschlüsse auf Lohnleitlinien um die 5-6% ein. Damit programmiert auch die IG Chemie Lohnraubabschlüsse vor.

• • •

Severa, Hamburg: Daß in der kommenden Tarifrunde eine lineare Forderung und eine besondere Berücksichtigung der unterbezahlten Frauen in der Chemie-Industrie erforderlich ist, macht u.a. ein Beispiel von Severa deutlich: von den 200 Frauen, die dort in der Produktion arbeiten, werden allein 150 nach Lohngruppe 1 bezahlt (von 5 Lohngruppen), die anderen 50 Frauen nach Lohngruppe 2, während die männlichen Kollegen mindestens in Lohngruppe 2 eingestuft sind. Die Lohngruppe 1 ist also ausschließlich den Frauen vorbehalten.

Ähnlich sieht es bei den Angestellten aus: Von den 80 Frauen sind ca. 2/3 in „K2" als Bürogehilfinnen und nur ca. 1/3 in „K3". Bei Männern genau das umgekehrte Verhältnis: 2/3 in „K3" und nur einige in „K2".

Es ist schon ein Hohn, wenn man dann liest, daß Frau Renger noch immer eine Frau sucht, die ungerecht behandelt wird, um mit ihr einen „exemplarischen" Prozeß führen zu können...

WEG MIT DER FRAUENLOHN-GRUPPE 1 !
GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE ARBEIT ! •

DGB-Boss Vetter in Erwitte:

„Mit Mitbestimmung wär das nicht passiert" ?

Am 10.3.76, ein Jahr nach der spontanen Werksbesetzung des Zementwerkes Seibel und Söhne durch die Belegschaft, hielt der DGB in der Hellweg-Halle zu Erwitte eine Solidaritätsveranstaltung ab. Prominentester Redner war DGB-Boss Vetter, sowie W. Vitt vom Hauptvorstand der IG Chemie, Papier, Keramik.

Beide Redner bemühten sich durch „kämpferisches" Auftreten, für das es von der Mehrheit der über 2.000 Menschen in der total überfüllten Halle viel Beifall gab, die „Lehren aus Erwitte" nach ihrem Geschmack darzulegen. Das ganze Arsenal der „Mitbestimmungs"-Forderungen, der Forderung nach „Investitionslenkung" und der „öffentlichen Strukturplanung", wurden als die „Lehren von Erwitte" hingestellt. *„In einem mitbestimmten Unternehmen hätte es kein Erwitte gegeben"* tönte Vetter und: *„es gilt jetzt auf Reformen zu drängen, um ein zweites Erwitte von vornherein unmöglich zu machen".*

Anscheinend spielte er auf die „echte" paritätische Mitbestimmung an, die ja schließlich in der Montanindustrie die Massenentlassungen und das Zechensterben einigermaßen „reibungslos" ermöglichte.

Zwar trug er der Stimmung im Saal Rechnung und bezeichnete die

Ein Jahr danach

Am 10.3.75 antworteten die Zementarbeiter der Firma Seibel und Söhne auf die Massenentlassung von rund zwei Drittel der Gesamtbelegschaft mit der Besetzung des Werkes. Durch eine hervorragende Informationsarbeit gelang es den kämpfenden Arbeitern, eine breite Solidaritätsbe-Werksbesetzung als „legales Notwehrrecht", konnte sich jedoch nicht verkneifen, dazu aufzufordern, daß der „Zementkrieg" doch endlich „zivile Formen" annehmen müsse, bevor er in einem silbergrauen Mercedes 450 mit seinem Chauffeur verschwand.

wegung in ganz Westdeutschland zu schaffen. Höhepunkt der Solidaritätswelle bildete der 1. Mai 1975, als 12.000 Menschen den Kampf auf einer Solidaritätsveranstaltung begeistert unterstützten. Die Spenden für die Zementarbeiter überschritten bald 200.000 DM.

Am 2. Mai jedoch brachen die Zementarbeiter die Werksbesetzung ab,

STREIK / SOLIDARITÄTS-STIMME
NR. 5 10. MÄRZ 1976
Aussperrung
MITTEILUNGEN DER Belegschaft Seibel & Söhne

um den Weg für Verhandlungen frei zu machen. Heute weiß man, daß diese Entscheidung einzig und allein auf Anraten der IG Chemie erfolgte. Zwar konnten die Arbeiter in der Folgezeit fast sämtliche Kündigungsschutzprozesse gewinnen, auch die von F. C. Seibel, dem Firmeninhaber anfangs erfolgreich beantragte Auflösung des Betriebsrates wurde in der 2. Instanz zurückgeschlagen. Ebenso wurde die „Offensiv-Aussperrung", mit der Seibel die Wiedereinstellung der Arbeiter verhinderte, für „unrechtmäßig" erklärt, jedoch spätestens als die IG Chemie die Zementarbeiter aufforderte, sich arbeitslos zu melden und damit der Arbeitskampf endgültig in den Gerichtssaal verlegt wurde, hatte Seibel gewonnen.

Gegen gewerkschaftsfeindliches Arbeitsrecht

Die Erwittekollegen haben zwar vor Gericht in der ersten und zweiten Instanz gewonnen, sie haben aber bis heute noch keinen Pfennig von Seibel bekommen. Den Kollegen nützen die gewonnenen Prozesse praktisch nichts, da die Gerichte die wichtige Existenzfrage der Lohnfortzahlung ausgeklammert haben. Die Vertrauenskörperleitung der Firma Seibel und Söhne fordert deshalb in der „Solidaritäts-Stimme" Nr. 5 vom 10.3.76 konsequent: *„Ein Arbeitsrecht, das nicht in der Lage ist, Lohn und Existenz nach einer Kündigung zu sichern, muß geändert werden".*

Die Erwitte-Vertrauensleute haben darüberhinaus einen Entschließungsantrag an den im Herbst stattfindenden Gewerkschaftstag der IG Chemie gesandt, in dem das geltende Arbeitsrecht scharf kritisiert wird.

„Die Gerichte haben fast jede Form spontaner Arbeitsniederlegung für rechtswidrig erklärt ... ungeachtet der vielfältigen Handlungsmöglichkeiten der Unternehmer ... Wir fordern gewerkschaftliche und rechtliche Vorkehrungen, die die Kündigung einzelner Streikbeteiligter und unüberschaubare Schadensersatzansprüche ... unmöglich machen."

Auf dem Gewerkschaftstag wird es sich zeigen, ob dieser Antrag, der ja letztlich auch von der IG Chemie verlangt, daß sie die spontanen Arbeitskämpfe legitimiert, im Papierkorb der Antragskommission landet, oder aber die Satzung entsprechend geändert wird.

Noch mehr Arbeitsplätze sollen vernichtet werden

Von den Belegschaftsmitgliedern der Firma Seibel und Söhne sind derzeit noch ca. 50 Mann arbeitslos, davon zehn, die bereits über 60 Jahre alt sind. Neben dem Alter war häufig der Grund für die Nichteinstellung von „Erwittern", der ruinierte Gesundheitszustand durch den eingeatmeten Zementstaub.

Jetzt droht die weitere Vernichtung von Arbeitsplätzen im Raum Erwitte. Die englische Firma Readymix plant in dem nahe bei Erwitte gelegenen Städtchen Geseke ein hochmodernes Zementwerk zu errichten. Readymix will eine Produktionskapazität von 1,3 Mio. Jahrestonnen erreichen, was etwa dem gegenwärtigen Produktionsvermögen aller Geseker Zementwerke zusammen entspricht. Readymix könnte viel kostengünstiger produzieren, was die Arbeitsplätze der 500 Kollegen, die heute in Geseke Zement produzieren, ernsthaft gefährdet. So plant der englische Konzern, höchstens 80 – 120 Personen zu beschäftigen.

Die „Solidaritäts-Stimme" forderte dementsprechend, *„daß alles unternommen wird, um diese neue gewaltsame Vernichtung von Arbeitsplätzen zu verhindern".*

Es erübrigt sich beinah zu erwähnen, daß die DGB-Starredner Vetter und Vitt, die viel von Kampf geredet hatten, auf diese neue Bedrohung für viele Familien nicht mit einem Wort eingingen, geschweige denn, zu Kampfmaßnahmen aufriefen. Denn wenn es um Taten geht, stehen diese Herren doch allemal auf Seiten des Kapitals. Bezeichnenderweise hatte die örtliche IG Chemie-Führung einen Vorschlag der Erwitter Frauen, gegen die geplante Errichtung des neuen Zementwerkes eine Demonstration zu organisieren, mit dem Hinweis abgeblockt, man dürfe die Verhandlungen nicht „stören"! ●



Betriebszelle Norddeutsche Affinerie
KB/ Gruppe Hamburg

beitskämpfe legitimiert, im Papier- plätze der 500 Kollegen, die heute in KB/ Gruppe Hamburg

– „Reform" des Arzneimittelgesetzes nun auch gescheitert –

Pharma-Industrie setzt sich vollständig durch

Auch die „Reform" des Arzneimittelgesetzes ist gescheitert. Das Gesetz, das noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden soll, ist weitgehend verwässert und schafft nichts neues, sondern schreibt lediglich die alten Zustände fest. Auch bei diesem Gesetz hat es die CDU geschafft, den Regierungsentwurf entscheidend zu verändern. War ursprünglich eine scharfe Einzelkontrolle für jedes neue Medikament geplant, die das Bundesgesundheitsamt durchführen sollte, wird jetzt festgelegt, daß diese Prüfung durch „unabhängige" Sachverständigengremien (?) erfolgen soll und das Bundesgesundheitsamt nach dem Urteil dieser Gremien ohne weitere Prüfung die Zulassung erteilen soll.

Ein weiterer Punkt ist die Frage der Sicherheit der Arzneien; im ursprünglichen Gesetzentwurf (§ 1) hieß es, die Arzneien müssen die „erforderliche Sicherheit" aufweisen, inzwischen müssen die Arzneien nur noch „sicher" sein. Ebenfalls wurde der Haftungsparagraph zugunsten der Pharmakapitalisten „entschärft": Im ersten Entwurf wurde ausdrücklich die sog. „Gefährdungshaftung" der Arzneimittelhersteller aufgenommen; d. h. der Hersteller haftet bei Schäden, die sein Medikament verursacht, auch dann, wenn diese Schäden nicht vorhersehbar waren. Im alten Arzneimittelrecht besteht lediglich das Verschuldungsprinzip. Der Unterschied besteht darin, daß man bisher den Pharmakapitalisten ein bewußtes Verschulden nachweisen mußte bzw. daß er extrem leichtfertig gehandelt hat.

Inzwischen sind, wie sollte es anders sein, *„verfassungsrechtliche Bedenken"* hinsichtlich der Gefährdungshaftung aufgetreten, da dieses Prinzip in das *„ganze Rechtssystem der BRD eingreifen würde".*

Es bleibt also weitgehend alles beim alten.

Auf eine der wenigen Neuerungen des Gesetzes, die bis jetzt noch erhalten blieb, hat jetzt der Bundesverband der pharmazeutischen Industrie den Angriff eröffnet: Es geht dabei um die sog. „Standard-Zulassungen".

Normalerweise muß ein Pharma-Produzent ein neues Medikament durch das Bundesgesundheitsamt ausführlich prüfen lassen. Die „Standard-Zulassung" ist eine Ausnahmeregelung von der üblichen Prüfung und besagt, daß ein Medikament, das von einem Hersteller neu auf den Markt gebracht wird, aber dessen Zusammensetzung und Wirkungsweise nicht neu ist, nur eine einfache Prüfung auf diese Zusammensetzung durchmachen muß. Sinn dieser „Standardisierung" bestimmter Arzneien ist, daß man nach der Verordnung durch den Arzt sich in der Apotheke das billigste Medikament der gleichen Sorte aussuchen kann, bzw. der Apotheker sich nicht an die verordnete Arznei eines bestimmten Herstellers halten muß. Es soll ein besonderer Ausschuß im Gesundheitsministerium gebildet werden, der bestimmt, welche Medikamente zu standardisieren sind. An diesem Ausschuß sollen auch die Krankenkassen beteiligt werden. Und da liegt für die Industrie der Hase im Pfeffer, denn ein Löwenanteil der Ausgaben der Krankenkassen gehen heute für Medikamente drauf und die eingesessene Industrie fürchtet nun, daß Billigproduzenten sich über den Weg der Standard-Arznei aus ihren eingefahrenen Profitquellen ein wenig vertreiben könnte.

(Nach „Frankfurter Allgemeine" vom 2.3.76). ●

Durch Ärzte drogenabhängig ???

Schon häufig wurde angedeutet, daß viele Ärzte viel zu leichtfertig Beruhigungsmittel verschreiben. (Die Zusammenarbeit mit der Pharma-Industrie zum Wohle beider klappt prächtig). Hierüber existieren ein paar amtliche Zahlen:

Nach Mitteilung eines Sprechers des Sozialministeriums in Düsseldorf nehmen etwa 10 % der Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen Schlaftabletten oder Beruhigungsmittel, 6 % benutzen Anregungsmittel. **An der Tatsache, daß nahezu jeder fünfte der zwischen Rhein und Weser amtlich erfaßten Drogenabhängigen durch Medikamente krank geworden sei, gibt es nach Auskunft des Sprechers nichts zu deuteln. Wobei die Anzahl durchaus noch höher sein kann, da die Dunkelziffer hier sehr schwer zu schätzen ist.** Gleichzeitig wies er darauf hin, daß auch das Betäubungsmittel bekannt sei, wovon die bekanntgewordenen Suchtkranken abhängig seien.

Solche Fakten und die Tatsache, daß noch längst nicht alle Langzeit-Nebenwirkungen von Psychopharmaka erkannt worden seien, zwingen nach Auffassung des Ministeriums zu einer gründlichen Überprüfung der ärztlichen Verschreibungspraxis im Hinblick auf solche Medikamente (was allerdings kaum wirklich geschehen wird, denn die Ärztekammer Nordrhein hat selbstverständlich sofort heftigsten Widerstand eingelegt).

Die menschenfeindliche Verschreibungspraxis und die skrupellosen Verkaufsmethoden der Pharmakonzerne gehören ebenso zu diesem kapitalistischen System, wie die Tatsachen, daß zunehmend mehr Menschen glauben, damit nicht mehr fertig zu werden und d e s w e g e n zu Psychopharmaka greifen. ●

Betriebszelle Beiersdorf/FZ
KB/ Gruppe Hamburg

Deutsche Grammophon:

Fünf fristlose Kündigungen gegen Betriebsrat

Nachdem bei der Deutschen Grammophon (DGG) im Januar der fortschrittliche Betriebsrat zurückgetreten war (wir berichteten ausführlich im AK 73 darüber), wurde jetzt der 2. Betriebsrats-Vorsitzende gefeuert.

Bis Ende Januar lagen gegen den Kollegen bereits drei (!) fristlose Kündigungen vor:

- Die erste im Mai '75. Dort wurde ihm vorgeworfen, bei der Einstellung (August 1973) falsche Angaben gemacht zu haben und gegen die Gleitzeitordnung verstoßen zu haben. Interessant ist dabei der Zeitpunkt dieser ersten Kündigung: knapp zwei Wochen nach der Betriebsratswahl!!
- Die zweite Kündigung traf im Dezember '75 ein. Die Geschäftsleitung konstruierte aus der Nennung von Zahlen der Personalplanung '76 in dem Mitteilungsblatt des Betriebsrates eine „Verletzung der Geheimhaltungspflicht".
- Im Januar folgte dann die dritte Kündigung. Grund: Beleidigung der Geschäftsleitung (GL), Verleumdung, Störung des Betriebsfriedens etc. durch eine persönliche Erklärung des 2. Betriebsrats-Vorsitzenden zum Rücktritt des Betriebsrates.

Da der Betriebsrat die Zustimmung zu den Kündigungen verweigerte, mußte die Firma beim Arbeitsgericht auf ersatzweise Zustimmung klagen. Dort hatten die Firmenvertreter dann auch ihren Richter (Kröger) gefunden:

- Obwohl er im Laufe des Verfahrens einen relativ ‚objektiven' Eindruck machte, ging er am letzten Verhandlungstag voll auf die unverhohlenen Drohungen des Rechtsvertreters der GL *(„bei Ihnen sind wohl immer die Unternehmer schuld"* und *„...sie sind ja bekannt dafür ...")* ein und stimmte den Kündigungen zu.

Zu dem 2. Vorsitzenden sagte er dann zynisch: *„Ich weiß, daß das ein harter Schlag für Sie ist und Ihre berufliche Existenz kosten wird, aber das war eine reine Ermessensentscheidung"* (!!)

Am Tage der Urteilsverkündung (27.2.) folgte dann die vierte fristlose Kündigung unter Bezugnahme auf das Urteil.

Unternehmer und Richter – Hand in Hand

Obwohl eine solche Kündigung erst nach Rechtskraft des Urteils (also nach allen Instanzen) ergehen kann und somit die Kündigung nichtig ist, verhängte die Firma sofort totales Hausverbot!

Da der Kollege dadurch in seiner Betriebsratsarbeit und im Wahlkampf (am 7.4. sind Neuwahlen) behindert ist, beantragte er hiergegen eine Einstweilige Verfügung, in der er auch seinen Beschäftigungsanspruch geltend machte.

Dieser wurde wegen angeblicher „Unzumutbarkeit der Weiterbeschäftigung" abgelehnt! (Die Einstweilige Verfügung wurde Montag beantragt. Mittwoch war Betriebsrats-Sitzung und Donnerstag Betriebsversammlung. Der Richter gab aber den Unternehmern allein bis Mittwoch 24 Uhr Zeit zur schriftlichen Stellungnahme!!).

Am Mittwoch morgen beantragte der Kollege dann noch eine Einstweilige Verfügung auf Teilnahme an der Betriebsrats-Sitzung und an der Betriebsversammlung.

Sie ging durch, mit der Begründung, daß die Kündigung rechtlich nicht zulässig sei und er nicht in seiner Betriebsratsarbeit behindert werden dürfe!! Gleichzeitig wurde aber festgestellt, daß er zu einzelnen Betriebsratsaufgaben in Zukunft jeweils eine Extra-Einstweilige Verfügung beantragen muß! Was das heißt, kann sich ja jeder ausmalen:

- Der 2. Vorsitzende ist raus aus dem Betrieb. Und wenn er seine Betriebsratsarbeit wahrnehmen will, muß er für jeden Tag eine begründete Einstweilige Verfügung beantragen, die dann (geht sie verloren) noch von ihm bezahlt werden muß!!!

Dadurch wird faktisch jede Betriebsratsarbeit zunichte gemacht.

Am Dienstag, den 2.3.76 wurde dann „vorsorglich" die fünfte fristlose Kündigung ausgesprochen, gleichzeitig wurde eine Klage wegen „Hausfriedensbruch" angedroht.

Diese Kündigungsflut gegenüber dem Kollegen zeigt eine neue Taktik, die unter Hamburgs Kapitalisten üblich zu werden scheint: Fortschrittliche Kollegen werden so oft gekündigt, mit Hausverboten und sonstigen Schikanen belegt, bis sie entweder mürbe geworden sind, immer wieder Kündigungsschutzklagen und Einstweilige Verfügungen einzureichen oder bis die Kapitalisten einen Richter gefunden haben, der ein Urteil in ihrem Sinn spricht.

Dennoch – einige fortschrittliche Kandidaten für den neuen Betriebsrat sind da

Auf der Betriebsversammlung vom 4.3.76 legten vier Kandidaten (unter ihnen der 2. Betriebsrats-Vorsitzende) ihr Programm zur Betriebsratswahl vor. Die wesentlichsten Aussagen:

- mehr Demokratie in der Betriebsratsarbeit;
- Öffentlichkeitsarbeit;
- vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen;
- nur den Kolleginnen und Kollegen verantwortlich;
- Rechenschaftspflicht etc.;
- eine Reihe von konkreten betrieblichen Forderungen.

D. h. die Vier sind bereit, die vom bisherigen Betriebsrat begonnene Arbeit im wesentlichen fortzusetzen und gleichzeitig aus den Fehlern (Illusionen in die „vertrauensvolle Zusammenarbeit" mit der GL) zu lernen. ●

Chemie-Branchenzelle Süd
KB/ Gruppe Hamburg

HBV

Iduna: Rationalisierung fordert die ersten Opfer

1974 hatte der Vorstand der Iduna erklärt, daß man zwar einen Personalkostenhaushalt einführen werde, um die Mitarbeiterzahlen möglichst gering zu halten, sollte es aber dadurch in Abteilungen zu einer unzumutbaren Mehrbelastung der Kollegen kommen, werde man „natürlich" für Abhilfe sorgen.

Auf der letzten Betriebsversammlung (BV) der Iduna Leben in Hamburg im Februar 1976 platzte jetzt die erste Bombe. In einer Abteilung (Korrespondenz) hat Personalabbau und Mehrarbeit dafür gesorgt, daß einige Kollegen Überstunden bis zum geht nicht mehr schieben mußten, die Aktenberge sich stapelten, teilweise Sonntags- und Hausarbeit eingelegt wurde. Die Forderung mehrerer Kollegen nach sofortigen Neueinstellungen wurde vom zuständigen Bereichsleiter und vom Vorstand beantwortet mit dem Plan, erstmal eine Arbeitsplatzbewertung für acht Wochen durchzuführen. Der besondere Clou dabei war, daß die Kollegen die Bewertungsbögen auch noch selber ausfüllen sollten, – also noch eine zusätzliche Arbeitsbelastung. Kollegen führten dann auf der BV aus, daß sie nicht freiwillig bereit sind, die Arbeitsplatzbewertung durchzuführen.

Die Antwort war die Vorstandsdrohung, man wolle ja niemand zwingen, aber . . . Die Betriebsrätin Müller–Weymann und HBV-Rechtsaußen im Betrieb, bat den Vorstand inständig, nicht zu glauben, man wolle hier „Putz machen", sondern offenbar nur „konsequente" Sprüche. Spaß (?) an der Arbeit liege doch im Interesse beider Seiten. Weit gefehlt! Der Kapitalist ließ seelenruhig zu, daß die Kollegen sich kaputtarbeiteteten. Schon Stunden später bekam der Kollege aus der Korrespondenz einen Nervenzusammenbruch. Noch zwei weitere Kollegen mußten in ärztliche Behandlung!

Über die Sitzung, in der die Sache behandelt werden sollte, erließ die rechte BR-Mehrheit einen Maulkorberlaß, die Betriebsräte wurden zum Stillschweigen verpflichtet.

Was da wohl den Kollegen verschwiegen werden soll? ●

Iduna-Hamburg: Arbeitsgericht Hamburg schwenkt auf Unternehmerseite um

Am 9.3.76 fand ein weiterer Termin in Sachen Betriebsgruppe Iduna gegen Iduna statt. Zur Verhandlung stand die Klage des dritten fristgemäß gekündigten Vorstandsmitgliedes der Betriebsgruppe Iduna an. In den vorherigen Verfahren waren die fristlosen Kündigungen als unwirksam entschieden worden. Der CDU-Richter Koch scheint die Sache aber ganz anders zu sehen. Nachdem er den Parteien noch einen „Vergleichsvorschlag" von DM 5.600 machte, entschied er, nachdem dieser Vergleich von dem Kollegen abgelehnt wurde, daß die Kündigung seitens der Iduna gerechtfertigt wäre.

Wenn die Begründung für dieses kapitalistenhörige Urteil vorliegt, werden wir darüber berichten. ●

Koch scheint die Sache aber ganz an- werden wir darüber berichten. ●

HBV-Tarifrunde

Groß- und Außenhandel:
Wohin hier der Zug fährt, wurde schon auf der Mitgliederversammlung der Fachgruppe am 25.2.76 in Hamburg deutlich, HBV-Landesleiter Schiel „beschloß", daß die Kollegen acht % fordern wollten (wir berichteten davon im letzten AK). Was im Handel dieses Jahr rauskommen soll, wurde im Bezirk Hessen vorexerziert. Man schloß zum 1.2.76 ganze 5,7 % ab! In Bayern wurde „immerhin" eine Festbetragsforderung zugelassen, sie liegt bei DM 100,– für alle. In West-Berlin, Niedersachsen und an der Saar ist der tariflose Zustand ausgerufen worden, die „Angebote" der Kapitalisten wurden von der HBV für unannehmbar erklärt.

Nichts destotrotz wird HBV „krisengerecht" abschließen.

Das dieses Mal zu offen veranstaltete Pokerspiel um eine niedrige Forderung und einen noch niedrigeren Abschluß, wurde vom Kapitalistenblatt „Frankfurter Allgemeine" am 4.3.76 ganz treffend charakterisiert: *„Mittlerweile weiß alle Welt, daß höchstens Lohnerhöhungen, die allenfalls die Geldentwertungsrate des laufenden Jahres abdecken, angebracht wären. Das wissen auch jene Gewerkschaftsführer, die volkswirtschaftliche Daten ohne interessenbedingte oder gar klassenkämpferische Scheuklappen zu sehen vermögen.*

Doch keiner hat den Mut, einmal klar und deutlich festzustellen, daß die Lohnrate angesichts der nicht zu leugnenden ökonomischen Schwierigkeiten eben nicht höher als 4,5% sein dürfte..."

Die Gewerkschaftsführer haben zwar nicht den Mut, das „Notwendige" auszusprechen, sie handeln aber danach.

* * *

Edeka:
Der Vorstand der Edeka hat in einem Rundschreiben vom Februar 1976 die Anweisung herausgegeben, individuell bei den Kollegen zu überprüfen, wem man die Zulagen mit der zu erwartenden Tariferhöhung verrechnen kann. Diejenigen, die *„die Leistungserwartung der Edeka nicht erfüllen"*, sollen völlig leer ausgehen. Im Gegensatz zu sonstigen Tarifrunden sollen jetzt auch die tariflich abgesicherten Leistungszulagen angekratzt werden. Nach einer Frist von drei Monaten ist zu prüfen, ob der Kollege die Frist genutzt hat, seine Leistung „deutlich" zu steigern!
Die Spitze:
Der Betriebsrat der Edeka-Zentrale hat dieser Regelung zugestimmt!

* * *

Banken:
Wie im letzten ARBEITERKAMPF dargestellt, erhebt die Gewerkschaft HBV auch für die Bankangestellten die Lohnraub-Forderung 6,9 % bis 7,9 %. Die DAG hat sich auf 7,5 % festgelegt.

In der ersten Verhandlungsrunde am 8. März 1976 lehnten die Bankkapitalisten die Forderungen rundweg ab. Ein Angebot wurde nicht unterbreitet. Die Verhandlungen sind daraufhin auf den 29.3.76 vertagt worden.

Die HBV „reagierte" mit einem Flugblatt.

* * *

Versicherungen:
Mit ungebrochener Ironie und Arroganz ist die Tarifrunde 1976 durch die Gewerkschaftsführer eingeleitet worden. Allen voran beschloß die DAG-Tarifkommission nach Weisung durch den Bundesvorstand am 5.3.76 eine Forderung von 7.5% für den Versicherungsbereich.

HBV als die „fortschrittlichere Gewerkschaft" wartete schon eine Woche früher am 28.2. mit ihrem Tarifkommissionsabschluß auf „Anhebung der Endgehälter der Tarifgruppen um 6,9 % bis 7,9 %." Zur Bemäntelung der niedrigen Forderung wurde flugs ein Sozialpaket dazugelegt und nach Arbeitgebermanier prozentual hochgerechnet. Ein Tarifkommissionsmitglied drückte es dann so aus: Einschließlich der Nebenforderung kommen wir auf 10 %, wer seinen Kollegen dieses nicht als gut verkaufen kann, der will es nicht.

Der Beschluß der Hamburger Mitgliederversammlung (DM 200,– für alle) blieb unberücksichtigt, ebenso die Forderung der Kollegen aus München und Köln, die auch den Einheitsbetrag forderten. (München, Hamburg und Köln sind übrigens die größten Versicherungszentren der BRD mit ca. 20.000 Beschäftigten pro Stadt).

Von Seiten der Gewerkschaftsführung wird ein „krisengerechter" Abschluß angesteuert, obwohl sich die Versicherungen wieder einmal – wie regelmäßig im konjunkturellen Abschwung – am „Sicherheits"bedürfnis großer Teile der Bevölkerung gesundgestoßen haben.

Paul Werner, Präsidiumsmitglied des Kapitalistenverbandes, erklärte das auf der 27. Verbandstagung folgendermaßen:

„Die Lebensversicherer werden durch den Sparboom begünstigt. Die sprunghaft gestiegene Sparneigung der Bürger angesichts der weitverbreiteten Unsicherheit über die wirtschaftliche Entwicklung hat das Neugeschäft stark beflügelt. Gewachsen ist das Bedürfnis nach mehr Sicherheit..." (nach „Welt" v. 1o.11.75).

So haben die Versicherungskonzerne wie die Allianz, Nordstern, Kölnische Rückversicherung etc. bereits angekündigt, Dividenden zwischen 16 und 19 % (!) an die Aktionäre zu zahlen. Die reine Ertrags (=Gewinn)-lage ist ausgezeichnet. Die Allianz meldet einen Gewinnzuwachs aus Kapitalanlagen von 1o %, der Deutsche Ring ebenfalls 10 %, die Hamburg-Mannheimer gar 17,7 %.

Bei der ersten Verhandlungsrunde am 9.3.76, legten die Kapitalisten dennoch überhaupt kein Angebot vor, die Verhandlungen wurden daraufhin vertagt.

Mehr als eine Information darüber – die es bei der HBV ja „immerhin" noch gibt – und eine Werbung, HBV-Mitglied zu werden, haben die Kollegen von der Gewerkschaftsführung nicht zu erwarten.

* * * ●

Hamburg-Mannheimer: Nichtübernahme eines Jugendvertreters

Die Kapitalisten gehen jetzt bei der Hamburg-Mannheimer (HM) in Hamburg daran, die Wahlergebnisse zur Jugendvertretung zurückzudrehen. Vor ca. zwei Wochen wurde einem der zwei linken Jugendvertreter erklärt, man könne ihn nicht ins Angestelltenverhältnis übernehmen! Die wortreiche Begründung mündet in dem „Vorwurf" der Mitgliedschaft im Kommunistischen Bund. „Beweis": Ein Artikel in der Branchenzeitung des KB über die Einführung von Disziplinierungsbeurteilungen für die Auszubildenden.

Kurz nach der Neuwahl im Herbst 1975 setzte das Sperrfeuer der Rechten bereits ein. Der Jugendvertretung wurde es vom Betriebsrat verboten, eine Jugendversammlung durchzuführen und ein Info zu verteilen. Die Kollegen reagierten mit der Verteilung eines Infos in eigener Regie vor dem Betrieb und der Berufsschule.

Die Gewerkschaftsführung zog nach, immer noch erschrocken über den Wahlerfolg der Linken und dem schlechten Abschneiden ihrer eigenen Kandidaten. Im November 1975 sammelte der damalige HBV-Fürst in der HM – Herbert Hein (heute DAG-Mitglied) – unter HBV-Rechten Unterschriften für einen Ausschluß aus der Gewerkschaft. Ca. 40 Auszubildende protestierten durch Unterschriften unter eine Resolution gegen diese Machenschaften. Das Ausschlußverfahren wurde gestoppt. Am 2. Dezember 1975 kam dann ein Schreiben des HBV-Hauptvorstandes. Die beiden Kollegen wurden aufgefordert, sich vom KB zu distanzieren. Wieder protestierten die Auszubildenden. Ca. 30 verlangten eine Garantie der Meinungsfreiheit und verurteilten die Gesinnungsschnüffelei.

Die Kollegen wurden trotzdem ausgeschlossen. Still und heimlich. Im Januar durch ihre neue Mitgliedskarte, wurden sie vom Ausschluß informiert: Statt „Gültig für 1976" stand darauf: „gültig für Abgang"!

Die Zöglinge der Gewerkschaftsführer in der HM (durchweg SDAJ'ler) sehen nun ihre Chance für gekommen. Sie laufen durch die Abteilungen und versuchen, die Auszubildenden aufzuhetzen. Im antikommunistischen Stil, „die beiden machen nichts, reden immer nur über Afrika", werben sie für eine Neuwahl.

Obwohl die Disziplinierungen mit den Beurteilungen etc. nicht ohne Wirkung in den Lehrjahren blieb, erhielten die SDAJ'ler immer wieder eine passende Antwort: *„Wieso sagt ihr immer nur was gegen die Jugendvertreter und sonst nichts?"* ●

Coop auf Expansionskurs

Als im letzten Jahr die CooP ein Minus erwirtschaftete, trichterten die „gemeinnützigen" CooP-Kapitalisten den Kollegen immer wieder ein, daß durch Anstrengungen aller gemeinsam die CooP und auch die Arbeitsplätze vor dem „Ruin" „gerettet" werden müßten.

Während die Kollegen durch Mehrarbeit ihr eigenes Grab schaufeln mußten – in Hamburg wurden in zwei Jahren allein 900 Kollegen vor die Tür gesetzt (siehe AK 74) –, wurde die CooP weit mehr als „gerettet".

Laut offiziellem Geschäftsbericht haben die CooP-Kapitalisten „durch konsequente Kostensenkung" wieder einen Profit in ihre Tasche erwirtschaftet und das trotz gewaltiger Investitionen und einer Ausweitung des Umsatzes.

279 kleinere Filialen (mit durchschnittlich 160 qm) wurden dichtgemacht, 146 neue Großläden mit durchschnittlich 853 qm Verkaufsfläche aus dem Boden gestampft.

8,63 Mrd. DM Umsatz erreichte die CooP 1975, 9,5% mehr als im Vorjahr. Damit konnte CooP seinen Marktanteil von 7,4% auf 8,4% steigern. Noch rosiger sehen die CooP-Kapitalisten das Jahr 1976, der Umsatz soll um weitere 12% steigen.

Noch schlimmer als im letzten Jahr wird es für die Kollegen aussehen. ●

200 Millionen DM Steuergelder an Spekulationsbank Helaba

1972/1973 kaufte die Hessische Landesband (Helaba) mehrheitlich die Industrie- und Handelsbank AG (IHB) für ca. 800 Millionen DM unter recht merkwürdigen Umständen auf.

Der damalige Verwaltungsrat-Vorsitzende, Ministerpräsident Osswald, sorgte dafür, daß (laut „Süddeutscher Zeitung" vom 2.3. und „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 4.3.76) der Ankauf von 53% des Aktienkapitals noch vor einem steuerlich wichtigen Termin durchgezogen werden konnte. Im „Alleingang" – ohne Verwaltungsratbeschluß – erledigte der ehemalige Präsident der Helaba, Hankel den Ankauf weiterer 25% und übernahm alle Schulden der IHB für seine Bank. Das Aktienkapital war vorher in den Händen der gewerkschaftseigenen Bank für Gemeinwirtschaft sowie zweier Landesbanken.

Dann kam der Krach!

Immobilienspekulationen (u.a. Schwabylon), Übernahme der IHB, Schuldenbegleichung der IHB, brachten die Helaba ins Wanken. Hankel und Osswald nahmen ihren Hut. Sogenannte Wertberichtigungsposten in unbekannter Millionenhöhe waren locker zu machen. Das Land Hessen sprang mit seinen Haushaltsmitteln ein, ebenso der Hessische Sparkassen- und Giroverband.

Nach Vorlage der Bilanz 1975 fehlten immer noch ca. 200 Millionen DM. Das Land und der Verband sagten wiederum die Übernahme zu! Juristen des hessischen Landtages kamen jetzt zu der Auffassung, daß juristische Schritte derzeit nicht eingeleitet werden brauchen, solange das Land die Schulden trägt!

So bleiben die Spekulationen und Schiebereien der Helaba, allen voran Hankel und Ministerpräsident Osswald, von denen bestimmt nur die Spitze des Eisberges sichtbar wurden, nicht nur weiter im Dunkeln, der Steuerzahler darf letztlich die Zeche zahlen. ●

Singen: Polizeieinsatz gegen Gewerkschaftsflugblatt

Der Karstadt-Geschäftsführer in Singen ließ am 21.11.75 einen Gewerkschaftssekretär und eine Betriebsrätin von der Polizei abführen, weil sie Flugblätter vor dem Kaufhaus verteilten. In dem Flugblatt war eine Artikelserie des „Ausblicks", der Zeitung der Gewerkschaft HBV, nachgedruckt. In den Artikeln wurde die Praxis der Handelskapitalisten angegriffen, die bei Rausschmissen und Rationalisierungen nicht einmal die minimalsten Informations- und Mitwirkungsrechte der Betriebsräte beachten, die das Betriebsverfassungsgesetz gewährt. Ein Betriebsrat berichtete z.B., daß die Kapitalisten behaupteten, sie könnten keine Informationen geben, da angeblich gar keine langfristige Planung bestünde.

Der Singer Karstadt-Chef machte nun deutlich, daß er Informationen über derartige Praktiken mit Polizei-Gewalt unterbinden will.

Paradox nun die Stellungnahme der Gewerkschaftsführer im neuesten „Ausblick" (3/76): Es ginge jetzt nicht um „Vorwürfe", sondern um den Aufruf: *„Wir wollen versuchen, es immer wieder besser zu machen! Dazu müssen wir z u s a m m e n h a l t e n."*

Eine schöne Gemeinsamkeit: Der Kapitalist läßt Gewerkschaftsverteiler abführen, die Gewerkschaftsführung bittet um Zusammenarbeit. ●

Der KBW meldet sich zu Wort

Nach längerer Beobachtungszeit versucht der KBW, nun in der Hamburger HBV Fuß zu fassen. Am 4.3.76 erschien eine sechsseitige HBV-Extra-Ausgabe der „KVZ" über die letzten Mitgliederversammlungen. Darin versucht sich der KBW, als Vorkämpfer der „Einheit" der HBV-Massen zu profilieren. Ein Beispiel dazu soll hier genügen:

Die HBV-Mitgliederversammlung hatte mehrheitlich die Forderung nach 200,- DM mehr erhoben, der KBW setzt sich nun „um der Einheit willen" für 170, –DM ein, dem offenbar der Wunsch der Mehrheit nach „einem Ausgleich für die Teuerung" (Zitat „KVZ") untergeordnet werden muß. Die Forderung von 170,–DM ist dem KBW zufolge deshalb „richtig", damit „eine tariffähige Einheit der Kollegen im Kampf für die Durchsetzung erreicht werden kann" („KVZ"-Extra).

Dabei berief sich der KBW auf seine eigene Auswertung der Fragebögen, die von der HBV- Gewerkschaft wie jedes Jahr vor der Tarifrunde an die Mitglieder und Kollegen gegangen waren. Der KBW behauptet, 43 % der Antworten hätten einen Festbetrag von 170, –DM gefordert. Tatsächlich hatten 43 % sich lediglich für einen Festbetrag überhaupt als Tarifforderung ausgesprochen. Die breite Zustimmung der Massen zum KBW-Vorschlag war wieder einmal ermogelt. Die 170,–DM zeichnen sich lediglich dadurch aus, daß sie die niedrigste Festbetragsforderung war, die auf der Mitgliederversammlung überhaupt vorgelegen hatte – nämlich von der Betriebsgruppe der Hamburg Mannheimer. Die Gewerkschaftsführung darf sich beim KBW bedanken. Eine scheinlinke Einheitsargumentation will die Initiative der Mehrheit der aktiven Kollegen nach einem Teuerungsausgleich möglichst tief runterdrücken. ●

Kaufhäuser: Mehr Umsatz – weniger Kollegen

Für die Kaufhof-Aktionäre brachte das Geschäftsjahr 1975 90 Millionen Mark Dividende (10,–DM pro Aktie mit 50,– DM Nennwert). (Im Vorjahr waren es 81 Millionen).

Der Umsatz stieg um 8,7% 1975 und im Januar 1076 bereits um neun Prozent. Die Verkaufsflächen wurden erweitert (2,3%), z.B. wurde ein neuer Kaufhof und zwei neue Kaufhallen in Betrieb genommen.

Für die Kollegen brachte dieses gute Geschäftsjahr jedoch Entlassung und Mehrarbeit:

Die Belegschaft wurde um 2,5% auf nur noch 54.300 Kollegen verringert! Bei der Kepa-Kaufhaus GmbH ging sogar bei einer Vergrößerung der Verkaufsflächen um 2% die Belegschaft um 3,6% zurück („SZ", 7.1.76). ●

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg



8. MÄRZ INTERNATIONALER FRAUENTAG



Zum diesjährigen 8. März haben die Frauengruppen des KB in einer Reihe von Städten Veranstaltungen und Feste organisiert.
Zum Teil ging die Beteiligung erheblich über das hinaus, was der KB sonst an diesen Orten mobilisiert. Hier ein erster Überblick:

5.000 in Hamburg

Am 12. März fand in Hamburg eine Großveranstaltung statt, zu der sich eine breite Frauenaktionseinheit zahlreicher Frauengruppen gebildet hatte. Insgesamt rund 5.000 Menschen nahmen daran teil. Es wurde eingangs eine Rede im Namen der veranstaltenden Frauengruppen gehalten. Stürmisch begrüßt wurde eine Genossin der OMA, der Frauenorganisation der MPLA Angolas.

Von einer Vertreterin des chilenischen Widerstandes (MIR) wurde eine Grußadresse verlesen.

Etwa 3.000 Menschen fanden anschließend an dem Theaterstück „Bravo Girl" vom Klecks-Theater große Freude, während andere Filmveranstaltungen besuchten. Ein reichhaltiges Programm von Initiativen wie Stellwände, Informationstische, Theatergruppen, Musikgruppen, Solomusikanten etc. fand später in den Räumen der Mensa und der ESG statt.

Die Solidarität mit dem internationalen Kampf der Frauen wurde nicht nur in der Eingangsrede zum Ausdruck gebracht, sondern sollte auch durch eine große Spendensammlung für die Frauen Angolas, Vietnams und der Westsahara gezeigt werden.

Jedoch veränderte die Uni-Bürokratie am Morgen des 12.3. noch den Vertrag dahingehend, daß sie eine Spendensammlung im Audi-Max verbot. So konnte nur „nebenbei" gesammelt werden. Daher können wir hier „nur" ein für Hamburger Verhältnisse sehr mickriges Spendenergebnis von rund DM 8.000,- veröffentlichen.

Wir wollen hiermit die Gelegenheit nutzen, alle Menschen, die gern gespendet hätten und es noch wollen, darauf hinweisen, daß wir zu dem Zweck ein Konto haben: 8. März, Internationaler Frauentag.

Bremen

Am 4.3. fand in Bremen eine Veranstaltung statt, zu der die AG Frauen des KB eingeladen hatte. Die Frauengruppen des Bremer Frauenzentrums unterstützten aktiv die Veranstaltung. Etwa 300 Frauen und Männer waren gekommen, und damit war das Kino, in dem diese Veranstaltung stattfand, völlig überfüllt.

Es wurde ein Referat zum internationalen Kampf der Frauen für Gleichberechtigung und Befreiung gehalten, dann kamen einige Musikvorträge, und der Höhepunkt war der Film „Salz der Erde". Zur anschliessenden Diskussion mußten wir das Kino leider verlassen, da nach unserer Veranstaltung noch eine Filmvorführung war. Wir zogen um ins Frauenzentrum, und es kamen noch über 80 Menschen – überwiegend Frauen – mit.

In der recht lebhaften Diskussion wurde einiges zum Frauenzentrum und der Arbeit der Frauengruppen gesagt, zur Arbeit des KB und zum Film. Der Schwerpunkt der Diskussion lag auf der besonderen Unterdrückung der Frau, der Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Frau und der Notwendigkeit, besondere Frauenarbeit zu leisten.

Nach der Veranstaltung wurde eine Spendensammlung zugunsten der OMA durchgeführt.

Durch Spenden und Verkäufe kamen DM 314,25 zusammen.

Emden

In Emden wurde am 4.3. eine Filmveranstaltung mit anschließender Diskussion durchgeführt. Es kamen 35 Menschen zu der Veranstaltung.

Neben einer Reihe von kurzen Referaten über Betriebskämpfe von Frauen wurde der Film „Kinder für dieses System" gezeigt.

Anschließend diskutierte man über die Lage der Frauen in der BRD, im besonderen über die doppelte Unterdrückung und Ausbeutung der Frau.

Weitere Veranstaltungen fanden statt in Westberlin (400 Teilnehmer), Bremerhaven (160), Kiel (140) und Göttingen (130). ●

Internationaler Frauentag in Portugal

Der Internationale Frauentag wurde in Portugal als ein Kampftag, ein Tag der Mobilisierung der portugiesischen Frauen zur Bewußtwerdung über ihre Lebensbedingungen und ihre Rechte gefeiert.

Im ganzen Land wurde an diesem Tag (auch in der Tagespresse) an den

Lebensbedingungen und ihre Rechte gefeiert.
Im ganzen Land wurde an diesem Tag (auch in der Tagespresse) an den

8. März 1857 erinnert, als 129 Textilarbeiterinnen in New York Opfer einer verbrecherischen Brandstiftung durch den Kapitalisten ihres Betriebes wurden, in dem sie für die Herabsetzung ihrer Arbeitszeit und für besseren Lohn streikten.

In diesem Jahr standen die Veranstaltungen zum Weltfrauentag in Portugal, die am 8. März begannen und bis zum 13. März dauerten, speziell unter dem Motto der Solidarität der portugiesischen Frauen mit den angolanischen Frauen.

Auftakt war eine Großveranstaltung am Abend des 8. März in der Messehalle in Lissabon, zu der die MDM (Demokratische Frauenbewegung) und die UMT (Union der werktätigen Frauen) aufgerufen hatten, und an der eine Delegation der OMA (Organisation der Frauen Angolas) teilnahm.

In Porto fand am 8. März ebenfalls eine Veranstaltung statt, zu der die MDP und verschiedene andere Frauenorganisationen aufgerufen hatten.

die MDP und verschiedene andere Frauenorganisationen aufgerufen hatten.

In Almada wurde eine Ausstellung von internationalen Kinderzeichnungen und Photographien eröffnet, die im Oktober '75 anläßlich des letzten Weltfrauenkongresses in Berlin (DDR) zusammengestellt worden war.

Ein wichtiges Thema der portugiesischen Frauen bei allen Veranstaltungen und Demonstrationen waren die bevorstehenden Wahlen. Viele Rednerinnen riefen die portugiesischen Frauen auf, bei den Wahlen nicht zu einem Wählerreservoir der Reaktion zu werden, sondern selbständig zu entscheiden, wer ihre Interessen vertritt.

(Nach „A Capital", 8. und 9.3.76). ●

Portugal-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

DKP will Frauen verarschen

Blümchen statt Politik

Mit der DKP
Preise stoppen –
Arbeitsplätze sichern –
für die Rechte
der Frauen kämpfen.

Zum Internationalen Frauentag die besten Wünsche

Deutsche Kommunistische Partei

Am internationalen Frauentag, 8. März, wollte die DKP sich – wie schon in früheren Jahren – wohl nicht lumpen lassen: Vor dem Hamburger Chemie-Betrieb Beiersdorf (60% Frauen) verteilten drei DKPler rote Nelken. Früher gab's als Zugabe wenigstens ein Flugblatt, in dem ein paar Takte zur Bedeutung dieses Tages gesagt wurde, so daß die Frauen wenigstens lesen konnten, warum man ihnen das Blümchen in die Hand gedrückt hatte.

Inzwischen ist die DKP wohl zu der Meinung gekommen, daß so ein Flugblatt schon „zu politisch" wäre. So gab's heuer nur ein kleines Kärtchen: Vorderseite eine rote Nelke und in schnörkeliger Schönschrift (wie sich die DKP halt den Geschmack von Frauen vorstellt) die Worte *„8. März 1976. Internationaler Frauen"*. Innendrin stand auf der rechten Seite – wieder in Schönschrift – *„Zum Internationalen Frauentag die besten Wünsche"*. Und links war zu lesen: **„Mit der DKP Preise stoppen – Arbeitsplätze sichern – für die Rechte der Frauen kämpfen"**. – Das war der gesamte Text, mehr mochte die DKP uns einfach nicht zumuten. So war es nicht weiter verwunderlich, daß viele Frauen verwirrt fragten: „Ist denn heute Muttertag oder was soll das?".



Wenn eine Partei, die etwas für die Frauen t u t, ihnen auch einmal eine rote Nelke schenkt, dann wäre das eine hübsche Geste. Wenn aber eine Partei, die effektiv n i c h t s für die Frauen tut, plötzlich mit Blümchen und blöden Schnacks vorm Betrieb aufkreuzt, dann ist das eine Anmache! Wo war die DKP, als in Hamburg gegen das Abtreibungsverbot demonstriert wurde? Wahrscheinlich hat sie da grad ihre Blümchen begossen?! Und „Preise stoppen", „Arbeitsplätze sichern", das hätten wir Frauen schon gern. Aber auf die Frage „W i e"? bekommen wir nur die selten dämliche Antwort „Mit der DKP". So genau wollten wir's gar nicht wissen! ... ●

Eine Beiersdorf-Genossin
und Arbeitsgruppe Frauen

Internationaler Frauentag auch in Algerien gefeiert

In Algerien wird die Frauenemanzipation verstanden als ein Teil des Aufbaus eines sozialistischen Staates. Dementsprechend werden von den Frauen zum Internationalen Frauentag konkrete Aktionen im Dienste des Staates durchgeführt. Die Frauen aus den Städten machen Volontariate in der Landwirtschaft und sanitäre Aktionen in den ländlichen Gebieten. Es werden Theaterstücke aufgeführt und Filme gezeigt, die den Kampf der Frau in der Revolution behandeln. Das Motto lautet in diesem Jahr *„Mobilisierung und Wachsamkeit für die Verteidigung und Vertiefung der Errungenschaften der Revolution und Solidarität mit den Frauen, die für ihre Unabhängigkeit kämpfen"*.

Bemerkenswert ist, daß alle berufstätigen Frauen einen bezahlten halben freien Tag bewilligt bekommen haben, um an Demonstrationen und Aktivitäten teilnehmen zu können.

Höhepunkt ist eine Versammlung am 13. März in Constantine, zu der Vertreter aus Westsahara, Palästina und Chile kommen sollen. Wie bitter notwendig die algerische Frau Schritte zur Emanzipation hat, zeigen folgende Zahlen: Die Zahl der berufstätigen Frauen beträgt 4 %. Über 80 % der Frauen sind noch Analphabeten. ●

Nahost-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

China
Kampf zweier Linien?

In der VR China ist seit mehreren Wochen eine Kampagne mit Wandzeitungen, Artikeln in der Presse und Diskussionen in Fabriken, Schulen und Universitäten im Gange.

Erklärtes Ziel sind „reuelose Mitglieder der Partei, die den kapitalistischen Weg gehen", „Rechtsabweichler in der Partei" und Urheber eines „rechtsabweichlerischen Winds zur Aufhebung früherer Beschlüsse" (Anm. 1). Vielfach wird auf den Wandzeitungen namentlich Deng Hsiao-ping angegriffen. Er war bereits während der Großen Proletarischen Kulturrevolution 1966/67 angegriffen und „gestürzt" worden, jedoch 1973 überraschend „rehabilitiert" worden und hatte einen raschen Wiederaufstieg zum Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros des ZK der KP Chinas und zum Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten erlebt.

Die bürgerliche Presse erwähnt inzwischen auch Angriffe auf Tschu En-lai, der als Hauptverantwortlicher für die „Rehabilitierung" Deng Hsiao-pings bezeichnet wird (Anm. 2) sowie auch Maos Frau Tschiang Tsching (Anm. 3).

Was bedeutet die jetzige große Kampagne gegen die „Rechtsabweichler"? Die bürgerliche Presse spricht allgemein von einer Kampagne der „linken Fraktion" der KP Chinas gegen die „Pragmatiker" um Deng Hsiao-ping. Die falschen „Freunde Chinas" – in Wahrheit blinde Opportunisten – hüllen sich in Schweigen (KBW), verstecken sich hinter dem Nachdruck von Artikeln der „Peking Rundschau" („KPD/ML") oder widmen ihre Aufmerksamkeit mit halbseitigen Artikeln den beachtlichen Aktivitäten chinesischer Sportgrößen ("KPD"). Sie alle scheinen erst einmal eine „Klärung" – die unzweideutige Festlegung der von nun an nachzubetenden „richtigen Linie" – abzuwarten, bevor sie sich zu den Vorgängen äußern ...

Die Politik des Kommunistischen Bundes und des ARBEITERKAMPF hingegen bestand noch nie in opportunistischer Anpassung an die jewei-
hingegen bestand noch nie in opportunistischer Anpassung an die jeweilig
lig vorherrschenden Strömungen einer „Vaterpartei". So haben wir z. B. von Anfang an die „Rehabilitierung" Deng Hsiao-pings offen als ein schlechtes Zeichen für die Entwicklung der VR China gewertet. In einer AK-Sondernummer, die Anfang 1975 erschien, wurde unter der Überschrift „Ein ‚Parteimachthaber auf dem kapitalistischen Weg'" die „Karriere" Deng Hisao-pings dargestellt. Der Artikel schloß mit einem Hinweis der „Süddeutschen Zeitung", daß Deng Hsiao-ping *„starke Widersacher in den eigenen Reihen"* habe, sowie unserem Kommentar „Das hören wir gern!" (Anm. 4).

Es liegt demnach auf der Hand, daß die jetzige Kampagne gegen die „Rechtsabweichler" und insbesondere offenbar gegen Deng Hsiao-ping innerhalb des Kommunistischen Bundes und unter seinen Sympathisanten Erwartungen, aber auch Fragen ausgelöst hat.





In der Großen Proletarischen Kulturrevolution 1966/67 bekam Deng Hsiao-ping eins auf den Kopf und wurde „gestürzt". Jetzt scheint es zum zweitenmal soweit zu sein. Besser wäre, wenn es sein „Come Back" nie gegeben hätte!
Die Abbildungen zeigen Wandzeitungen von 1967. Links ist Deng's Kopf als zweiter von links zu erkennen. Auf der rechten Karikatur kriegt Deng (Mitte) zusammen mit „Chinas Chruschtschow", Liu Schao-tschi/ (links) Dresche.

Außenpolitik noch weiter nach rechts

Bedeutet die jetzige Kampagne gegen die „Rechtsabweichler" und gegen „kapitalistische Tendenzen" eine Linkswendung in der Politik der VR China? Welche Konsequenzen werden sich für die Außenpolitik ergeben?

Was diesen, für uns naturgemäß am sichtbarsten Punkt angeht, so ist festzustellen, daß er bisher anscheinend nicht Gegenstand der Auseinandersetzungen ist – abgesehen von Kritiken am Import „westlicher" Technologie zur Industrialisierung Chinas, anstelle der Politik „Sich auf die eigenen Kräfte stützen". Der neue amtierende Ministerpräsident Hua Guo-feng hat jedenfalls versichert, „die inneren Auseinandersetzungen Chinas ändern nichts an seinem außenpolitischen Kurs" (Anm. 5).



1976: Die aktuelle Kampagne – Wandzeitungen in der Pekinger Universität.

1976: Die aktuelle Kampagne – Wandzeitungen in der Pekinger Universität.

Sicher war es ein Zufall, daß Hua Guo-fengs erste Gesprächspartner ausgerechnet der Kriegs- und sonstige Verbrecher Richard Nixon sowie die CDU-Politiker Dregger und Marx – mit dem Faschisten Löwenthal und „Welt"-Chefredakteur Kremp im Gefolge! – waren. Kein Zufall war jedoch ebenso sicher, daß Hua Guo-feng und sein Außenminister Tschiao Guan-hua mit teilweise haarsträubenden Äußerungen die „Stabilität" der chinesischen Außenpolitik demonstrierten.

So machte Ministerpräsident Hua Guo-feng in seiner Tischrede für Nixon offen alles scheinheilige Gerede vom Kampf gegen „b e i d e Supermächte" zum Hohn, indem er einseitig die Sowjetunion angriff und zugleich erklärte, China und die USA hätten „in der heutigen Welt zahlreiche gemeinsame Ansichten". Er behauptete, die Sowjetunion habe *„ihre raffgierigen Hände überallhin ausgestreckt". „Die einzige realistische und wirkungsvolle Weise, um dieser Lage Herr zu werden, erfordert von den Weltvölkern eine Erhöhung ihrer Wachsamkeit, Stärkung ihrer Einheit und sorgfältige Vorbereitungen gegen einen Krieg. Man wird sich daran erinnern, daß Nixon im Juni 1972 geschrieben hat, daß sich aggressive Ambitionen nicht durch Idealismus in Schach halten lassen"* (Anm. 6).

Diese Worte stellen eine offene Parteinahme nicht bloß für den US-Imperialismus i n s g e s a m t, sondern für seine am meisten aggressiven, kriegstreiberischen Vertreter dar. In einem noch widerwärtigeren Licht erscheint diese Lobrede Hua Guo-fengs auf Nixon, wenn man sich den Hintergrund von dessen damaliger Äußerung vergegenwärtigt: Gerade eben, im Mai 1972, hatte Nixon angeordnet, die Küsten und Häfen Nordvietnams zu verminen und den Bombenterror gegen den Süden zu verstärken!!

Außenminister Tschiao Guan-hua gab sich Mühe, es dem neuen amtierenden Ministerpräsidenten gleichzutun. Auch er verlor in seiner Tischrede zu Ehren von Marx und CDU-Rechtsaußen Dregger kein Wort über die NATO und den US-Imperialismus, sondern sprach nur gegen die Sowjetunion: *„Erst kürzlich haben einige führende Politiker Westeuropas öffentlich auf die Tatsache aufmerksam gemacht, daß diese Supermacht ihre Aufrüstung und Kriegsvorbereitung beschleunigt, und darauf hingewiesen, von welcher Seite Europa wirklich bedroht wird".* Diese Politiker seien „weitsichtige Staatsmänner" – und Dregger versäumte natürlich gleich anschließend in seiner Erwiderungsrede nicht, mit einer wilden Hetzrede gegen die Sowjetunion und gegen die angebliche „Entspannungspolitik" der SPD auch seine eigene „Weitsichtigkeit" unter Beweis zu stellen.

Tschiao Guan-hua behauptete ferner – unter unverschämter Einmischung in die Interessen der europäischen Völker! – *„die Wiedervereinigung der deutschen Nation"* bedeute *„keinerlei Gefahr für die europäischen Völker". „Die Hegemonisten* (d. h. die Sowjetunion – Anm. AK) *haben dem deutschen Volk* (!!!) *verschiedenes anzuhängen versucht, falsche Beschuldigungen, in der Absicht, den Völkern Europas Angst einzujagen. Allen Staatsmännern der Bundesrepublik Deutschland, die die nationale Wiedervereinigung hochhalten, die gegen die Spaltung der Nation Widerstand leisten und die den Mut haben, die Expansionsgelüste und die Aggressionspläne der Hegemonisten anzuprangern, wird das Etikett ‚Revanchist' und ‚Nazi' aufgeklebt"* (Anm. 7).

Deutlich gesagt: Das ganze reaktionäre, antikommunistische Gesindel – von dem Tschiao Guan-hua mit Dregger und Löwenthal zwei Musterexemplare direkt vor sich hatte! – sind keine Nazis oder Revanchisten, sondern lobens- und liebenswerte „weitsichtige Politiker". Der Revanchismus und die vom BRD-Imperialismus ausgehende Aggressivität existieren gar nicht wirklich, sondern sind eine Erfindung der „Sozialimperialisten", um die Völker Europas zu erschrecken. Und die BRD-Imperialisten „rüsten nicht etwa aus aggressiven, kriegstreiberischen und räuberischen Absichten, sondern aus „Weitsichtigkeit"!

Diese Äußerungen liegen zwar auf der bisherigen Linie der chinesischen Außenpolitik, stellen aber wohl doch erkennbar einen weiteren Ruck nach rechts dar.

Ein weiterer Anhaltspunkt ist, daß die chinesische Außenpolitik nicht nur an ihrer konterrevolutionären Haltung zu Angola festhält, sondern sich auch immer offener mit den Hauptstützen der pro-imperialistischen Marionettentruppen FNLA und UNITA, den reaktionären Regimes von Zaire und Sambia, solidarisiert. So wird beispielsweise die fortschrittliche Opposition in Sambia in der chinesischen Presse als *„Eindringlinge, Umstürzler, Aufwiegler, Gerüchtemacher"* und *„von einer sozialimperialistischen Macht bezahlt"* diffamiert (Anm. 8).

Vielleicht ist es auch kein Zufall, daß gerade während der brutalen Aggression Marokkos und Mauretaniens gegen das Volk der Westsahara der mauretanische Justizminister als Sonderbotschafter seines Präsidenten am 16. Februar von Hua Guo-feng zu einem *„herzlichen und freundschaftlichen Gespräch"* empfangen wurde (Anm. 9). Jedenfalls hat die VR China bis heute keine Bekundung der Solidarität mit dem Volk Westsaharas und seiner Befreiungsfront POLISARIO abgegeben. Die westdeutschen Nachbeter der chinesischen Außenpolitik, die bisher (ebenso wie der KB) alle propagandistisch die POLISARIO unterstützten, sollten sich jedenfalls nicht wundern, wenn sie bald eine böse Überraschung erleben und wieder einmal einen Salto rückwärts machen müssen! ...

Bemerkenswert ist wohl auch eine Äußerung der chinesischen Presse zum „Bürgerkrieg" im Libanon, d.h. zum Versuch der Reaktion und der Faschisten, mit Unterstützung des Imperialismus und Zionismus den palästinensischen Widerstand und die libanesische Linke abzuschlachten: „Besonders der sowjetische Sozialimperialismus schürte das Feuer, säte Zwietracht, um sich Vorteile zu verschaffen". Waren es in Angola „Stammeskonflikte", so wird nunmehr in chinesischen Kommentaren aus dem Angriff der Faschisten ein „konfessioneller Konflikt zwischen Christen und Moslems" (Anm. 10).

Alle erkennbaren Anzeichen deuten also darauf hin, daß wir es in der chinesischen Außenpolitik nach dem Tode Tschu En-lais, nach dem Beginn der Kampagne gegen Deng Hsiao-ping und der Ernennung von Hua Guo-feng zum amtierenden Ministerpräsidenten bisher nicht mit Ansätzen einer Rückbesinnung auf den proletarischen Internationalismus zu tun haben, sondern mit einer weiteren Verschärfung der bisherigen konterrevolutionären Positionen.

Es stellt sich die Frage, ob es möglich ist, daß sich in der I n n e n politik eine Linkswende anbahnt, während der a u ß e n politische Kurs weiter nach rechts geht und bisher auch gar nicht Gegenstand der laufenden öffentlichen Debatte ist. Jede tiefgreifende Linkswende in der Innenpolitik müßte früher oder später zwangsläufig auch die konterrevolutionären Positionen in der Außenpolitik in ihre Kritik einbeziehen. Ob das der Fall sein wird, kann nur die Zukunft zeigen. Wir können vorerst lediglich versuchen, den p o l i t i s c h e n I n h a l t der gegenwärtigen Kampagne gegen die „Rechtsabweichler" so weit wie möglich zu verstehen und ihn in die Entwicklung der letzten Jahre einzuordnen.

Hua Guo-feng: Wirtschaft und „Öffentliche Sicherheit"

Als Ministerpräsident Tschu En-lai am 8. Januar nach langem Leiden an Krebs starb, galt sein Erster Stellvertreter Deng Hsiao-ping natürlicherweise als sein Nachfolger. So kam es einigermaßen überraschend, als sich am 7. Februar plötzlich Hua Guo-feng als amtierender Ministerpräsident der VR China vorstellte, denn unter den zwölf Stellvertretern Tschu En-lais hatte er nur den 6. Platz gehalten.

Hua Guo-feng ist bisher lediglich a m t i e r e n d e r Ministerpräsident, wie er selbst auch gegenüber ausländischen Gesprächspartnern hervorhob. Dies läßt die Möglichkeit offen, daß er das Amt lediglich für eine Übergangszeit ausübt oder daß seine Bestätigung durch das ZK der KPCh noch aussteht.

Hua Guo-feng ist etwa 55 Jahre alt. Von 1949 bis 1967 soll er Parteisekretär in einem Bezirk der Provinz Hunan gewesen sein, seit 1958 Mitglied der Provinz-Parteileitung, seit 1961 Parteisekretär der Provinz. Außerdem war er von 1958 bis 1967 Stellvertretender Provinz-
leitung, seit 1961 Parteisekretär der Provinz. Außerdem war er von 1958 bis 1967 Stellvertretender Provinz-
Gouverneur von Hunan. 1968 wurde er Stellvertretender Vorsitzender des neugebildeten Revolutionskomitees der Provinz.

Hua Guo-feng hat sich in dieser Zeit vor allem als Wirtschafts-Fachmann bewährt. In seinen Arbeitsbereich fielen Bewässerungsprojekte, Kampagnen zur Produktionssteigerung, Sparsamkeitskampagnen u. ä.

Der IX. Parteitag der KP Chinas 1969 wählte Hua Guo-feng ins ZK; der X. Parteitag 1973 wählte ihn auch ins Politbüro des ZK.

Seit etwa November 1971 soll sich Hua Guo-feng vornehmlich in Peking aufgehalten haben. Ende 1972 soll er kurzfristig das Amt des Ersten Politischen Kommissars der Militärregion von Kanton innegehabt haben.

Der IV. Nationalkongreß der VR China im Januar 1975 machte Hua Guo-feng zu einem der zwölf Stellvertretenden Ministerpräsidenten und gleichzeitig zum Minister für Öffentliche Sicherheit (In der Regel haben die Stellvertretenden Ministerpräsidenten k e i n Ministeramt). Als Minister unterstehen Hua Guo-feng die Polizei, der Geheimdienst, Grenzsicherungseinheiten, Werkschutzeinheiten, das Gerichtswesen und der Strafvollzug (Anm. 11).

Hua Guo-feng steht also – neben seiner Funktion als amtierender Regierungschef – an der Spitze des neben der Armee wichtigsten Teils des Staatsapparats. Zugleich ist er als einer der führenden Männer in der zentralen Wirtschaftsplanung und -lenkung anzusehen. Dies wurde dadurch unterstrichen, daß er auf der „Landeskonferenz für das Lernen von Dadschai", die von Mitte September bis Mitte Oktober 1975 stattfand, das Hauptreferat hielt.

Ein neuer „Großer Sprung nach vorn"

Die „Landeskonferenz für das Lernen aus Dadschai" war der bisher wichtigste Teil der Vorbereitungen auf den neuen Fünfjahresplan der für den Zeitraum 1976 bis 1980 gelten soll.

Der neue Fünfjahresplan setzt sich laut Tschu En-lai das Ziel, bis 1980 *„ein unabhängiges, relativ vollständiges System der Industrie und der Volkswirtschaft insgesamt aufzu-*

Forts. Seite 26

bauen" (Anm. 12), als Teil des Planes, die VR China noch vor dem Jahr 2000 zu einem modernen Industriestaat zu entwickeln, „*damit die Volkswirtschaft unseres Landes in den vordersten Reihen der Welt stehen kann*" (Tschu En-lai). Hierbei nimmt der laufende Fünfjahresplan eine Schlüsselstellung ein.

Ausgehend von der alten Devise der chinesischen Wirtschafts- und Industrialisierungspolitik **„Die Landwirtschaft als Grundlage und die Industrie als führenden Faktor betrachten"**, kommt auch im neuen Fünfjahresplan der Entwicklung der Landwirtschaft eine zentrale Bedeutung zu: Bis 1980 soll „*die große Aufgabe... der Mechanisierung der Landwirtschaft ... im großen und ganzen erfüllt werden*" (Anm. 13). In diesem konkreten Zusammenhang ist die Parole „Von Dadschai lernen", zu sehen. Es wird von einer neuen Etappe in der Entwicklung der Landwirtschaft gesprochen, die in ihrer Bedeutung auf eine Stufe gestellt wird mit den bisherigen Etappen Landreform, Vergenossenschaftung (1956) und Volkskommunen-Bewegung (1958).

Aus verschiedenen Äußerungen wird deutlich, daß die Ziele bis 1980 so hoch gesteckt sind, daß sie nur unter größten Anstrengungen, bei Mobilisierung aller Kräfte, erreicht werden können. So hieß es beispielsweise in einem Kommentar von „Radio Peking" über die erwähnte „Landeskonferenz für das Lernen von Dadschai": „.... *Nur fünf Jahre sind geblieben bis zum Ende des Jahres 1980. Das entscheidende Stadium zur Erreichung der landwirtschaftlichen Mechanisierung hat begonnen. Die Zeit drängt und die Aufgabe ist schwierig. Was sollen wir tun?...*" – Auf diese Frage wurde die Antwort gegeben: „*Wenn wir eine korrekte Linie und Politik einhalten, die Führung stärken, Gesamtpläne machen, kraftvolle Massenbewegungen auslösen und sowohl den zentralen wie auch örtlichen Autoritäten volle Initiative überlassen, dann ist es durchaus möglich, die landwirtschaftliche Mechanisierung des ganzen Landes grundlegend bis 1980 zu erreichen*" (Anm. 14). Auch Hua Guo-feng hob in seiner Rede auf der Konferenz hervor, daß „*große Anstrengungen*" nötig seien, denn „*nur so kann die große Aufgabe – die Mechanisierung der Landwirtschaft bis 1980 – im großen und ganzen erfüllt werden*" (Anm. 15).

Die gegenwärtige Kampagne gegen „kapitalistische Tendenzen" und namentlich auch gegen die Gruppe um Deng Hsiao-ping steht offensichtlich in einem direkten Zusammenhang mit Auseinandersetzungen um die Verwirklichung der gesetzten Ziele. So wies bereits Hua Guo-feng in seiner Rede auf der „Landeskonferenz für das Lernen von Dadschai" darauf hin, daß für die Verwirklichung des Plans, die „*Erziehung der Bauernschaft*" ein „*ernstes Problem*" sei. Da „*es in der sozialistischen Gesellschaft noch Klassen und Klassenkämpfe gibt*", und vor allem wegen des „*traditionellen Einflusses der Kleinproduktion* unter den Bauern, würden „*unvermeidlich stets aufs neue bürgerliche Elemente entstehen*"; vor allem unter den „*wohlhabenden Mittelbauern*" gebe es „*immer noch eine ziemlich starke spontane Tendenz zum Kapitalismus*" (Anm. 16).

Die Bezirkskomitees der KPCh müßten „*geläutert*" werden (den Bezirkskomitees soll eine wesentliche Rolle bei der Leitung und Kontrolle der Wirtschaft zukommen.) **„Die in die Führungsorgane eingedrungenen schlechten Elemente werden eliminiert."**

„Personen, die sich weigern, ihre Fehler zuzugeben", müßten von ihren Posten abgelöst werden (Anm. 17).

„Pragmatiker" und „Utopisten" ?..

Die normale Interpretation der bürgerlichen Presse über die aktuellen Vorgänge in China lautet, daß es sich um einen Kampf zwischen „Pragmatikern" und „revolutionären Utopisten" handelt. Den ersteren gehe es darum, ein rasches Wachstum der Volkswirtschaft und des Lebensstandards durch Anwendung von „materiellen Anreizen" usw. zu erreichen; dagegen hätten die „revolutionären Utopisten" nur den Kopf voller „weltfremder Zukunftsideale" wie etwa die Gleichheit aller Menschen und die Errichtung einer kommunistischen Gesellschaft.

Typisch für diese Scheuklappen-Perspektive bürgerlicher Kommentatoren ist folgende Interpretation aus der „Frankfurter Rundschau": "*Die Debatte... geht letztlich um die Frage, wie China die gigantische Aufgabe der Modernisierung seiner Industrie, Landwirtschaft, Forschung, Wissenschaft und Verteidigung meistern kann, ohne daß seine ideologische Reinheit leidet.*"

Materielle Produktionsanreize, Akkordlöhne, Überstundenzuschläge, Kaufkraftgewinne würden die Modernisierung zweifellos beschleunigen, sie würden aber auch Maos Lehre, so sagen die Radikalen, verwässern, ja China in den Kapitalismus zurückgleiten lassen. Dem alten Praktiker Teng wird nun, verhüllt in einer Lawine ideologischer Argumente, im Grunde eine Tendenz zugeschrieben, wirtschaftliche Nützlichkeit, Rationalisierung und das Leistungsprinzip über die Forderungen der Vision Maos vom reinen Kommunismus und dem ‚neuen Menschen' zu stellen" (19. 2. 76).

Pragmatische Wirtschaftspolitiker gegen linke „Ideologen" – so stellt sich für die bürgerlichen Kommentatoren also die Sache dar. Die zu dieser These ganz offensichtlich widersprüchlich verlaufende Entwicklung der Außenpolitik der VR China bleibt demnach wohl ein rätselhaftes „Buch mit sieben Siegeln"...

Die bürgerlichen Kommentatoren sind allerdings leicht zu widerlegen, wenn man sich die „pragmatischen" Vorstellungen von Deng Hsiao-ping & Co. sowie deren praktische Auswirkungen einmal näher ansieht. **Tatsächlich wären diese Vorstellungen nämlich nicht geeignet, die wirtschaftliche Entwicklung Chinas in dem anvisierten Ausmaß und Tempo voranzubringen, sondern würden wahrscheinlich im Gegenteil ernste Rückschläge hervorrufen. Die permanente Krise der sowjetischen Landwirtschaft bietet dafür den anschaulichsten Beweis – dort werden all diese „pragmatischen" Vorstellungen, „materieller Anreiz" usw. seit Jahren angewendet! Mit wahrscheinlich „durchschlagendem" Erfolg, wie man sieht!**



1967: In der großen proletarischen Kulturrevolution wurden Revisionisten und Konterrevolutionäre zum Spott – und zur Freude der Massen – mit weißen Spitzenhauben durch die Straßen gefahren.

Welche Linie vertrat Deng Hsiao-ping?

Deng Hsiao-ping war bis zur Großen Proletarischen Kulturrevolution 1966/67 Generalsekretär der KP Chinas. Während der Kulturrevolution wurde er als „Chinas Chruschtschow Nr. 2" angegriffen und „gestürzt".

Nachdem Deng im April 1973 überraschend erstmals wieder in der Öffentlichkeit aufgetaucht war (anläßlich eines Banketts für den kambodschanischen Monarchen Sihanouk), ging Dengs zweite Karriere Schlag auf Schlag:

- Auf dem X. Parteitag der KPCh wurde Deng Hsiao-ping in das ZK gewählt (August 1973);
- kurz darauf wurde er auch in das Politbüro des ZK übernommen, obwohl der Parteitag ihn noch nicht einmal als Kandidaten gewählt hatte;
- der IV.Nationale Volkskongreß (Januar 1974) machte Deng zum Ersten Stellvertreter von Ministerpräsident Tschu En-lai;
- das 2. Plenum des X. ZK der KPCh übernahm Deng in den Ständigen Ausschuß des Politbüros des ZK – höchstes Gremium zwischen den Parteitagen! – und machte ihn gleichzeitig zu einem der sechs Stellvertreter von Vorsitzendem Mao Tse-tung.

Deng war der einzige chinesiche Politiker, der die Funktionen eines Stellvertretenden Parteivorsitzenden und Stellvertretenden Ministerpräsidenten in seiner Person vereinte;

- Ende Januar 1975 wurde Deng zum Generalstabschef der chinesischen Volksbefreiungsarmee ernannt;
- nachdem Ministerpräsident Tschu En-lai durch seine schwere Krankheit zunächst häufig und in den letzten Monaten ständig an der Ausübung seiner Amtsgeschäfte gehindert war, nahm Deng Hsiao-ping diese wahr.

Es heißt nunmehr in Wandzeitungen und Presse, Deng Hsiao-ping habe sich nicht wirklich von seinen Fehlern „bekehrt". Worin bestanden diese?

Kurz gesagt, wurde ihm während der Kulturrevolution vorgeworfen, er habe sich zusammen mit „Chinas Chruschtschow", Liu Schao-tschi, der Vergenossenschaftung der Landwirtschaft, der Volkskommunen-Bewegung und dem „Großen Sprung" 1959-61 widersetzt. Zusammen mit diesem habe er die Politik **„Drei Erweiterungen und eine Festlegung"** vertreten. Das bedeutet:

- **Erweiterung des Bodens für private Nutzung (Privatparzellen der Kommune-Bauern);**
- **Erweiterung des freien Marktes;**
- **Erhöhung der Zahl kleiner Unternehmen mit Eigenverantwortung für Gewinn und Verlust;**
- **Festlegung von Ertragsquoten auf Grund einzelner Haushalte.**

Häufig wurde ein Ausspruch Deng Hsiao-pings zitiert: „Solange die Produktion dadurch gesteigert wird, ist die bäuerliche Einzelwirtschaft zulässig. Ob die Katze weiß oder schwarz ist, solange sie Mäuse fängt, ist sie in Ordnung."

Ziel der Politik „Drei Erweiterungen und eine Festlegung" war – so wurde während der Kulturrevolution kritisiert –, daß „*eine schwarze Tendenz hervorgerufen werden sollte, in der sich die kapitalistischen Kräfte von Stadt und Land zu einem wütenden Angriff auf die Positionen des Sozialismus auf dem Lande zusammenfanden. Die Absicht dabei war, die Kollektivwirtschaft der Volkskommunen zu untergraben, den Sozialismus zu sabotieren und das rote China in ein Land der Finsternis zu verwandeln. Man bemühte sich so, emsig den Kapitalismus zu restaurieren, mit der Absicht, einen Weg vorzubereiten, auf dem man die Führung in Partei und Staat usurpieren konnte.*"

Außerdem wurde Deng Hsiao-ping ein langes Sündenregister vorgehalten:

- 1957 habe er „*tollwütig das sozialistische System angegriffen*";
- 1959 habe er den Rechtsabweichler, „*Erzintriganten*" und „*Karrieremacher*" unterstützt und habe davon geträumt, „*die Führung des Zentralkomitees der Partei mit Vorsitzendem Mao an der Spitze zu stürzen und China ins revisionistische Fahrwasser zu bringen*";
- 1959-61 („*in den drei Jahren vorübergehender Schwierigkeiten*" durch Naturkatastrophen usw.) habe sich Deng mit Liu Schao-tschi und „*finsteren Elementen im In- und Ausland*" verbunden, „*um in boshafter Weise die drei roten Banner – Generallinie der Partei, Großer Sprung vorwärts und Volkskommune – anzugreifen*" (Anm. 18).

Einigermaßen auffällig ist dabei nicht bloß, daß es immerhin bis 1966/67 dauerte, bevor Liu und Deng „gestürzt" wurden, sondern daß Deng ab 1973 einen Aufstieg erlebte, der ihm schließlich eine grössere Machtfülle als je zuvor brachte.

Für die westdeutschen Nachbeter der jeweils „richtigen Linie" aus China stellt dies allerdings kein Problem dar: Deng Hsiao-ping sei 1973 rehabilitiert worden, weil er Selbstkritik an seinen früheren Fehlern geübt habe. Inzwischen scheint es, daß er sich gar nicht wirklich gebessert hat. So kann man sich in einem Menschen täuschen!....

Wenn Deng Hsiao-ping seit 1957 bis 1966/67 Widerstand gegen die Vergesellschaftung der Landwirtschaft geleistet hat, bevor es ihm an den Kragen ging, dann liegt es eigentlich auf der Hand, daß er dabei starke Unterstützung in Teilen der Partei hatte. Ebenso liegt es auf der Hand, daß sein Wiederaufstieg seit 1973 – zusammen mit einer ganzen Welle von Rehabilitierungen führender Partei- und Staatsfunktionäre, die während der Kulturrevolution „gestürzt" worden waren – nicht bloß die irrtümliche Wiederaufnahme eines nur scheinbar „reuigen Sünders" (bzw. ganzer Scharen von „reuigen Sündern"!!) war, sondern daß auch dies Teil eines scharfen Kampfes verschiedener Linien war und einen Vormarsch der in der Kulturrevolution zurückgedrängten rechten Kräfte signalisierte.

Dies wird unterstrichen durch Kommentare wie den folgenden im direkten Zusammenhang mit der gegenwärtigen Kampagne gegen die „reuelosen Mitglieder der Partei, die den kapitalistischen Weg gehen": „*Die Geschichte der vergangenen Jahre beweist, daß der Kampf zwischen den beiden Klassen, den beiden Wegen und den beiden Linien auf dem Lande ... sehr heftig blieb ... Und als Widerspiegelung dieses Widerspruchs hat der innerparteiliche Kampf zwischen den beiden Linien nie aufgehört*" (Anm. 19).

Einige Auswirkungen des „Pragmatismus"

Anfang 1975 wurde eine „Weisung" Mao Tse-tungs bekannt, in der es u.a. hieß: **„ ... China ist ein sozialistisches Land. Es war vor der Befreiung so gut wie kapitalistisch. Jetzt noch wird ein Lohnsystem von acht Kategorien praktiziert. Die Verteilung basiert auf dem Prinzip ‚Jedem nach seiner Leistung und Austausch mittels Geldes'; die Unterschiede zur alten Gesellschaft sind nicht bedeutsam. Der Unterschied besteht lediglich darin, daß sich die Eigentumsverhältnisse verändert haben ... Unser Land praktiziert gegenwärtig ein Warensystem, und auch das Lohnsystem ist ungleich, es gibt ein Lohnsystem von acht Kategorien usw. Diese können nur unter der Diktatur des Proletariats eingeschränkt werden. Deshalb ist es für Leute wie Lin Biao, wenn sie an die Macht kommen, sehr leicht, das kapitalistische System durchzusetzen. Darum sollten wir mehr marxistisch-leninistische Werke lesen. Lenin sagte: ‚Die Kleinproduktion erzeugt unausgesetzt, täglich, stündlich, elementar und im Massenumfang Kapitalismus und Bourgeoisie'. Dies tritt auch bei einem Teil der Arbeiterklasse und einem Teil der Parteimitglieder auf. Sowohl innerhalb der Reihen des Proletariats als auch unter den Mitarbeitern der Staatsorgane gibt es Leute, die sich einen bürgerlichen Lebensstil angeeignet haben"** (Anm. 20).

Die VR China ist ein sozialistisches Land. 86% des industriellen Produktionswertes werden laut offiziellen Statistiken von der volkseigenen Industrie erzeugt, 14% von der kollektiveigenen Industrie (Industrie der Volkskommunen). 90% der landwirtschaftlichen Produktion kommt aus der kollektivierten Landwirtschaft (der Rest teilweise von volkseigenen Wirtschaften, teilweise von Privatparzellen). Der staatliche Handel hat am gesamten Handel einen Anteil von 92,5%, der kollektive Handel 7,3%, der individuelle Handel 0,2% (Anm. 21).

Dennoch scheinen Warnungen vor dem **„Wachsen kapitalistischer Faktoren in Stadt und Land"** und vor dem **„Erscheinen neuer bourgeoiser Elemente"** (Anm. 22) nicht unbegründet.

So heißt es z.B., die „*neu geschaffenen bourgeoisen Elemente ... engagieren sich stark in kapitalistischen Aktivitäten; durch legale und illegale Mittel bringen sie einen Großteil des Reichtums, der dem Kollektiv und dem ganzen Volk gehört, auf die Seite. Obwohl ihre Zahl nicht groß ist, stellen sie doch für die sozialistische Sache und die Diktatur des Proletariats eine Gefahr dar*" (Anm. 23).

„*Bestimmte Leute mit spontanen kapitalistischen Tendenzen befassen sich mit freiem Anbau und freiem Handel und mißachten die Interessen des Staates und des Kollektivs und verkaufen ihre Produkte zu hohen Preisen durch freien Handel. Ja, sie spekulieren sogar. Durch bestimmte legale und illegale Methoden kommt eine kleine Zahl von Leuten zu immer mehr Geld ... Dadurch wird es in den ländlichen Gebieten zu einer Polarisierung kommen*" (Anm. 24).

Über die Handwerker, die meist den Kollektiven angegliedert sind, heißt es: „*Mit legalen oder illegalen Mitteln haben einige große Profite gemacht, und ihre Einkommen sind um das Mehrfache höher als die der einfachen Arbeiter. Dies hat die Lohnunterschiede verstärkt und zur Polarisierung geführt*" (Anm. 25).

Hinweise finden sich auf das Vorkommen von Spekulation, Korruption, Diebstahl, Erpressung usw.

Eine Quelle „spontaner kapitalistischer Tendenzen" ist zweifellos das Eigenland der Bauern, das sie als Nebenerwerb privat nutzen können. Dieses Eigenland soll fünf Prozent der gesamten vom Kollektiv genutzten Anbaufläche nicht überschreiten, und häufig ist offenbar der Anteil des Eigenlandes noch erheblich geringer (Anm. 26). Dennoch ergeben sich hier Widersprüche, z.B. zwischen der Zeit, die für die kollektive Wirtschaft eingesetzt wird, und der Zeit für den privaten Nebenerwerb auf Eigenland. Wenn das Eigenland auch fünf Prozent nicht überschreiten darf, so ist dennoch denkbar, daß die dafür aufgewendete Arbeitszeit die fünf Prozent übersteigt. Auch der individuell erzielte Gewinn kann über fünf Prozent des insgesamt erwirtschafteten Gewinns liegen, indem besonders „profitable" Produkte angebaut werden (Tabak, besondere Gemüse etc.).

Eine noch wesentlichere Quelle „spontaner kapitalistischer Tendenzen" ist der Widerspruch zwischen dem (staatlichen) Volkseigentum und dem kollektiven, genossenschaftlichen Eigentum der Kommunen. In den Beziehungen zwischen den Kollektiven und dem Staat besteht eine Tendenz der Kollektive, ihre „eigenen" Interessen über die des Staates zu stellen.

Hierfür einige Beispiele, die zeigen, wie diese „spontanen kapitalistischen Tendenzen" **das Wachstum der Produktivkräfte nicht etwa fördern, sondern hemmen:**

So heißt es in einem Kommentar: „*An vielen Plätzen hat sich die kapitalistische Neigung ausgebreitet, der Nebenproduktion viel Aufmerksamkeit zu schenken und der Landwirtschaft wenig, dem Geld viel Aufmerksamkeit zu schenken und dem Getreide wenig ... Das hat die Geschwindigkeit, mit der unsere Provinz auf die Dreifachernte zugeht, zu langsam gemacht*" (Anm. 27). – In diesem Fall geht es um den Anbau von Wintergetreide. Die Wintersaison, in der traditionell wenig landwirtschaftliche Arbeiten anfallen – das soll nun durch die Umstellung auf Dreifachernte geändert werden – war bisher besonders wichtig für die familiäre Nebenproduktion (Schweinezucht, Verkauf persönlicher Produkte, Handarbeiten etc.). Es liegt also auf der Hand, daß die angestrebte Steigerung der Getreideproduktion zunächst einmal mit den „privaten" Interessen der Bauern



Während der Kulturrevolution: Wandernde Rotgardisten sind in ein Dorf gekommen. Ein alter Bauer erzählt „von früher". Das soll es diesmal nicht geben!

auf Nebenerwerb zusammenstoßen muß.

Die Getreide-Erzeugung soll als „Hauptkettenglied" bei der allseitigen Entwicklung der Landwirtschaft behandelt werden (Anm. 28). Es bringt aber nicht so viel Gewinn wie andere Produkte, etwa Gemüse, Tabak u.a. Hieraus ergeben sich weitere Widersprüche nicht nur zwischen dem einzelnen und dem Kollektiv, sondern auch zwischen dem Kollektiv und dem Staat, indem die Getreide-Erzeugung z.B. zugunsten anderer Produkte vernachlässigt wird.

In China wird das Getreide generell vom Staat aufgekauft. Da Getreide rationiert wird, kommt es vor, daß Kollektive ihren Ertrag zu gering angeben, um mehr für sich selbst zurückzubehalten. So heißt es in einer Kritik: *„Das Gesamtbild der Getreideproduktion in Heilungkiang ist gut ... Jedoch fehlt einigen Lokalitäten noch das richtige Verständnis für die Weizenernte und sie haben es unterlassen, das Gesamtbild zu betrachten. Sie möchten mehr für sich selbst behalten, damit mehr in ihren Ortschaften verteilt werden kann und haben die Absicht, eine zu niedrige Produktionszahl anzugeben. Das ist falsch. Alle Parteiorganisationen müssen sich um eine sorgfältige Untersuchung und Überprüfung bemühen und mit einer vollständigen und zuverlässigen Schätzung der diesjährigen Getreideerträge herauskommen..."* (Anm. 29).

Nebenerwerbstätigkeiten der Kommunen bilden ein weiteres Feld von Auseinandersetzungen. Möglich ist, daß eine Kommune zugunsten profitablerer Nebenerwerbstätigkeiten beispielsweise die Getreideproduktion oder andere Aufgaben des Planes vernachlässigt. So wurde eine
duktion oder andere Aufgaben des
Planes vernachlässigt. So wurde eine
Kommune kritisiert, die im Nebenerwerb seit 1971 Transformatorenschalter produziert hatte: „ ... *Man habe sich bei dieser Produktion nicht nach dem Staatsplan gerichtet, sondern nach den Gesetzen des Marktwertes. Wenn man so weitermache, käme man schließlich zu einem kapitalistischen Unternehmen ...*" (Anm. 30).

Eine weitere Folge der Anwendung „materieller Anreize" auf dem Lande waren einzelne Tendenzen zur Landflucht, da es manchen Menschen, bei Fehlen einer p o l i t i s c h e n Motivation, dann einfach „reizvoller" erscheinen mußte, in der städtischen Industrie etc. zu arbeiten, wo das Lebensniveau insgesamt höher ist.

Gefördert werden soll in der Landwirtschaft ein verstärkter „Grundlagenaufbau" (Bewässerungsanlagen, ländliche Infrastruktur, Energiesektor, Flurbereinigung usw.) sowie die Errichtung von Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen auf Kreisebene, auf Ebene der Kommunen usw. Auch hier können Widersprüche auftreten – z.B. Bevorzugung von Nebenerwerbstätigkeiten oder landwirtschaftlicher Produktion zu Lasten des Grundlagenaufbaus, Vernachlässigung von Investitionen für den Landmaschinenbau usw. In einer Kritik heißt es: *„Die Tendenz, Maschinen für andere Zwecke als für den Feldbau herzustellen, existiert immer noch. Andererseits hat ein bürgerlicher Lebensstil ebenfalls die landwirtschaftlichen Maschinenabteilungen ständig erfaßt. Dies ist ein akuter und schwieriger Kampf"* (Anm. 31).

Diese Beispiele mögen genügen, um zu zeigen, daß die sogenannten „Pragmatiker" mit ihrem ganzen rostigen Instrumentarium von „materiellen Anreizen" und „Drei Erweiterungen" keineswegs das halten können, was sie versprechen, nämlich die schwunghafte Entwicklung der Produktivkräfte. Ganz im Gegenteil: Sie würden die **Aufstellung von Gesamtplänen praktisch unmöglich machen, würden die Führung und Kontrolle der Partei über Produktion und Verteilung außer Kraft** setzen, würden Landflucht, Korruption, Unterschlagungen etc. zur Folge haben. **Die für die Investitionen der kommenden Jahre angestrebte Kapitalakkumulation durch den Staat würde beeinträchtigt durch die Tendenz zur „privatkapitalistischen" Bereicherung.** Es wäre ganz aussichtslos, unter solchen Bedingungen den geplanten neuen „großen Sprung nach vorn", den Fünfjahresplan 1976 bis '80 mit der Mechanisierung der Landwirtschaft bis 1980 als Zentrum zu verwirklichen. Schon ein sozusagen „normales" Wachstum der Landwirtschaft – in den letzten zehn Jahren lag das jährliche Wachstum der chinesischen Landwirtschaft nach offiziellen Angaben bei rund fünf Prozent (Anm. 32) – wäre erschwert, wenn die „spontanen kapitalistischen Tendenzen" ausgeweitet, statt eingeschränkt würden. Aber überhaupt nicht zu denken wäre unter solchen Umständen an die Mobilisierung des ganzen Volkes zu den gewaltigen Anstrengungen, die der neue Fünfjahresplan erfordert.

Ein nicht gering einzuschätzender Gesichtspunkt ist dabei die Auseinandersetzung im Bildungsbereich. So ist es nicht zufällig, daß die gegenwärtige Kampagne bereits im November letzten Jahres mit einer Massendebatte an der Pekinger Tjinghua-Universität begann. Dabei geht es um die massenhafte Ansiedlung von Schulabgängern auf dem Lande und um die enge Verbindung von Ausbildung und praktischer Arbeit. Die massenhafte Ansiedlung von Jugendlichen mit Schulbildung auf dem Lande, die Beteiligung von Studenten und Lehrern an der Produktion, stellt nicht nur eine einfache zahlenmäßige Vermehrung der Arbeitskräfte – insbesondere auf dem Lande – dar, sondern bildet vor allem einen wichtigen Hebel bei der Modernisierung und Mechanisierung der Landwirtschaft, beim Aufbau und der Entwicklung kleiner Industrien auf dem Lande usw. Seit der Kulturrevolution sind zehn oder zwölf Millionen Jugendliche auf dem Lande angesiedelt worden (Anm. 33) – bis zur Kulturrevolution waren es insgesamt nur 1,2 Mio. gewesen. Nunmehr ist seit mehreren Monaten eine neue Kampagne im Gange, um Jugendliche zu motivieren, auf's Land zu gehen. Zu diesem Thema finden Kongresse und Großveranstaltungen statt. Es wird davon gesprochen, daß allein 1975 zwei Millionen Jugendliche neu auf's Land gegangen sind (Anm. 34).



Studentinnen bei der Landarbeit

Auch hier sticht sofort ins Auge, daß eine solche Entwicklung nicht mit der Ausweitung „materieller Anreize" zu erreichen ist, sondern nur durch eine Massenmobilisierung, d.h. durch die Linie „Politik an erster Stelle".

Die „Pragmatiker" zwischen zwei Feuern

Jüngste Berichte aus der VR China zeigen eine Verschärfung der Kampagne gegen Deng Hsiao-ping. Er sei, wie die „Renmin Ribao" (Volkszeitung) schreibt, *„jener Mann, der den Wind der rechten Abweichung entfachte, dieselbe Person, die Liu Schao-tschi auf seinem revisionistischen Feldzug folgte und unbußfertig auf dem kapitalistischen Weg beharrte, was die Kritik während der Kulturrevolution auslöste". „Sobald er seine Arbeit wiederaufgenommen habe* (nach seiner Rehabilitierung 1973 – Anm. AK) *seien erneut die alten Fehler aufgetreten und er habe den kapitalistischen Weg fortgesetzt . . ."* (Anm. 35). Mao Tse-tung selbst soll mit einer neuen „Weisung" öffentlich in die Auseinandersetzung eingegriffen haben.

Zweifellos hat die L i n k e innerhalb und außerhalb der KP Chinas allen Grund, Deng Hsiao-ping und die Linie der „Pragmatiker" zu kritisieren. Andererseits gibt es auch für die R e c h t e n, deren Linie heute die chinesische Außenpolitik weitgehend bestimmt und für die das Ziel eines wirtschaftlichen starken „modernen" China im Rahmen einer bürgerlichen innen- und außenpolitischen Strategie liegt, gute Gründe, die „Pragmatiker" anzugreifen, da deren Linie im jetzigen Stadium die Entwicklung der Produktivkräfte hemmen würde.

Dies heißt natürlich nicht, daß die Linke nicht gleichfalls an der Entwicklung der Produktivkräfte und am Aufbau eines mächtigen, industrialisierten und s o z i a l i s t i s c h e n Chinas interessiert wäre. Aber das Interesse an der Entwicklung der Produktivkräfte kann von ganz unterschiedlichen Klassenstandpunkten her kommen. Ebenso scheint es uns möglich und den jetzigen Auseinandersetzungen zugrundliegend, daß man in diesem Stadium von ganz unterschiedlichen Ausgangspunkten zu scheinbar gleichen Schlußfolgerungen kommen kann, d.h. zum Angriff auf die Linie der „Pragmatiker".

Für das gegenwärtige Kräftever-

Für das gegenwärtige Kräfteverhältnis in der Führung der KP Chinas ist für uns zunächst die weitere Rechtsentwicklung auf dem Gebiet der Außenpolitik ein bedenkliches Indiz.

Es scheint überdies so, als würde sehr viel Wert darauf gelegt, ein „Ausufern" der jetzigen Kampagne im Sinn der Großen Proletarischen Kulturrevolution 1966/67 zu verhindern. Die Auseinandersetzung soll sich *„diszipliniert und ohne Exzesse"* abspielen, *„unter direkter Führung der Partei"*. Die Förderung der Produktion und das Prinzip *„Stabilität und Einheit"* werden in den Vordergrund gestellt.

Die massenhafte Rehabilitierung von in der Kulturrevolution „gestürzten Machthabern" seit etwa 1973 ist bisher generell nicht in Frage gestellt worden. Die „Konfuzius/Lin Biao-Kritik-Kampagne" wurde im Sommer 1974 auf Steigerung der Produktion umorientiert, nachdem zahlreiche Funktionäre – darunter auch der jetzige amtierende Ministerpräsident Hua Guo-feng! – auf Wandzeitungen öffentlich kritisiert worden waren. K e i n e r der Kritisierten wurde offenbar „gestürzt". – Während der Auseinandersetzung im Erziehungs- und Bildungswesen Ende 1975/ Anfang 1976 wurden der Erziehungsminister Chou Jung-hsin und der stellvertretende Rektor der Pekinger Tjinghua-Universität direkt angegriffen. Beide waren während der Kulturrevolution „gestürzt" und erst kürzlich rehabilitiert worden. Die Kampagne endete, ohne daß die beiden abtreten mußten.

Im Grunde scheint die Situation ähnlich zu sein wie zu Beginn der Großen Proletarischen Kulturrevolution 1966, als die in der KP Chinas vorherrschenden Kräfte gleichfalls versuchten, die Massenbewegung unter Kontrolle zu halten und eine aktive Einbeziehung der werktätigen Massen in den Kampf unter Hinweis auf die Interessen der Produktion zu verhindern („Die Arbeiter können keine Ferien machen", „Die Produktion darf keinen Schaden nehmen" usw.).

Wir wollen im nächsten AK, außer einer Fortführung der aktuellen Berichterstattung, einen Rückblick auf die Entwicklung der Großen Proletarischen Kulturrevolution, auf die Verurteilung Lin Biao's, auf die Rehabilitierungs-Wellen und auf die Kampagnen der letzten Jahre geben.

Anmerkungen

1) „Packt den Klassenkampf an, fördert die Frühjahrsbestellung", Artikel der „Renmin Ribao" (Volkszeitung), nach hsinhua, engl., 24.2.76 – lt. Monitor-Dienst
2) siehe z.B. „FAZ", 1.3.76
3) „FAZ", Datum unklar
4) „SZ", 20.1.75; AK-Sondernummer vom 25.2.75
5) „FAZ", 21.2.76
6) hsinhua, engl., 22.2.76 — laut Monitor-Dienst
7) „Peking-Rundschau", 8/76, S. 3 und 20
8) „PR", 7/76, S. 31 - 32
9) „PR", 8/76, S. 3
10) „PR", 6/76, S. 22
11) Zusammenstellung nach „Spiegel", 16.2.76; „FAZ", 20.6.75; „FAZ", 16.2.76
12) „China aktuell", 2/76. S. 22
13) Hua Guo-feng auf der Landeskonferenz für das Lernen von Datschai, laut „PR" 44/75, S. 16
14) Radio Peking, 11.10 75, laut „China aktuell", 11/75. S. 666 und 667
15) Vergleiche Anmerkung 13
16) vergl. Anm. 13
17) „Neue Züricher Zeitung", 24.10.75
18) „PR", 49/67, S. 12 - 21 und „PR", 20/68, S. 25 - 28
19) vergl. Anm. 1
20) zit. nach „PR", 9/75, S. 5
21) „China aktuell", 4/75, S. 179
22) Dschang Tschun-tjiao (gilt als Vertreter der „Schanghaier Linken") in der „Honqi" (Rote Fahne), nach hsinhua, engl. 1.4.75, lt. Monitor-Dienst
23) Li Ching-weng, „Den Kapitalismus gründlich kritisieren, die Diktatur des Proletariats konsolidieren", zit. in „China aktuell", 6/75, S. 264
24) Provinzsender in Honan, 15.8.75, zit. in „China aktuell", S. 5o6
25) Radio Wuhan, 19.8.75, zit. in „China aktuell", S. 492
26) nach Cheung-Lieh Yu, „Der Doppelcharakter des Sozialismus", Teil I, S. 48 - 49, Wagenbachverlag 1975
27) Rundfunkbericht aus der Provinz Kuantung, zit. nach „China Aktuell", S. 803
28) vergl. Anm. 13
29) Radio Harin/Heilungskiang, 7.8.75, zit. nach „China aktuell", S. 507
30) Radio Schichiachuang/Hopeh, 18.8.75 zit. nach „China Aktuell", S. 5o9 -510
31) Radiobericht über eine Mechanisierungskonferenz in der Provinz Kansu, zit. in „China aktuell", S. 5o6
32) „China aktuell", 2/75, S. 21, nach dem Bericht Tschu-En-lais während der ersten Tagung des IV. Nationalen Volkskongress, 13.1.75
33) entfällt
34) Angaben nach „China aktuell", 2/76, S. 11
35) nach „SZ", 12.3.76

So sehen's die andern

Die Kommentare der westdeutschen Gruppen, die von sich behaupten, „Marxisten-Leninisten" und Freunde der KP-Chinas zu sein, zu den aktuellen Vorgängen in China, sind von einer erbärmlichen politischen Feigheit und Leere bestimmt. Sie sind bestrebt, mit möglichst unverfänglichen Abschriften aus den letzten Nummern der „Peking Rundschau" die Zeit bis zur endgültigen Klärung zu überbrücken. Die Angriffe gegen die „Rechtsabweichler", insbesondere gegen Deng Hsiao-ping, sind von Nachfolger jener politischen Weichmänner, die pünktlich bis zum XX. Parteitag der KPdSU 1956 den „Großen Stalin" in den Himmel hoben und die nach diesem Datum sich genauso feige und erbärmlich an der Dreckschleuderei gegen Stalin beteiligten. Genauso haben die heutigen Weichmänner erst den „engsten Waffengefährten des Vorsitzenden Mao", den Genossen Lin Biao, über den grünen Klee gelobt, um ihn später – der neuen „richtigen Linie" aus China folgend – in ebenso schwachsinniger Weise zu verdammen. Gestern haben sie noch die rechten Sprüche von Deng Hsiao-ping verteidigt und gelobt, heute warten sie feige ab was passiert, und morgen werden sie mit Sicherheit in die Verdammung Deng Hsiao-pings einstimmen, sobald diese eindeutig feststeht.

Diese Leute sind alles andere als Freunde der KP Chinas! Jeder, den sie heute noch in den Himmel loben, muß damit rechnen, morgen von ihnen verdammt zu werden, sobald der Wind sich dreht. Sie würden sogar Mao Tse-tung verleumden, wenn es darauf ankäme!!... Hier ihre bisherige Reaktion auf die Vorgänge:

– Die **„KPD"** nahm erstmals (!) in ihrer **„Roten Fahne"** vom 10. März Stellung, sofern man die Aneinanderreihung von Zitaten aus den letzten Nummern der „Peking Rundschau" als eine Stellungnahme bezeichnen will. In dem spärlichen Vorspann wird die gegenwärtige Auseinandersetzung lediglich als eine *„große Debatte an der Front des Bildungswesens"*. und als *„Debatte an den Hochschulen"* hingestellt! Es fehlt jeder Hinweis auf „die reuelosen Mitglieder der Partei, die den kapitalistischen Weg gehen", es fehlt total jeder noch so entfernte Hinweis auf Deng Hsiao-ping.

– Ihren ersten und bisher einzigen Kommentar gab die **„KPD/ML"** im **„Roten Morgen"** vom 6. März ab. Auch sie scheut nicht die Lächerlichkeit, die Auseinandersetzungen auf eine *„Kampagne im Erziehungswesen, vor allem im Bildungsbereich"* zu reduzieren. Den größten Raum nimmt der Nachdruck eines Artikels aus der „Peking Rundschau" ein. Im Vorspann dazu wird natürlich jeder Hinweis auf Deng Hsiao-ping vermieden. Offenbar ist es das wichtigste Anliegen der „KPD/ML", allen Berichten über *„angebliche (?) Machtkämpfe in der Führung der KP Chinas und einer breiten Kampagne ähnlich der der Kulturrevolution"* entschieden entgegenzutreten. Die geistige Spitze des Kommentars ist der Satz *„...Aber in China gibt es keine Machthaber, sondern in China herrscht die Diktatur des Proletariats"*. Es ist ja auch schon zehn Jahre her, daß in der Kulturrevolution

Forts. Seite 28

Forts. von Seite 27

Liu Schao-tschi, Deng Hsiao-ping und andere als „Machthaber, die den kapitalistischen Weg gehen", angegriffen wurden. Daraus Lehren zu ziehen, kann man dem „Roten Morgen" wohl nicht zumuten!...

– Einsame Spitze unter den „Marxisten-Leninisten" ist wohl der KBW. Er hat es tatsächlich fertiggebracht, bisher buchstäblich k e i n Wort über die aktuellen Vorgänge zu verlieren. Stattdessen schreibt ein KBWler, der sich gerade in China aufhält, quietschvergnügt allgemeine Artikelchen über Landwirtschaft, Lohnsystem u.ä.

Voll da sind dafür natürlich die Trotzkisten. *„Die arbeitenden Massen stehen ... völlig überrascht schweren Auseinandersetzungen in der herrschenden Kaste des Landes gegenüber"*, behauptet die GIM in ihrer Zeitung „Was tun" vom 5.3. Man fragt sich, woher die Trotzkisten ihr „Wissen" beziehen, daß die chinesischen Massen *„völlig überrascht"* seien und sich die *„Auseinandersetzungen...nicht erklären können"*? Diese freche Spekulation – die eher den e i g e n e n geistigen Zustand der Trotzkisten widerspiegelt – hindert sie freilich nicht, die *„verwirrt"* vor den Wandzeitungen stehenden chinesischen Arbeiter sogleich als *„Frühlingsboten für die kommende antibürokratische Revolution in China"* zu bejubeln.

Was die Auseinandersetzung selbst angeht, so interpretiert die GIM sie als *„Machtgerangel innerhalb der Spitzenbürokratie"* – ohne daß überhaupt deutlich würde, um was da von wem eigentlich gerangelt wird. Über Deng Hsiao-ping heißt es in gutbürgerlicher Manier: Er *„gilt (?) als Befürworter einer beschleunigten Industrialisierung des Landes und der Erhöhung der Arbeitsproduktivität durch materielle Anreize"*. Diese Einordnung wird von „Was tun" nicht in Frage gestellt. Dengs Gegner werden politisch nicht gekennzeichnet, so daß man nicht daraus schlau wird, wie sich die Trotzkisten denn nun die Angriffe auf Deng Hsiao-ping eigentlich erklären!?



Typisch für die revisionistische Sicht der Dinge ist ein Kommentar der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS: *„...das Ziel der gegenwärtigen Kampagne der ‚Linken', genauer gesagt der Extremisten, besteht darin, gestützt auf Mao Tsetung, ihren Einfluß im Partei- und Staatsapparat zu verstärken, wobei das unter Bedingungen geschieht, da die physische Schwäche Maos immer offensichtlicher wird"*.

Zugleich behauptet TASS wieder einmal ins Blaue, es würden *„immer mehr Fakten bekannt, die davon zeugen, daß unter den leitenden Kadern Einstellungen zugunsten einer realistischen Innen- und Außenpolitik...in breitem Maße an Boden gewinnen,"*. Tass weiß auch zu berichten, *„daß in einigen Provinzen die Bevölkerung offen ihre Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen schweren Lage zum Ausdruck brachte"*.

Derartige Behauptungen verbreitet TASS allerdings alle Vierteljahr einmal. Wenn es nach den revisionistischen „Berichten" gegangen wäre, müßten alle Chinesen schon vor mehreren Jahren verhungert sein, bzw. das „Mao-Regime" hätte in einer Welle von Unzufriedenheit untergehen müssen. Wenn die sowjetischen Revisionisten aber einmal eine schwere wirtschaftliche Lage und nach Lebensmitteln Schlange stehende Menschen sehen wollen, sollten sie ihre Blicke nicht nach China lenken, sondern das können sie vor ihrer eigenen Haustür finden!

Ausführlich beschäftigt sich die italienische kommunistische Organisation Lotta Continua mit den aktuellen Auseinandersetzungen in China. In einem Kommentar in „Lotta Continua" vom 19.2. heißt es: *„....Was heute in China geschieht, ist eine neue Etappe des mit der Kulturrevolution begonnenen grundlegenden Kampfes gegen den Revisionismus...*

Man kann jedoch keineswegs übersehen, daß sich wieder einmal die Diskussionen und der politische Kampf, die sich in China abspielen, ausschließlich auf die i n n e r e n Aspekte des Aufbaus des Sozialismus beziehen; dagegen bleiben die Probleme der Linie der internationalen Politik weiterhin von den inneren getrennt und bleiben der öffentlichen Diskussion und der Massenmobilisierung entzogen".

LC erinnert dann an die chinesische Politik gegenüber Chile, Angola und Europa und fährt fort: *„....Wenn wir daher heute begeistert den Kampf gegen das Rechtsabweichlertum begrüßen, der in China geführt wird, dann tun wir das auch in der Hoffnung, daß dieser a l l e Aspekte des chinesischen Lebens und der chinesischen Politik einbeziehen möge; und daß auch die Ungleichmäßigkeiten und Widersprüche zwischen der inneren und der internationalen Linie angegangen werden mögen, oder daß wenigstens die Trennwände zerbrochen werden mögen, die die Außenpolitik der chinesischen Regierung vom politischen Leben und der Teilnahme der Massen trennen und sie der Sphäre der Experten von hohem Niveau vorbehalten"* („LC", 19.2.). ●



lateinamerika aktuell

„Ehrungen" für neuen Botschafter in Santiago

Der neue Botschafter der Bundesrepublik in Santiago, Strätling, hat als scheidender Botschafter aus Südafrika gleich noch eine Ehrung mit auf den Weg bekommen. *„In Anerkennung seiner Verdienste um die Förderung guter Beziehungen zwischen den beiden Ländern"* ist er mit dem südafrikanischen *„Orden der guten Hoffnung"* ausgezeichnet worden(„FR", 10. 2. 76).

Strätling hat diesen Orden auch redlich verdient. U.a. hat er das Besuchsprogramm des jetzt vorzeitig in den Ruhestand versetzten Generalleutnants und bundesdeutschen Vertreter im Militärausschuß der Nato, Günther Rall, mit vorbereitet. (Rall hatte angeblich ohne Wissen Lebers im Rahmen einer Privatreise Südafrika besucht und über Unterstützung der Nato verhandelt.)

Es bleibt abzuwarten, wann Strätling einen ähnlichen „Verdienstorden" von der chilenischen Junta verliehen bekommt. ●

Wirtschaftsvereinbarungen zwischen Chile und Saudi-Arabien

Im Februar bereiste eine chilenische Wirtschaftsdelegation die Länder des Nahen Ostens, insbesondere das reaktionäre Saudi-Arabien. Angeführt wurde die chilenische Delegation von Wirtschaftsminister Jorge Cauas. Saudi-Arabien bekundete dabei sein Interesse, sich an Investitionsprojekten in Chile zu beteiligen. Laut Radio Balmaceda (ein der Christdemokratie nahestehender Sender in Chile, dessen Sendeverbot vor kurzem wieder aufgehoben wurde) vereinbarten beide Länder u. a. größere Öllieferungen an Chile. Wirtschaftsminister Cauas stellte dabei die große Bedeutung heraus, ausländisches Kapital für Investitionen in Chile zu gewinnen angesichts der Isolierung der Diktatur. Denn bisher blieben die ausländischen Investitionen in dem von der Junta erwarteten Umfang aus. („Monitor-Dienst", 12. 2. 76). ●

Lateinamerika-Kommission

Pinochet verkündet sein Wirtschaftsprogramm



Schlangen vor den Arbeitsämtern in den chilenischen Städten. Die wenigen, die eine Beschäftigung finden, müssen für einen Hungerlohn arbeiten. Bei der Müllabfuhr zum Beispiel, der Kanalsäuberung oder bei anderen öffentlichen Diensten verdienen sie umgerechnet nur ganze 63 Mark im Monat.

Der Henker Pinochet verkündete in einer Rede, daß *„wir eine Politik der freien Marktwirtschaft verfolgen, weil das ... für uns die beste Politik zur wirtschaftlichen Gesundung "* ist. Angesichts einer riesigen Inflationsrate und einer Arbeitslosenquote von nahezu 25 % ist das geradezu ein Hohn! Die tiefe wirtschaftliche Krise ist die schwerste seit über 40 Jahren!

In seiner Rede ging Pinochet auch auf eine „Öffnung" des Faschismus zugunsten einer bürgerlichen Demokratie ein und sagte: *„Ich frage mich, was geschehen würde, wenn heute wieder eine politische Regierung auftauchen würde. Es würde das Ende der einzigen Gelegenheit bedeuten, die Chile zur Bildung einer neuen Demokratie hat, einer autoritären Demokratie ..."* (Zitate nach „Monitor-Dienst", 25. 2. 76). ●

Lateinamerika-Kommission

Bolivien: Drei Universitäten wegen Studentenunruhen geschlossen

Anfang Februar wurden sechs fortschrittliche Professoren sowie der ehemalige Industrieminister Miguel Ayoraoa „subversiver Pläne" beschuldigt und ausgewiesen.

In einer offiziellen Erklärung hieß es in La Paz, sie seien nach Paraguay gebracht worden. Nach „Monitor-Dienst" vom 23.3.76 sind die Ausgewiesenen jedoch nach Chile (!) gebracht worden, wobei die Rede auch nicht mehr von sieben, sondern von zwölf oder vierzehn Personen ist.

In den Universitäten von La Paz und Cochabamba kämpften die Studenten mit Vorlesungsstreiks gegen die Ausweisung: In der Universität Cochabamba traten Mitte Februar mehrere hundert Studenten in den Hungerstreik. Sie wurden mit Tränengas und Maschinengewehren von der bolivianischen Polizei vertrieben. Die Universität wurde daraufhin geschlossen.

Insgesamt wurden drei Universitäten wegen Studentenunruhen geschlossen, in La Paz, in Cochabamba und San Andres.

In La Paz traten aus Protest gegen die Schließung der Universität 30.000 Bergarbeiter in den Streik. ●

Lateinamerika-Kommission

Guatemala: Arme Bevölkerung vom Erdbeben am härtesten betroffen

Die Auswirkungen der Erdbebenkatastrophe in Guatemala, bei dem nach amtlichen Angaben über 22.000 Menschen umkamen, 76.000 Menschen verletzt wurden und ca. 1,2 Millionen Obdachlose (das entspricht 28 % der Gesamtbevölkerung) gezählt wurden, zeigen mit aller Deutlichkeit, daß sich die hohe Zahl der Opfer nicht auf ein „tragisches " Naturereignis zurückführen läßt. Die „Neue Zürcher Zeitung" berichtete in ihrer Ausgabe vom 10. 3. 76 von verhältnismäßig geringen Beschädigungen an verschiedenen Industrieunternehmen in der Nähe der Hauptstadt, mitten im Zentrum des Bebens: *„Unbeschädigt blieb sogar die Erdölraffinerie der Texaco in unmittelbarer Nähe des Epizentrums .... Auch die im Bau befindliche Nickelanlage in der vom Beben mitgenommenen Provinz Izabal .... meldet keine nennenswerten Schäden."*

Dagegen stehen die ungeheueren Verwüstungen der Hütten der armen Bevölkerung in der Stadt und auf dem Land, die fast ausschließlich die Lasten der Katastrophe getragen haben und noch tragen müssen.

Die Beschränkung der unmittelbaren Folgen eines Erdbebens auf ein Minimum stellt heute ein längst gelöstes technisches Problem dar. Daß die Anwendung der technischen Möglichkeiten aber eine Klassenfrage ist, nämlich für welche Klasse sie eingesetzt werden, haben die Auswirkungen der Erdbebenkatastrophe in Guatemala erneut unter Beweis gestellt. ●

Lateinamerika-Kommission

Chile: Milliarden-Hilfe für die faschistische Junta

Zur Zeit der Unidad Popular verhängten die kapitalistischen Länder einen fast vollständigen Wirtschaftsboykott gegen Chile, sperrten vertraglich zugesicherte Kredite und ließen in den Häfen die chilenischen Kupferexporte beschlagnahmen.

Das Bild hat sich seit dem faschistischen Putsch radikal geändert: Nach einem Bericht der „New York Times" hat die Pinochet-Clique in den zweieinhalb Jahren ihrer Terrorherrschaft zwei **Milliarden Dollar** aus dem kapitalistischen Ausland erhalten. Bis 1980 sollen **jährlich weitere 500 Mio. Dollar** das faschistische Regime absichern helfen. (nach „Welt", vom 20. und 21./22. 2. 76).

Trotz der massiven finanziellen Unterstützung der Pinochet-Diktatur konnte der Imperialismus die tiefe wirtschaftliche Krise nicht verhindern. Das auch deshalb nicht, da die ausländischen Investitionen auf profitable Projekte (vor allem Kupfer) beschränkt blieben. ●

Ein Genosse aus Barmbek-Nord
KB/Gruppe Hamburg

Zur medizinischen Versorgung Lateinamerikas am Beispiel Kolumbiens

Unter der schlechten medizinischen Versorgung hat besonders die Landbevölkerung zu leiden: es fehlen Krankenhäuser, Ärzte und Pflegepersonal. Wie ein Tropfen auf einen heißen Stein mutet die regierungsamtliche Maßnahme an, daß jeder Arzt nach seinem Studium ein einjähriges Pflichtjahr zu leisten hat. Die Ärzte werden dorthin geschickt, wo sie freiwillig nicht hingehen und auch anschließend nicht bleiben werden, in das von bis zu 5.800 m hohen Bergketten durchzogene Anden-Hochland. Hier bestehen nur die schlechtesten Verkehrsbedingungen; in der Monate dauernden Regenzeit sind die Straßen überhaupt nicht zu benutzen.

Der O t, Pueblo Bello, „Schönes Dorf", lie ţt 1100 m hoch und hat 1200 Eir wohner. Dieses Dorf ist „privilegiert", denn es besitzt ein Lazarett – wenn man die nur mit dem Allernotwendigsten ausgerüstete Hütte überhaupt so nennen kann.

Die Behandlung ist für die Bewohner, meist Indios, kostenlos, lediglich am Wochenende und nach Feierabend haben sie etwas zu zahlen. Doch schon das ist viel mehr, als sie bezahlen können: Ein Schlangenbiß nachts, eine Blinddarmentzündung am Wochenende haben oft tödliche Folgen. Da nur wenige sozialversichert sind, müssen sie die Medikamente selbst kaufen. Weil es sich bei den Arzneimitteln meistens um amerikanische oder westeuropäische Importware handelt, sind diese für die Bevölkerung sehr teuer.

Der Arzt hat jedoch nicht nur dieses Dorf zu betreuen, sondern ebenfalls die ca. 9.000 in umliegenden und nur schwer zugänglichen Bergdörfern lebenden Indios, für die eine 12 km von Pueblo Bello entfernte Missionsstation eingerichtet wurde. Zweimal im Monat besucht der Arzt diese mit einem Maultier.

Vor jeder Behandlung überprüft er die noch vorhandenen Medikamente. Meist handelt es sich dabei um sog. Ärztemuster, also überschüssige Werbe- und Probepackungen von Chemiekonzernen und Ärzten z.B. aus der BRD, die über eine Zentralstelle in Tübingen Derartiges dorthin verschicken. Doch diese Medikamente helfen nur bedingt, da die wichtigen und teureren Arzneien wie Penicillin und andere Antibiotika gar nicht erst verschickt oder aber *„unterwegs gestohlen und weiter verscherbelt werden"* (s.u.).

Darüberhinaus gibt es noch eine zweite Schwierigkeit: die Gebrauchsanweisungen sind nicht spanisch, die angegebenen Dosierungsangaben und näheren Erläuterungen versteht der Arzt nicht.

Hauptproblem: Unterernährung

Die Hauptprobleme sind Unterernährung, Tropenkrankheiten und typische Mangelkrankheiten wie Tuberkulose. Die Ernährung ist einseitig, es fehlen Vitamine und eisenhaltige Stoffe, so daß bei vielen Bewohnern die blassen Lippen Anämie, Mangel an roten Blutkörperchen, signalisieren. Krankheiten wie Ruhr z.B., bei uns kaum noch existent, sind für die Landbevölkerung lebensbedrohend. Erschwerend kommt hinzu, daß „Hausmittel" dem Patienten ohne Arzt verabreicht werden. weil sie zu arm sind, die Nacht- oder Feiertagsgebühr für den Arzt oder die Medikamente zu bezahlen.

Gabriel Garcia Marques, Schriftsteller und Herausgeber der linksoppositionellen kolumbianischen Zeitung „Alternativa", beschreibt die Lage der Landbevölkerung so: *„Si un dia la mierda tiene valor, los pobres nacem sin culo – Wenn eines Tages Scheiße wertvoll ist, werden die Armen ohne Arsch geboren..."* (nach „Frankfurter Rundschau", 28.2.76). ●

Argentinien

Konkrete Putschpläne der Militärs?!

Nachdem Isabel in ihren unbeirrbaren Zick-Zack-Kurs den Kongreß aufgelöst hatte, um einem neuen Antrag auf Amtsenthebung zu entgehen (vergl. AK 75), hat sie für den 24.2. den Kongreß wieder einberufen. Dies ist mit Sicherheit auf den Druck der Generäle zurückzuführen: Auf der Kongreßsitzung am 24.2. wurden der Haushaltsentwurf und das sogenannte Verteidigungsgesetz beraten, das den Militärs noch weitergehende „legale" Mittel für ihren Kampf gegen die Subversion zur Verfügung stellt. Die Verabschiedung des Haushaltes ist für die Militärs von Bedeutung, weil darin auch die Mittel für Waffen und Material für den „Antisubversionskampf" enthalten sind. („Monitor-Dienst", 26.2.).

Am 17. und 20.2. fanden Beratungen zwischen dem Oberkommandierenden der Streitkräfte, Jorge Videla, und hohen Generälen statt, wo – laut Meldungen der Zeitung „Ultima Clave" aus Buenos Aires – der Präsidentin ein neues Ultimatum gestellt und bereits ein Termin für den Putsch festgelegt worden sein soll („MD", 18. und 26.2.).

Nach Meldungen der gleichen Zeitung liegen auch schon „programmatische Vorstellungen" Videlas vor: *„Es bleibt keine frühere Autorität bestehen"*, Gewerkschaften und politische Parteien sollen aufgelöst werden, in den Provinzen Tucuman und Cordoba, in denen die härtesten Klassenkämpfe stattfinden, sollen Militärs als Gouverneure eingesetzt werden; *„es werde jedoch freie politische Betätigung möglich sein"* (!!) („MD", 27.2.).

Außerdem wurde – nach inoffiziellen Berichten – General Capellini freigelassen. Capellini war der Führer des Putschversuches der Luftwaffe vom 18.12.75, der damals noch an der mangelnden Geschlossenheit der Militärs scheiterte. Ein Militärgericht hatte ihn verurteilt, aber er habe seine Strafe jetzt (nach knapp 3 Monaten!!) abgebüßt. („MD" 26.2.). Deutlicher können die Militärs ihre Pläne und Absichten kaum noch zum Ausdruck bringen. ●

Lateinamerika-Kommission



Chile
„Vergeltungsschlag" der Faschisten

Die faschistische chilenische Geheimpolizei DINA hat am 26.2.76 in Florida bei Santiago einen Vergeltungsschlag verübt: Sie erschossen die beiden Brüder des bei dem Gefecht in Malloco ums Leben gekommenen Dagoberto Perez, Mitglied der Politischen Kommission des MIR. Außerdem nahmen sie die Mutter von Dagoberto gefangen und lieferten sie ins KZ. (Nach Radio Moskau, „Briefe aus Chile"). ●

Wirtschaftsnotstand ausgerufen



Anfang März rief die argentinische Regierung den Wirtschaftsnotstand aus und gab eine Reihe von bereits durchgeführten, bzw, geplanten Maßnahmen bekannt:

Der Peso wurde (wieder einmal) um 22% abgewertet („SZ", 8.3.76). Es wurde ein Kreditantrag an den Internationalen Währungsfond gerichtet, *„um die schwierige Situation zu überwinden"*. („MD", 13.2.). Außerdem wurde zum wiederholten Mal ein Lohn- und Preisstop für sechs Monate verhängt. Wirtschaftsminister Mondelli kündigte an, daß die Preiskontrollen sehr scharf durchgeführt werden sollen (!!) und *„spekulative Manöver schwer bestraft werden"* („MD", 13.2.). Mit ähnlichen Versprechungen waren auch die übrigen Lohn- und Preisstops eingeleitet worden – Ergebnis ist allerdings nur die ungeminderte Inflationsrate von über 300%.

Der „Streik" der Kapitalisten vom 16.2. – eine ganze Anzahl von Großunternehmen hatte die Belegschaften für einen Tag ausgesperrt – zeigt nur zu deutlich, daß die Kapitalisten sich nicht auf Maßnahmen wie Preiskontrollen und auf Zugeständnisse an die Arbeiter einlassen wollen und können. Die Forderungen der Kapitalisten sind: Abschaffung jeglicher Preiskontrolle, Aufhebung des „Versorgungsgesetzes", das gegen Wirtschaftsspekulation gerichtet ist und Einschränkung der Rechte der Gewerkschaften („Neues Deutschland", 17.2.76). Außerdem wurde ein neues
schaftsspekulation gerichtet ist und Einschränkung der Rechte der Gewerkschaften („Neues Deutschland", 17.2.76). Außerdem wurde ein neues
Steuergesetz gefordert, eine Forderung, die Wirtschaftsminister Mondelli bereits aufgegriffen hat. Laut Erklärungen der Kapitalisten richtete sich ihre „Streik"-Aktion nicht zuletzt direkt gegen die derzeitige Regierung („MD", 13.2.) – die Kapitalisten fordern den Militärputsch! ●

Lateinamerika-Kommission

Peru
Wirtschaftskrise und wachsende Arbeiterbewegung

Die zunehmende ökonomische Krise in Peru zwingt die „Revolutions"-Regierung mehr und mehr, Farbe zu bekennen. Auf der einen Seite wächst der Druck von Seiten der Imperialisten – erst auf seiner Lateinamerikareise im Februar warnte Kissinger die peruanische Regierung vor zu weitgehenden Unabhängigkeitsbestrebungen; auf der anderen Seite wächst der Druck von Seiten der Land- und Industriearbeiter, die in zahlreichen Streiks für ihre ökonomischen und gewerkschaftlichen Rechte kämpfen.

Die Regierung versichert in öffentlichen Ansprachen, daß die peruanische Revolution „schrittweise zum Sozialismus" geführt werde („Horizont", 2/76), tatsächlich betreibt sie aber eine Politik, die den Spielraum für Reformen und für die Arbeiterbewegung einengt und die Bindung an den Imperialismus stärkt.

Die Wirtschaftskrise in Peru drückt sich u.a. in einer Inflationsrate von offiziell 24% (für 1975) aus, die Industrieproduktion stagniert und die Produktion in der Landwirtschaft ist sogar rückläufig, immer mehr Nahrungsmittel müssen importiert werden („Nachrichten für Außenhandel" 28.1.76). Die Regierung sieht als Ursache für diese Situation in erster Linie die schlechten Fischfangergebnisse (Fischmehl ist eines der Hauptausführgüter Perus) und in zweiter Linie die Krise der westlichen Industrienationen. Tatsächlich ist die – trotz einiger Verstaatlichungen und Reformansätze – nach wie vor ungebrochene Abhängigkeit vom Imperialismus die Ursache. Die peruanische „Revolution" zielte nicht darauf ab, die Industrialisierung und Entwicklung des Landes aus eigener Kraft, sondern mit Hilfe des imperialistischen Kapitals und Marktes zu realisieren.

Die Auslandsverschuldung Perus beträgt rund 2 Mrd. Dollar (DIE INTERNATIONALE 18), 1975 beantragte die Regierung einen weiteren Kredit bei der Weltbank über 3,5 Mrd. Dollar („Berichte aus Peru", herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik). Mit dem BRD-Außenminister Genscher schloß die Regierung im November 75 ein „Hilfs"-abkommen über 116 Mio. DM („FAZ", 14.11.75). Rund 80% aller peruanischen Exporte gehen in die USA. D.h., gerade mit seiner Kupfer- und Zinnproduktion hängt Peru fast vollständig von den Bedingungen ab, die die USA diktieren. Die USA können durch langfristige Käufe und



Verkäufe die Preise manipulieren, Präferenzen gewähren usw. Außerdem haben die USA damit die Schlüsselposition bei Umschuldungsverhandlungen.

Der Maßnahmenkatalog zur Bewältigung der Wirtschaftskrise, den die Regierung jetzt bekanntgegeben hat, zielt weiter auf die Bindung an den kapitalistischen Markt ab („Neues Deutschland", 24./25.1.).

Unter dem Motto „Wir müssen den Gürtel enger schnallen" wurden Lebensmittel- und Fahrpreise drastisch erhöht, die staatlichen Subventionen wurden gestrichen. Die Gewinne von Produktionsgenossenschaften und öffentlichen Industriebetrieben, die bislang steuerfrei waren, um diesen Sektor gegenüber dem privaten zu stärken, werden jetzt besteuert, gleichzeitig werden die kleinen und mittleren Betriebe (die zum großen Teil in privater Hand sind) gefördert. Versüßt wurden diese Maßnahmen mit einer allgemeinen Lohnerhöhung Anfang Januar und der Einfrierung der Mieten – Maßnahmen, durch die die Preissteigerungen in keiner Weise aufgefangen werden („NfA", 28.1.). Schon 1975 wurden im Zuge von Rationalisierungsmaßnahmen zahllose Entlassungen vorgenommen und die Arbeitslosigkeit wächst weiter.

Die wirtschaftlichen Maßnahmen werden von erhöhtem politischen Druck auf die Arbeiterklasse und größerem Spielraum für die Reaktion begleitet.

Die Industriegemeinschaften (Mitbestimmungsorgane in den Industriebetrieben) sollen auf die Gewinnbeteiligung reduziert werden, sie sollen nicht mehr wie bisher Kontrollbefugnisse bei Entlassungen, Einsicht in die Bücher etc. bekommen. Fünf von zwölf großen Zuckerrohrgenossenschaften (Caps) arbeiten mit Verlust, es werden keine Gewinne mehr an die Mitglieder ausgezahlt, die Mittel für Bildungskurse, vormals besonders als revolutionäre Errungenschaft herausgestellt, wurden gestrichen.

In Querecotillo, einem Dorf mit Baumwollproduktion, konnten die Löhne nicht ausgezahlt werden, weil die Regierung zu niedrige Baumwollpreise festgesetzt hatte. Als die Landarbeiter daraufhin Kommissionen der unabhängigen Bauerngewerkschaft CCP bildeten, um ihre Rechte zu vertreten, setzte die Regierung Militär und Guardia Civil mit Panzern und Tränengas ein, zahlreiche Landarbeiter wurden verhaftet. („Berichte aus Peru").

Gleichzeitig hat die Rechte vermehrten Handlungsspielraum. Es wurden fünf überregionale reaktionäre Zeitungen zugelassen, die beständig vor der Gefahr des Kommunismus warnen. Ungehindert führt die reaktionäre Presse eine Kampagne durch, die sich hauptsächlich gegen die Gewerkschaften richtet und nach der Wiederherstellung des „sozialen Friedens" im Lande ruft („Le Monde", 27.1.).

Die zugespitzte Lage macht es der peruanischen Regierung zunehmend schwieriger, ihr demagogisches Konzept einer sozialistischen Entwicklung ohne Klassenkampf zu vertreten. Die drei größten Gewerkschaften des Landes – darunter auch die regierungstreue CGRP – haben die Krisenmaßnahmen der Regierung kritisiert. Sie fordern die Einrichtung von Komitees zur Kontrolle der Preise, die Verstaatlichung der Banken und ein neues Wohnungsgesetz („Le Monde", 27.1.).

In Chimbote haben die Arbeiter der Fischerei-Industrie eine unabhängige Gewerkschaft gegründet. Sie fordern Lohnerhöhungen, das Recht auf unabhängige Gewerkschaften und die Wiedereinstellung aller entlassenen Arbeiter. Ende November 75 haben 130.000 städtische Arbeiter in einem 17tägigen Streik eine Lohnerhöhung erkämpft („Berichte aus Peru").

Im Januar riefen die Berg- und Metallarbeiter einen 24stündigen, nationalen Streik aus, um die Freilassung von sechs im Dezember verhafteten Gewerkschaftsführern zu erkämpfen. Es gab Streiks der Bankangestellten und Druckarbeiter für höhere Löhne („Le Monde", 27.1.).

Es wird für die Regierung offensichtlich immer schwieriger, ihre Politik des Taktierens zwischen Volk, einheimischer Bourgeoisie und Imperialismus als „peruanische Revolution" zu verkaufen. ●

Lateinamerika-Kommission

BRD–Regierung streicht Cuba „Entwicklungshilfe"!

Die BRD-Regierung hatte – im Rahmen der Gespräche zur kürzlich vorgenommenen Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen der BRD und Cuba – der cubanischen Regierung für 1976 300.000 DM „Entwicklungshilfe" versprochen. Selbst diese geringe Summe – vergleicht man sie z.B. mit dem, was die chilenischen Faschisten bekommen – ist den Bonner Sparschweinen schon zuviel. Der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Holtz (SPD), erklärte der „Frankfurter Rundschau", die *„begrenzten Finanzmittel, die 1976 für Entwicklungshilfe zur Verfügung stünden, ließen keinerlei Hilfsleistungen an Cuba zu"* („FR", 25.2.76). Eine Frechheit ist es allerdings, daß die Bundesregierung erst Entwicklungshilfe für Cuba leisten will, wenn *„jene Schulden bezahlt werden, die das Land noch zur Zeit vor der cubanischen Revolution an die BRD habe"* („FR", 25.2.76)!

Die Maßnahme der Bundesregierung reiht sich in die allgemeine Hetze ein, die zur Zeit von fast allen imperialistischen Staaten – voran den USA – gegen Cuba aufgefahren wird, um Cuba wegen seiner fortschrittlichen Haltung in Angola weiter international zu isolieren. ●

Lateinamerika-Kommission

Chile Krise der Junta - Revisionisten spalten Widerstand

In der letzten Zeit hat die außenpolitische Isolierung der faschistischen Pinochet-Diktatur zugenommen. Die Beziehungen haben sich praktisch zu allen Ländern z.T. erheblich verschlechtert:

Die **imperialistischen Staaten** konnten nicht umhin, sich verbal gegen die Pinochet-Diktatur auszusprechen. Die USA wie auch die imperialistischen EG-Staaten stimmten einer UN-Resolution zu, in der die Verletzung der Menschenrechte in Chile angeprangert wurde. Ferner sperrte der amerikanische Kongreß die Militärhilfe an Chile, obwohl die Waffenhilfe auch in diesem Jahr fortgesetzt wird. (vgl. dazu AK 74, „Lateinamerika aktuell")

Die bekannt gewordenen Folterungen an der britischen Ärztin Sheila Cassidy führten zur Verschlechterung der Beziehungen zu Großbritannien. Die „Verurteilung" der Junta seitens der imperialistischen Staaten hat vor allem innenpolitische Gründe in diesen Staaten selbst; auf der anderen Seite zeigt der kürzlich gewährte 33 Mio-Dollar-Kredit das wahre Gesicht des Imperialismus.

– Auch die Beziehungen zu anderen **lateinamerikanischen Ländern** haben sich verschlechtert: zum einen zu Peru wegen der chilenisch-bolivianischen Einigung über das Zugangsrecht zum Meer, zum anderen zum sog. „Andenpakt", einem Wirtschaftspakt verschiedener Staaten Lateinamerikas. Die Differenzen traten auf, da sich Chile aufgrund der tiefen wirtschaftlichen Krise nicht mehr an die getroffenen wirtschaftlichen Vereinbarungen hielt. Auch zum CIPEC-Pakt (Zusammenschluß der kupferexportierenden Länder Chile, Zaire, Sambia und Peru) verschlechtern sich die Beziehungen, da Chile das Kupfer unter dem von der CIPEC fesgelegten Preis verkauft. („Blick durch die Wirtschaft", 21.1.76)

Ferner haben sich die Beziehungen zu einigen arabischen Ländern und zum Vatikan (wegen der Auflösung der kirchlichen Friedenskomitees) verschlechtert.

Totaler wirtschaftlicher Bankrott!

Totaler wirtschaftlicher Bankrott!

Die Junta hat ihre wirtschaftlichen Ziele (niedrige Inflationsrate, weniger Arbeitslose, Steigerung der Industrieproduktion) nicht erreicht. Damit ist das von Pinochet und seinem Wirtschaftsminister Cauas (früher bei der Christdemokratie, heute bei Pinochet tätig) aufgestellte



In Abfällen, von Händlern vor einer Markthalle der Hauptstadt auf die Straße geworfen, suchen Hausfrauen nach Eßbarem

„Schockprogramm" gescheitert. Das „Schockprogramm" bestand aus einer Drosselung der Geldemission und aus einer drastischen Senkung der Ausgaben des Staates. Die Staatsausgaben wurden um 35% gesenkt – außer dem Militärhaushalt natürlich. Im öffentlichen Dienst gab es Massenentlassungen, die staatlichen Investitionen gingen um 40% zurück. Mit dieser Politik hoffte die Junta, die Inflationsrate zu drosseln.

Tatsächlich sank sie zwar vorübergehend etwas ab, stieg dann aber wieder um rund 350%! Die Zahl der Arbeitslosen wird offiziell mit 16,1% angegeben, tatsächlich liegt sie wesentlich höher bei 32%. *„Es gibt ganze Straßenzüge, wo die Menschen arbeitslos sind. In den Hauptprovinzen Santiago, Concepcion und Valparaiso liegt die Zahl der Arbeitslosen bei 80 bis 90%. Wer Gelegenheitsarbeit hat, gilt als vollbeschäftigt."* (Nach Aussagen von Bischof Frenz in Westberlin. Frenz war einer der Leiter der kirchlichen Friedenskomitees und ist vor einiger Zeit ausgewiesen worden.)

Die Industrieproduktion ging um 24% zurück, das Bruttosozialprodukt fiel um 12%. Zur tiefen wirtschaftlichen Krise kommt hinzu, daß die von Pinochet erhofften Auslandsinvestitionen nicht in der erwarteten Höhe eintrafen. Die Gesamtinvestitionen ausländischer Firmen beliefen sich 1975 auf 285 Mio. US-Dollar. Die größten Investitionen wurden in den Bergbau (Kupfer!) gesteckt:

Stevin (Holland)	62,5 Mio Dollar
Ataka (Japan)	60,0 Mio Dollar
Metallges. (BRD)	38,0 Mio Dollar.

Alle anderen 106 genehmigten Investitionen belaufen sich auf insgesamt nur 125 Mio. Dollar!

Der Teil der chilenischen Industrie, der für den Binnenmarkt produziert, wurde weiter ruiniert, zumal die Nachfrage bei der hohen Arbeitslosigkeit und den Minimallöhnen sehr gering ist.

Widersprüche in der chilenischen Bourgeoisie spitzen sich zu

Nach dem Proletariat und dem Kleinbürgertum spüren jetzt auch die mittlere Bourgeoisie und Teile der Großbourgeoisie, die für den chilenischen Markt produzieren, die Folgen der Krise – zum Teil am eigenen Leib, denn zahllose Klein- und Mittelbetriebe sind pleite. Dies hat im früher relativ einheitlichen Block der Junta-Generäle zu verstärkten Auseinandersetzungen geführt, nicht nur um Fragen der Wirtschaft:

1) Zehn Generäle stellten Pinochet ein Ultimatum und erhoben im wesentlichen folgende Forderungen:

- Einen Wechsel in der Wirtschaftspolitik, da das Programm Pinochets gescheitert sei.
- Eine Verbesserung der außenpolitischen Beziehungen.
- Die Auflösung des faschistischen Geheimdienstes DINA, der Pinochet direkt unterstellt ist und der GeStaPo ähnelt. Pinochet läßt mit der DINA nicht nur die chilenische Linke, sondern seine eigenen Bluthunde überwachen und bespitzeln. Mit der Auflösung der DINA sprechen sich die 10 Offiziere nicht für die Abschaffung jeglichen Geheimdienstes aus, sondern für eine Umorganisierung im Sinne größerer Wirksamkeit bei weniger Aufsehen – vor allem im Ausland. Schließlich ist die DINA international aufgrund bekannt gewordener Foltermethoden

allem im Ausland. Schließlich ist die DINA international aufgrund bekannt gewordener Foltermethoden

und Verfolgungen zu stark in Verruf gekommen.

An den „oppositionellen" Personen zeigt sich schon, daß die Forderung nicht etwa von „Fortschrittlichen" erhoben wurden:

- General Leigh gilt als Kopf des Putsches vom 11.9.1973. Nach dem Putsch bemühte er sich mehrmals vergeblich, der Junta eine faschistische Massenbewegung zu verschaffen – in der frühen Erkenntnis, daß die zum Putsch gegen Allende aufgehetzten Menschen, vor allem im Kleinbürgertum, sich schnell bitter enttäuscht von der Junta abwenden würden.
- Der während der Auseinandersetzungen zurückgetretene General Arellano Stark ist wegen seiner guten Beziehungen zur Christdemokratie, insbesondere zu Frei, bekannt. Wenige Wochen nach dem Putsch erwarb er sich den Namen „Bluthund des Nordens", als er 70 politische Gefangene standrechtlich erschießen ließ.

Anscheinend wurde Pinochet bereits zweimal ein Ultimatum gestellt: einmal im letzten Juni und dann im Dezember. Das neueste Ultimatum läuft im März 1976 aus. („Welt", 6.1.76) Als gewisses Zugeständnis Pinochets ist die Bildung eines sogenannten „Staatsrats" zu werten, der „beratende" Funktion hat und an dem Militärs und Zivilisten wie die früheren Präsidenten Videla und Alessandri teilnehmen. Frei lehnte ab.

Die Tatsache, daß solche Bluthunde wie Leigh und Stark einen Rücktritt Pinochets fordern, zeigt, daß sich an der faschistischen Terrorherrschaft insgesamt – und damit an der Lage der Arbeiterklasse – absolut nichts ändern soll. Ihnen geht es nur darum, daß der Kopf Pinochets fällt, damit die Imperialisten ungehinderter mit dem Regime zusammenarbeiten können. Das ist etwa mit dem Wechsel von Franco zu Juan Carlos in Spanien zu vergleichen.

2) Bereits im Dezember griff auch der Christdemokrat Frei in einem 70-seitigen „Manifest" die Pinochet-Diktatur an und bezeichnete die Führer als *„eine Gruppe von Faschisten"*. (Über das Manifest Freis, siehe AK 73, „Lateinamerika aktuell"). Freis Alternativen zu Pinochet bestehen zum einen aus einer „Preiskontrolle", die derzeit in Chile völlig bedeutungslos und wirkungslos wäre. Zum anderen hat Frei eine „Übergangslösung" vorgeschlagen, d.h. es müßten in der ersten Phase mehr „Zivilisten" in die Regierung.



In der zweiten Phase schlug Frei die Bildung eines Blocks der reaktionären Parteien (Rechte Christdemokratie = DC, Nationale Partei und Radikalpartei) vor, nimmt also ausdrücklich die „KP" Chiles und die

kratie = DC, Nationale Partei und Radikalpartei) vor, nimmt also ausdrücklich die „KP" Chiles und die

Sozialistische Partei (rechter Flügel) aus, weil ihm offensichtlich eine „Öffnung" aufgrund der Radikalisierung und Politisierung der Arbeiterklasse für die Existenz der Herrschaft der Bourgeoisie gefährlich erscheint. Das Dokument Freis hat auch die Funktion – durch eine eindeutige ablehnende Haltung gegenüber Pinochet – politisch auf die christdemokratische Linke einzuwirken und sie zu binden. Frei selbst hat sich in letzter Zeit zu diesem Zweck aus den „Flügelkämpfen" herausgehalten.

Die Antwort der Junta auf die Krise: Steigerung der Repression!

In den letzten Monaten hat die faschistische Diktatur die Unterdrükkung enorm gesteigert:

- ein neues „Sicherheitsgesetz" wurde verabschiedet. Zeitungen und Radiosendungen können verboten werden, wenn sie die „innere Sicherheit" gefährden. Der der Christdemokratie nahestehende Sender „Radio Balmeceda" wurde von der Junta geschlossen.
- Die kirchlichen Friedenskomitees wurden verboten, verbunden mit einer Verhaftungswelle gegen Pfarrer und Menschen, die in den Friedenskomitees arbeiteten. Die Bischöfe leisteten keinerlei „Widerstand"; es fand eine „Aussöhnung" mit Pinochet statt. (siehe AK 72, „Lateinamerika aktuell").
- Innerhalb des Militärs sind häufige Versetzungen und Entlassungen an der Tagesordnung. Pinochet „säubert" mit Hilfe der DINA die Armee von Offizieren, die seine Politik kritisieren. Der Pressesprecher der Junta, Willonghby, angeblich DC-nahe, trat aus „gesundheitlichen Gründen" zurück.

Den Hauptschlag richtete die Junta natürlich gegen die Arbeiterklasse und die linken Organisationen, gegen die legalen und halblegalen Massenorganisationen der Arbeiterklasse und vor allem gegen die revolutionären Kräfte des Widerstands, gegen den MIR. Dabei erreichen die Angriffe und Verfolgungen, Verhaftungen und Folterungen *„Ausmaße, wie sie nur mit der Repression direkt nach dem Putsch vergleichbar ist"*. (Erklärung der Auslandsorganisation des MIR vom 9.12.75)

Der schwerste Schlag speziell gegen den MIR war das Gefecht in Malloco Ende letzten Jahres, wobei der Genosse Dagoberto Perez, Mitglied der Politischen Kommission des MIR, gefallen ist. Pascal Allende und Nelson Gutierrez gelang die Flucht, und sie befinden sich inzwischen in Costa Rica bzw. in Schweden.

Der Widerstand ist nicht gebrochen, er ist sogar stärker geworden!

Aufgrund der ungeheuren Not und Armut ist ein gewisses Erstarken der Massenbewegung in Chile festzustellen, das aber noch keine offenen Formen annimmt. Die Radikalisierung der Massen äußert sich z.B. darin, daß die gelben Pinochet-„Gewerkschaften" gezwungen sind, hohe Lohnforderungen aufzustellen. Auch unter den einfachen Soldaten, die für einen Hungerlohn für Pinochet dienen sollen, wächst die Unzufriedenheit.

Bei den Widerstandsaktionen entwickeln die Arbeiter höhere Kampfformen.

Der Streik der U-Bahn-Arbeiter

Der Streik der U-Bahn-Arbeiter

Die U-Bahn-Arbeiter in Santiago (sie gehörten schon zu Zeiten Allendes zu den kämpferischsten) brachten eine Bittschrift an der Wand der U-Bahn-Administration an, auf der sie ihre Lohnforderungen stellten. Das Militär kam, um zu verhandeln und schlug den Arbeitern vor, eine Delegation aus ihren Reihen zu wählen. Die Arbeiter lehnten dies ab, weil im letzten Jahr die Arbeiterdelegation erschossen wurde und riefen den abziehenden Militärs ihre Forderungen hinterher. Am nächsten Tag erschienen die Arbeiter nicht zur Arbeit. Am darauffolgenden Tag erhielten sie ihren geforderten Lohn.

Andere verbreitete Formen des Kampfes sind Sabotageakte: die Fernsehfarbriken Mellafe und Salas wurden durch ein Feuer zerstört, und die Sprengstoffabrik Dupont wurde durch ihre eigenen Produkte in die Luft gejagt. (nach „ID-Nachrichten", Nr. 108)

Nach dem Gefecht in Malloco wurden in Santiago an vielen Häusern Fahnen des MIR befestigt – als Zeichen, daß der Widerstand nicht gebrochen ist!

Die Situation der Linken in Chile und das Scheitern der Politik der Revisionisten

Die revisionistische „KP" Chiles hat ihre gesteckten Ziele nicht erreicht: Sie hatte eine enge Zusammenarbeit mit allen früheren UP-Parteien angestrebt, um diese im In- und Ausland auf ihre Politik festzulegen und daraus gestärkt das Bündnis mit der Christdemokratie anzustreben. Ziel war es, zwischen den MIR und den linken Flügel der UP-Parteien einen Keil zu treiben und so die gesamte revolutionäre Linke zu isolieren.

Weder das eine noch das andere ist den Revisionisten gelungen, im Gegenteil: Die Unterdrückung und die daraus hervorgegangene Radikalisierung der Arbeiterklasse hat auch zu einer Stärkung der Revolutionäre geführt. Zahlreiche KP-Mitglieder haben ihre Partei verlassen. An der Basis arbeiten die Mitglieder der Sozialistischen Partei (PS), des linken Flügels der DC und auch der KP mit dem MIR eng in den Widerstandskomitees zusammen, die Genossen sind auch infolge der mörderischen Unterdrückung dazu gezwungen.

Auf der mittleren Führungsebene gibt es zwischen dem MIR und Teilen der UP-Parteien ebenfalls eine gute Zusammenarbeit, wie z.B. mit dem linken Regionalkomitee der PS, dem aktivsten Teil dieser Partei in Chile selbst. In zwei Regionen, Antofagosta und Talka, arbeitet der MIR auch mit der lokalen KP-Führung zusammen.

Somit befinden sich die Revisionisten derzeit in einer Schwächeposition. Innerhalb des aktiven Widerstandes haben sie sich durch ihre offizielle Nicht-Teilnahme isoliert, während gleichzeitig die ständigen Einheitsangebote an die gesamte DC scheiterten.

Üble Hetze der „KP" gegen den MIR

In dieser Situation erschien ein 15-seitiges Pamphlet der „KP" unter dem Titel **„Der Linksradikalismus – trojanisches Pferd des Imperialismus"**. Die „KP" brachte dieses Papier im Ausland und an ihrer Basis in Umlauf. Außerdem wurde dieses Papier in den Sendungen von „Radio Moskau" für Chile ausgestrahlt, die in Chile gut empfangen werden können.

Neben zahlreichen Verleumdungen, Lügen und Verdrehungen (der MIR sei tot, der MIR würde mit dem Geheimdienst zusammenarbeiten usw. – schon eine jämmerliche Tradition der Revisionisten) heißt es zum „Linksradikalismus", es gebe vier Strömungen: den Anarchismus, den Trotzkismus, den Maoismus und den „Mirismus", wobei der MIR alle vier politischen Strömungen verkörpere.

Die „Kritik" der „KP" konzentriert sich dabei auf drei Schwerpunkte:

1) Die militärische Linie des MIR wird als „Abenteurertum", „Terrorismus" usw. abgestempelt. Die „Kritik" richtet sich also gegen die Politik des MIR, Widerstandsaktionen z.T. auch militärisch abzusichern.

2) Die „KP" kritisiert die Arbeit des MIR in den Widerstandskomitees wegen seiner „illegalen" Arbeit. Damit würde der MIR den Widerstand

wegen seiner „illegalen" Arbeit. Damit würde der MIR den Widerstand

des Volkes spalten. Beide Positionen zusammengenommen bedeuten letztendich nichts anderes, als den völligen Verzicht auf den antifaschistischen Kampf.

3) Die „KP" wirft dem MIR vor, den Widerstand dadurch zu spalten, daß er Angebote zur Einheitsfront nur an die linken Teile der Christdemokratie richtet und nicht an die DC insgesamt. Die politischen Auseinandersetzungen innerhalb der DC habe diese selber auszutragen und man habe sich da nicht einzumischen. Die „KP" wiederholt dabei ihren Standpunkt, ihre Bündnisangebote an die g e s a m t e Christdemokratie zu richten, also auch an Frei und Konsorten, die zu den Drahtziehern des Putsches gehörten.

Der Standpunkt des MIR ist, daß die rechten Christdemokraten um Frei *„die Kräfte des Volkes benutzen"* wollen, um selbst einen *„größeren Anteil . . . bei der Verteilung der Beute zu erhalten, die den Arbeitermassen durch übergroße Ausbeutung entrissen wird"*. Dabei verkennt der MIR nicht, daß auch Teile der Bourgeoisie von der Politik der Pinochet-Clique benachteiligt sind und in Opposition zur Junta stehen. Die Politik diesen Kräften gegenüber besteht darin, die Verschärfung der innerbürgerlichen Widersprüche voranzutreiben, um damit die Junta insgesamt zu schwächen.

Der MIR hat dabei immer wieder betont, daß das Proletariat sich keinesfalls diesen politischen Kräften unterordnen oder irgendwelche Bündnisse eingehen darf, sondern daß die politische und ideologische Führung i m m e r die Arbeiterklasse und ihre revolutionäre Avantgardeorganisation innehaben muß. (Siehe dazu: „Nachrichten vom Widerstand", Anwortbrief an die „KP" Chiles, abgedruckt in „dI" Nr. 16.)

Eine ausführliche Auseinandersetzung mit dem Schweinspapier der Revisionisten und einer inzwischen dazu veröffentlichten Stellungnahme des MIR erfolgt in der nächsten Ausgabe der INTERNATIONALE. (Zahlreiche Informationen des Artikels stammen aus einem Gespräch zwischen der Lateinamerika-Kommission und der MIR-Leitung in der BRD Ende Januar 1976.) ●

Lateinamerika-Kommission



afrika aktuell

Portugal: 6. Regierung in den Fußstapfen von Caetano !

Im Zuge der Rechtsentwicklung in Portugal nimmt die Haltung der reaktionären 6. Regierung gegenüber den früheren portugiesischen Kolonien immer zynischere und an die Kolonialzeit erinnernde Formen an.
Im einzelnen:

– **VR Mosambik**: Admiral Crespo, portugiesischer Minister für Kooperation, beschloß, daß keine weiteren Techniker von Lissabon nach Mosambik reisen dürfen. Begründet wird dieser üble Beschluß mit dem neuen Gesetzerlaß der VR Mosambik, nach dem sämtliche Scheinwohnsitze von Ausländern ab sofort verstaatlicht sind (vgl. Artikel in diesem AK).

– **VR Angola**: Die Gründe für die äußerst spät erfolgte Anerkennung der VR Angola durch die 6. portugiesische Regierung (am 22.2.) kommen jetzt klarer auf den Tisch. Die 6. Regierung strebt Verhandlungen an über die *„enormen wirtschaftlichen Probleme zwischen beiden Ländern"*, sowie über die *„Entschädigung für den zurückgelassenen Besitz der 350.000 aus Angola geflohenen Portugiesen"*. Dabei können diese in aller Regel faschistischen Kolonialherren froh sein, daß sie noch mit heiler Haut davongekommen sind, nachdem sie sich Jahrzehnte aus dem Blut der angolanischen Massen ein feines Leben finanziert haben!

– **Guinea-Bissau**: Nachdem schon im Januar „Unstimmigkeiten" dazu geführt hatten, daß Verhandlungen über die Ausgabe der Währung, die Staatsschulden sowie die Konten verschiedener portugiesischer Banken zusammenbrachen (die portugiesische Regierung hatte sich allzu dick gemacht für die Entschädigung beschlagnahmter Gelder), hat sich die 6. Regierung erneut – die wohl schwerste – Provokation geleistet.

Die Nachrichtenagentur Guinea-Bissaus, ANC, meldete am 22.2., daß das gesamte protugiesische Militärpersonal, das den Betrieb auf dem Flughafen Bissau-Bissalanca abwickelte, abgeflogen sei, ohne auf eine Ersatzmannschaft zu warten. Praktisch ein Versuch, den einzigen Flughafen Guinea-Bissau lahmzulegen. Inzwischen wird der Betrieb von Guinea-Bissau selbst weitergeführt.

Daß die 6. Regierung gezielt diesen Bruch herbeigeführt hat, zeigt sich an ihrer aberwitzigen Forderung, dem Flughafenpersonal anstelle des Status von normalen Technikern einen diplomatischen Status zu verleihen, was selbstredend von der Regierung Guinea-Bissau verweigert wurde. ●

Afrika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Noch mehr BRD–Kapitalexport in RSA !

Der westdeutsche Imperialismus gedenkt anscheinend im verstärkten Maße in Südafrika zu investieren. (Trotz der UN-Sanktionen gegen das Rassistenregime ist die BRD bereits heute der 2.größte Handelspartner und der größte Investor in Südafrika.) Zu diesem Zweck war eine Spitzendelegation des Kapitalisten-Verbandes BDI unter Führung seines Präsidenten, Dr. Hans-Günther Sohl, in Südafrika.

Ihr besonderes Interesse galt den sogenannten „Homelands" (KZ-ähnliche Groß-Reservate für die schwarze Bevölkerung). Nach der Rückkehr der Delegation wurde eine 20-seitige Kapital-Denkschrift aufgesetzt, die die Investitionsvorteile und Möglichkeiten aufzeigt.

Gleich zu Anfang wurde verdeutlicht, wie willenlos die „Homeland"-Führer – von Pretoria eingesetzt – sich gegenüber dem westdeutschen Großkapital verhalten haben. Sie bescheinigten sich selbst *„mangelnde Industrieerfahrungen"*, die Delegation solle selbst *„prüfen, für welche Branchen die Produktionsbedingungen am günstigsten sein."* So wurde festgelegt, daß der BDI seine Kontakte zu den „Homeland"-Führern „vertiefen" wird.

Eine ganze Reihe weiterer Vorteile konnte den daheim gebliebenen BRD-Kapitalisten in der Denkschrift bekannt gegeben werden.

– Arbeitsintensive Industrien werden von den Behörden gefördert und sind auf Grund der geringen Lohnkosten besonders günstig.
– Schwarze Arbeiter sind besonders interessant. Streikrecht gibt es nicht. Die eh zum Vorteil der Kapitalisten ausgelegte südafrikanische Arbeitsgesetzgebung entfällt, Mindestlöhne brauchen nicht gezahlt werden.
– Grund und Boden können einschränkungslos an die Imperialisten verkauft werden.
– Verträge über die Erstellung von Firmen werden bis zu 99 Jahre abgeschlossen. *„Während dieser Zeit kann er* (der Imperialist) *uneingeschränkt auf eigene Rechnung arbeiten."* Sind die Firmen dann veraltet, müssen sie die Schwarzen durch Abkauf übernehmen.
– *„Enteignungen und andere politische Risiken werden durch Pretoria voll abgedeckt."*

Schon in den letzten Jahren hatten sich die Direktinvestitionen günstig entwickelt. Von 271 Mio. DM Ende '72 auf 419 Mio. DM Ende '74 und schließlich auf 476 Mio. DM Mitte '75.

Welch weitreichende Pläne zur Steigerung das westdeutsche Kapital hat, wird ersichtlich aus einer festgelegten, kostspieligen Untersuchungs-Kommission, die die Nutzung der Bodenschätze und die „Arbeitsmarkt-Situation" vor Ort und in allen Einzelheiten prüfen soll. (Informationen nach „Extradienst" 16/X).

Es ist klar, daß diese erneuten ökonomischen Anstrengungen des BRD-Imperialismus vor dem Hintergrund der politischen Sicherung des „Bollwerkes des Freien Westens" – der faschistischen Rassisten-„Republik" Südafrika – gegen den Befreiungssturm der afrikanischen Völker gewertet werden muß. ●

Afrika-Kommission,
KB/Gruppe Hamburg

Äthiopien Klassenkämpfe verschärfen sich

Die Auseinandersetzungen um die künftige Entwicklung Äthiopiens spitzen sich zu.

Ende Januar wurden sechs Mitglieder aus dem herrschenden Militärrat „DERG" ausgeschlossen und festgenommen („Welt", 29.1.). Mitte Februar wurde die „Niederschlagung eines Putschversuchs" aus Addis Abeba gemeldet. Dabei wurde Kebede Worku erschossen, ehemaliger Oberbefehlshaber der 4.Division (stationiert in Addis Abeba), sowie ein Großgrundbesitzer und ehemaliger Distriktverwalter, Makonnen Wossen („FAZ", 17.2.).

Ebenfalls Ende Februar wurden



Kirche ...

das Oberhaupt der orthodoxen Kirche Äthiopiens, Patriarch Abuna Tewoflos, sowie mehrere seiner Bischöfe abgesetzt und vom DERG festgenommen. Tewoflos wird des Mordes an Priestern beschuldigt, als Gegner der „Mißwirtschaft" und „despotischen Herrschaft" des Erzbischofs gewesen seien. Es soll auf Privatkonten über 5,2 Mio. DM beiseitegeschafft haben. Tewoflos war noch von Kaiser Haile Selassie ernannt worden.

Es steht fest, daß die äthiopische orthodoxe Kirche (Staatskirche!) als der zweitgrößte Landbesitzer nach Haile Selassie zu den fürchterlichsten feudalen Ausbeutern und Blutsaugern des Landes zählt. Allerdings hat der DERG hier wohl nur einen Schlag gegen die augenfälligsten Blutsauger geführt und nicht gegen die ganze Kirche. Zumindest ist bislang über Enteignung der Kirche nichts bekannt geworden, der DERG ernannte einen provisorischen Nachfolger für Tewoflos, und am 7.7.76 soll sich die Bischofskonferenz einen endgültigen Nachfolger wählen („FAZ", 20.2. und 2.3.76).

Seit Mitte Februar finden auch wieder Massenverhaftungen in Addis Abeba statt. Eine große Lebensmittelknappheit in der Hauptstadt läßt jede Woche zahlreiche Menschen verhungern. Die „FR" (29.2.) spricht von 200 Hungertoten pro Woche, der „Stern" (11.3.) von 200 Hungertoten täglich!

Der „Stern" erwähnt auch, daß der DERG in und um Addis Abeba zahlreiche Straßensperren errichten ließ.



und Hunger in Äthiopien

Neue Fraktion der Junta ?

In „Addis Zemen", einer auf amharisch erscheinenden Zeitung, scheint sich eine fortschrittlichere Fraktion des DERG durchgesetzt zu haben. Am 27.2. erschien in der Zeitung ein 4000-Wörter-Artikel mit einer „Drei-Punkte-Erklärung" mit folgenden Forderungen:

– Die „provisorische" Militärregierung soll die Macht an zivile Politiker zurückgeben;
– Zulassung eines Vielparteiensystems
– erweiterte Befugnisse für die Provinzverwaltungen.

Es wurde sogar die „Diktatur des Proletariats" für Äthiopien gefordert. Zudem wurde eine lange Liste von ehemaligen kaiserlichen Beamten veröffentlicht, denen man nun die Bürgerrechte entziehen will („NZZ", 3.3.76).

Zu den „Drei Punkten" folgendes: Das Versprechen, die Regierung an zivile Politiker zu übertragen, hat seit dem Sturz Haile Selassies j e d e Besetzung der Junta gegeben.

Die Forderung nach Zulassung eines Vielparteiensystems steht im offenen Widerspruch zu den bisherigen Proklamationen des DERG, eine „staatstragende revolutionäre Einheitspartei" aufbauen zu wollen. Fraglich bleibt allerdings, welche Parteien zugelassen werden sollten, und wie weit man in diesem Punkt der linken Opposition entgegenkommt. Es hat zu dieser Frage im Herbst 75 starke Kämpfe mit der Arbeiterlinken und dem Gewerkschaftsverband CELU gegeben. Die Arbeiter forderten Organisations-, Versammlungs- und Pressefreiheit. Die Junta antwortete auf diesen Widerstand mit Verhaftungen tausender Personen sowie zahllosen Folterungen und Erschießungen.

Die 3. Forderung, Erweiterung der Kompetenzen der Provinzverwaltungen, s c h e i n t den Unabhängigkeitsbestrebungen Eritreas und mehrerer mit Eritrea verbündeten äthiopischen Provinzen Rechnung zu tragen. Allerdings fordert die Eritreische Revolution seit Beginn aller Kämpfe vor Verhandlungsaufnahme mit einer äthiopischen Regierung, daß sämtliche äthiopischen Soldaten aus Eritrea abgezogen werden, die Unabhängigkeit anerkannt wird und die politischen Gefangenen freigelassen werden! Alle Versuche seit dem Sturz Haile Selassies, mit Eritrea o h n e Anerkennung dieser Voraussetzungen zu verhandeln, wurden abgeblitzt (siehe auch AK Nr. 71).

Imperialisten verstärken Druck

Es ist bekannt, daß allein nach Äthiopien über 40% der gesamten US-„Militärhilfe" für afrikanische Staaten geht, und daß Äthiopien der größte Militär-Brückenkopf der USA in Afrika ist.

Die französisch-sprachige Zeitschrift „Afrique-Asie" vom 9.2.76 berichtet, daß der US-Imperialismus in Äthiopien einen neuen Stützpunkt errichten will, und zwar im Ogaden – einem Gebiet im Ostteil Äthiopiens, das nach Somalia hineinreicht. Der Ogaden ist eines der schlimmsten Hungergebiete und Schauplatz großer Aufstandsbewegungen, die allerdings zum Teil (laut bürgerlicher Presse) noch unter feudaler Führung stehen.

Als größere Stützpunkte der US-Armee wurden bisher in dieser Region nur Kagnew und Massawa in Eritrea bekannt.

Interessant ist, mit welcher Wut der DERG die Nachricht über den geplanten Stützpunkt dementiert (Radio Addis Abeba, 21.2.76). Allerdings läßt sich nicht leugnen, daß die US-Imperialisten schon lange im Ogaden-Gebiet mit Trupps umherziehen, die angeblich „nur" nach Öl suchen (Äthiopien-Film, 3. Fernsehprogramm, 21.10.75).

Auch die Zionisten verstärken ihre Einflußnahme. Der Sprecher der eritreischen Befreiungsfront ELF, Saleh Sabi, gab am 23.2. in Beirut bekannt, daß kürzlich 40 zionistische Experten in Addis Abeba eingetroffen sind, um eine äthiopische Division für die Bekämpfung der eritreischen Revolution auszubilden.

Weiterhin, daß die Zionisten östlich von Addis Abeba ein Lager zur Ausbildung von 5.000 äthiopischen Soldaten eingerichtet haben und daß Israel sich verpflichtet hat, die Division vollständig mit Waffen auszurüsten (Radio „Stimme Palästina", 24.2.76).

Der Widerstand formiert sich

Bereits am 31.8.75 wurden in Äthiopien die Gründung der „PRPE" (Revolutionäre Partei des äthiopischen Volkes) bekanntgegeben.

Sie gibt die Zeitungen „Democracia" und „Labader" heraus. Unter anderem unterstützt sie das demokratische Forderungsprogramm des Gewerkschaftsverbandes CELU. Für Eritrea fordert sie das Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit, Beendigung des Krieges, bedingungslose Anerkennung und die Freilassung aller politischen Gefangenen („Afrique-Asie", 9.2.76).

Mit ihrer Haltung zu Eritrea steht diese Partei im Widerspruch zur Politik der Sowjetunion in dieser Frage, die bei früherer Unterstützung der eritreischen Revolution zu ihrer systematischen Diffamierung übergegangen ist, nachdem Haile Selassie gestürzt wurde. ●

Afrika-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Faschisten in Algerien verurteilt

Am 3. März wurden in Algerien die sechs faschistischen Bombenleger verurteilt, die am 3.1.76 einen Anschlag auf das Verlagshaus von „El Moudjahid" in Algier verübt hatten.

Entgegen den Berichten der bürgerlichen Presse haben die Verurteilten die Möglichkeit, innerhalb von acht Tagen Widerspruch einzulegen, und sind nicht nach irgendwelchen „Überzeugungen" des Gerichts, sondern auf Grund ihrer eigenen Aussagen verurteilt worden.

Der Prozeß hat gezeigt, wieviel Dreck besonders die drei zum Tode Verurteilten am Stecken haben: Sie haben für den französischen Geheimdienst und Funktionäre des französischen Innenministeriums Spitzeldienste geleistet. Außerdem hatten sie Verbindungen zu den Spitzenmännern der faschistischen Organisationen OAS und SOA in Frankreich, als auch zu den spanischen faschistischen „Christkönigskrieger"-Schlägerbanden und der Terror-Gruppe Anti-ETA in Spanien und der ALP in Portugal. (Die ALP – Armee für die Befreiung Portugals – ist nicht der Zusammenschluß von OAS und SOA, wie wir auf Grund falscher Informationen in AK 75 berichteten, sondern scheinbar nichts anderes als die ELP-Bande.)

Einer der zum Tode Verurteilten hat an einer gegen die Basken gerichteten Aktion teilgenommen und in Spanien Bombenleger ausgebildet.

Es sind also nicht irgendwelche naiven und unschuldigen, in die Sache nur hineingerutschten Leute, sondern wichtige Verbindungsmänner in der internationalen Zusammenarbeit der Faschisten, die verurteilt worden sind.

Tod den Faschisten! ●

Nahost-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Wo der Imperialismus regiert

Tschad

„Versöhnung" mit französischem Imperialismus

Anfang März dieses Jahres stattete der französische Ministerpräsident Chirac dem Tschad einen Staatsbesuch ab. Nachem im letzten Jahr kurzfristige Differenzen in der Beziehung zwischen Frankreich und seiner ehemaligen Kolonie im Zusammenhang mit dem französischen Geheimdienstehepaar Claustre (wir berichteten in AK 65 darüber) entstanden waren, die zum Abzug der französischen Truppen im Tschad geführt hatten, war der jetzige Staatsbesuch ein großes Versöhnungsfest.

Chirac verkündete, nachdem General Malloum das gemeinsame, von „freundschaftlich" nur so triefende Kommunique vorgelesen hatte, die Krise sei lediglich auf *„Mißverständnisse und menschliche Irrtümer"* zurückzuführen, nicht etwa auf *„Interessens- und ideologische Konflikte"*.

Grund zur Freude gibt es für beide genug: Malloum bekam zum Ausgleich seiner enorm hohen Auslandsverschuldung (625 Mio. Francs) und seines chronisch defizitären Staatshaushaltes (1975 53 Mio. Francs) eine größere Budgetspritze sowie die Steigerung der französischen Investitionen von 15 auf 40 Mio. Francs versprochen. Als Gegenleistung erlaubte er den französischen Imperialisten, *„wieder den Luftraum zu benutzen"* und erteilte ihnen *„für die Zivil- und Militärluftfahrt Landerecht."* Gleichzeitig forderte er eine Steigerung der Militärhilfe und die Entsendung von *„mehr militärischen Instrukteuren"*.

Angesichts einer so offenen Aufforderung an die Imperialisten, sich intensiver an der Ausbeutung und Niederhaltung des Volkes im Tschad zu beteiligen, beeilte sich Chirac zu betonen, daß das natürlich nicht heiße, *„daß Frankreich direkt* (!!) *gegen die Rebellion* (im Norden des Landes, der großteils in der Hand der Befreiungsbewegung ist – Anm. AK) *interveniert"*.

Allerdings hat das Militärregime im Tschad auch allen Anlaß, sich um die Absicherung seiner Existenz zu bemühen. Der brutalen Ausbeutung des Volkes durch vor allem französische Monopole, die fast den gesamten Baumwoll- und Viehzuchthandel beherrschen (von 1971-74 machten sie im Tschad einen Gewinn von etwa 1 Mrd. Francs), steht die große Armut der Bevölkerung gegenüber. Während ein Hilfsarbeiter je nach Alter zwischen 1 und 2 Francs für einen 8-Stunden-Tag bekommt, kostet z.B. ein Stück Seife 2,5 Francs, 2 kg Zucker 7,25 Francs, 1 kg Hirse 1,25 Francs.

In den größeren Städten hat es dagegen von August bis November 75 8 größere Streiks gegeben, während der letzten Monate kam es wiederholt zu Protestaktionen der Kleinhändler, die durch die Politik der Regierung, die große Kooperativen unter Führung französischer Konzerne schaffen will, in ihrer Existenz bedroht sind.

Als Reaktion darauf hatte die Militärregierung Anfang des Jahres die Einheitsgewerkschaft verboten und das Streikrecht untersagt.

(Nach „Afrique-Asie" Nr. 104, 8.3.76 und „Le Monde" 9.3.76).

Senegal

Pseudoopposition gegründet

Anfang Februar wurde im Senegal eine dritte Partei zugelassen, die *„progressiv und säkulär sein und weiter links stehen soll als andere bestehende Parteien."* Offensichtliches Ziel dieser Partei, die unter massiver Behinderung der Staatsorgane und Beteiligung von Mitgliedern der faschistischen Regierungspartei gegründet wurde, ist die Integration oppositioneller Kräfte. Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang, daß die Regierungspartei, die durch brutale Verfolgung von politischen Gegnern bekannt ist, vor kurzem in die 2. (sozialdemokratische) „Internationale" aufgenommen wurde, und daß ihr Ministerpräsident am letzten SPD-Parteitag teilgenommen hat! Somit wurde ihr international die Anerkennung als „sozialistisch" und „demokratisch" zuteil. Ein weiteres Zeichen dafür, welches Gesindel unter diesem Markenzeichen firmiert! Die kurz zuvor bekannt gewordenen Verhaftungswellen – vor allem von Journalisten, technischen und kaufmännischen Angestellten – sind dabei offenbar kein Hinderungsgrund! Die Verhafteten wurden von Sondergerichten abgeurteilt, deren Beisitzer sich aus der Regierungspartei rekrutierten. Dabei genügte es, den Erziehungsminister einen „neokolonialistischen Reaktionär" genannt zu haben, um ins Gefängnis zu kommen.

Unterstützt wird das Regime des Faschisten Senghor von „Entwicklungshelfern" aus Frankreich, Japan und Brasilien, die die Folterspezialisten ausbilden (Nach „Le Monde", 28.1., „Jeune Afrique", 30.1., sowie „Monitor-Dienst", 19.2.).

Uganda

Aufrüstung durch die BRD

Die wohl schillerndste Gestalt unter den afrikanischen Kompradoren ist der ugandische Staatspräsident Amin. Während er in der westlichen – rassistischen – Presse als „unberechenbar" und „allen Weißen feindlich gesonnen" dargestellt wird, signalisiert die militärische Aufrüstung Ugandas durch den Imperialismus die reale Komplizenschaft des Regimes mit den „westlichen Zentren".

So ist kürzlich die bisher verschleierte massive Militärhilfe der BRD an Amin bekannt geworden. Die kenianische Zeitung „The Standard" berichtete von der Entladung westdeutscher Unimog-Militärfahrzeuge und Truppentransporter von Mercedes im Hafen Mombassa. Besonders der Unimog hat seine *„'Bewährungsprobe' als wohl bestes kleinstes Militärfahrzeug in Afrika im einstigen portugiesischen Kolonialkrieg in Mozambique, Angola und Guinea bestanden. Die Portugiesen hätten auf der Ladefläche des Unimogs ein schweres Maschinengewehr sowie eine Bank für sechs bis acht Soldaten installiert"* („SZ", 4.3.76).

Als Käufer fungiert die libysche Regierung (!) und die Fahrzeuge werden via Tripolis verschifft. Doch nicht allein zur BRD hat Amin beste Beziehungen. Erst kürzlich lobhudelte er ausgiebig den französischen Imperialismus, als er sich äußerst befriedigt über die französische Politik gegenüber Djibouti und den Komoren zeigte, nachdem gerade in der letzten Zeit wieder die brutale Unterdrückung jeglicher Freiheiten der Bevölkerung dieser letzten Kolonien Frankreichs deutlich geworden war: Amin *„bestätigte Frankreich Interesse und Unterstützung (!) für seine Kolonien"*, über die er *„glücklich und befriedigt"* sei. („Radio Kampala", 24.2. – nach „Monitor-Dienst"). Wie wenig auch von den großartigen Reden Amins gegen die südafrikanischen Rassisten zu halten ist, zeigt, daß Uganda das einzige afrikanische Land ist, das sich an der Seite Südafrikas an einer „Internationalen Tourismus-Börse" in Berlin beteiligte („Extra-Dienst", 5.3.76).

Sudan

Auf den Spuren Saudi Arabiens

Im Sudan wurden Anfang Februar 10 weitere Armeeangehörige wegen der Beteiligung an einem Putsch im September 75 hingerichtet, nachdem bereits im Januar aus dem gleichen Grund vier Militärs und zwei Zivilisten erschossen wurden, drei weitere bekamen lebenslange Haftstrafen. Die Anführer des Putsches hatten damals im Rundfunk eine Erklärung verlesen, in der es hieß, *„der Sudan sei unter Numeiri ein Polizeistaat geworden"*, er habe *„die Gedanken- und Erziehungsfreiheit konfisziert und die Zeitungen verstaatlicht ... die Gefängnisse waren und sind voll von guten Leuten"*.

Damit setzte das Numeiri-Regime seine Tradition fort, jegliche Opposition grausam zu unterdrücken, wie es bereits nach einem Putsch 1971 große Massaker besonders unter den Kommunisten anrichten ließ. Damals war Numeiri vom libyschen Präsidenten Ghadafi gerettet worden, der ein Flugzeug, das die führenden Oppositionellen von London in den Sudan bringen sollte, zur Landung in Tripolis zwang und die Politiker verhaftete und auslieferte. Diesen „Liebesdienst" hat Numeiri seinem Kumpel inzwischen damit „belohnt", daß er sich auf die Seite der ärgsten Konkurrenten Ghadafis, Ägypten, geschlagen hat. *„Wir stehen zu Ägypten (vor allem in der Palästina-Frage), wir haben das gleiche Schicksal."* Für den Imperialismus ist der Sudan vor allem, neben der strategisch günstigen Lage, aus zwei Gründen interessant: Nach jüngsten Erdölfunden hat eine Gruppe von vier internationalen Gesellschaften 600 Mio. Dollar im Sudan investiert. Den zweiten Grund beschreibt die amerikanische Wirtschafts-Zeitung „Economist" vom 12.7.75: *„Es hat in großen Mengen, was man gut gebrauchen kann: unerschlossenes Anbaugebiet von Lebensmitteln. In den arabischen ölproduzierenden Ländern wird jetzt über den Sudan als ein Land gesprochen, in dem ihr Öl, Geld und die westliche Technologie zusammenkommen können und einen neuen internationalen „Futterkorb" schaffen können."*

Numeiri beteuerte auch sogleich: *„Wir verfolgen weiterhin mit Saudi-Arabien den Weg der umfassenden wirtschaftlichen Integration"*, und daß sich seine *„saudi-arabischen Brüder auf dem richtigen Weg befinden"* würden, den er ebenfalls zu beschreiten gedenke.

(Nach „FR", 4.2.76, „SZ", 6./7.9.75 und „Monitor-Dienst", 16.2.76)

Afrika-Kommission

Obervolta

Nachdem am 17./18.12.75 die vier Gewerkschaftsverbände in Obervolta einen 48-stündigen Generalstreik ausgerufen hatten, der in der Hauptstadt 100%ig befolgt wurde und offenbar die langangestaute Empörung der Bevölkerung über die miserabelsten Lebensbedingungen so eindeutig zum Ausdruck brachte, daß nicht einmal das Militär eingriff (wie sonst üblich!), wurde über das ganze Land eine Pressezensur verhängt. Konkreter Anlaß für den Generalstreik war angeblich, daß bekannt wurde, die Regierung habe drei Cadillacs und 19 Mercedes-Luxuslimousinen bestellt. Eine offene Provokation, nachdem die Regierung kurz zuvor eine Lohnforderung von 30% abgelehnt hatte, bei einer Inflationsrate von 50% (1975) und seit 1958 eingefrorenen Löhnen!

Um die Wellen der Empörung erstmal zu beschwichtigen, verkündete die Regierung eine Kabinettsumbildung: es wurden ein paar mehr Zivilisten in die Regierung aufgenommen.

(Nach „Jeune Afrique", 23.1. und 5.3. und „Le Monde", 2.12. und 10.12.75).

Zaire

Mobuto in Bedrängnis

– FNLA eröffnet „Buschkrieg" ... in Kinshasa

Die Niederlage, die Mobutu in Angola erlitt (seine Interventionstruppen unterstützten bekanntlich FNLA/UNITA), mußte er in diesen Wochen gewissermaßen „offiziell" eingestehen: Mobutu erkannte gezwungenermaßen die siegreiche MPLA als einzige legitime Vertreterin des angolanischen Volkes an! Darüberhinaus mußte er sich verpflichten, FNLA/UNITA keinerlei Unterstützung mehr zu gewähren und Cabinda als unverzichtbaren Teil der VR Angola zu akzeptieren (ein Kriegsziel Mobutus war die Loslösung Cabindas von Angola).

Mit dem Vormarsch der afrikanischen Revolution in Angola ist dem Bollwerk der Imperialisten in Schwarzafrika ein erneuter Stoß versetzt worden. Bereits mit der Aggression gegen die MPLA und das angolanische Volk hat sich Mobutu, der über keinerlei soziale Basis im eigenen Land verfügt, in offenen Widerspruch zu den angolanischen Arbeitern und Bauern gesetzt, deren Sympathien eindeutig der MPLA gehörten und die für die MPLA in Kinshasa demonstrierten (vergl. AK 73).

Mobutus angolanisches Fiasko ist jetzt auf die Innenpolitik in Zaire durchgeschlagen. Wie vorhersehbar, ist Mobutu erfreulicherweise schon jetzt nicht mehr in der Lage, die „innere Sicherheit" in seiner Militär-Diktatur im vollen Umfang zu gewährleisten. Die sozialen Widersprüche, durch Inflation und Massenarbeitslosigkeit ohnehin bis zum Äußersten gespannt, haben sich durch die zurückflutenden FNLA-Söldnertruppen und sonstige „Kriegsheimkehrer" – ebenfalls natürlich ohne Arbeit – noch weiter verschärft.

Die 1.500 Mann starke Bürgerkriegs-Spezialeinheit, die „Kamanyola-Division" (bezeichnenderweise rührt der Name von einer siegreichen Schlacht Mobutus/Tschombes 1964 gegen die kongolesischen Antiimperialisten unter Lumumba her.) zieht gemeinsam mit den „Kameraden" der FNLA plündernd durch die Hauptstadt Kinshasa. Letztere dokumentieren damit, wie sie sich eine „Befreiung" Angolas „vom Joch des Kommunismus" vorgestellt haben. Jedenfalls haben damit die FNLA-Führer ihr Versprechen eingelöst, bei militärischer Niederlage gegen die MPLA, zum „Buschkrieg" überzugehen.

Nunmehr erledigen sie die ihnen für Angola zugedachte Tätigkeit im eigenen Hause. Dabei gehen sie allerdings auftragswidrig etwas klassenunspezifisch vor, und das hat durchaus erfreuliche Seiten: Wie der „Spiegel" 9/76 berichtete, ist vor den demoralisierten und verelendeten Kriegsveteranen (sowie wahrscheinlich anderen notleidenden Elementen) in Zaires Hauptstadt Kinshasa nichts mehr sicher: In aller Seelenruhe werden ganze Geschäfte leergeräumt – „bezahlt" wird mit der Maschinenpistole. Die imperialistischen Gesandtschaften, Delegationen und Konzern-Niederlassungen sowie die zairische Kompradorenbourgeoisie werden regelmäßig abkassiert – selbst Nachtwächter, „Selbstschutztruppen", scharfe Hunde und doppelmannshohe Mauern sind kein Schutz. *„Allein in den Wochen zwischen Ende November und Mitte Januar wurden fast zwei Dutzend Mitglieder der gut zweihundert Köpfe starken deutschen Kolonie überfallen, zusammengeschlagen, angeschossen"* (ebenda). Die „Sicherheitskräfte" verhalten sich gegenüber der Soldateska systemgemäß: Sie halten die Hand auf...

So sehr die Fundamente des nur noch durch massive US-Dollar-Spritzen künstlich am Leben gehaltenen Mobutu-Regimes noch ausgehöhlt sind, entscheidend für den Zusammenbruch wird die politische Organisierung und der bewaffnete Kampf der zairischen Massen selbst sein. Diesen Kampf haben sie 1964 aufgenommen.

Mehrere Gruppen haben in Zaire in den letzten Jahren kleine Gebiete im Osten unter ihre Kontrolle („Afrika", July 75). Im Osten hatte bekanntlich auch Lumumba seine feste Basis. Wenn sich auch wegen des Terrors des faschistischen Mobutu-Regimes und der Unterdrückung jeglicher Information über den Widerstand derzeit noch keine genauen Angaben über Umfang und Intensität des Befreiungskampfes in Zaire machen lassen, kann doch mit einiger Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß die PRP (Revolutionäre Partei des Volkes) eine der bedeutenden Organisationen ist. Ihr Führer, Kabila, kommandierte bereits in den Jahren 1964-66 die Südostfront gegen Tschombe/Mobutu. Im Oktober 67 aus der VR China zurückgekehrt, hat er mit der PRP eine Organisation aufgebaut, die sich am Tanganjika-See eine Basis unter den armen Bauern verschaffen konnte. In diesem Gebiet hat sie „Selbstversorgungs-Zentren" angelegt, von denen aus sie militärische Operationen gegen die Mobutu-Truppen unternimmt. Nach eigenen Angaben verfügt die militärische Formation der PRP, die FAP, über 3000 Kämpferinnen und Kämpfer. Die PRP versteht sich selbst als marxistisch-leninistische Organisation („African red family", 2/3).

Afrika-Kommission

Teilnahme Eritreas an OAU-Konferenz



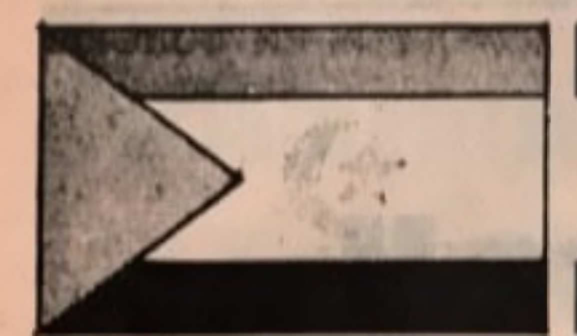
Eritrea: Kämpfer der ELPF

In dem Krieg in Eritrea hat die Befreiungsbewegung ELF/EPLF eindeutig die Initiative, die äthiopischen Streitkräfte können nur noch aus der Luft offensiv eingreifen. Sie kontrollieren nur noch die Bevölkerungsteile, welche in den Ortschaften mit Militärstützpunkt wohnen – das sind weniger als 20. Die äthiopische Armee hat entlang den Hauptstraßen und rund um die größeren Städte ca. 50 größere Dörfer systematisch niedergebrannt und machte damit etwa 400.000 Menschen zu Flüchtlingen. Insgesamt haben die Massaker der äthiopischen Armee etwa ein Drittel des 3-Millionen-Volkes zu Flüchtlingen gemacht! („NZZ",30.1.76).

Für die Bedeutung der Eritreischen Befreiungsfront spricht, daß sie an der Tagung des OAU-Ministerrates Ende Februar teilnahm. Ebenfalls beteiligt waren die „Front für die Befreiung der Somali-Küste", die „Afrikanische Volksliga für die Unabhängigkeit von Afars und Issas" und die Frente Polisario der West-Sahara (Radio Maputo, Laurenco Marques, 23.2.76).

Diese Tatsache ist auch deshalb interessant, weil die in der OAU zusammengeschlossenen Staaten es bisher noch in keinem Fall erlaubt haben und nach der OAU-Charta auch nicht erlauben können, daß ein OAU-Staat „auseinanderfällt".

Afrika-Kommission
KB / Gruppe Hamburg



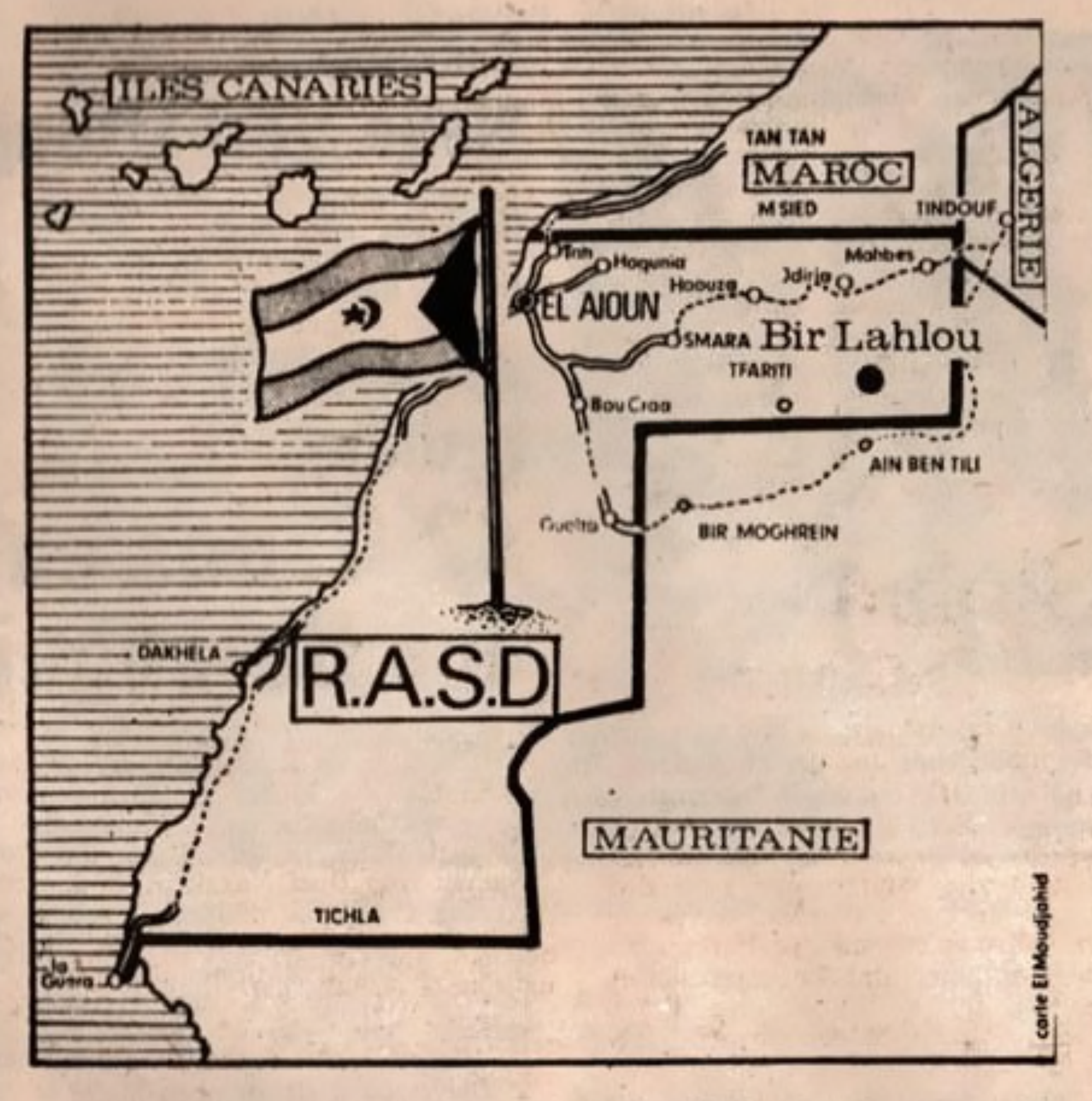
REPUBLIQUE ARABE SAHRAOUIE DEMOCRATIQUE



Dem(o)kratische Arabische Republik Sahara ausgerufen!

Am 27.2.76 rief der „Provisorische Saharische Nationalrat" in der Oase Bir Lahlou die Unabhängigkeit der ehemaligen „Spanisch-Sahara" aus. Mehr als 10.000 Saharuis feierten begeistert die Gründung der Republik. In der Proklamation der „Demokratischen arabischen Republik Sahara" heißt es zu den Zielen des neuen Staates: „... *das saharische arabische Volk handelt nach dem Prinzip, das vorsieht, schnell und ohne Bedingungen dem Kolonialismus unter allen seinen Formen ein Ende zu setzen, um die wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Entwicklung aller kämpfenden Völker zu verwirklichen. Auf der Basis des freien Volkswillens, begründet auf den Prinzipien der demokratischen Wahl, gibt es der ganzen Welt die Entstehung eines freien, unabhängigen, souveränen Staates bekannt, gelenkt durch ein nationales, demokratisches, arabisches System, das auf progressive Einheit und die islamische Religion orientiert*" („El Moudjahid", 28.2.76).

Am 4.3.76 wurde dann im Amgala die erste Regierung der Republik Sahara gebildet: „... *In Ausübung des Willens unseres Volkes, hat die Leitung der F. POLISARIO, in vollem Einverständnis mit dem ‚Provisorischen Saharischen Nationalrat', die Bildung einer Regierung beschlossen, die ihre Verantwortung in der Fortsetzung des Kampfes bis zum Sieg sieht*" („El Moudjahid", 6.3.76).



Die Republik Sahara ist inzwischen von Madagaskar, Burundi, Algerien und der VR-Benin anerkannt worden. Leider hat sich nicht bestätigt, wie in AK 75 – nach Rundfunkmeldungen, die bei Redaktionsschluß eingingen – berichtet, daß schon 20 afrikanische Staaten die Anerkennung ausgesprochen haben. Auf der OAU-Konferenz ist lediglich über eine Anerkennung der F. POLISARIO diskutiert worden, wobei sich 17 Staaten für die F. POLISARIO als Vertreter des saharischen Volkes ausgesprochen hatten. Es handelt sich um Algerien, VR Angola, VR Benin, Burundi, Kapverden, Komoren, VR Kongo, Ghana, Guninea-Bissao, Guinea, Libyen, Madagaskar, Nigeria, Sao-Tome, Somalia, Tansania und Tschad. Insgesamt 14 Staaten entschieden dagegen: Elfenbeinküste, Gabun, Kamerun, Liberia, Malawi, Mali, Marokko, Mauretanien, Niger, Sambia, Senegal, Tunesien, Zaire und die Zentralafrikanische Republik. Es ist dies derselbe reaktionäre Block afrikanischer Staaten, der auch der angolanischen MPLA das Alleinvertretungsrecht des angolanischen Volkes bis zum endgültigen militärischen Sieg streitig machte.

Die restlichen OAU-Mitgliedsstaaten enthielten sich der Stimme.

Die OAU-Konferenz hat ausdrücklich eine Abstimmung über die Anerkennung der Republik Sahara vermieden, da feststand, daß zumindest Marokko und Mauretanien aus der OAU ausgetreten wären und das hätte die Spaltung der OAU nach sich gezogen. Auch wenn jetzt die Mehrheit der OAU-Staaten einzeln die Anerkennung aussprechen sollte und somit die OAU nach ihren Bestimmungen verpflichtet ist, die Republik Sahara anzuerkennen, ist es fraglich, ob nicht dennoch der reaktionäre afrikanisch-arabische Block die Spaltung herbeiführen wird. Der „Arabische Gipfel" am 15.3.76, auf dem die pro-imperialistischen Kräfte das Übergewicht haben, wird zeigen, ob der Imperialismus den Zeitpunkt (und es handelt sich ohnehin nur noch um eine Frage der Zeit) für eine Spaltung der „Afrikanischen Einheit" als günstig erachtet und herbeiführen wird.

Marokko hat inzwischen die diplomatischen Beziehungen mit Algerien abgebrochen, da es die algerische Hilfe für das saharische Volk als „Einmischung in die inneren Angelegenheiten Marokkos" bezeichnet. Auch gegenüber dem Verbündeten Mauretanien wird immer deutlicher, daß Marokko Anspruch auf das ganze Gebiet der Republik Sahara erhebt. Nach Berichten der spanischen Zeitung „YA" werden im südlichen Teil der Republik Sahara, besonders in Dahkla (ehem. Villa Cisceros), der zweitgrößten Stadt, die ursprünglich an Mauretanien fallen sollte, von Marokko Flugblätter verteilt, die die verbliebene Bevölkerung auffordern, gegen die Anwesenheit mauretanischer Truppen zu protestieren (lt. „El Moudjahid", 28.2.). Die Präsenz marokkanischer Truppen und Berater in Mauretanien selbst werden das übrige tun, daß der Streit um die Beute zugunsten Marokkos ausgehen wird.

Auf die Gründung der Republik Sahara hat Marokko mit einer blutigen Offensive gegen die Zivilbevölkerung geantwortet. In einem „Appell an die Völker der Welt" hat der Generalsekretär der F. POLISARIO, El Quali, dazu aufgerufen, die Ausrottung des saharischen Volkes zu verhindern („El Moudjahid", 6.3.76). ●

Afrika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Rettet das saharische Volk

Appell der F. POLISARIO an die Völker der Welt:

Völker der Welt,
verantwortliche Führer,
wir wenden uns an Euer Bewußtsein, im Namen der Werte, die alle Völker der Welt heute teilen, um an Eure wirksame Solidarität zu appellieren, mit dem Ziel, eine Bevölkerung zu retten, die von der unmittelbaren Ausrottung bedroht ist, nämlich die des Lagers von Oum Dreiga.

Die marokkanische Armee ist in Gebiete der freien Sahara eingedrungen, nach einem schandhaften Komplott, das zum Ziel hatte, einen Kolonialismus, der seit 1884 bestand, durch einen anderen Kolonialismus zu ersetzen, der noch dauerhafter sein wollte.

Nachdem sie keinen militärischen Erfolg verbuchen, noch sich vor den Schlägen unserer heldenmütigen Volksarmee schützen konnten, haben sich die Invasionstruppen die Lager zum Ziel gesetzt, in denen die Bevölkerung lebt, die aus ihren Städten, ihren Häusern vertrieben wurden.

Seit dem letzten 22. Februar hat die marokkanische Luftwaffe als bevorzugte Zielscheibe das Lager von Oum Dreiga gewählt. Das Lager von Oum Dreiga hat 25.000 Personen Obdach gewährt. Am 18. Februar wurde es von fünf Flugzeugen F5 bombardiert, mit Bomben, die beim Explodieren ein Loch von zwei Metern Tiefe und von 50 qm verursachen. Dieses Bombardement kostete 35 Tote und 300 Verwundete.

Am 20.2. brachte ein erneutes Bombardement zehn Tote und 78 Verwundete. Am 23.2. machten zehn Flugzeuge einen Angriff, dieser forderte -zig Opfer. Nach den letzten Nachrichten, fahren die Bombardements fort, offenkundig mit der Aufgabe, die 25.000 Bewohner von Oum Dreiga niederzumetzeln und ihr Lager von der Karte zu streichen. Bemerkenswert ist, daß die königliche Luftwaffe es tapfer vermeidet, sich den Positionen zu nähern, die von der Saharischen Volksarmee in diesem Gebiet gehalten werden, Positio-
Luftwaffe es tapfer vermeidet, sich den Positionen zu nähern, die von der Saharischen Volksarmee in diesem Gebiet gehalten werden, Positio-
nen, die sich ganz und gar außerhalb des Lagers Oum Dreiga befinden.

Das saharische Volk wird sich nicht einschüchtern lassen, wie auch die Verbrechen sein sollten, die an ihm begangen werden. Unsere Kämpfer werden den Kampf gegen die Eindringlinge bis zur Befreiung unserer ganzen Nation fortsetzen. Aber wir beachten, daß ein allgemeiner Moralkodex existiert, den alle Kriegführenden achten müssen, und daß es die internationale Meinung verdient, respektiert zu werden. Darum richten wir einen feierlichen Appell an alle die Völker, die sich den menschlichen Werten verpflichtet fühlen und an alle die Persönlichkeiten, die politische, geistliche und intellektuelle Verantwortung in der Welt haben, damit sie ohne Verzögerung eingreifen, um das Lager von Oum Dreiga zu retten, daß sie beim König von Marokko intervenieren, um ihn an seine Pflichten als Staatschef hinsichtlich der internationalen Konventionen aller Art zu erinnern, die die Bürgerrechte in einem bewaffneten Konflikt schützen.

Wenn er das Recht eines ganzen Volkes auf seine Freiheit nicht beachten will, noch mit der Aggression gegen das Land eines unabhängigen Staates, der RASD, aufhören will, sollte seine Armee zumindest den Mut haben, sich mit unseren Kämpfern zu schlagen, anstatt daranzugehen, Frauen und Kinder niederzumetzeln.

Die Saharische Volksarmee führt seit Monaten Operationen auf marokkanischem Gebiet durch; aber sie hält sich an militärische Ziele, auch wenn es noch viel einfacher wäre, „Siege davonzutragen" gegen friedliche Dörfer.

Der König muß seine Verantwortlichkeiten vor der ganzen Welt auf sich nehmen!
(Übersetzung lt. „El Moudjahid", 6.3.76). ●

Bundesregierung läßt Presseberichte fälschen !

Der BRD-Imperialismus kauft Journalisten aus Ländern der „3. Welt" und verpflichtet sie in seinem Interesse liegende Artikel an die Heimatredaktionen zu übermitteln. Diese – seit Jahren vom „Auswärtigen Amt" (AA) praktizierten Fälschungen – konnten jüngst vom Westberliner „Extra Dienst" (17/X) ohne Widerspruch der Bundesregierung enthüllt werden!

Im einzelnen läuft die Manipulation folgendermaßen ab:

- Minderbemittelte Journalisten aus Entwicklungsländern werden angeworben.
- Wöchentlich werden sie auf bestimmte Themen verpflichtet, deren Trend vorher vom AA bestimmt wird!
- Bei der Übergabe eines Berichtes erhält der Journalist 200 Mark in bar!
- Von jedem bestellten Artikel wird ein Exemplar abgeheftet, um den Journalisten im Zweifelsfalle am „Aussteigen" zu hindern, bzw. für mögliche weitergehende Dienste benutzen zu können.

Zwei Sachen werden hieran abermals schlaglichtartig deutlich:

- Wie direkt und selbstverständlich der Imperialismus seine Kompradoren finanziert (Staatsoberhäupter sind allerdings teurer).
- Welche Angst der BRD-Imperialismus hat, daß die Völker der „3.Welt" sein wirkliches Gesicht erkennen! ●

Afrika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Ehemalige Bundeswehrflugzeuge für Zaire !

In der zweiten Februarwoche sollte ein ehemaliges Bundeswehr-Flugzeug vom Typ „Noratlas" nach Zaire gehen, um dort als Truppentransporter zu dienen. Insgesamt sieben Maschienen dieses Typs werden von dem „Metallhändler" Albert Berg „einigen afrikanischen Staaten" zum Verkauf angeboten, bzw. sind anscheinend bereits verkauft.

Berg ersteigerte die Flugzeuge für „ein Ei und ein Butterbrot" aus der Konkursmasse der „Elbe-Flug" KG, die sie von der Bundeswehr erhielt. Wie schon der Fall „Merex" (AK 72), zeigt auch dieser Fall, daß das Export-Verbot von Kriegsmaterial in Krisengebiete nur auf dem Papier besteht.

Dazu kommt, daß solche Geschäfte nicht mehr – wie im Fall „Merex" verheimlicht werden, sondern in aller Öffentlichkeit durchgezogen werden. So verkündete der ehemalige „Elbe-Flug"-Präsident, H. Ortwin Möller: „*In Kürze fliegen zwei Noratlas nach Afrika.*" Möller steht zur Zeit vor Gericht, weil er das „Elbe-Flug"-Kapital veruntreut haben soll (vier Mio. DM).
(Alle Angaben nach „Pinneberger Tageblatt" vom 7.2.76)

Anscheinend besteht zwischen Möller und dem Waffenhändler Berg immer noch ein „heißer Draht", so daß Berg die Maschinen nicht ganz zufällig aus der Konkursmasse abgestaubt haben könnte. Eine Hand wäscht die andere ... ●

KB/Gruppe KreisPinneberg/Steinburg

Für jeden Mosambikaner ein Haus am Meer !

Anfang Februar veröffentlichte das volksdemokratische Mosambik einen neuen Gesetzerlaß über die Verstaatlichung von verpachtetem Eigentum.

Artikel 1 des Gesetzes sieht vor, daß jede Familie in Mosambik Anspruch auf eine Wohnung in dem Gebiet hat, in dem sie arbeitet, und außerdem Anspruch auf ein Ferienhaus am Meer oder auf dem Lande.

Nach Artikel 2 hat nur der Staat die Vollmacht, Eigentum zu verpachten; in allen Abkommen wird der Name des Verpächters durch das Wort „Staat" ersetzt.

Artikel 3 stellt fest, daß alles im Besitz von Ausländern, die nicht ihren Wohnsitz in der VR Mosambik haben, befindliche Grundeigentum an den Staat übergeht. Jede Person, die sich für einen Zeitraum von mehr als 90 Tagen ohne Genehmigung nicht im Lande aufgehalten hat oder aufhalten wird, wird als nicht in Mosambik ansässig angesehen.

Letzteres richtet sich vor allem gegen die ehemaligen portugiesischen Kolonialisten, die schon seit langem (sicher mehr als 90 Tage!) in Mosambik den Schwanz eingezogen haben, aber trotzdem noch „Eigentumsrechte" im befreiten Mosambik beanspruchen. Diese „Ansprüche" sind somit endgültig gegessen.

Gleichzeitig machte Samora Machel, Vorsitzender der FRELIMO und Präsident der VR Mosambik, auf der achten Sitzung des ZK klar, daß der Kampf gegen die bürgerlichen Elemente innerhalb der FRELIMO weiterhin entschlossen geführt wird: „*Es gibt Kader und Elemente, die die Revolution überholt hat, Elemente, die systematisch versuchen, internen Kampf zu führen; sie machen eine Säuberung in den Reihen der FRELIMO notwendig*".



Genosse Samora Machel, Vorsitzender der FRELIMO und Präsident der VR Mosambik

Grundlage für das entschiedene Vorgehen der Revolutionäre gegen bürgerliche Elemente ist die revolutionäre Politik der FRELIMO, die sich ausschließlich an dem Interesse der Bevölkerung ausrichtet, sind Gesetze, wie das oben beschriebene. ●

Afrika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



asien aktuell



Japan: Tokios ultramoderner Flughafen soll einmal 220 Flüge pro Tag abfertigen. Bis heute landete hier kein einziges Flugzeug. Der Grund: Eine starke Opposition wehrte sich erfolgreich gegen die Inbetriebnahme des Flughafens. Vor einiger Zeit – als der Kampf um den Flughafen sich seinem zehnten Jahrestag näherte (!!) – schlugen Demonstranten die Polizei in die Flucht und zerstörten erstmal den Flughafen-Tower (lt. „Newsweek", 8.3.76).

Südkorea

Neue Verhaftungswelle

In Seoul wurde in der Myong-Dong-Kathedrale eine Erklärung von 12 Koreanern verlesen, in der der Rücktritt des Regierungschefs Park Chung Hee, die Aufhebung des Notstandsrechts und die Einführung demokratischer Zustände gefordert wird. Die faschistische Polizei verhaftete daraufhin sofort einen Teil der 700 Zuhörer aus der Kirche! (lt. „SZ", 5.3.76) •

Indochina-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Indien

42 Genossen aus Gefängnis befreit!

Am hellichten Tage befreiten bewaffnete bengalische Genossen 42 Naxaliten aus einem Gefängnis in der westbengalischen Hauptstadt Kalkutta. (Die Naxaliten haben ihren Namen vom Dorf Naxalbari, in dem Anfang 1960 eine militante Landarbeiterbewegung entstanden war, die u. a. Landnahmeaktionen organisierte. Die Naxaliten wurden grausam verfolgt und *„etwa zehntausend (!) festgesetzt"* („FAZ", 9.3.76).

Die meisten sitzen noch heute – unter menschenunwürdigen Verhältnissen – im Gefängnis, ohne daß ihnen je der Prozeß gemacht wurde.

Sie kämpfen heute im Untergrund weiter. Die Genossen werden von den Revisionisten, die nicht müde werden, j e d e der reaktionären Maßnahmen der Indira Gandhi Regierung als im Interesse der Bevölkerung selbst liegend zu verkaufen, als *„indische Version der Baader-Meinhof-Gruppe"* bezeichnet („Extra-Dienst, 24.2.76).

Zur Befreiung der Genossen fuhren vor dem Gefängnis mehrere Autos vor *„und setzten Scharen zumeist bewaffneter Bengalen ab, die sich dann Eingang in die Haftanstalt verschafften"*, jedoch wurden zwei Genossen *„auf der Flucht erschossen"* ... („FAZ", 9.3.76).

Die Aktion wurde wahrscheinlich am 24. Februar durchgeführt. Eine Berichterstattung darüber ist in Indien selbst mit Hilfe der Pressezensur unterdrückt worden. •

Indien-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Hungerstreik gegen Hunger

Der Neu-Delhi-Korrespondent der in Hongkong erscheinenden Wochenzeitschrift „Far Eastern Economic Review" meldete, *„der von der indischen KP kontrollierte Gewerkschaftsbund hätte* (trotz Ausnahmezustand und absolutem Streikverbot! – Anm. AK) *im ganzen Land einen eintägigen Hungerstreik (!) organisiert, um dagegen zu protestieren, daß die Regierung den Arbeitern ihren üblichen Jahresbonus diesmal vorenthält"* („Vorwärts", 5.2.76). Die revisionistischen Führer, die ansonsten die Indira Gandhi Regierung vorbehaltlos unterstützen, reagierten damit offensichtlich auf Kritik und Druck aus den eigenen Reih

Thailand

Die Situation verschärft sich

Offene Putschvorbereitungen laufen in der thailändischen Armee. Ende Februar trafen sich in Bangkok 400 führende Offiziere aller Streitkräfte zu einer Beratung. Kurz danach berichteten mehrere Zeitungen über Putschvorbereitungen der Armee. Bereits seit längerem sind Polizei und Armee in ständigem Alarmzustand und können somit jederzeit eingesetzt werden!

Gleichzeitig spitzt sich der faschistische Terror im Land zu. Der Generalsekretär der Sozialistischen Partei, Nunyothayarn ist von Faschisten auf offener Straße ermordet worden. Auf eine Berufsschule in der Hauptstadt wurde ein Bombenanschlag verübt, bei dem fünf Schüler getötet wurden!

Unter dem Vorwand, die 150.000 Flüchtlinge aus den Nachbarländern abzuschieben (in der Mehrzahl reak-

Armee in ständigem Alarmzustand und können somit jederzeit eingesetzt werden!

Gleichzeitig spitzt sich der faschistische Terror im Land zu. Der Generalsekretär der Sozialistischen Partei, Nunyothayarn ist von Faschisten auf offener Straße ermordet worden. Auf eine Berufsschule in der Hauptstadt wurde ein Bombenanschlag verübt, bei dem fünf Schüler getötet wurden!

Unter dem Vorwand, die 150.000 Flüchtlinge aus den Nachbarländern abzuschieben (in der Mehrzahl reak-

tionäre Typen aus den von Imperialisten befreiten Ländern) werden auch linke Oppositionelle aus Burma und Malaysia ausgewiesen!

So mußten sieben führende Vertreter der linken burmesischen Opposition Thailand verlassen!

Gegen die vietnamesische Bevölkerung Thailands wird zur Zeit ein brutaler Terror entfacht. Hierzu berichtete Radio Hanoi am 17.2.: *„Die thailändischen Behörden verfielen erneut auf den Trick, in Thailand ansässige vietnamesische Bürger zu verleumden und zu terrorisieren. Westlichen Nachrichtenagenturen in Bangkok zufolge verhaftete die thailändische Polizei am vergangenen Wochenende elf vietnamesische Bürger in Bangkok ... Zur Rechtfertigung ihrer terroristischen Aktionen beschuldigen die thailändischen Behörden die vietnamesischen Staatsbürger fälschlich umstürzlerischer Aktivitäten ... Im Gebiet von Samsen, wo es eine große vietnamesische Gemeinde gibt, richteten die thailändischen Behörden Polizeistationen ein, um die vietnamesischen Staatsbürger zusammenzutreiben, zu durchsuchen*

Westlichen Nachrichtenagenturen in Bangkok zufolge verhaftete die thailändische Polizei am vergangenen Wochenende elf vietnamesische Bürger in Bangkok ... Zur Rechtfertigung ihrer terroristischen Aktionen beschuldigen die thailändischen Behörden die vietnamesischen Staatsbürger fälschlich umstürzlerischer Aktivitäten ... Im Gebiet von Samsen, wo es eine große vietnamesische Gemeinde gibt, richteten die thailändischen Behörden Polizeistationen ein, um die vietnamesischen Staatsbürger zusammenzutreiben, zu durchsuchen

und einzuschüchtern" (nach „Monitordienst", 19.2.). Tatsache ist, daß aufgrund der besonders starken Unterdrückung die vietnamesische Minderheit jn Thailand traditionell kämpferisch eingestellt ist. Offensichtlich versucht der thailändische Staat hier, von vornherein einen Widerstandsherd auszuschalten.

Volksmobilisierung gegen die Putschpläne!

Der momentane Terror und die offenen Putschvorbereitungen rufen jedoch starken Widerstand hervor. Zum einen wird zur Zeit der bewaffnete Kampf in den Nord-Provinzen intensiviert.

Die legale Opposition hat bereits ihren Widerstand angekündigt:

Für den Fall, daß am 20. März nicht sämtliche US-Soldaten abgezogen sind, hat der nationale Studentenverband mit massiven Demonstrationen gedroht (Die fortschrittliche Studentenbewegung hatte maßgeblichen Anteil am Sturz der Militärdik-

Der momentane Terror und die offenen Putschvorbereitungen rufen jedoch starken Widerstand hervor. Zum einen wird zur Zeit der bewaffnete Kampf in den Nord-Provinzen intensiviert.

Die legale Opposition hat bereits ihren Widerstand angekündigt:

Für den Fall, daß am 20. März nicht sämtliche US-Soldaten abgezogen sind, hat der nationale Studentenverband mit massiven Demonstrationen gedroht (Die fortschrittliche Studentenbewegung hatte maßgeblichen Anteil am Sturz der Militärdik-

tatur 1973).

Der Gewerkschaftsbund CLUT hat ebenfalls Aktionen angekündigt und wird *„sich jeglichen Bemühungen widersetzen, das Land wieder in das Diktatur-Regime zurückzuwerfen"* („Neues Deutschland", 29.1.76).

nahmen der Indira Gandhi Regierung KB / Gruppe Hamburg

Hungerstreik gegen Hunger

Der Neu-Delhi-Korrespondent der in Hongkong erscheinenden Wochenzeitschrift „Far Eastern Economic Review" meldete, *„der von der indischen KP kontrollierte Gewerkschaftsbund hätte* (trotz Ausnahmezustand und absolutem Streikverbot! – Anm. AK) *im ganzen Land einen eintägigen Hungerstreik (!) organisiert, um dagegen zu protestieren, daß die Regierung den Arbeitern ihren üblichen Jahresbonus diesmal vorenthält"* („Vorwärts", 5.2.76). Die revisionistischen Führer, die ansonsten die Indira Gandhi Regierung vorbehaltlos unterstützen, reagierten damit offensichtlich auf Kritik und Druck aus den eigenen Reih

Laos

Abbruch diplomatischer Beziehungen zu Israel!

Am 23. Februar 76 hat die Regierung VDR (Volksdemokratische Republik) Laos die diplomatischen Beziehungen zu Israel abgebrochen. In einem Kommunique erklärte sie: *„ (...) Angesichts der schwerwiegenden Zwischenfälle, die ständig und wiederholt im Mittleren Osten stattfinden, und zwar als Folge der Aggression und der barbarischen, illegalen Okkupation der israelischen Regierung von Gebieten, die verschiedenen arabischen Ländern gehören, sowie als Folge der unmenschlichen Unterdrückung des arabischen Volkes, des palästinensischen Volkes im besonderen, duch die Machthaber in jenem Land, stand die Regierung der VDRL stets auf der Seite des arabischen Volkes, das das Opfer dieser Zwischenfälle ist.*

(...)

Das Vorgehen Israels läuft nicht nur der Außenpolitik der VDRL zuwider, sondern bedeutet auch, daß die UN-Resolution ... mit Füßen getreten wurde. Im festen Glauben an Gerechtigkeit erachtet es die Regierung der VDRL deshalb für notwendig, ihre diplomatischen Beziehungen zu Israel mit dem Datum der Herausgabe dieses Kommuniques abzubrechen" (nach „Monitordienst", 25.2.76). •

Kambodscha

Bombenangriff auf Siem Reap

Am 25. Februar flogen drei aus Thailand kommende US-Bombenflugzeuge einen brutalen Angriff gegen die kambodschanische Stadt Siem Reap. Hierbei wurden nach Angaben der bürgerlichen Presse 15 Menschen getötet und mindestens 30 verletzt.

Während die USA und Thailand alles taten, um diesen Angriff zu dementieren und es sogar fertig brachten, Vietnam den Angriff in die Schuhe zu schieben (*„Beobachter in Bangkok halten es für wahrscheinlicher, daß vietnamesische Flugzeuge die Angriffe ... unternommen haben"* „SZ", 28.2.), scheint jedoch sicher zu sein, daß es sich um amerikanische Flugzeuge handelte.

Der Angriff fand bemerkenswerterweise in einem Gebiet statt, in dem bereits seit längerer Zeit reaktionäre Banden operieren. Dieses Pack nennt sich „Schwarze Kobras" und soll den *„bewaffneten Widerstand gegen das kommunistische Regime organisieren"* („SZ", 3.3.).

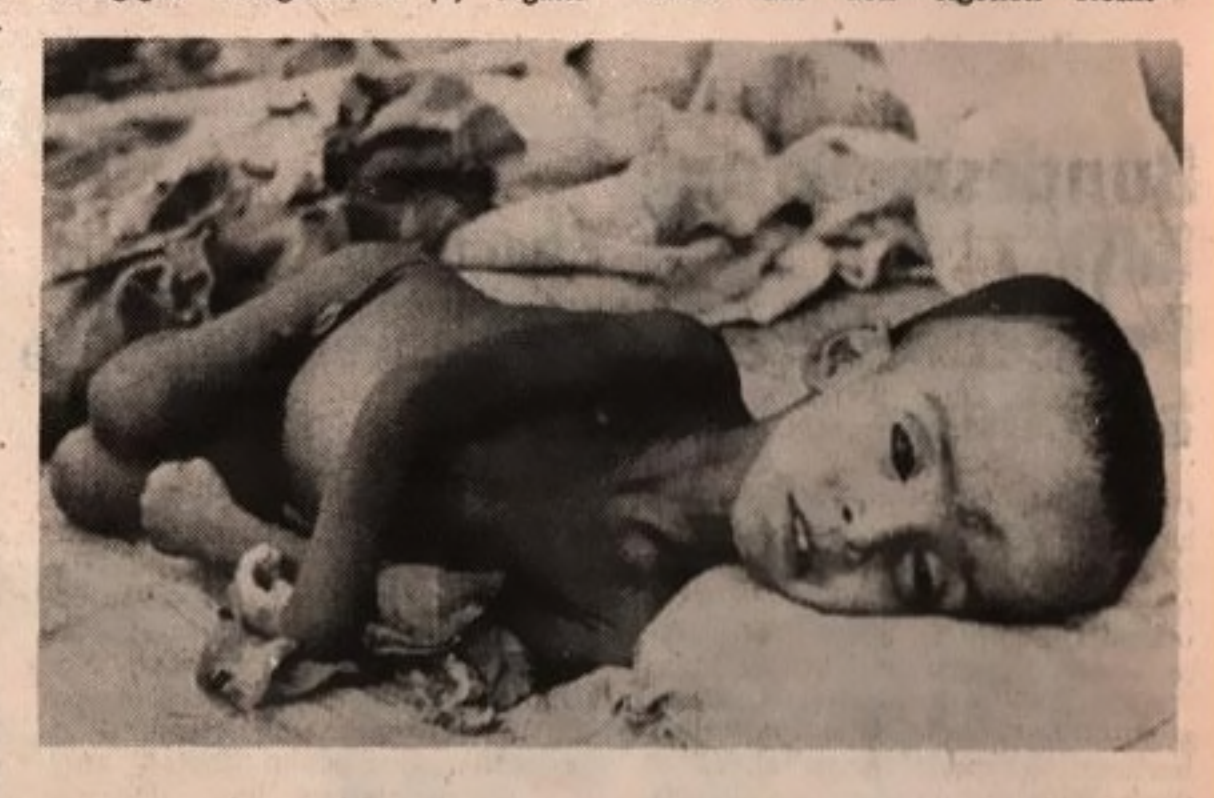
Philippinen

Mindanao gesperrt!

Aufgrund der starken Kämpfe zwischen moslemischen Befreiungskräften und der philippinischen Armee wurde jetzt die Insel Mindanao für Ausländer gesperrt. Die *„Insel sei wegen der zunehmenden Gewalttätigkeiten durch die Aufständischen zu einem Risiko für Touristen geworden"* („SZ", 5.3.). Lt. „SZ" vom 9.3.76 *„toben seit mehreren Tagen schwere Kämpfe"* auf der Insel.

Der bewaffnete Befreiungskampf ist gerade auf der Insel Mindanao weit entwickelt. Seit Jahren versucht die philippinische Regierung mit brutalsten Militäraktionen, diesen Auseinandersetzungen Herr zu werden – mit immer geringerem Erfolg. Immer öfter tauchen auch in der westdeutschen Presse Meldungen über Guerilla-Aktionen auf den Süd-Philippinen auf. Selbst Staatspräsident Marcos mußte zugeben, daß in den Kämpfen mindestens 2.000 Soldaten getötet und 4.000 verwundet wurden.

Mit der Sperrung der Insel für Ausländer ist auch damit zu rechnen, daß die philippinische Armee wieder einen Vernichtungsfeldzug vorbereitet. Man denke dabei z. B. an die Bombardierung einer süd-philippinischen Stadt vor einigen Jahren, wobei über 10.000 Menschen getötet wurden! •



„In Indien stirbt niemand mehr den Hungertod"

erklärte der indische Staatsminister für Agrarwirtschaft, Shinde, in einem Interview mit dem „Extra-Dienst". *„Sterben durch Hungertod? Ich denke doch, daß das, was damals unter britischer Herrschaft 1943 passiert ist, sich niemals mehr in Indien wiederholen wird"!* („ED", 9.3.76). Diese und ähnliche dreiste Lügen konnte dieser Vertreter der indischen Großbourgeoisie Shinde unwidersprochen im „Extra-Dienst" seitenlang verbreiten.

Es ist aber allgemein und auch den Revisionisten bekannt, daß es in Indien *„noch nicht gelungen (ist), den Hunger zu besiegen"* („Neues Deutschland", 24.2.76).

1972/73 während akuter Hungersnöte, war es *„zur gewaltsamen Erstürmung von Lebensmittelgeschäften und -lagern, zu Hungermärschen und in einigen besonders betroffenen Gebieten zu spontanem Aufruhr gekommen"* (Böttger, in rororo-aktuell, 700 Millionen ohne Zukunft, S. 65).

In einer „Hunger-Debatte" des Parlaments beschuldigten Oppositionelle die Regierung, *„das Hungerelend zu vertuschen"* („Spiegel", 9.12.74). *„In Indien graben Verhungernde verscharrte Tier- und Menschenknochen aus, um daraus eine Suppe zu kochen, enthüllte der Abgeordnete Dschoschi ... "* (ebenda). Schon damals, und das war vor dem „Ausnahmezustand", gab es Berichte, *„wonach die Regierung die Presse aufgefordert hatte, nicht an prominenter Stelle über Hungertote zu berichten, weder in Wort noch in Bild"* (ebenda).

Durch den Ausnahmezustand, d. h. u. a. totale Pressezensur, haben solche Enthüllungen natürlich Seltenheitswert. Das ändert nichts an der Tatsache, daß noch heute Hunger und Hungerstod in Indien an der Tagesordnung sind. •

Indien-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Portugal:

Parlamentswahlen am 25. April

Am 25. April werden in Portugal zum ersten Mal Parlamentswahlen stattfinden, aus denen die erste im bürgerlichen Sinne legitimierte Regierung hervorgehen soll.

Damit will die Bourgeoisie den Restaurationsprozeß in Portugal abschließen, und der Zeit der nachfaschistischen politischen Instabilität ein Ende setzen.

Das Wahlergebnis wird bereits durch eine Vorentscheidung des (Konter-) Revolutionsrats entscheidend beeinflußt, wonach die Emigranten, ganz gleich wie lange sie sich bereits im Ausland befinden, volles Stimmrecht erhalten. Somit wird in gewisser Weise die Wahl in den USA und Brasilien entschieden, wo sich ein erheblicher Teil der insgesamt drei Millionen Emigranten befindet. Dabei spielt die Tatsache, daß gerade in diesen Ländern eine Wahlagitation der fortschrittlichen Parteien praktisch ausgeschlossen ist, noch die geringste Rolle, wenn man bedenkt, daß diese Emigranten, die sich teilweise zehn Jahre und länger im Ausland befinden, keinerlei Verständnis für die politischen Entwicklungen und die Situation in Portugal haben.

Daher haben die jubelnden Einschätzungen der PPD, sie werde bei den nächsten Wahlen stärkste Partei und könne eine Koalition unter Ausschluß der PCP diktieren, durchaus einen realen Hintergrund.

Obwohl das Wahlgesetz noch nicht veröffentlicht ist, und obwohl nur sechs Tage für die Aufstellung der Kandidatenlisten zur Verfügung standen, haben sich insgesamt 14 Parteien zur Wahl eingeschrieben:

Die faschistischen Parteien CDS und PDC, die monarchistische Rechtspartei PPM, die Rechtspartei PPD, die PSP, die in den vergangenen Wochen noch stärker auf den rechten sozialdemokratischen Kurs eingeschwenkt ist, die provokatorischen, pro-faschistischen „ML"-Parteien MRPP, PCP/ML und AOC, die revisionistische PCP, die trotzkistischen Parteien PRT und LCI, die immer stärker auf „ML"-Kurs geratende UDP sowie die revolutionären Parteien FSP und MES.

Die UDP führt auf ihren Listen eine Reihe von „unabhängigen Kandidaten", die nicht der UDP angehören. Prominentester davon ist Saldanha Sanches, der frühere Führer der MRPP, der vor einigen Monaten aus der MRPP ausgetreten ist, weil sie ihm gar zu zügig nach rechts marschierte.

Außerdem kandidieren zahlreiche Mitglieder der PCP/R und der FEC/ML (OCMLP) auf den UDP-Listen. Die UDP ist an prominente Persönlichkeiten herangetreten, um sie zur Kandidatur auf ihren Listen aufzufordern. Unter ihnen ist der frühere prominente Antifaschist und LUAR-Führer Palma Inacio, ein enger Freund von Soares. (Die Mehrheit der LUAR-Mitglieder hat diese Organisation verlassen, als Palma Inacio einen politischen Rechtsschwenk machte.) Der portugiesische Volkssänger Jose Afonso, der ebenfalls die „Prominentenliste" bereichern sollte, soll eine Kandidatur ebenfalls abgelehnt haben.

Der MES, der ebenso wie die UDP in allen Wahlbezirken kandidiert, hat nach eigenen Aussagen *„ernsthafte Anstrengungen unternommen, einheitliche Kandidaten auf der Grundlage einer politischen Plattform aller revolutionären und antifaschistischen Parteien vorzuschlagen ... Unsere Bemühungen um Einheit stießen jedoch insgesamt auf Schwierigkeiten und Widerstände, und schließlich blieb uns als einziger Ausweg, eigene Listen unter Einschluß von unabhängigen Kandidaten vorzulegen"* („A Capital" vom 6.3.76).

Antifaschistische Einheitsfront gescheitert

In einer Pressekonferenz am 8.3.76 legten die Genossen Graça, Pereira, Abrantes und Mateus vom ZK des MES in Lissabon die Position des MES zu den Wahlen und die Bemühungen um die Schaffung einer antifaschistischen und antikapitalistischen Einheitsliste dar.



Eduardo Graca, Teotonio Pereira, Marcolino Abrantes und Auguto Mateus

„Wie immer die Regierung aussehen wird, die aus den Wahlen hervorgehen wird, sie wird einen Sieg der Bourgeoisie darstellen, und sie wird die Voraussetzung dafür sein, die Verstaatlichungen und die Agrarreform zurückzunehmen. Eine Regierung, die aus Wahlen hervorgegangen ist, wird die Errungenschaften der Arbeiter und die Ansätze direkter Kontrolle der Macht annullieren wollen.

Es ist daher grundsätzlich notwendig, daß es im künftigen Parlament Vertreter der Volksmacht gibt...

Der MES nimmt an den Wahlen mit revolutionären Kandidaten teil, die aktive Kämpfer bei der Verteidigung der Interessen der Werktätigen gegen die Offensive der Bourgeoisie, der Rechten und gegen die faschistische Gefahr sind. Der MES kandidiert unter der Parole: Für die Einheit des Volkes gegen den Faschismus! Für die Volksmacht! Der Kampf gegen den Faschismus muß in den Aufbau einer Front des Volkswiderstands münden, die die Arbeiter unabhängig von den parteilichen Ausrichtungen eint".

Zur Frage, warum das konkrete Bündnis scheiterte, kritisierten die Genossen insbesondere die UDP und die FSP, an die sich ihr Bündnisangebot in erster Linie richtete:

„Wir dürfen nicht zulassen, daß aufgrund der Aufsplitterung der linken Stimmen die revolutionäre Linke an den Rand gedrängt wird und bedeutungslos wird.

Aber in den Kontakten mit FSP und UDP wurde klar, welches Verständnis diese Organisationen von ‚Einheit' haben, nämlich die Wahlkonkurrenz und die Selbstbestätigung der eigenen Partei. Tatsächlich handelte es sich bei der FSP darum, die Zusammenarbeit mit dem MES anzustreben, um Manuel Serra ins Parlament zu hieven, und der UDP ging es darum, die Zusammenarbeit mit dem MES dazu auszunutzen, die Wahl eines UDP-Abgeordneten in Lissabon und eines weiteren in Porto zu erreichen, ihre Kampagne der Selbstbestätigung in Setúbal aufzuwerten und ihre Schwäche in Beja, Santarém und Faro zu überspielen.

Auf diese Weise äußerten sich weder die FSP noch die UDP zur politischen Plattform, die wir vorgeschlagen hatten.

Weder die FSP noch die UDP sahen die Möglichkeit, gemeinsame Listen aufzustellen. Weder für die eine noch für die andere Organisation ging die Einheit über eine „Einheit" im Sinne bürgerlichen Wahlverständnisses hinaus. Dies ist eine falsche Einheit, die sich dem Wahlkonkurrenzdenken unterordnet, das im Vergleich zu den realen Kräfteverhältnissen zu den bürgerlichen Parteien geradezu lächerliche Formen annimmt".

(Zitate nach „A Capital" v. 9.3.76).

Portugal-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Holland aktuell

Antifaschistische Kundgebung in Amsterdam

Am 23. Februar versammelten sich in Amsterdam einige Tausend Menschen zum Gedenken an den großen antifaschistischen Streik vom 25.-27.2.1941.

Neun Monate nach dem Überfall auf die Niederlande hatten Nazi-Truppen das Amsterdamer Judenviertel besetzt und alle jungen Männer jüdischer Abstammung verschleppt. Am darauffolgenden Tag, dem 25.2.1941, kursierten in der ganzen Stadt Aufrufe der Kommunistischen Partei (CPN), die die Bevölkerung zum Streik gegen die faschistischen Besatzer aufforderten. Trotz Terrors durch SS und Polizei wurde der Streikaufruf vollständig befolgt und legte drei Tage lang das öffentliche Leben lahm.

Auf der Gedenkkundgebung warnte das veranstaltende „Februar-Komitee" vor der Gefahr des wiedererstarkten westdeutschen Imperialismus: *„In der Bundesrepublik gibt es Leute, die ihre Niederlage von 1945 nicht anerkennen wollen und die sich in beunruhigender Weise rühren. Sie träumen aufs neue von einer vorherrschenden Macht in Europa, versuchen, in der EG zu bestimmen, sie zu einem politischen und militärischen Block umzubilden, worin die europäischen Nationen verschluckt werden sollen".*

Betriebsbesetzung in der Textilindustrie

Am 24. Januar demonstrierten die Kollegen der RIA-Textilfabrik in Drachten gegen die drohende Schliessung ihres Betriebes. Sie forderten die vollständige Erhaltung aller Arbeitsplätze und wandten sich auch gegen einen „Sanierungsplan", der bei Entlassung von 116 Kollegen gleichzeitig eine Subventionierung durch Steuergelder vorsah. Zur Unterstützung ihrer Forderungen hiel-
gleichzeitig eine Subventionierung
durch Steuergelder vorsah. Zur Unterstützung ihrer Forderungen hiel-
ten die Arbeiter ihren Betrieb vom 12. Januar an besetzt. Die Besetzung ist mittlerweile beendet worden, nachdem die Gewerkschaft zugesagt hatte, mit der Geschäftsleitung „in Verhandlungen zu treten".

„Republica" offiziell an Aktionäre „zurückgegeben"

Nachdem die Arbeiterzeitung „Republica" im Dezember des vergangenen Jahres als eines der ersten Opfer des Rechtsputsches ihr Erscheinen einstellen mußte, wurde am 8. März auch offiziell ein zumindest vorläufiger Schlußstrich unter die Arbeiterselbstverwaltung der „Republica" gezogen: Drei Vertreter der Arbeiterkommission mußten drei Vertretern der Aktionäre die Schlüssel des Verlags- und Druckereigebäudes überreichen.

Mit von der Partie war selbstverständlich Raul Rego, Großaktionär, PS-Mitglied und Chefredakteur des PS-Blattes „A Luta". (Rego war vor der Übernahme der „Republica" durch die Arbeiter Chefredakteur dieser Zeitung und wegen seiner arbeiterfeindlichen Redaktionspolitik Hauptanlaß für die Übernahme durch die Arbeiter.)

Kurz nach dieser demütigenden Zeremonie tagte die Vollversammlung der Aktionäre und beriet offensichtlich über die Einstellung der „Republica" und ihre Umwandlung in eine Wochenzeitung.

Eine Gruppe von Aktionären verteilte nach der Sitzung ein Kommunique, in dem sie sich entschieden gegen eine solche Maßnahme wehrten. *„Republica war immer ein Eckpfeiler im Kampf um die Demokratie und darf nicht so unrühmlich enden"*, hieß es darin.

Rego selbst antwortete auf diesbezügliche Fragen: *„Für mich als Chefredakteur von ‚A Luta' und Aktionär von ‚Republica' ist klar, daß es keinen Platz für zwei Tageszeitungen gibt!"*

Damit wird nun auch für den Letzten klar, daß es der PS mit ihrer reaktionären Kampagne gegen die Arbeiterselbstverwaltung bei der „Republica" keineswegs um ihr „demokratisches Recht auf eine Parteipresse" oder gar um die „Pressefreiheit" ging, sondern ausschließlich darum, um jeden Preis eine autonome Arbeiterpresse zu verhindern und zu zerschlagen.

(Zitate nach „A Capital" v. 4.3.76).

Portugal-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Ausländerhetze wird weiter verschärft

Am 6.3.76 beschloß die portugiesische Regierung ein neues Ausländergesetz, das nach westdeutschem Vorbild nicht nur die politische Betätigung fortschrittlicher Ausländer in Portugal mit Ausweisung beantwortet, sondern auch zu einer großen Gefahr für die Emigranten, die seit dem 25. April 74 in Portugal Zuflucht gesucht haben, wird.

Danach soll jeder Ausländer, der sich so dehnbarer Delikte wie „Gefährdung der öffentlichen Ordnung" oder „Gefährdung der nationalen Sicherheit" schuldig gemacht hat, ausgewiesen und mit Einreiseverbot belegt werden können. Nach dem alten „Recht der Sippenhaftung" werden seine Familienangehörigen gleich mitbetroffen!

Nach dem 25. April 74 waren bekanntlich sehr viele Menschen, besonders Jugendliche, nach Portugal gekommen, um mit eigenen Augen die Revolution zu sehen und zu unterstützen.

Sie wurden von der 5. Division freundlich begrüßt und in die Arbeit integriert, zum Beispiel in Landkooperativen oder bei der Alphabetisierungskampagne.

Außerdem kamen viele antifaschistische Emigranten, besonders aus Spanien, Chile, Argentinien, Brasilien und Uruguay, nach Portugal.

Seit der 6. Regierung setzte eine zunehmende Ausländerhetze ein, die besonders von der PS mitgetragen wurde.

Berüchtigt wurde Soares für seine Ausfälle, wie z.B.: *„Das sind Leute, die nicht fähig sind, die Revolution bei sich zu Hause zu machen".*

Es sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, daß Soares sich zu Zeiten des portugiesischen Faschismus im Pariser Exil aufhielt, sich von der SPD finanzieren ließ, und wenige Tage nach dem 25. April im „Triumpfzug" nach Portugal kam.

Eine besonders „originelle" Form der Ausländerhetze wird gegenwärtig von der portugiesischen Rechten betrieben, indem das Gerücht ausgestreut wird, es befänden sich „mindestens 30.000 kubanische Untergrundkämpfer" im Lande. Auch bei dieser lächerlichen Kampagne, die sich insbesondere gegen die lateinamerikanischen antifaschistischen Flüchtlinge richtet, mischt die PS-Zeitung „A Luta" fleißig mit!

Es wird in Lissabon inzwischen offen darüber gesprochen, daß bei den Verhandlungen zwischen den Außenministern Portugals und Spaniens im Februar, bei denen übrigens „engere Zusammenarbeit" zwischen beiden Ländern vereinbart wurde, ein gegenseitiger Austausch der politischen Flüchtlinge beschlossen wurde. Das sähe dann so aus, daß Spanien die portugiesischen Faschisten nach Portugal ausweist, wo sie rehabilitiert werden (siehe Sanches Osorio u.a.), und Portugal die spanischen Antifaschisten nach Spanien ausliefert, wo sie inhaftiert, gefolgert und ermordet werden!

Auch das sind Perspektiven des „freiheitlichen Sozialismus". (Informationen nach „Le Monde" vom 9.3.76).

Portugal-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Kapitalisten fordern „Sparpolitik"

Mit einem „Plädoyer für die nationale Sache" haben sich die Spitzenmanager der größten holländischen Betriebe (Unilever, Akzo, Nationale Nederlanden, Philips, VWF-Storck, Rijn-Schelde-Verolme, Estel, Shell – zusammen 1,1 Mio Beschäftigte) zu Wort gemeldet.

In ihrer Erklärung fordern sie von der Regierung „zur Sicherung des wirtschaftlichen Aufschwungs" vor allem eine Senkung der Unternehmen-Steuern sowie der Sozialabgaben und des „Lohnkostenanteils".

Beim sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Den Uyl fanden die Kapitalisten offene Ohren. Er hat schon eine härtere Gangart gegen die Arbeiterklasse angekündigt. So ließ er wissen, daß sein Kabinett im Wahljahr 1977 als eine „Regierung der unpopulären Maßnahmen" auftreten werde, und daß bis zum Jahre 2.000 der Lebensstandard der Bevölkerung (sprich: der arbeitenden Bevölkerung) nicht mehr erhöht werden könne.

Portugal:

Otelo „freigelassen"?

Wie die Lissaboner Zeitung „O Jornal" berichtet, wurde am 4. März der ehemalige COPCON-Oberbefehlshaber Otelo de Carvalho von Militärpolizisten mit vorgehaltener Maschinenpistole gezwungen, das Militärgefängnis von Santarem zu verlassen und in seine Wohnung zu gehen, wo er von Polizisten in Zivil bewacht wird.

Otelo war nach dem 25. November wegen angeblicher Beteiligung am „Linksputsch" inhaftiert worden.

Er hatte vor einigen Wochen, als ihm der Generalstab die *„Freilassung unter gewissen Bedingungen"* anbot, gesagt, er wolle *„derjenige der Gefangenen des 25. November sein, der als letzter das Gefängnis verläßt".*

Als prominentester Offizier der Militärrevolte vom 25. April ist er für das portugiesische Volk ein Symbol für die Befreiung vom Faschismus geworden. Seine Weigerung, sich mit den neuen Machthabern nach dem 25. November zu arrangieren, stellte für diese ein ernsthaftes Hindernis bei ihrem Versuch dar, sich als „legitime Erben des 25. April" aufzuspielen.

Gleichzeitig war die Maßnahme der Militärführung, einerseits alle fortschrittlichen Militärs zu inhaftieren oder sie aus der Armee zu entfernen, und andererseits die inhaftierten Faschisten freizulassen und zu rehabilitieren, allzu durchsichtig geworden.

Es ist in diesem Zusammenhang interessant, daß am selben Tag, als Otelo aus dem Gefängnis geholt wurde, sich der frühere Minister unter Spinola, Ex-Major Sanches Osorio, der nach dem gescheiterten Spinola-Putsch vom 11. März 75 nach Spanien geflüchtet war, den portugiesischen Behörden an der Grenze stellte.

Er wurde pro forma inhaftiert und wenige Tage später freigelassen. Osorio ist übrigens Generalsekretär der „Christdemokratischen Partei", PDC, die enge Beziehungen zur CDU/CSU unterhält.

Die CLARP (Komitee für die Befreiung der inhaftierten Antifaschisten und Revolutionäre) erklärte dazu in einem Kommunique vom 6. März:

„Die Freisetzung des Mannes des 25. April hat zum Hauptziel, daß die Figur Otelos, die erneut zu einem Symbol wird, zerstört werden soll ... Das Volk will die uneingeschränkte Freiheit für Otelo, denn es will ihn wieder an der Spitze des COPCON. Das Volk wendet sich gegen die Amnestie des Faschismus, für die die Freilassung der Revolutionäre als Vorwand dienen soll".

(Informationen und Zitate nach „A Capital" vom 6.3. und „Le Monde" vom 7./8.3.76).

Portugal-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Soldaten demonstrieren für Kompensation

In Schaarsbergen demonstrierten am 4. März 250 Soldaten der Oranjekaserne für eine Kompensation (Ausgleich) zusätzlicher Dienste. Direkter Anlaß waren die Vorstellungen des „Verteidigungsministeriums", Überstunden finanziell zu vergüten. Dagegen bleiben die Soldaten bei ihren Forderungen: Für 12 Stunden Zusatzdienst einer, für 24 Stunden zwei und für Wochenenddienst drei freie Tage.

Holland-Kommission
KB/Gruppe Bremerhaven

England: Arbeitslose marschieren für das Recht auf Arbeit

Am 28.2. startete die National Right-to-Work Campaign (Kampagne für das Recht auf Arbeit) einen Marsch für das Recht auf Arbeit. Dieser führt von Manchester durch das mittelenglische Industriegebiet und endet am 20. März mit einer Großveranstaltung in der Londoner Albert Hall. Die Kampagne wurde vom Rank & File Organisationskomitee initiiert, einer linken - gewerkschaftsoppositionellen Organisation, deren Politik maßgeblich von den „Internationalen Sozialisten (IS)" bestimmt wird.

Kern des Marsches bilden ca. 80 arbeitslose Kollegen, die die ganze Strecke zu Fuß zurücklegen. Unterwegs werden täglich mehrere Kundgebungen und Treffen auch vor Betrieben abgehalten. Dabei wird ein 10-Punkte-Programm propagiert, das zum Teil ausgeklügelt wirkt. Es enthält u.a.:

- Forderungen nach Gleichbehandlung für Frauen und ausländische Kollegen,
- Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, Überstundenboykott,
- Bruch des 6-Pfund-Lohndiktats Volle gewerkschaftliche Rechte für Arbeitslose,
- Gewerkschaftliche Kontrolle über die Arbeitsplätze,
- Besetzungen und entschädigungslose Verstaatlichung von Betrieben, die das Recht auf Arbeit nicht gewährleisten können.

Bis zum 2.3. hatten über 450 gewerkschaftliche Gremien, Mitgliederversammlungen, Shop-Steward-Komitees usw. ihre Unterstützung zugesagt („Socialist Worker", 6.3.76).





Der von den „International Socialists" unterstützte „Marsch für das Recht auf Arbeit" verläßt Manchester und macht sich auf den Weg nach London.

Revisionistische KP: nach links hetzen — nach rechts anbiedern

Ende Januar begann die revisionistische KP in ihrer Tageszeitung „Morning Star" („MS") eine Hetzkampagne gegen den Marsch. Bezeichnend ist, daß mit keinem Wort auf die Forderungen der „Kampagne" eingegangen wird, sondern nur groß und breit „enthüllt" wird, daß „IS hinter der Kampagne steht". Der Marsch sei mehr eine „IS-Werbekampagne" als ein echter Beitrag im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Kritik an IS: Diese würden den Standpunkt vertreten, daß die Trennungslinie in der Arbeiterbewegung hauptsächlich zwischen Basis und Gewerkschaftsbürokratie verlaufe, statt *„zwischen den rechten und linken Strömungen, die auf allen Ebenen der Bewegung existieren"* (eine für die Revisionisten typische „Kritik" — sie selbst erblicken ja noch im Labour-Parteivorstand bündnisfähige „Linke"!). Daher habe IS viele Aktionen unternommen, die die *„Einheit der Linken"* gestört und den Kampf für eine *„neue Politik der Labour-Bewegung"* behindert hätten. Diese Gefahr bestehe auch bei der jüngsten Kampagne. Diese sehen die Revisionisten nämlich als Konkurrenz zu einer am 27. März in London stattfindenden „Konferenz zur Arbeitslosigkeit", initiiert vom Londoner Distrikt der Werftarbeitergewerkschaft CSEU und dem „Politischen Komitee der Londoner Genossenschaften" („MS", 30.1.).

Was die KP unter „Einheit der Linken" versteht, geht aus einem längeren Artikel im „MS" vom 3.2. hervor. Nachdem darin die Unterstützung der Arbeitslosenkonferenz besonders seitens der englischen Jusos und 30 Labour-Abgeordneten bejubelt wird, kommt Alf Lomas, Sprecher der Londoner Genossenschaften, kommentarlos zu Wort: Ziel der Konferenz sei *„Veränderung der Regierungspolitik zur Erreichung von Vollbeschäftigung"*. Ein langer Marsch und eine Veranstaltung „von IS-Mitgliedern" sei deren Sache, jedoch eine Woche vor der Arbeitslosenkonferenz würde das nur die Mobilisierung beeinträchtigen. *„Nur die Labour- und Gewerkschaftsbewegung wird die Labour-Regierung beeinflussen".*

Genüßlich wird ein Gewerkschaftsführer zitiert, der als Ergebnis der Hetze im „MS" seine Unterstützung für den Marsch zurückgezogen hatte, weil er nicht gewußt hätte, daß die Kampagne etwas mit IS zu tun hat und er nicht mit „Splittergruppen" zusammenarbeiten wolle („MS", 10.2.).

Die Genossen von IS weisen daraufhin, man habe den Veranstaltern der „Konferenz" bisher ohne Erfolg vorgeschlagen, gegenseitig Redner auszutauschen und werde ebenfalls die Konferenz am 27.3. unterstützen („S.W.", 14.2.).

Harry Mc Shane, ehemaliges KP-Mitglied und Präsident der schottischen Arbeitslosenbewegung, die in den 30er Jahren große Hungermärsche organisierte, selbst kein IS-Mitglied, unterstützte den Marsch: *„Heute greift die KP den Marsch in gleicher Weise an, wie sie in den 30er Jahren vom Gewerkschaftsdachverband TUC angegriffen wurde. Das ist Teil ihrer Besessenheit, alles ‚offiziell' zu machen. Wenn sie heute eine Revolution machen wollte, müßte diese auch ‚offiziell' sein und von Murray und Jones (rechte Gewerkschaftsführer) abgesegnet werden. Sie wollen die Führer — wir wollen die Massen gewinnen."* („S.W.", 14.2.) •

England-Kommission/
KB-Gruppe Lübeck

Irland: Abschaffung des Status des „politischen Gefangenen"

Seit dem 1. März 1976 gibt es in Nordirland offiziell keine „politischen Gefangenen" mehr.

Dieser Sonderstatus wurde 1972 vom damaligen Nordirlandminister Whitelaw zugestanden, nachdem 31 Häftlinge in einen Hungerstreik getreten waren.

In England gab es diesen Status sowieso nicht. Deshalb war die Verlagerung nach Nordirland oft die Forderung von irischen politischen Gefangenen in England. Zuletzt von Frank Stagg, der dafür in den Hungerstreik trat und schließlich an den Folgen des Hungerstreiks starb (vgl. AK 75).

Die politischen Gefangenen in Nordirland waren in einem für sich abgeschlossenen Gelände untergebracht. Sie durften ihre eigene Kleidung tragen. Sie waren nicht verpflichtet zu arbeiten. Sie durften häufiger Besuch empfangen und häufiger Lebensmittelpakete geschickt bekommen. Unter diesen Status fielen 1.500 Gefangene aus dem KZ Long Kesh und dem Magilligan Camp: 900 Republikaner und 600 Protestanten. Darunter 100 mit lebenslanger Haft. Diese Gefangenen werden weiter unter den bisherigen Bedingungen gefangen gehalten, da sich Nordirlandminister Rees wohl ausrechnen kann, welchen Protest es sonst geben wird. Aber jeder, der nach dem 1. März wegen politischer Aktivitäten verurteilt wird, wird als „normaler" Krimineller behandelt.

Die beiden Tage vor Inkrafttreten des Gesetzes gab es von Seiten der Protestanten zahlreiche Protestaktionen: mehrere Bomben explodierten, Autos wurden gekapert und in Brand gesetzt, in mehreren öffentlichen Gebäuden wurde Feuer gelegt. Die Führung der drei großen Protestanten-Parteien in Nordirland grenzte sich jedoch von diesen Aktivitäten ab und unterstützt das Gesetz.

Die republikanischen Gefangenen, die mit der IRA Provisional sympathisieren, drohten mit einem massenhaften Hungerstreik, um Rees zur Rücknahme des Gesetzes zu zwingen. Von einem Erfolg ist jedoch bisher nichts bekannt. •

Irland-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Sozialdemokratisches Musterland Schweden - Raubzug auf den Lebensstandard der Werktätigen

„Die Schweden haben in den vergangenen Jahren weit über ihre Verhältnisse gelebt; deshalb kann sich das Land bis 1980 keine teuren Reformen und nur noch begrenzte Lohnsteigerungen leisten." So hieß es in der Anfang Dezember letzten Jahres erschienenen 5-Jahresprognose des Sekretariats für Wirtschaftsplanung, eine dem schwedischen Finanzminister Gunnar Sträng unterstellten Staatsbehörde (vergl. AK 75). Hiermit soll ein verschärfter Angriff auf den Lebensstandard der schwedischen Bevölkerung eingeleitet werden.

Dieses geschieht vor dem Hintergrund, daß seit 1960 eine fast 80-prozentige Steigerung des allgemeinen Preisniveaus in Schweden zu verzeichnen ist (diese und andere Zahlen aus „Marxistische Taschenbücher, Bd. 5). Die Preiswelle nahm Jahr für Jahr zu. So betrug der jährliche Anstieg 1972 6 %, während er in den 50er Jahren ca. 2 % und in den 60er Jahren durchschnittlich 4 % betragen hatte. Ende 1975 lag er bei 10 %. 1976 sind die Preise bei einigen Lebensmitteln bis jetzt schon um 3,5 % (!) heraufgesetzt worden („Welt", 1.3.76). Betroffen von dieser Politik ist die schwedische Arbeiterklasse. Betrug das Durchschnittseinkommen eines schwedischen Arbeiters 1963 12.700 sKr. ist es bis 1975 nur auf 14.430 sKr. gewachsen (zum Vergleich in DM: 7.340 DM auf 8.442 DM, das sind 700 DM monatlich),also um 14 Prozent.

Während die schwedische Sozialdemokratie ihre Angriffe auf die Lebenslage der Werktätigen Jahr für Jahr verschärft, werden die schwedischen Kapitalisten durch Steuererleichterungen und Investitionsfonds unterstützt; aus den Steuern der Arbeiterklasse versteht sich. Die gesamte Besteuerung eines Arbeiters liegt bei 47 bis 53 %, während die Gesamtbelastung der schwedischen Kapitalisten unter Einrechnung der zahlreichen Investitionsvergütungen bei rund 15 bis 25 % liegt!! („SZ", 3.3.76). So werden den schwedischen Kapitalisten Vorschüsse auf Lagerhaltungskosten, Freistellung von der Energiesteuer, Sonderabschreibungen für Investitionen in Maschinen und dergleichen mehr gewährt („FR", 13.12.75). Daß dadurch die Profite der Kapitalisten erhöht werden, liegt auf der Hand.

„Noch nie schnitten die schwedischen Unternehmen so gut ab wie 1974" konnte man denn auch — eingebettet in allgemeine Krisenklagen — gelegentlich schwedische Kapitalisten sagen hören. Tatsächlich betrug der Zuwachs der Nettogewinne 1974 44 %, und die Börsenumsätze stiegen um fast ein Drittel. („FR", 13.12.75). Daß die schwedischen Kapitalisten auch heute noch nicht am Hungertuch nagen, wird an der Erhöhung der Exporte von 70.515 Mio. sKr. 1974 auf 72.227 Mio. sKr. im Jahre 1975 deutlich („Welt", 5.3.76). Hierbei ist zu erwähnen, daß die 20 größten Exportunternehmen ca. 50 % der gesamten Ausfuhr erbrachten. Die „Krise" dient also der Monopolisierung des schwedischen Kapitals und stärkt es nach außen.

Diese Expansion soll die Arbeiterklasse finanzieren. Deshalb wird von den Kapitalisten und bürgerlichen Parteien weiter schwarzgemalt und ein „Krisen"programm vorgelegt. So fordert Volvo-Chef Gyllenhammar heute schon unverblümt einen Lohnstop. Hoffen wir, daß die schwedischen Arbeiter diesen Herren die gebührende Antwort erteilten. •

Skandinavienkommission
KB/Gruppe Hamburg

„Sozialstaat" Schweden - Makler und Hauseigentümer sahnen ab

In Schweden werden Wohnungen an sich von den Behörden vermittelt. Wie die „Neue Zürcher Zeitung" vom 2.3.76 zu berichten wußte, blüht und gedeiht aber der Schwarzmarkt für Wohnungen in Schweden. Auf diese Weise machen Maklerfirmen Profite mit der Wohnungsnot der schwedischen Bevölkerung.

So kostet die Vermietung einer 1-Zimmerwohnung in der Altstadt von Stockholm auf dem Schwarzmarkt 6.000 sKr. (DM 3.500,-)!

Der Schwarzhandel wird in der Form des Scheintausches durchgeführt, da den Maklern Tauschgeschäfte frei erlaubt sind. Zu diesem Zweck wird von den Maklerfirmen ein gewisser Bestand an Leerwohnungen gehalten. Besteht keine Wohnung, die vom Mieter zum Tausch angeboten werden kann und das ist wohl in der Regel der Fall, dann organisieren die Makler Scheinverträge, für die sie ihren Opfern 1.500 sKr. aus der Tasche ziehen.

Eine andere Form besteht darin, unter Umgehung der Behörden eine Wohnung direkt vom Eigentümer zu mieten. So gab ein anonymer Makler an, daß er in 40 % aller Fälle direkt auf Rechnung des Wohnungsbesitzers arbeite. Dies wird für eine mittelgroße Wohnung mit 3 - 4.000 sKr prämiert, wobei einen Teil natürlich die Wohnungsbesitzer einstecken. Diese Geschäfte sind nicht legal und deshalb gleichzeitig mit Steuerhinterziehung gekoppelt.

Es ist schwer abzuschätzen, wie viele Menschen gezwungen werden, sich in die Hände solcher Verbrecher zu begeben. Eine Untersuchung des Justizdepartementes ergibt, daß 1975 in Stockholm etwa 5.500 Wohnungsvermietungen über den Schwarzmarkt abgewickelt wurden. In Göteborg ist bekannt, daß 70 - 80 % aller Vermietungen als

Forts. S. 37

Forts. von S. 36

Tauschgeschäfte mit Scheinverträgen über die Bühne gingen. Man kann sicher sein, daß diese Zahlen nur die Spitze des Eisberges sind. Unbestreitbar ist jedoch, daß die Jahresumsätze dieser straff organisierten Wohnungsmafia in die Millionen gehen. Es ist klar, daß die schwedischen Behörden hier kaum eingreifen. So können diese Verbrecher relativ ungeschoren von der Wohnungsnot der Bevölkerung profitieren. Hinzu kommt, daß die Verjährungsfrist für solche Verbrechen nur 2 Jahre beträgt.

Steigende Wohnungsnot

Ständig steigende Mieten und zahlreiche materielle Mißstände kennzeichnen die Wohnungsituation in Schweden. So verdoppelten sich in den Neubauwohnungen in den letzten 10 Jahren die Mieten. (diese und folgende Zahlen aus „Marxistische Taschenbücher" Bd. 5).

Hier einige Zahlen aus dem Jahre 1973: über 400.000 Haushalte leben auf zu engem Raum; über 250.000 Wohnungen haben kaum sanitäre Einrichtungen; mehr als 10.000 Familien mit Kindern leben in räumlich unzureichenden Verhältnissen. So warten 100.000 Menschen auf eine eigene Wohnung bei ca. 30.000 leerstehenden Wohnungen.

Die Ursache der Wohnungsmisere wird unter anderem verschärft durch die Hochzinspolitik von Staat und Banken, die zur Verteuerung der zum Wohnungsbau erforderlichen Kredite führt. Diese werden durch ständig steigende Mieten auf die Mieter abgewälzt. Hinzu kommt die Bodenspekulation und die durch die Monopolisierung der Bauindustrie überhöhten Preise für Baumaterialien.

Das heißt, es ist der schwedische Kapitalismus, der sich unfähig erweist, auf die elementaren Bedürfnisse der Bevölkerung einzugehen. ●

Skandinavien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Türkei

– aktuelle Meldungen –

Dem Laster der Korruption kann Demirel nicht widerstehen

Während der größte Teil des türkischen Volkes in größter Armut lebt (vergl. z. B. AK Nr. 74), treiben die Kompradoren des US- und BRD-Imperialismus – die türkische Regierung – das muntere Spielchen der Korruption. An erster Stelle steht hierbei Ministerpräsident Demirel, dem schon vor 1971 angelastet wurde, seiner ganzen Familie durch Korruptionsgelder zu einem schönen Leben verholfen zu haben. Jetzt hat die sozialdemokratische Partei (CHP) Ecevits aufgedeckt, daß der Neffe Demirels ca. 4,1 Mio. türkische Pfund (rund 700.000 DM) auf die Seite geschafft hat. Sein Trick: auf Exportdokumenten hatte er die Wertangaben mit dem Ziel erhöht, um von den Exportförderungsmaßnahmen der türkischen Regierung zu profitieren.

Der junge Herr hat sich nun der Staatsanwaltschaft gestellt – („SZ", 5. 3. 76) offenbar hofft er auch hier auf die Hilfe der Familie.

***

Nicht anders zu erwarten: Lockheed (ver)treibt seine Blüten auch in der Türkei

Auch die Verantwortlichen zur Sicherung der Nato-Süd-Ost Flanke konnten den Blüten der großen weiten Welt nicht widerstehen. Der türkische Repräsentant von Lockheed, Nezith Dural, hat zur Sicherung von Aufträgen rund 800.000 Dollar erhalten („SZ" vom 25. 2. 76).

Es scheint, daß Ministerpräsident Demirel in Sachen Korruption in der Türkei doch eine stärkere „Konkurrenz" erwartet hat. Er dürfte vorübergehend vor Neid erblaßt sein. Natürlich hat er daraufhin „entrüstet" aus Washington die Unterlagen angefordert („SZ", vom 25. 2. 76).

Sowas geht aber auch nicht!!

***

Türkei – EG „Dem militärischen Auftrag muß mehr Tribut gezollt werden"

Mit einem Paukenschlag hat der türkische Außenminister Caglayanghil auf der 22. Tagung des Assoziationsrates EG-Türkei deutlich gemacht, daß eine Vernachlässigung der türkischen Interessen nicht länger hingenommen werde.

Die Unzufriedenheit besteht darin, daß anderen Mittelmeerländern, insbesondere Athen, weitaus größere Zugeständnisse gemacht werden als Ankara. Dies betrifft vor allen Dingen die Finanzhilfe sowie den merklichen Ausfall an Deviseneinnahmen durch die Rückkehr türkischer Kollegen aus EG-Ländern, besonders der BRD.

In diesem Zusammenhang drohte Außenminister Caglayanghil damit, daß es auch auf Grund des amerikanischen Waffenembargos in der Türkei Kräfte gebe, die sich „vom Westen verstoßen" fühlten und zur Alternative einer Anlehnung an die arabischen und sozialistischen Länder neigten. Hinter diesen „Drohungen" steht kein anderer als der BRD-Imperialismus, der durch Kriegsminister Leber bei seinem Besuch in der Türkei hat ausrichten lassen, daß die Politik der USA politisch kurzsichtig und unklug ist. Genscher konnte bei dieser Gelegenheit wesentliche Vereinbarungen über Waffengeschäfte und den Bau von Rüstungsfabriken mit der Türkei vereinbaren. Außerdem versprach Minister Bahr bei einem letzten Besuch in Ankara dafür zu sorgen, daß türkische Kollegen wieder Arbeitsplätze in der BRD erhalten.

Der BRD-Imperialismus ist der starke unsichtbare Partner im Rükken der Türkei, denn *„Ankaras Drohung mit einer politischen Kehrtwendung zeigt, daß die EG so nicht weitermachen darf. Westeuropa hat Verteidigungsinteressen. Und zwar eigene, die wenigstens zum Teil andere sind als die der USA und Kanadas"* („FR" vom 2. 3. 76).

Der BRD-Imperialismus steigt immer mehr in die durch den US-imperialismus hinterlassenen Lücken ein.

* * *

Aus dem Geschäft mit den „Brummis" wurde nichts

Der Transport von Waren auf LKW's durch die Türkei in Länder des Nahen Ostens, hauptsächlich in den Iran, hat stark zugenommen.

Rund 2.000 westdeutsche Lastwagen sind im vergangenen Jahr durch die Türkei gefahren, viermal soviel wie Anfang der siebziger Jahre („FR", 2. 3. 76). Hier sah die türkische Regierung die Chance, ein bißchen mehr vom imperialistischen Handel abzubekommen. Sie erhöhte kurzerhand die Transitgebühren für westdeutsche Lastwagen („Brummis") auf's Doppelte, eine im Grunde gerechtfertigte Maßnahme. Den „armen" westdeutschen Spediteuren wurde die Tour zu teuer, denn sie bezahlten nunmehr ca. DM 4.000 für eine Tour („FR", 2. 3. 76).

Doch die türkische Regierung hatte letztlich ihre Rechnung ohne den (imperialistischen) Wirt gemacht. Für die westdeutschen Spediteure ergriff die Bundesregierung Partei, für die Abnehmer im Iran die dortigen Geschäftsführer der Imperialisten.

Das Ergebnis: die BRD schränkte die Transportgenehmigung für türkische „Brummis" ein und der Iran verweigerte einen schon versprochenen Kredit von 1,2 Mrd. Dollar.

„Zähe Verhandlungen" brachten die Türkei schließlich „zur Vernunft" und die Gebühren wurden wieder um die Hälfte gesenkt. Die Türkei erhält jetzt den Kredit vom Iran: Sie soll damit die Verbesserung des Straßennetzes durch die Türkei in den Iran finanzieren („FR", 2. 3. 76).

***

Wieder ein linker Student erschossen

In der Türkei wurde an der Hochschule Eskisehir von faschistischen Studentenkommandos ein Student erschossen. In Izmir gingen die Sicherheitskräfte gegen eine Gruppe von Arbeitern und Studenten vor und verhafteten 64 von ihnen.

In Ankara sind 227 Studenten von Polizeitruppen festgenommen worden (nach „Le Monde", vom 10. 3. 76). ●

Griechenland-Türkei-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Vertrauensleutewahlen bei Volvo-Göteborg:

Oppositionelle Gewerkschafter gewinnen 26% der Stimmen

Bei den diesjährigen Gewerkschaftswahlen konnten die Sozialdemokraten, die den schwedischen Gewerkschaftsbund LO beherrschen, in allen größeren Betrieben West-Schwedens ihre Stellung behaupten bzw. festigen, außer im größten Betrieb, bei VOLVO. Hier rutschte ihr Stimmenanteil von 81 % im Vorjahr auf 74 %, was nach wie vor eine sichere Mehrheit im Vertrauensleutekörper bedeutet. 26 % der Kollegen, die zur Wahl gingen, gaben ihre Stimme einer Liste „Oppositioneller Gewerkschafter", auf der Gewerkschafter der VPK (schwedische Revisionisten) und andere linke Gruppen g e m e i n s a m kandidierten. Wahlberechtigt waren 10.800 Gewerkschaftsmitglieder, die Wahlbeteiligung stieg von 21 % im Vorjahr auf 29 %. Die Sozialdemokraten erhielten 2.139 Stimmen, die Liste „oppositioneller Gewerkschafter" 755 Stimmen.
(Nach „Sydsvenska Dagbladet Snällposten" und „Arbetet" vom 25.2.76)

Skandinavien-Kommission ●
KB/Gruppe Hamburg



naher osten

Libanon: Reformen, die keine sind

Der libanesische Bürgerkrieg war – nach dem faschistischen Massaker in Quarantina – durch das Eingreifen der syrischen Regierung und durch die Truppen der PLA (Palästinensische Befreiungsarmee, untersteht der PLO) beendet worden. Nach den zehnmonatigen Kämpfen wurde nun ein „Reformprogramm" ausgearbeitet.

Folgendes sind die wichtigsten Punkte:

– Christen und Moslems, die im Parlament bisher im Verhältnis 6:5 vertreten waren, sollen künftig gleichviele Sitze erhalten.

– Der Staatspräsident (immer ein Christ) soll vom Parlament mit einer Mehrheit von 55% statt bisher 51% gewählt werden, so daß auch Moslem-Stimmen dazu nötig sind.

– Alle Gesetze müssen vom Staats- und Ministerpräsidenten (immer ein Moslem) abgezeichnet werden.

– Der Ministerpräsident soll nicht mehr vom Präsidenten ernannt, sondern vom Parlament mit einfacher Mehrheit gewählt werden.

Diese Punkte zeigen die wichtigste Veränderung, nämlich das Anwachsen des Anteils der islamischen Bourgeoisie an der innenpolitischen Szene.

Nachdem nämlich der christliche Flügel innerhalb der herrschenden Klasse Libanons zugeben mußte, daß sein Plan, die libanesische Nationalbewegung und den palästinensischen Widerstand zu zerschlagen, gescheitert war; nach der Spaltung in der Armee (siehe Artikel in diesem AK) und auch weil die USA und Israel ein direktes Eingreifen im Libanon nicht gewagt hatten, gab es für sie nur zwei Möglichkeiten: Entweder die Fortsetzung eines selbstmörderischen Kampfes gegen die progressiven Kräfte oder die Bereitschaft, das Kräfteverhältnis innerhalb der herrschenden Klasse zu verändern und so – außenpolitisch gesehen – Kräfte wie Saudi-Arabien und Syrien an Einfluß gewinnen zu lassen.

Außer den angeführten Punkten beinhaltet das Programm Vorschläge für Reformen auf dem Gebiet der Gesetzgebung sowie soziale, wirtschaftliche und organisatorische Änderungen. Die Unabhängigkeit der Justiz wurde bekräftigt. Es soll ein Verfassungsgericht gebildet werden. In der Verwaltung soll der Religionsproporz abgeschafft und durch das Leistungsprinzip ersetzt werden.

Diese Vorschläge sollen der Stärkung des Staates dienen, sind aber auch als eine Art Schönheitsoperation für ein Regime zu betrachten, dessen Bild durch Skandale und Korruption immer schlechter wurde und das von den Massen kritisiert wurde.

Wie es seit der Gründung dieses Regimes üblich ist, werden Punkte, die soziale und wirtschaftliche Reformen betreffen, nur kurz und unklar erwähnt. So ist zum Beispiel die Gründung eines höheren Ausschusses für Planung und Entwicklung vorgesehen. Weiter werden Bemühungen angekündigt, um „soziale Gerechtigkeit" zu erreichen. Und das ist auch schon alles, was dieses Regime den Massen bieten kann, für die der soziale Kampf schon seit Jahren ein Hauptteil ihrer Kämpfe ist.

Das bedeutet andererseits, daß die sozialen Notstände, die Ursache der Kämpfe waren, vom Regime nicht beachtet wurden. Diese Probleme werden später der Ausgangspunkt für neue, stärkere und blutigere Kämpfe sein.

(Nach Informationen aus „Al Hadaf", Organ der PFLP). ●

Nahost-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Am 27.12.1943 wurden im Libanon, der bisher unter französischem Mandat stand, die meisten Regierungsbefugnisse auf die libanesische Regierung übertragen.

Es wurde ein „Nationaler Pakt" geschlossen, der erstens das Versprechen der Christen enthielt, auf Bündnisse mit Europa, besonders mit Frankreich, in Zukunft zu verzichten, dagegen eine Zusage der Muslim, daß sie nicht ohne Zustimmung der Christen Bündnisse mit den anderen arabischen Ländern eingehen würden. Zweitens wurde die libanesische Verfassung auf dem Religionsproporz aufgebaut, wobei die Christen offiziell 51% der Bevölkerung ausmachten.

Die Zusammensetzung des Parlaments wurde deshalb wie folgt vorgenommen: Das Staatsoberhaupt mußte ein Christ (Maronit) sein, der den Ministerpräsidenten (sunnitischer Moslem) und die Minister ernennt.

Im Parlament waren
30 Maroniten
20 sunnitische Muslimen
19 schiitische Muslimen
11 griechisch-orthodoxe Christen
6 griechisch unierte Christen
6 Drusen
4 orthodoxe Armenier
je 1 Protestant und 1 Vertreter der übrigen Minderheiten.



Der libanesische Bürgerkrieg hat die armen Massen am stärksten getroffen.

Neues Propagandamittel

In Jerusalem sind 10-Pfund-Scheine aufgetaucht, die zwar für den aufmerksamen Betrachter sofort als „nicht-amtlich" zu erkennen sind, die aber eine Botschaft tragen, der viele vom Lohnraub frisch betroffene Jerusalemer zustimmen werden:

Die Scheine tragen statt des sonst üblichen Kopfes eines Engländers namens Moses Montefiore das feiste Gesicht des stinkreichen Vorsitzenden des israelischen Arbeitgeberverbandes, Abraham Schavit. Dieser hat den jüdischen Arbeitern gerade in der letzten Lohnrunde im Februar dieses Jahres nach „langwierigen Verhandlungen" mit der zionistischen Einheitsgewerkschaft „Histadrut" einen neuen Lohnraub-Tarif
drut" einen neuen Lohnraub-Tarif
aufgezwungen, in dem zusätzlich bei „Abwesenheit vom Arbeitsplatz" massive Abstriche vorgesehen sind. Das - und die Streichung oder Kürzung von Subventionen für Lebensmittel zugunsten der Exportindustrie - kennt jeder in Jerusalem, der auf der Vorderseite des Geldscheines liest, daß diese 10-Pfund-Note für die Arbeitgeber in diesem Jahr 14 Pfund wert sein werde, weil die Regierung den Industriellen stets auf Kosten der Armen helfe.

Auf der Rückseite ist ein Arbeiter mit Schraubenschlüssel zu erkennen und der Text: „Für Dich, Arbeiter, sind 10 Pfund noch 6 Pfund wert, weil die Regierung ihre Hilfe entzieht, Brot und Milch verteuert und Arbeitnehmer und Arme betrügt."

Der Arbeiter könnte zwar eine kämpferischere Haltung einnehmen, auch scheint er mit seinem Schraubenschlüssel nicht recht was anzufangen wissen - aber das könnte
benschlüssel nicht recht was anzufangen wissen - aber das könnte
daran liegen, daß die Scheine angeblich von der revisionistischen „Moded-Partei" („NZZ", 9.3.76) herausgegeben worden sein sollen - aber immerhin ... ●

Nahost-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Erneute Demonstrationen in den besetzten Gebieten

Bei einer Demonstration gegen die zionistische Besetzung im Gaza-Streifen wurden nach einem Bericht der „WAFA" (Presseagentur der PLO) drei israelische Soldaten getötet und zwölf verwundet. Die Demonstration war ausgegangen von Studenten, die gegen die Provokation einiger rechtsradikaler Juden auf dem Tempelberg in Jerusalem (siehe AK 75) protestierten. Tausende von Palästinensern schlossen sich dieser Kundgebung in Gaza an. 26 der Demonstranten wurden von den Besatzungsstreitkräften gefangengenommen und verschleppt. Wie „WAFA" meldet, haben die Palästinenser beschlossen, einen massiven Streik zu organisieren. („Al Mudschahid", 3.3.76).

Diese Demonstration reiht sich ein in eine Kette großer und militanter Demonstrationen, die hauptsächlich von Schülern und Studenten begonnen wurde und die sich gegen die andauernde Besetzung sowie gegen die besondere Unterdrückung durch die Zionisten wendeten. Die Anlässe für diese seit Wochen anhaltenden Demonstrationen waren zunächst das Veto der USA gegen die Palästinaresolution im Sicherheitsrat der UNO. Jetzt entzünden sich die Demonstrationen besonders daran, daß – vom Jerusalemer Amtsgericht abgesegnet – zionistische Provokateure auf dem Tempelberg vor einem der größten Heiligtümer des Islams „beten" wollten, was orthodoxen Juden nach ihren Glaubensregeln verboten ist.

Diese Provokation hatte bereits am 20.Februar eine militante Demonstration in Jerusalem ausgelöst. Hauptsächlich jugendliche Palästinenser aus Jerusalem, Hebron und Nablus demonstrierten an diesem Tag unter anti-israelischen Parolen durch die Stadt, bis die Polizei versuchte, die Demonstration aufzulösen. Etwa 40 der Demonstranten konnten sich in eine Moschee retten, die dann von Polizei umstellt wurde. Obwohl den in der Moschee betenden Arabern von der Polizei freier Abzug angeboten wurde, solidarisierten sich alle Anwesenden mit den Demonstranten und blieben für acht Stunden in der Moschee, bis die Polizei die Belagerung beendete. („Le Monde, 22./23.2.76).

Gleichzeitig mit diesen Demonstrationen haben auch die palästinensischen Kommandos ihre Aktivitäten in den besetzten Gebieten verstärkt: „WAFA" meldete insgesamt 21 bewaffnete Aktionen gegen militärische und ökonomische Einrichtungen Israels im Januar. („Al Mudschahid", 7.2.76).

Alle diese Aktionen finden statt, während die Zionisten ihre Unterdrückung verschärft haben: So wurden bereits vor der Nah-Ost-Debatte in der UN die Patrouillen der Besatzungsstreitkräfte verstärkt, da Aktionen vorausgesehen wurden. Gleichzeitig wurden „vorsorglich" zahlreiche Verhaftungen durchgeführt.

Die Zionisten gehen dabei nicht zimperlich vor! So wurde der 24jährige Genosse Ahmed Latif Mansur zu zweimal lebenslänglich und obendrein noch zu 159 Jahren Gefängnis verurteilt, weil er vier Jahre in palästinensischen Kommandos gekämpft habe. („Al Mudschahid", 27.2.76). Und erst vor wenigen Tagen sind fünf Genossen, die bewaffnet im Golangebiet festgenommen worden waren, zu jeweils 25 Jahren Haft verurteilt worden (siehe Kasten).

Wer einfach „nur so" festgenommen wird, hat Folter zu erwarten! Zwei solcher Fälle wurden jüngst im Londoner „Observer" veröffentlicht. Dort berichtet ein Reporter über den über sechzigjährigen Schneider Mohamed Suliman Atwan: „Ich habe einen medizinischen Bericht eines arabischen Arztes gesehen, der bezeugt, daß Atwan (nach einmonatiger Verhaftung im Mai 74) unter Unterleibschmerzen, schweren Kopfschmerzen und Sehstörungen sowie unter Erbrechen und Bluterguß am Hoden litt. In einem Interview gab Atwan an, geschlagen, getreten und mit Elektro-Schocks behandelt worden zu sein." Atwan wurde schließlich entlassen, ohne daß Anklage gegen ihn erhoben wurde.

Ein anderer Fall ist der des Schawki Khatib, der eine achtjährige Strafe wegen „Spionage und Sabotage" verbüßt. Der einzige Beweis gegen ihn war sein Geständnis, das, wie Khatib sagt, durch Schläge und Elektroschocks erpresst wurde. Khatib wurde inzwischen mit einer noch längeren Strafe bedroht, falls er nicht seine Anschuldigungen widerruft! („Intercontinental Press", 9.2.76).

Gegen die jüngsten Demonstrationen wurden als Druckmittel unter anderem hohe Geldstrafen gegen teilnehmende Schüler sowie die Sperrung der Jordanbrücken gegen die Bevölkerung angewendet. Dennoch läßt sich der Protest der Palästinenser nicht unterdrücken! ●

Nahost-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Eine Wahrheit – eine Lüge

Über die Verhandlung gegen fünf Genossen, die im Oktober 1975 in den Golanhöhen festgenommen worden waren und jetzt zu je 25 Jahren verknackt wurden, berichtet die „Neue Hannoversche Presse" (28./29.2.76) zusätzlich zu der sonst in der Presse üblichen Meldung folgendes:

„Zwei der Araber wurden bei einem Feuergefecht getötet, die übrigen fünf entgegen üblicher Gepflogenheit festgenommen.

Die zur ‚Al Fatah' (PLO) gehörende Gruppe war außer mit Maschinenpistolen auch mit Äxten ausgerüstet. Ein Angehöriger der Gruppe hatte vor Auslandsjournalisten erklärt, die Gruppe sollte ‚Köpfe getöteter Israelis nach Syrien bringen'."

In ihrem Blutrausch schreibt die Presse einmal die Wahrheit: Gefangennahme gehört nicht zu den üblichen Gepflogenheiten in Israel, wie die Polizei auch hierzulande immer öfter dazu übergeht, das Todesurteil gleich zu vollstrecken! Und damit der Leser das auch ohne Protest schluckt, wird ihm gleich noch ein blutrünstiges Schauermärchen dazu serviert: Die Axt zum Kopfabhacken als neues Ausrüstungsstück des Terroristen! ●

„Rent-a-Cop"

Privatpolizeien in den USA



Polizeiposten in der U-Bahn

Eine der zwangsläufigen Folgeerscheinungen der steigenden Verelendung der Bevölkerung im Kapitalismus ist die Zunahme der „Kriminalität". Getrieben durch die Ausweglosigkeit eines elenden Daseins, ohne die gerinste Hoffnung auf ein menschenwürdiges Leben, treibt dieses System immer wieder Menschen zum „kriminellen" Bruch der das kapitalistische Privateigentum schützenden bürgerlichen Gesetze.

Die Antwort des Systems ist in jedem Fall eine immer brutalere Strafverfolgung und ein immer brutalerer Strafvollzug. Vor allem aber werden die Organe des Kapitalismus zur Aufrechterhaltung der bürgerlichen „Ruhe und Ordnung" immer umfangreicher. Milliarden werden für die Sicherheit des Privateigentums investiert.

Clevere Kapitalisten verstehen es, auch hieraus noch Kapital zu schlagen und das „Angebot" an öffentlicher „Sicherheit" durch die staatlichen „Ordnungskräfte" um schlagkräftige private Polizeitruppen zu bereichern.

In der BRD sind in letzter Zeit vermehrt derartige Organisationen (z.B. ‚Minh') aus dem Boden geschossen und erweitern ständig ihr Tätigkeitsfeld.

In den USA – die in vielerlei Hinsicht der Entwicklung in den übrigen kapitalistischen Staaten nur um einiges voraus sind stehen derartige Organisationen bereits seit Jahren in vollster Blüte und haben mittlerweile den Umfang von Großkonzernen angenommen.

Den „schutzsuchenden" Kapitalisten und Konzernen werden private „Polizisten" für Bewachungsaufgaben, Spitzel, Schlägerbanden, Leibwächter usw. offeriert. Eine gewaltige Militarisierung des gesamten öffentlichen und privaten Lebens in den USA ist die Folge dieser Entwicklung.

Obwohl die US-Regierung allein in dem Jahrzehnt 1960 bis '69 die Ausgaben für „öffentliche Sicherheit" fast verdoppelte (von 2 Mrd. Dollar auf 3,8 Mrd.), gehört dieser private „Sicherheits-Dienstleistungsbereich" in den USA zu den größten Wachstumsbranchen, die mit einem rezessionsfreien Mittelwert von 10 bis 15% jährlich wächst. Der Umsatz dieser Branche betrug einer RAND-Untersuchung zufolge bereits 1972 3,3 Mrd. US-Dollar und wächst unaufhaltsam weiter. *„Wir meinen, daß die größte Wachstumsperiode des Unternehmens (noch) vor uns liegt"* (Burns, Manager einer der vier größten „Wach- und Schutzfirmen" in den USA).

Einen Überblick über die in diesem Gewerbe Beschäftigten zu bekommen ist derzeit nicht möglich. Es steht aber soviel fest, daß ihre Zahl die der öffentlichen Ordnungsbehörden übertrifft (!). Nach offiziellen US-Regierungsstatistiken gab es 1969 290 000 private Bullen und Detektive, während andere Quellen mit Schätzungen bis zu 800 000 (!) der Wahrheit auf jeden Fall näher kommen dürften (nach M.Klare, Rent-a-Cop, in Technologie und Politik, Nr. 4, rororo, S. 109). 109).

Angeboten werden von den privaten Wachfirmen – deren Zahl in den USA rund 3 500 (!) beträgt – Mietcops für alle denkbaren Aufgaben. *„Der Privatpolizist..., heute schon ein allgegenwärtiges Bild im städtischen Alltag, bewacht Wohnhäuser, Bürogebäude, Kaufhäuser, Fabriken, Krankenhäuser, Universitäten, Sportstadien usw."* (Klare, a.a.O., S. 109). Die Allgegenwart dieser zumeist uniformierten und bewaffneten Privatpolizisten ist bereits soweit gediehen, daß die „New York Times" von einer *„mancherorts quasi militärischen Atmosphäre"* (2.10.70, nach Klare) schrieb.

Banken und andere Unternehmen waren in den späten 60er und frühen 70er Jahren die Hauptauftragsnehmer der Wachfirmen. Seit Anfang der 70er Jahre gelang es ihnen jedoch auch, in andere Bereiche vorzustoßen: Im Anschluß an die Studenten- und Schüler„unruhen" in den USA verdoppelten oder verdreifachten die Colleges und Universitäten ihre Ausgaben für „Sicherheit" (allein die University of Chikago gab 1973 1,343 Mio. Dollar für „Sicherheit" aus). Zu einem besondern „Umsatzschlager" entwickelte sich auch die Überwachung von Passagieren auf den Flugplätzen. Das „Highjacking" (Flugzeugentführung), gegen das die beauftragten Firmen ohne Rücksicht auf das Leben der Flugpassagiere vorgehen, brachte den Firmen allein 1973 Vetragsabschlüsse von 57 Mio. Dollar. Insbesondere seit der Entführung von Pat Hearst entwickelt sich auch der „Leibwachendienst" leitender Angestellter großer amerikanischer Konzerne immer mehr zu einem „Umsatzrenner." Nachdem eine der größten Wachfirmen
leitender Angestellter großer amerikanischer Konzerne immer mehr zu einem „Umsatzrenner." Nachdem eine der größten Wachfirmen
(Wackenhut) einen derartigen Dienst bereits in Lateinamerika anbot, wird er jetzt auch in den USA offeriert.

Daß allerdings diese Privatbullen selbst immer mehr zu einer Quelle öffentlicher Unsicherheit werden, bestätigt eine Untersuchung der US-Regierung von 1973: Danach zeigten *„schon begrenzte Nachforschungen"*, daß die Privatpolizeitruppen *„mit einer Vielzahl von Mängeln behaftet sind. Hierzu gehören übermäßige Gewaltanwendung, ungerechtfertigte Festnahmen und Verhaftungen, illegale Durchsuchung und Beschlagnahme, Anmaßung von schutzpolizeilichen Funktionen, Übergriffe gegen Personen, Verletzung der Privatsphäre, unredlich ‚subprofessionelle'* (sprich kriminelle – d.Red.) *Geschäfte"* (nach Klare, S. 124).

Man hat es hier also durchaus mit Kriminellen zu tun, die sich bei der Durchführung ihrer „Ordnungs- und Sicherheitsaufgaben" kaum um die bestehenden Gesetze zum Schutze der Bürger kümmern. Das wird auch durch die bereits oben angeführte RAND-Untersuchung aus dem Jahre 1972 bestätigt: Danach hatten 97% (!!) der befragten Privatbullen keine Ahnung von den simpelsten juristischen Grundlagen, mit denen sie täglich bei ihrer Arbeit zu tun haben.

Spionage am Arbeitsplatz

Klare berichtet, daß Firmen aller Größenordnungen immer mehr Personal zur Überwachung ihrer Belegschaften einstellen, daß leitende Angestellte auf Bombensucherkurse der US-Armee (!!) geschickt werden und alle möglichen Arten von „Sicherheitskursen" belegen.

Neben diesen Diensten bieten die Wachfirmen Detektive für Geheimermittlungen unter den Belegschaften an. Dabei nimmt der Spitzel eine reguläre Arbeit in einer Firma an, arbeitet einen vollen Arbeitstag wie jeder andere Beschäftigte auch, um unerkannt seinen Schnüffelaufgaben nachgehen zu können. Zu den Ermittlungsaufgaben gehören u.a. Untersuchungen über *„Verluste an Inventar, Diebstahl, Betrug...schlechte Arbeitsmoral, absichtliche Vernachlässigung von Maschinen, Vergeudung von Arbeitsstunden und Material, Werkzeugdiebstahl, unentschuldigtes Fehlen"* usw. usf. (Klare, S. 117)

1974 verteilte der IBM-Konzern ein vertrauliches Handbuch („Instruction in Corporate Protective Services"), das den Aufbau eines umfassenden Nachrichtensystems unter der Belegschaft empfahl, um die Unternehmensspitze u.a mit Informationen über die Tätigkeit „extremistischer Organisationen" zu versorgen.

Diese Praxis hat dazu geführt, daß einige der Wachfirmen über Karteien mit Informationen über das Privatleben von Millionen US-Bürgern verfügen, die jedem zahlungskräftigen Kunden jederzeit zur Verfügung stehen. Nach den Angaben der RAND-Untersuchung verfügt die Firma Wackenhut über eine 2,5 Mio.-Personen Kartei, Pinnerton 's über 1,5 Mio. und Burns mindestens über 50 000.

Viele dieser Firmen arbeiten engstens mit dem Schnüffel- und Behördenapparat des amerikanischen Staates zusammen und haben durch persönliche Verbindungen besten Zugang zu dessen Karteien und Archiven. Ein Beispiel ist die erst vor wenigen
tes zusammen und haben durch persönliche Verbindungen besten Zugang zu dessen Karteien und Archiven. Ein Beispiel ist die erst vor wenigen
Jahren gegründete Intertel (International Intelligence, Inc.). An der Spitze dieser Firma steht ein gewisser Robert Peloquin, der früher Chef der Abteilung ‚Organisiertes Verbrechen' des US-Justizministeriums war. Zu seinen ‚Mitarbeitern' gehören Leute, die früher u.a. folgende Posten im Staatsapparat bekleideten: Stellvertretender Direktor der National Security Agency; Leiter der Abteilung Spionage und Innere Sicherheit bei FBI; Direktor für Nachrichtenwesen und Innere Sicherheit beim Internal Revenue Service...

~~Internal ist *„nichts Geringeres*~~ *denn das legal ins Handelsregister eiingetragene Verbindungsnetz von ‚Old Boys', dessen Ganglien* (Verbindungen – d.Red.) *in buchstäblich jede Nervenzelle des Bundesermittlungs/Nachrichtenapparates reichen"* (Klare, S. 120).

Dies wirft ein Schlaglicht auf den Umfang der Zusammenarbeit zwischen staatlichen und privaten Spionage- und Schnüffelorganisationen des US-Imperialismus.

Bei einem derart riesigen Betätigungsfeld verwundert es nicht, wenn diese Firmen längst Größenordnungen erreicht haben, die sie durchaus vergleichbar mit anderen Großkonzernen machen.

– So hat die Pinkerton's Inc. (vormals Pinkerton's National Detective Agency) eine Belegschaft von 32.000 Mann (1971) und erzielte in 98 Filialen in den USA und Kanada einen Umsatz von rund 150 Mio. Dollar. In den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts machte sich Pinkerton's vor allem durch brutale „Rollkommandos" und Schlägerbanden gegen streikende amerikanische Arbeiter in der Stahlindustrie einen Namen...

– Die Burns International Security Services erzielten mit einer 39 000-köpfigen Belegschaft einen Umsatz von 154 Mio. Dollar (1974). Burns unterhält 110 Filialen in den USA und weitere Niederlassungen in Puerto Rico, Kolumbien, auf den Virgin Islands und den Bahamas. Eine Burns-Filiale in Miami betreibt nachrichtendienstliche Tätigkeit im Ausland.

– Die Wackenhut Corporation hat eine Belegschaft von 18 000 Mann und erzielte 90,5 Mio. Dollar Umsatz. Wackenhut ist stark im internationalen Geschäft engagiert, u.a. hat das Unternehmen Filialen in Lateinamerika (in Brasilien mit einer Belegschaft von 1200 Bullen), Agenturen in Belgien, Italien, Frankreich, der Dominikanischen Republik, Ecuador, Venezuela und Kolumbien.



KBW zu Angola: Wenn dem Schmierer zu wohl ist, geht er aufs Eis. . .

Beim ARBEITERKAMPF *„handelt es sich trotz allem um Politik und nicht nur (!) um Pornographie"* – diese Aussage ist der intellektuelle Höhepunkt eines Artikels von KBW-Chef Schmierer in der „KVZ" vom 11. März.

Das totale Fiasko des KBW in Sachen Angola hat den Schmierer nach monatelanger Pause noch einmal an die „KB Nord"-Front gelockt.

Schmierers Thesen: *„Wo es Einmischung der Sowjetunion gibt, kann es einen Vormarsch der afrikanischen Völker nur im Kampf gegen diese Einmischung geben, niemals mit Hilfe dieser Einmischung. Beim Eingreifen der Sowjetunion und der in ihrem Auftrag handelnden kubanischen Truppen in den Bürgerkrieg in Angola handelt es sich um eine flagrante Einmischung in die Angelegenheiten des angolanischen Volkes und der Völker Afrikas ... Das kann man nur begrüßen, wenn man in Wirklichkeit mit dem Vormarsch der afrikanischen Völker nicht viel im Sinn hat, wenn man in Wirklichkeit nicht auf der Seite der Völker steht in ihrem Befreiungskampf gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus, sondern auf der Seite des Sozialimperialismus in seiner Rivalität mit dem US-Imperialismus"*. Wir machen uns, meint Schmierer, der *„Geringschätzung der nationalen Souveränität und staatlichen Unabhängigkeit unter dem Deckmantel des proletarischen Internationalismus"* schuldig.

Schmierer hat offensichtlich gut aus der „Peking Rundschau" abgeschrieben. Wenn er stattdessen einmal n a c h g e d a c h t hätte, hätte er möglicherweise die Chance gehabt, zu vernünftigeren Ergebnissen zu kommen.

Die nationale Souveränität in Angola wird von der Regierung in Luanda ausgeübt, die von der Befreiungsbewegung MPLA geführt wird. Diese Regierung wird von den meisten Staaten der Welt anerkannt, einschließlich der „Organisation Afrikanischer Staaten", deren Mitglied Angola inzwischen geworden ist. Es ist bekannt, daß im Gegensatz dazu die VR China der Regierung in Luanda immer noch ablehnend gegenübersteht und daß auch der KBW seinen in den Busch verschwundenen konterrevolutionären „Befreiungsbewegungen" FNLA und UNITA nachtrauert und den Sieg der MPLA für ein großes Unglück hält.

Wenn angesichts dieser Lage in der „Peking Rundschau" oder in der „KVZ" über Angolas Souveränität geklagt wird, so hat das von vornherein einen heuchlerischen, verlogenen Charakter.

Schmierer meint, die Sowjetunion habe sich in Angola „eingemischt". Worum aber handelt es sich in Wirklichkeit? Die legitime Regierung eines souveränen Staates hat angesichts einer ernsten imperialistischen Aggression – zuerst nur durch die von Imperialisten ausgerüsteten konterrevolutionären „Befreiungsbewegungen" FNLA und UNITA, dann auch direkt durch Truppen Zaires und schließlich des südafrikanischen Rassisten-Regimes – die Hilfe der Sowjetunion und Kubas erbeten und erhalten. **Dies geschah in einer Situation, wo von Seiten der VR China keinerlei Hilfe gegen die Aggressoren zu erhalten war.**

Es gehört zu den Rechten eines souveränen Staates, sich sowjetischer Unterstützung zu bedienen. Das gilt für Angola ebenso wie für zahlreiche andere Staaten – Mosambik, Guinea-Bissao, Guinea, Somalia, Vietnam usw. Auch verschiedene Befreiungsbewegungen, insbesondere die Palästinenser, lassen sich von der Sowjetunion unterstützen.

Es braucht nicht erst ein Klugscheißer wie Schmierer zu kommen, um festzustellen, daß die sowjetische Unterstützung nicht uneigennützig ist, sondern daß sie im Rahmen von Großmachtsinteressen gegeben wird. **Aber selbstverständlich sind es an erster Stelle die souveränen anti-imperialistischen Staaten und Befreiungsbewegungen, die darüber zu entscheiden haben, ob und wieweit sie trotzdem sowjetische Unterstützung annehmen wollen.**

Dies will Schmierer jedoch nicht anerkennen. Indem er sich scheinheilig als Schutzpatron der Souveränität dieser Staaten aufspielt, maßt er sich an, darüber zu entscheiden, was Hilfe und was „Einmischung" ist.

Schmierer hält offenbar nicht viel von nationaler Souveränität! Letzten Endes ist es bei Schmierer nicht politischer Anstand, wenn er bisher Staaten wie Mosambik, Guinea-Bissao, Vietnam etc. noch nicht ebenso angepinkelt hat wie Angola, sondern reine Feigheit! Schmierer müßte einmal den Lesern der „KVZ" erklären, warum die sowjetische Hilfe in Angola etwas anderes sein soll als in Mosambik oder Vietnam! ... Und Schmierer müßte ebenso erklären, warum er noch nicht die sowjetische Waffenhilfe für den palästinensischen Widerstand als *„flagrante Einmischung"* angegriffen hat. Diese Frage wird für den KBW wohl besonders dringend werden, nachdem die „Peking Rundschau" zu den Kämpfen im Libanon geschrieben hat: *„Besonders der sowjetische Sozialimperialismus schürte das Feuer, säte Zwietracht, um sich Vorteile zu verschaffen"* („PR", 6/76).

Es liegt auf der Hand: Schmierer & Co. werden niemals erklären können, warum sie einigen Staaten bzw. Befreiungsbewegungen stillschweigend das Recht „zugestehen", sowjetische Hilfe in Anspruch zu nehmen, während sie bei anderen ein Riesengezeter über „sozialimperialistische Einmischung" anstimmen und damit dem Kampf dieser Staaten bzw. Befreiungsbewegungen in den Rücken fallen.

In seinem Artikel schreibt Schmierer: *„Wo es Einmischung der Sowjetunion gibt, kann es einen Vormarsch der afrikanischen Völker nur im Kampf gegen diese Einmischung geben, niemals mit Hilfe dieser Einmischung"*, und weiter: *„Wer den Befreiungskampf der afrikanischen Völker unterstützt, muß die Einmischung des Sozialimperialismus bekämpfen"*.

Wer führt denn in Afrika im schmiererischen Sinn den „Kampf gegen die Einmischung des Sozialimperialismus"? Mosambik? Guinea? Somalia? Guinea-Bissao? Doch wohl nicht, da von dieser Seite eher Bekundungen des Dankes für die „sozialimperialistische Einmischung" zu hören sind. Oder die POLISARIO? Die SWAPO Namibias, die gerade erst öffentlich erklärt hat, daß sie von der Sowjetunion unterstützt wird? Sogar Ugandas Staatschef Idi Amin, auf den bisher noch Verlaß war, scheint abgesprungen zu sein: Kürzlich meinte er, die kubanischen Freiwilligen sollten ruhig auch in anderen Ländern Afrikas eingesetzt werden! ...

Dem KBW ist wirklich nichts geblieben außer einer Handvoll imperialistischer Marionetten wie Mobutu von Zaire, wenn er in Afrika einen „Kampf gegen die Einmischung des Sozialimperialismus" nach seinem Geschmack entdecken will. Über diesen erbärmlichen Zustand hat Schmierers „Fronteinsatz" nicht hinwegtäuschen können, sondern hat ihn im Gegenteil bekräftigt! ●

Ein neuer „ML"-Dreh zu Angola

Bisher war bei den „ML"ern allgemein die Formel von den „drei angolanischen Befreiungsbewegungen" gültig. Unter dieser Formel wurde faktisch die einzige Vertreterin des angolanischen Volkes, die MPLA, angegriffen.

Einen neuen Dreh hat jetzt die portugiesische PCP (R) – frischgebackene „Bruderpartei" der „KPD/ML" – gefunden: **„Für uns portugiesische Kommunisten ist die einzige echte Avantgarde des angolanischen Volkes eine revolutionäre, marxistisch-leninistische Avantgarde, die sich schon heute organisiert und den Kampf aufnimmt. Unsere ungeteilte Unterstützung gilt den angolanischen Kommunisten ... Alle übrigen Parteien, Organisationen und Machthaber Angolas zeigen sich immer schwankender, inkonsequenter oder sogar offen volksfeindlich, wie die Bourgeoisie, die sie führt ..."** („Bandeira Vermelha", 5.3.76).

Ganz originell ist dieser Dreh allerdings nicht, da schon bisher die Trotzkisten in dieser Weise „argumentierten" (Spartacusbund), ebenso wie sie schon vor Jahren behaupteten, die vietnamesische Befreiungsfront FNL sei „bürgerlich" und „konterrevolutionär", und nur die „vietnamesischen Kommunisten" (d.h. Trotzkisten) seien „die Avantgarde".

Wie im letzten AK berichtet, hatten sich in Portugal die faschistoide „PCP/ML" („Bruderpartei" der „KPD") und die pseudo-„linke" Provokateursgruppe MRPP ausdrücklich g e g e n eine Anerkennung der angolanischen Regierung durch Portugal ausgesprochen (dieselbe Haltung bezog hierzulande der KBW!!).

Die PCP (R) hingegen weigerte sich, zu dieser Frage überhaupt Stellung zu beziehen – unter Hinweis auf die oben zitierte, den Trotzkisten abgeguckte „Argumentation".

Anders verhielt sich allerdings die „Massenorganisation" der PCP (R), die UDP. Zwar betonte sie pflichtgemäß: *„Für die UDP bedeutet die Anerkennung der VR Angola nicht die Anerkennung irgendeiner Befreiungsbewegung, sondern die Anerkennung einer unabhängigen Nation"*. Letzten Endes erklärte sie jedoch: **„Die Anerkennung der VR Angola durch die portugiesische Regierung ist eine Errungenschaft, die durch den Kampf des angolanischen Volkes durchgesetzt wurde"** („Voz do Povo", 2.3.76). Immerhin steht diese – richtige Aussage nicht bloß im Widerspruch zur Haltung der PCP (R), sondern sogar zur ganzen bisherigen Politik der UDP; die UDP hatte nämlich mit keinem Wort die Anerkennung der VR Angola durch die portugiesische Regierung gefordert, feiert sie aber jetzt als großen Sieg.

Deutlich werden hier wieder einmal die Schwierigkeiten, in die die „ML"-er mit ihrer Formel von den „drei Befreiungsbewegungen" geraten sind. Während die einen jetzt nahe daran sind, den „gerechten Befreiungskampf" von FNLA /UNITA gegen die „ausländischen Besatzer" zu propagieren (KBW), suchen andere bei trotzkistischen Thesen Zuflucht oder scheinen gar bereit, sich mit der Existenz der VR Angola abzufinden. ●

Internationales Hochstapler-Syndikat („ML")

Die Bekanntgabe der angeblichen Gründung einer **„Sektion DDR der KPD/ML"** durch den Hochstapler Ernst Aust hat wieder einmal ein Schlaglicht auf die kuriosen Praktiken geworfen, die in der internationalen „ML-Bewegung" seit Jahren gang und gebe sind. Vieles hatte Ernst Aust aufgeboten, um seiner Kreation den Anschein von Glaubwürdigkeit zu geben: Eine Sondernummer des „Roten Morgen" mit Riesenschlagzeilen, eine „Pressekonferenz" in einem „feinen" Hotel, eine öffentliche Jubelkundgebung (in Dortmund), Geldsammlungen unter seinen Anhängern für die angebliche „Sektion DDR", Abdruck überschwenglicher Glückwunschbriefe seiner Anhänger im „Roten Morgen" (*„Die Gründung der Sektion DDR der KPD/ML ist ein glänzender Erfolg des Marxismus-Leninismus, ein großer Fortschritt für die deutsche Arbeiterklasse ..."* usw. usf.).

Die Verantwortlichen von „Radio Tirana" (Albanien) waren so töricht oder so skrupellos, das Märchen von der „Sektion DDR der KPD/ML" in großer Aufmachung hinauszuposaunen: *„Diese Gründung ist ein bedeutendes Ereignis, ein Sieg der deutschen Arbeiterklasse ... Die Gründung der Sektion DDR der KPD/ML zeugt davon, daß im Kampf für die große Sache der Revolution und des Sozialismus die Reihen der marxistisch-leninistischen Kräfte wachsen und erstarken ..."* usw. usf. (zit. nach „Roter Morgen", 6.3.76).

Andere „ML"-Parteien (Portugal, Frankreich u.a.) berichteten über das in Wirklichkeit nur der Phantasie von Ernst Aust entsprungene „große Ereignis" in ihrer Presse und schickten blumig formulierte Glückwünsche an den glücklichen „Gründer" Ernst Aust.

Aus einer jahrelangen Lektüre des „Roten Morgen" läßt sich unzweideutig sagen, daß dort noch n i e etwas Konkretes über die Aktivität von „Marxisten-Leninisten" in der DDR zu lesen war. Offensichtlich hat der „Rote Morgen" in der DDR noch nicht einmal Korrespondenten, da seine „Informationen" über die DDR allesamt aus der bürgerlichen und revisionistischen Presse stammen. Die „Sektion DDR der KPD/ML" ist also ganz offensichtlich eine reine E r f i n d u n g.

Die „Sektion DDR der KPD/ML" bildet somit ein Gegenstück zu der angeblichen **„KP Polens"**, die seit Jahren durch die internationale „ML"-Presse geistert, gleichfalls kräftig von „Radio Tirana" unterstützt. Diese „Partei" besteht offenbar nur aus ihrem „Generalsekretär", einem Hochstapler namens Kazimierz Mijal, der wahrscheinlich in Tirana auf Kosten des albanischen Volkes schmarotzt. Interviews dieses Herrn (u.a. vom „Roten Morgen" verbreitet, der sich damit angemessen für die internationale Unterstützung seiner „Sektion DDR" revanchiert) lassen unschwer erkennen, daß er konkret über seine angebliche „Partei" nichts zu sagen weiß, von der im Übrigen auch sonst nichts bekannt ist.

Womöglich noch witziger sind die angeblichen „Marxisten-Leninisten" in der Sowjetunion, die vor einigen Jahren unter wechselnden „Organisations"namen wie etwa *„Stalin-Gruppe"* oder *„Revolutionäre (Bolschewistische) Kommunisten der Sowjetunion"* Furore machten. Von letzterem Produkt wurde in Albanien als Existenz-Beweis sogar eine deutsch-sprachige Broschüre herausgegeben, angeblich deren „Programmatischer Aufruf".

Inzwischen ist es um diese Phantasie-Gebilde sehr still geworden. Machen wir an dieser Stelle einmal eine kleine Rechnung: Die „KPD/ML" vertritt die wahnwitzige Behauptung (aus der „Peking Rundschau"!), daß es in der Sowjetunion **„über eine Million politische Gefangene"** gebe (siehe z.B. „Roter Morgen", 3.1.76). Gönnen wir uns einen Moment lang den makabren Spaß, diese Zahl ernst zu nehmen, und rechnen wir nun weiter ganz „bescheiden", daß hiervon auch bloß e i n Prozent „Marxisten-Leninisten" wären, so wären das immerhin 10.000! – Tatsache ist jedoch, daß weder „Radio Tirana" noch die „Peking Rundschau" noch sonstwer auch nur e i n e n e i n z i g e n in der Sowjetunion gefangenen (oder gar ermordeten) „Marxisten-Leninisten" n a m e n t l i c h nennen können, obwohl sie einen solchen Fall ganz gewiß gern an die große Glocke hängen würden! Dasselbe gilt auch für alle anderen revisionistischen Länder.

Für U n g a r n und B u l g a r i e n gibt es ebenfalls noch keine „offiziellen" Filialen des internationalen Hochstapler-Syndikats. Hier könnte also noch jemand als angeblicher „Generalsekretär" einer „KP Ungarns/ML" oder „KP Bulgariens/ML" in Tirana sein Glück versuchen. Ungarische bzw. bulgarische Sprachkenntnisse erwünscht, aber nicht Vorbedingung! ...

Daß man dort gern bereit ist, aus jedem Furz gleich ein Konzert zu machen, zeigte eine kürzlich von „Radio Tirana" in großer Aufmachung verbreitete und vom gesamten internationalen Hochstapler-Syndikat dankbar aufgenommene Meldung: **„Tschechoslowakische Marxisten-Leninisten"** hätten einen Brief an „Radio Tirana" geschrieben. Der „Rote Morgen" zögerte nicht, daraus einen großen Artikel zu machen, in dem die „Tschechoslowakischen Marxisten-Leninisten" würdig der „Sektion DDR der KPD/ML" und der „KP Polens" an die Seite gestellt wurden. Sicher nicht zu Unrecht!...

(Für Rumänien und Jugoslawien sind auch noch keine „ML"-Parteien erfunden worden. Wahrscheinlich besteht daran aber zur Zeit auch gar kein Interesse, wegen der höheren Interessen des gemeinsamen Kampfes „gegen die Supermächte, besonders gegen den russischen Sozialimperialismus").

Wieweit das frivole Spiel mit der Phantasie noch getrieben werden kann, demonstrierte die erst vor kurzem in das Syndikat aufgenommene portugiesische PCP (R). Sie machte der leidigen Entscheidungsqual aller „Marxisten-Leninisten" angesichts der „drei Befreiungsbewegungen" in Angola kühn ein Ende, indem sie erklärte, sie unterstütze in Angola nur „die revolutionäre marxistisch-leninistische Avantgarde, die sich schon heute organisiert und den Kampf aufnimmt" („Bandeira Vermelha", 5.3.76). Demnächst wird wohl die Gründung einer „MPLA/ML" bekanntgegeben werden? ...

Freilich sind die meisten der dem internationalen Hochstapler-Syndikat angeschlossenen Grüppchen auch nicht viel realer als die Phantasie-Gebilde in den revisionistischen Ländern oder in Angola. Fast ausnahmslos handelt es sich um bedeutungslose Sekten, die ihren scheinbaren Glanz lediglich aus der anscheinend vor nichts zurückschreckenden „Berichterstattung" von „Radio Tirana" und aus ihren gegenseitigen Beweihräucherungen beziehen, wo sie plötzlich die Gestalt von „revolutionären Avantgarden der Arbeiterklasse" bekommen, die an der Spitze großer Massenkämpfe stehen.

Die Außenpolitik Albaniens läßt sich gewiß nicht mit der Chinas vergleichen, was z.B. die chinesischen Anbiederungsversuche gegenüber dem BRD-Imperialismus und der EG allgemein angeht. Der Unterschied kommt beispielsweise auch darin zum Ausdruck, daß China in Portugal die klar faschistoide „PCP/ML" unterstützt (die für eine Verschärfung der konterrevolutionären Repression eintritt!), während Albanien Beziehungen zu der weitaus „gemäßigteren" PCP (R) unterhält.

Dennoch ist es offensichtlich und muß eindeutig gesagt werden, daß Albanien als Zentrum eines internationalen Hochstapler-Syndikats, das seine Betrügereien letzten Endes vor allem auf albanische „Bürgschaften" aufbaut, eine für die internationale Arbeiterbewegung negative Rolle spielt. ●

Krise im BDJ

Ein Platz für den Reformismus?

Wie in AK 75 berichtet, finden in der demokratisch-antifaschistischen Jugendorganisation BDJ (Bund Demokratischer Jugend) zur Zeit scharfe Auseinandersetzungen statt. Unter der falschen Flagge „Politische Selbständigkeit entwickeln" unternehmen einige maßgebliche Vorstandsmitglieder in Wirklichkeit mit Vehemenz den Versuch, im BDJ einen „Platz" für reformistische Positionen zu schaffen.

Am klarsten kommt dieser Versuch im Papier eines maßgeblichen BDJ-Funktionärs zum Ausdruck: Er beginnt mit der harmlos klingenden Behauptung, *„daß es dem BDJ guttut, wenn er die Positionen des Reformismus gründlich und in Ruhe prüft und diskutiert"*; dann mahnt er zu *„Geduld und Toleranz"* gegenüber dem Reformismus - um schließlich die Katze aus dem Sack zu lassen: ***„Innerhalb der Plattform des BDJ hat auch der Reformismus einen Platz"***; in diesem Sinn müßte der BDJ ***„bewußt und zielstrebig seine Plattform ausbauen und konkretisieren"***. Nebenbei bemerkt: Gerade d i e s e r BDJ-Funktionär regte sich noch vor einigen Wochen am lautesten über „unsolidarische Formen der Auseinandersetzung" auf, als BDJ-Mitglieder in einem Kritik-Papier davor warnten, *„daß eine bestimmte Gruppe von Personen planmäßig und gezielt versucht"*, den BDJ *„in den Reformismus zu treiben"*!

Die angebliche Notwendigkeit, die Plattform des BDJ im Sinne des Reformismus „auszubauen", wird in dem Papier dieses BDJ-Funktionärs damit begründet, *„daß der BDJ bis heute keinen meßbaren Einfluß auf die breite demokratische Jugendbewegung hat"*. Der BDJ habe bisher *„notwendig im politischen Abseits verharren"* müssen, da er nicht bereit gewesen sei, sich mit dem Reformismus und mit Begriffen wie „Mitbestimmung" anzufreunden. Mit Hilfe des Reformismus soll nun der BDJ aus dem *„politischen Abseits"* geführt werden wie seinerzeit die Kinder Israels aus Ägypten.

Naheliegender wäre es allerdings, den Grund für die Erfolglosigkeit des BDJ auf einem anderen Gebiet zu suchen. Nämlich in der Tatsache, daß der BDJ es fast völlig versäumt hat, den politisch-ideologischen K a m p f gegen die Positionen des Reformismus, Sozialdemokratismus und Liberalismus in der demokratischen Jugendbewegung offensiv aufzunehmen. Es liegt auf der Hand, daß es dem BDJ o h n e einen sol-

und Liberalismus in der demokratischen Jugendbewegung offensiv aufzunehmen. Es liegt auf der Hand, daß es dem BDJ o h n e einen sol-

chen Kampf natürlich nicht gelingen konnte, den bürgerlichen Parteien und Verbänden Boden innerhalb der demokratischen Jugendbewegung abzunehmen. Von nichts kommt nichts!

Dieser Situation dadurch abhelfen zu wollen, daß man den Reformismus „in Ruhe prüft", um ihm einen „Platz in der Plattform des BDJ" zu schaffen, ist ebenso makaber, als wollte man Schlaflosigkeit durch die Einnahme von Gift bekämpfen!

Und wenn BDJ-Mitgliedern dies nicht paßt, dann stehen sie *„völlig außerhalb solidarischer Beziehungen"*, ihr *„Demokratieverständnis"* wird in Frage gestellt, sie seien gegen *„freie Meinungsäußerung"* im BDJ usw. usf. (Zitate aus Papieren verschiedener Vorstandsmitglieder).

Man fühlt sich arg erinnert an das Geschrei der russischen Ökonomisten nach ***„Freiheit der Kritik"***, mit dem Lenin sich in „Was tun?" auseinandersetzte: „*... Und nun beginnen einige zu rufen: Gehen wir*



in diesen Sumpf! (Bzw. „prüfen" wir ihn und schaffen ihm „Platz" in unserer Plattform! ... Anm.AK) *Will man ihnen ins Gewissen reden, so erwidern sie: Was seid ihr doch für rückständige Leute! Und ihr schämt euch nicht, uns das freie Recht abzusprechen, euch auf einen besseren Weg zu rufen! - O ja, meine Herren, ihr habt die Freiheit nicht nur zu rufen, sondern auch zu gehen, wohin ihr wollt, selbst in den Sumpf; wir sind sogar der Meinung, daß euer wahrer Platz gerade im Sumpf ist, und wir sind bereit, euch nach Kräften bei e u r e r Übersiedlung dorthin zu helfen. Aber laßt unsere Hände los, klammert euch nicht an uns und besudelt nicht das große Wort Freiheit, denn wir haben ja ebenfalls die ‚Freiheit', zu gehen wohin wir wollen, die Freiheit, nicht nur gegen den Sumpf zu kämpfen, sondern auch gegen diejenigen, die sich dem Sumpf zuwenden!"* („Was tun?", Kap.I,a).

Wie bei den Ökonomisten mit der Parole der „Freiheit der Kritik" versuchen jetzt einige BDJ-Führer unter der falschen Flagge der *„freien Meinungsäußerung"*, der *„solidarischen Auseinandersetzung"*, der *„notwendigen Entfaltung einer breiten, demokratischen Diskussion"* usw., in Wirklichkeit eine prinzipielle Kritik an ihren Positionen abzublocken. Mit Aufrufen zu „Geduld und Toleranz", mit dem Appell ***„Einigendes in den Mittelpunkt stellen!"*** usw. wollen sie ein „entkrampftes" und „kompromißbereites" Klima schaffen, in dem sie ihre Vorstellungen durchsetzen können.

Sie wollen den BDJ aus dem „politischen Abseits" auf die „Plattform" der bürgerlichen Ideologie zerren - berufen sich dabei aber auf die „solidarischen Formen der Auseinandersetzung" unter Demokraten und Antifaschisten, auf die „Toleranz" gegenüber dem Andersdenkenden. - Hier werden zwei Dinge verwechselt bzw. bewußt durcheinander gebracht: Der K a m p f gegen die bürgerliche Ideologie braucht nicht „Ruhe", „Geduld" und „Toleranz", „Solidarität", „Kompromißbereitschaft" und „Liebe unter den Menschen", sondern politische Klarheit und Unversöhnlichkeit!

Nicht die politische Selbständigkeit des BDJ würde gefördert, wenn er dem Reformismus einen „Platz" schafft und ihn gar für „mehrheitsfähig" im BDJ erklärt. Politische Selbständigkeit und bürgerliche Ideologie vertragen sich nicht besonders gut. Es sollte sich auch niemand im BDJ über die „Zukunftsaussichten" einer solchen „Öffnung nach rechts" Illusionen machen: D e r Markt ist schon voll besetzt, da kann sich keiner mehr reindrängen! Nicht m i t dem Reformismus, sondern nur im Kampf g e g e n den Reformismus kann heute eine demokratisch-antifaschistische Jugendorganisation ihren selbständigen Platz finden und behaupten! ●

Zur Klarstellung

Die Bundeszentrale des BDP („Bund Deutscher Pfadfinder") in Frankfurt hat uns mit einem Schreiben vom 11.3.76 auf eine Nachlässigkeit aufmerksam gemacht: Der BDJ ist ein D a c h v e r b a n d, der von den beiden Verbänden RBJ („Ring Bündischer Jugend") und BDP gebildet wird. Sofern im AK die Rede vom BDJ ist, bezieht sich das durchweg auf den RBJ im BDJ, insbesondere dessen Hamburger Gruppe. Wenn vom BDJ-(Gesamt)vorstand die Rede ist, so ist der Vorstand des RBJ/BDJ in Hamburg(/Schleswig-Holstein) gemeint. – Wir glauben uns in dieser Nachlässigkeit etwas entschuldigt, weil im RBJ/BDJ Hamburg und in den verschiedenen Papieren durchweg vom „BDJ" die Rede ist.

Wenn die Freunde von der BDP/BDJ-Bundeszentrale allerdings in ihrem Brief an uns so tun, als gebe es gar keine „Krise im BDJ", sondern bloß eine „Krise im RBJ", und wenn sie ferner so tun, als wüßten sie gar nichts davon (sie sprechen von einer *„von Euch georteten Krise im RBJ"*, mit der sie nicht *„in Verbindung gebracht zu werden"* wünschen), dann ist das wohl doch etwas des Guten zuviel! ●

gemeint. – Wir glauben uns in dieser Nachlässigkeit etwas ent- wohl doch etwas des Guten zuviel! ●

Nicht „Verleumdung", sondern Verleugnung! – zur GIM-Antwort auf unsere Kritik –

In der vorletzten Ausgabe des ARBEITERKAMPF hatten wir die Portugal-Analyse der GIM kritisiert, weil dort nach dem Muster der bürgerlichen Presse die Ereignisse des 25./26. November als „Linksputsch" dargestellt wurden. Die „Was tun" war dabei so weit gegangen, die (inzwischen ja bestätigten!) Anzeichen für r e a k t i o n ä r e Putschbestrebungen als „Vorwand" (!) zu bezeichnen, unter dem sich „abenteuerliche Pläne" von MES und PRP/BR in „putschistische Pläne verwandelt" hätten.

Die „Was tun" hat jetzt in ihrer Ausgabe vom 18.2. (Nr. 96) auf unseren Artikel (sowie auf einen offenen Brief der SAG, die auch die Behauptung des „Linksputsches" kritisierte) geantwortet. „Schrille Töne ersetzen keine Argumente" heißt diese Antwort. Die GIM ereifert sich dort, daß wir „Grund zu haben (scheinen), eine ernsthafte und sachliche Debatte durch Verleumdungen und hysterisches Geschrei verhindern zu müssen." Tatsache ist jedoch, daß die GIM auf k e i n e n e i n z i g e n unserer Kritikpunkte konkret eingeht. Das ist für „eine der nächsten Ausgaben" angekündigt – zunächst einmal handelt es sich also wohl bei der GIM um „schrille Töne", die hier (hoffentlich nur vorläufig) die „Argumente ersetzen".

Keine Widerlegung unserer Kritik enthält auch ein gleichfalls in dieser Ausgabe abgedrucktes Flugblatt der Frankfurter Ortsgruppe der GIM, das als „erste Stellungnahme auf die Polemik von KB und SAG" ausgegeben wird. Allerdings ist diese Stellungnahme in einiger Hinsicht sehr interessant: Die Frankfurter GIM-Genossen rücken dort nämlich (unter der Hand) von den von uns kritisierten Passagen in der „Was tun" Nr. 91 ab. Sie schreiben: „Es stimmt, daß beide Organisationen, MES und PRP selbst von der Aktion Fallschirmjäger von Tancos, die am 25.11. für ihre Forderungen an die Regierung einige Luftwaffenstützpunkte besetzt hatten, überrascht waren" – in der „Was tun" Nr. 91 dagegen stand mit deutlichem Bezug auf eine angebliche „Urheberschaft" von MES und PRP/BR: „Ein solches Abenteuer fällt nicht vom Himmel". Weiter heißt es im Frankfurter GIM-Flugblatt: „Aber sie (MES undPRP –Anm. AK) hatten in bedeutendem Maß daran mitgewirkt, daß ein Klima entstanden war, das unbeachtete (?!) Aktionen förderte" (die letzten beiden Halbsätze stehen kursiv) – in der „Was tun" Nr. 91 war dagegen direkt von „putschistischen Plänen" die Rede.

Es ist natürlich zu begrüßen, wenn die GIM damit von ihren reichlich PS-nahen Behauptungen in ihrer früheren „Analyse" abrückt – aber das sollte doch ehrlicherweise so geschehen, daß man nicht so tut, als ob vorher gar nichts anderes in der „Was tun" gestanden hätte. Wir haben nicht „verleumdet", sondern die GIM will offenbar jetzt „verleugnen", was sie geschrieben hat. Wir können nur hoffen, daß die angekündigte ausführlichere Antwort tatsächlich eine Antwort sein wird. ●

KB/Gruppe Frankfurt

Nürnberg: KAB„D" macht Einigung über Parteiaufbau zur Vorbedingung für Aktionseinheit

Verschiedene sozialistische und kommunistische Organisationen haben sich in Nürnberg zu einer Aktionseinheit gegen die politische Repression in allen Bereichen und gegen den §88a zusammengeschlossen. An den Verhandlungen hierzu war auch die Jugendorganisation des KAB„D" beteiligt. Als Vorbedingung stellten die Genossen allerdings die Forderung nach einer umfangreichen ideologischen Vereinheitlichung. Dabei sollte die Frage des Parteiaufbaus ebenso geklärt werden, wie die Einschätzung des Kräfteverhältnisses im Klassenkampf in der BRD, die Frage der Faschisierung usw. usw.

Hier zeigt sich ein sehr seltsames Verständnis des KAB„D" von Aktionseinheit. Man kann nicht eine weitgehende Vereinheitlichung – natürlich auf Linie des KAB„D" – zur Vorausbedingung für gemeinsame Aktionen machen. Wer das tut, ist gar nicht ernsthaft daran interessiert, solche gemeinsamen Aktionen im Interesse der Stärkung des Kampfes herzustellen.

Daß die politisch-ideologische Auseinandersetzung unter den Linken eine wichtige Sache ist, ist unbestritten. Doch gerade der KAB„D" hatte auf dem Gebiet bisher herzlich wenig zu bieten.

Ihm ging bisher die politisch-ideologische „Abschirmung" seiner Mitglieder vor den „schädlichen" Einflüssen anderer Organisationen – allemal „Kleinbürger", „Trotzkisten", „Revisionisten", „Sektierer" etc.pp. – über alles. Aufgrund von Kritik der eigenen „Basis" haben die KAB„D"-Führer eine Besserung „im neuen Jahr" (1976) öffentlich zugesagt. Das unernste Herangehen an Aktionseinheiten und die lächerliche „Kritik", die in letzter Zeit in der „Roten Fahne" des KAB„D" gegen den "KB-Nord" geführt wurde, zeigt indes, daß die alten Zustände im KAB„D" offensichtlich aufrecht erhalten werden sollen. Ob die Mitglieder des KAB„D" dies abermals schlucken? ●

Gruppe Nürnberger Kommunisten (GNK)

Spenden für den proletarischen Internationalismus

Wie üblich, veröffentlichen wir hier die laufenden, in den letzten zwei Wochen eingegangenen Spenden für ausländische revolutionäre Organisationen. Diese Veröffentlichung schließt an diejenige im letzten Arbeiterkampf an.

Wir sind grundsätzlich bereit, Geld- und Sachspenden an alle revolutionären Organisationen, Institutionen und Staaten auf der Welt zu überweisen bzw. zu überbringen. Dasselbe gilt für Projekte, die dem Aufbau des Sozialismus, sowie dem Kampf der Arbeiterklassen und fortschrittlichen Bewegungen dienen.

Wir bitten alle Spender bei Überweisungen deutlich sichtbar den Empfänger zu vermerken, ebenso den Absender, damit wir ihm den Spendeneingang quittieren können.

Die regelmäßige Veröffentlichung der eingegangenen Spenden soll der Kontrolle der Spender und Empfänger dienen. Wir werden alle Spenden ohne jeden Abzug weiterleiten.

Spenden-Eingänge

Für MPLA, Angola

	DM
M.G., Tübingen	60,00
H.M., München	20,00
Bezirksgruppe Steilshoop, Hamburg Versteigerung auf Fete	230,00
Sympathisanten-Gruppe, Hamburg 13	280,00
Afrika-Kommission, Hamburg Kalender-Verkauf	100,00
Summe	690,00
Damit erhöht sich das Spendenaufkommen für die MPLA auf	DM 98.018,95

Für MIR, Chile

Kassel, Sympathisantengruppe, Romme Runde	26,00
Betriebszelle Norddeutsche Affinerie, Hamburg	200,00
B.H., Nürnberg	20,00
Summe	246,00

Kassel, Sympathisantengruppe, Romme Runde 26,00
Betriebszelle Norddeutsche Affinerie, Hamburg 200,00
B.H., Nürnberg 20,00

Für FUR, Portugal

Genossenwohnung Hamburg	15,00
Spendensammlung St. Pauli, Hamburg Norwegische Kollegen in der Kneipe „Zur Erholung"	19,00
SSB Hamburg – Psychologen	34,50
Betriebszelle Beiersdorf I, Hamburg, Sammlung Straße und Kneipen	41,00
Betriebszelle Heidenreich und Harbek, Hamburg	315,00
Verkauf von Imro-Plakaten auf Drucker-Veranstaltung, Hannover	49,00
Betriebszelle HSW, Hamburg	20,00
E.H., Hamburg	13,70
Organisations-Büro, Hamburg	26,00
Summe	533,20
Damit erhöht sich das Spendenaufkommen für die FUR auf	DM 66.335,13

Für MES, Portugal

SSB, Hamburg: Sammlung auf Feier wegen Sieg der LdK bei den SP-Wahlen	110,00
SSB, Hamburg: Wetten zur SP-Wahl	150,00
Bezirksgruppe Steilshoop: Sammlung in Dänemark	151,36
T.G., Nürnberg, Spende aus der Wohnung und Straßensammlung	130,00
KB/Gruppe Lübeck	1.100,00
Lesekreis 3, Hamburg-Eimsbüttel	90,00
Kneipenverkauf, Hamburg Eimsbüttel-Süd	10,00
Summe	1.741,36
Damit erhöht sich das Spendenaufkommen für MES auf	DM 73.771,14
und für die Portugal-Solidarität insgesamt auf	DM 160.245,20

Für Frente Polisario, West Sahara

Sammlung Antifa DK 6.3.76	80,82

Spenden-Bestätigungen

Wir haben im letzten Arbeiterkampf fünf Spendenbestätigungen ausländischer Organisationen veröffentlicht. Durch die starke photographische Verkleinerung der Original-Bestätigung, waren die Beträge in einem Teil der Auflage nicht mehr vollständig erkennbar. Es handelte sich dabei um Eingangs-Bestätigung

1) der PRP (Portugal) für 13.000 Mark
2) der FSP (Portugal) für 13.000 Mark
3) des MES (Portugal) für 35.000 DM, 9.630 DM, 11.670 DM und 1.130 DM
4) von Jose Afonso (für portugiesische Landkooperativen) für 3.000 DM
5) der MPLA (Angola) für 15.000 DM

Kampf der ‚Vaterlandsverteidiger'
Klare Fronten schaffen!

Wie in AK 71 berichtet, hatte sich der ‚Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KDP' („Kommunistische Arbeiterzeitung") im vergangenen Dezember an den KBW, an den KB und an den KAB„D" gewandt – mit

dem Vorschlag, eine gemeinsame Erklärung gegen den„*'linken' Sozialchauvinismus*" der „KPD" und der „KPD/ML abzugeben. Für diese Erklärung hatten die Genossen des ‚Arbeiterbund ...' einen Entwurf vorgelegt. In unserer Antwort hatten wir erklärt:

- **Wir begrüßen prinzipiell den Vorschlag des ‚Arbeiterbund', sich von den Vaterlandsverteidigern abzugrenzen;**
- **wir lehnen es ab, eine solche Erklärung gemeinsam mit dem KBW abzugeben, der in vielen Fragen selbst zu Positionen der Vaterlandsverteidigung hinübergleitet;**
- **wir sehen das Aufkommen der gegenwärtigen Strömung der „links"radikalen Vaterlandsverteidigung in Zusammenhang mit der Entwicklung der chinesischen Aussenpolitik, die vom ‚Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD' und mehr noch von KAB„D" bisher vorbehaltlos unterstützt wird.**

Aus diesen Gründen sahen wir im Vorschlag der Genossen vom ‚Arbeiterbund ...' zunächst kein unmittelbar zu realisierendes Projekt, sondern „nur" einen ersten Einstieg in die Diskussion, was angesichts der bisherigen Situation allerdings schon einen nicht zu verachtenden Fortschritt darstellt.

In einer Beilage zur ‚KAZ' vom 22.2. 76 haben die Genossen nunmehr nochmals ihren Vorschlag abgedruckt, zusammen mit unserer Stellungnahme aus AK 71, mit einem Brief des KBW und mit einem Kommentar des ‚Arbeiterbund ..' zu den beiden Stellungnahmen. ●

Um den „heißen Brei" herum

Die größten Schwierigkeiten bereiten dem „Arbeiterbund ..." erwartungsgemäß unsere Fragen zur chinesischen Außenpolitik.

Die Genossen schreiben, daß es **„in konkreten Einschätzungsfragen tatsächlich Differenzen zwischen Kommunistischen Parteien geben (kann), die durch freimütige Diskussion und gegenseitige Konsultation geklärt werden".**

Dies halten wir aus zwei Gründen, mit Verlaub gesagt, für eine ziemlichen Hammer:

1. **Der „Arbeiterbund" hat bis heute zu offensichtlichen Differenzen „in konkreten Einschätzungsfragen" gegenüber der chinesischen Außenpolitik nicht Stellung genommen.** Das deutlichste Beispiel ist Angola. – So ist es, vor diesem Hintergrund, auch ein bedauerlicher Rückfall der Genossen in alte demagogische Methoden, wenn an anderer Stelle behauptet wird, die „*tiefgehenden Differenzen bezüglich der Außenpolitik der sozialistischen Länder*" zwischen uns und dem „Arbeiterbund" hätten „*ihre W u r z e l n in trotzkistischen Positionen des KB zur Frage von Klassen und Klassenkampf in der sozialistischen Gesellschaft überhaupt*".

2. Es ist doch makaber, im Hinblick auf mögliche Differenzen zur KP Chinas (von denen der „Arbeiterbund ..." keine konkret benennt) von einer Klärung durch **„freimütige Diskussion"** und **„gegenseitige Konsultation"** zu sprechen. Wir wissen doch alle, daß die heutigen Führer der KP Chinas keine „freimütige Diskussion" über ihre Außenpolitik führen, jedenfalls nicht mit uns Kommunisten, sondern höchstens mit Nixon oder Dregger. Wir wissen doch alle ebenso, daß die einzigen westeuropäischen „Parteien", mit denen die KP Chinas heute so etwas wie „gegenseitige Konsultationen" pflegt, die Vaterlandsverteidiger vom Schlage eines Ernst Aust in der BRD oder der faschistoiden „PCP/ML" in Portugal sind. Genossen vom „Arbeiterbund ...", ihr müßt von den R e a l i t ä t e n ausgehen, und nicht von einer Traumwelt, wie ihr sie vielleicht gern hättet!

Mit Interesse haben wir in der Beilage zur „KAZ" vom 22.2. eure Ankündigung gelesen: **„Selbstverständlich sind wir bereit, über die Prinzipien der Außenpolitik der sozialistischen Länder öffentlich zu diskutieren, gerade mit dem KB!"** – Darauf sind wir gespannt, und nachdem die Genossen uns jetzt noch einmal **„trotzkistische Positionen"** hinsichtlich der chinesischen Außenpolitik vorgeworfen haben, sollten sie nicht zögern, diese Behauptung zu belegen und sich endlich der Diskussion zu stellen.

Geärgert haben wir uns, ehrlich gesagt, über das Wort **„selbstverständlich"** in dem zitierten Satz. Wieso ist das „selbstverständlich", nachdem der „Arbeiterbund ..." bisher jeder sich bietenden Gelegenheit zu einer öffentlichen Auseinandersetzung über diese Frage ausgewichen ist? Wir möchten nur daran erinnern, daß wir uns vor nunmehr mehr als einem Jahr mit einem „Offenen Brief" u.a. an die Genossen des „Arbeiterbund" gewendet haben, um eine Diskussion über die chinesische Außenpolitik in Gang zu bringen. Das war noch v o r dem Übergang der „KPD/ML" und „KPD" zur Politik der Vaterlandsverteidigung, und wir haben damals genau vor dieser Politik als eine sich abzeichnende Entwicklung gewarnt.

Unser Vorschlag war, unseren „Offenen Brief" in den Zeitungen der Organisationen, also auch der „KAZ" zu veröffentlichen. Wir wollten unsererseits Antworten darauf in gleicher Länge im ARBEITERKAMPF abdrucken. – Die Reaktion aller Angesprochenen, auch der Genossen vom „Arbeiterbund ..." war damals

– S c h w e i g e n !

Uns geht es wahrlich nicht darum, jetzt in „Ätsch"-Manier den Genossen Fehler der Vergangenheit vorzurechnen, wenn sie heute ehrlich den Willen zur solidarischen Diskussion haben. Was diesen Punkt angeht, läßt die Beilage der „KAZ", trotz vieler Schwächen und Mängel, in der Gesamttendenz einen guten Willen erkennen. Wir werden uns allerdings dagegen wehren, wenn die Genossen mit unehrlichen Tricks wie dem obigen **„selbstverständlich"** eine besondere Art von „Vergangenheitsbewältigung" zu betreiben versuchen. ●

KBW: Total übergeschnappt!

Der KBW ist in seiner Zeitung ‚KVZ' mit keinem Wort auf den Vorschlag des ‚Arbeiterbund ...' eingegangen, sondern hat sich mit einem von KBW-Chef Schmierer persönlich unterzeichneten Brief (datiert 20.1. 76) begnügt. Der KBW lehne, so heißt es, „ *ein Bündnis mit Positionen, die vom Revisionismus und Trotzkismus tief angefressen*" sind, ab. Damit ist, wie Schmierer gleich hinzufügt, der KB „Nord" gemeint. Sind wir an dieser Stelle lediglich „*tief angefressen*", so ernennt uns Schmierer am Ende seines Schriebs direkt zu **„trotzkistischen und revisionistischen Elementen"**.

Schrieb er am Anfang seines Briefes „nur", daß wir **„mindestens genauso gefährlich wie die ‚Vaterlandsverteidiger' "** seien, so kommt er doch einige Sätze später offen zur Sache: „*Seit wann schließen sich MarxistenLeninisten im Kampf gegen Abweichungen (!) in (!!) der marxistisch-leninistischen Bewegung (!) mit Kräften zusammen, die den Marxismus-Leninismus schon lange gegen den Trotzkismus eingetauscht haben, falls sie nicht von vorneherein Trotzkisten gewesen sind?*

Marxisten-Leninisten werden das niemals tun. Wer ihnen solche Vorschläge macht, ist wohl selber dabei, ins Lager des Trotzkismus und Revisionismus überzugehen"!

Nicht nur hält Schmierer also den KB („Nord") für „mindestens genauso gefährlich wie die ‚Vaterlandsverteidiger'." Sondern für ihn sind **die Vaterlandsverteidiger Teil der „marxistischen-leninistischen Bewegung"**, wenn auch eine „Abweichung". Und gegen den KB („Nord") will Schmierer allemal mit den Vaterlandsverteidigern gemeinsame Sache machen. Man kann sich vorstellen, wie er sich beim Schreiben dermaßen steigert, daß er schließlich auch gleich noch den ‚Arbeiterbund ..' mit ins **„Lager des Trotzkismus und Revisionismus"** hineinschiebt.

Schmierers Konzept ist klar: Mit den Vaterlandsverteidigern gemeinsam als angebliche „marxistisch-leninistische Bewegung" gegen den Rest der Welt! ●



Opportunistische Position des ‚Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD'

In ihrem Kommentar schreiben die Genossen vom „Arbeiterbund ...": **„Der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD ist der Auffassung, daß es gegenwärtig in Westdeutschland überhaupt nicht sinnvoll ist, von einer marxistisch-leninistischen Bewegung zu sprechen".** Der „Arbeiterbund ..." widerspricht auch der Auffassung des KBW, daß die Vaterlandsverteidiger eine „Abweichung" i n n e r h a l b der „marxistisch-leninistischen Bewegung" seien. Diese Abgrenzung ist zu begrüßen!

Leider lassen sich die Genossen des „Arbeiterbund" t r o t z d e m nicht davon abhalten, ihr Angebot für eine gemeinsame Erklärung an die Adresse des KBW zu erneuern. Welche Grundlage dieses Angebot noch hat, nachdem der KBW die Vaterlandsverteidiger zum Bestandteil der „marxistisch-leninistischen Bewegung" erklärt hat und nachdem er leugnet, daß es sich bei der „KPD/ML" überhaupt um Vaterlandsverteidiger handelt, ist uns völlig unverständlich.

In der „KAZ" vom 22.2. rechtfertigen die Genossen vom „Arbeiterbund ..." dies so: Das Angebot an den KBW sei **„nützlich ..., damit er eindeutig Farbe bekennen muß".**

Dieses Argument k l i n g t zwar ganz gut. Tatsache ist aber, daß der KBW inzwischen schon offen Farbe bekannt h a t – und daß die Kritik des „Arbeiterbund ..." daran äußerst s a n f t ist, um es mal freundschaftlich auszudrücken.

Der springende Punkt ist doch wohl, daß die Genossen vom „Arbeiterbund ..." zu den v i e l e n Punkten, wo der KBW schon vor Monaten längst „Farbe bekannt" hat, g e s c h w i e g e n haben. Erinnert sei hier nur an all die Ungeheuerlichkeiten des KBW zum Thema Angola, an seine Münchhausen-Geschichten über die sowjetische Flotte und ihre Stützpunkte usw.usf. Die Genossen vom „Arbeiterbund ..." haben, was anzuerkennen ist, öffentlich die MPLA unterstützt. Sie haben aber nicht die falschen, schädlichen Positionen des KBW in dieser Frage (und in einer Reihe anderer Fragen!) bekämpft. **Sie hätten sonst nämlich auch die Positionen der chinesischen Außenpolitik in Frage stellen müssen, die mit denen des KBW weitgehend identisch sind.**

Wenn j e t z t die Genossen vom „Arbeiterbund ..." meinen, sie müßten dem KBW z u m z w e i t e n m a l ein Angebot für eine gemeinsame Erklärung gegen die Vaterlandsverteidiger machen, damit er endlich „Farbe bekennen" müsse, finden wir das vor dem genannten Hintergrund wenig überzeugend!

Die Genossen sind sogar noch einen Schritt weiter gegangen: Auf die Behauptung des KBW, er gehe keine „*Bündnisse*" ein mit „*Positionen, die vom Revisionismus und Trotzkismus tief angefressen sind*" (d.h. mit u n s!), stimmen die Genossen vom „Arbeiterbund ..." in der „KAZ" erst einmal z u, **„daß der KB trotzkistische und opportunistische Positionen vertritt".**

Das stünde aber, meinen die Genossen, einer gemeinsamen Erklärung gegen die Vaterlandsverteidiger gar nicht im Wege, sofern die in der Erklärung enthaltenen Positionen „korrekt" sind ...

Nein, Genossen, damit sind wir überhaupt nicht einverstanden! W i r würden es jedenfalls ablehnen, mit Vertretern trotzkistischer Positionen eine grundsätzliche Erklärung gegen die Vaterlandsverteidiger gemeinsam abzugeben. Wenn Schmierer r e c h t hätte, daß wir **„trotzkistische und revisionistische Elemente"** sind (und dieser Vorwurf bleibt in der „KAZ" u n w i d e r s p r o c h e n bzw. wird teilweise noch bestätigt!), dann hätte er auch recht, eine gemeinsame Erklärung mit uns abzulehnen.

Ihr aber, Genossen vom „Arbeiterbund", stellt euch demgegenüber auf den Standpunkt: Der KBW vertritt Positionen der Vaterlandsverteidigung, der KB vertritt Positionen des Trotzkismus, aber das macht nichts, wenn sich nur beide auf den Boden einer vom „Arbeiterbund ..." formulierten „korrekten" Erklärung stellen. Nein, Genossen, das ist Zentrismus, das ist nicht viel besser als Schmierers Versuch, sich zum Makler der „marxistisch-leninistischen Bewegung" aufzuspielen. Auf die Frage, die ihr selbst als Überschrift eurer Beilage gestellt habt, „Wer mit wem gegen die ‚Vaterlandsverteidiger'?" müßt ihr schon eine etwas prinzipienfestere Antwort geben! ●

Blamierte Betrüger

Wie in AK 75 (S.47) berichtet, hatte am 14. Februar ein Treffen zwischen KBW, KAB„D", „KPD" und „KPD/ML" stattgefunden. In der ‚KVZ' vom 19. Februar unternahm KBW-Chef Schmierer den unklugen Versuch, dieses Quartett als die „marxistisch-leninistische Bewegung" der BRD zu präsentieren. Schmierer behauptete, sie hätten „*alle die Existenz einer marxistisch-leninistischen Bewegung anerkannt, was ein wichtiger Fortschritt ist ... Das Gespräch der vier Organisationen war eine bedeutsame Sache im Kampf für die Einheit der Marxisten-Leninisten und den Aufbau der Kommunistischen Partei*".

Schmierers Plan war recht hübsch ausgedacht gewesen, nur ging er leider voll in die Hose: Der KBW stand schnell als blamierter Betrüger da. Als erster distanzierte sich der KAB„D" von Schmierers Erfindung (‚Rote Fahne', 19.2.), danach folgte die „KPD/ML" (‚Roter Morgen', 28.2.). Das war der Stand beim Abschluß unseres AK 75.

Wie kaum anders zu erwarten, hat inzwischen auch die „KPD" Schmierer eine kräftige Ohrfeige versetzt: „*Die KBW-Führung hat erklärt, die Tatsache der Beratung des 14.2. beweise die Existenz einer marxistisch-leninistischen Bewegung. Als ob diese Frage durch ‚de facto'-Anerkennung und nicht durch die Theorie und Praxis der Parteien und Organisationen entschieden würde, die den Marxismus-Leninismus für sich in Anspruch nehmen!*" (‚Rote Fahne', 3.3. 76).

Da hat nun der KBW total die Hosen runtergelassen, sich den Vaterlandsverteidigern angebiedert und diese zum Bestandteil der „marxistisch-leninistischen Bewegung" erklärt – und d a s ist jetzt das Ergebnis! Ja, Undank ist der Welt Lohn!...

Vergeblich hat man bisher auf eine öffentliche Zurücknahme von Schmierers voreiliger Proklamation der „marxistisch-leninistischen Bewegung" in der ‚KVZ' gewartet. Braucht Schmierer solange Zeit, um sich eine Ausrede für seine Lügen einfallen zu lassen, oder will man gar nach „bewährter" KBW-Manier einfach Gras über die ganze Sache wachsen lassen? Wir warten! ... ●



Frauen



Witwenrente: Ein richtungsweisendes Skandalurteil

Der erste Senat des Bundessozialgerichts fällte am 2.12.76 ein unerhörtes Urteil: Dieses oberste „Sozial"-Gericht entschied, daß eine Gleichstellung von Mann und Frau in der Frage der Hinterbliebenenrente unsozial sei, weil dies eine eindeutige Bevorzugung (?) der Frau bedeuten würde!

Folgender Fall lag diesem Urteil zugrunde: Nach dem Tode eines Rentners erhielt dessen Ehefrau nur noch 60 % der Rente ihres verstorbenen Mannes. Dies entspricht der gesetzlichen Regelung, wie sie in § 45 Abs. 2 des Angestelltenversicherungsgesetzes festgelegt ist. In diesem Gesetz ist weiter festgelegt, daß im umgekehrten Fall, also bei Tod der Ehefrau, der Witwer 100 % seiner vorherigen Rente weiter erhalten soll. Gegen diese Diskriminierung hatte nun eine Witwe geklagt. Sie verlangt die Gleichstellung von Mann und Frau vor dem Gesetz. Ihre Begründung: *„Da die Versichertenrente beim Tod der Ehefrau weiter in voller Höhe an den überlebenden Ehemann gezahlt wird, beinhaltet die beanstandete Vorschrift eine Schlechterstellung der Witwe."* (zit. nach „Handelsblatt", 1.3.76)

Diese offenkundige Wahrheit konnte sie jedoch auf dem Rechtswege nicht durchsetzen. Sie verlor den Prozeß in allen Instanzen! Das Bundessozialgericht entschied nun endgültig, daß die bestehende gesetzliche Regelung gerecht und weder verfassungswidrig noch diskriminierend ist. *„Die Zahlung des gleichen Rentenbetrages, den der verstorbene Mann erhielt, auch an seine Witwe wäre nicht eine Gleichstellung, sondern eine Bevorzugung der Witwe. Ein Mann, dessen Rente nach dem Ableben seiner Frau in der gleichen Höhe weitergezahlt wird, muß mindestens 40 % dieses Betrages dafür aufwenden, um ‚Dienstleistungen' im Haushalt, die bisher seine Frau erbrachte, anderweitig zu ‚erkaufen'. Die Frau dagegen hat in der Regel um 40 % geringere Ausgaben, wenn der Mann nicht mehr lebt, nicht mehr ernährt und gekleidet werden muß"* („HB", 1.3.76).

Die Logik dieser Aussagen drückt eine schier unglaubliche Verachtung der Frau aus. Die Frau vollbringt Dienstleistungen für den Mann im Haushalt. Dafür hält er sie aus. Wenn sie stirbt, fällt sie in der Haushaltsrechnung als Kostenfaktor weg. Die von ihr geleisteten Dienste muß der Mann demnach jetzt woanders kaufen. In der Aufrechnung der Kosten gleicht sich das wieder aus. Möglicherweise wird das Leben für den Mann sogar teurer, denn eine Ehefrau ist eine besonders billige Arbeitskraft. Im Grunde also müßte dem Mann nach dem Tode seiner Frau sogar eine höhere Rente gezahlt werden als zu Lebzeiten seiner Frau!! *„Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat deshalb im Blick auf eine mögliche Unterversorgung der Männer (!!) in einer Entscheidung vom vergangenen Jahr den Gesetzgeber zu einer Neuregelung aufgefordert. Die Aufbesserung der Witwenrente weit über 60 % hinaus bis hin zu einer Gleichstellung hat dagegen weder das Bundesverfassungsgericht gefordert noch der Gesetzgeber beabsichtigt."* („HB", 1.3.76)

Eine Verminderung der Rente ist also angebracht: Wenn der Mann stirbt, verursacht er im Haushalt keine Kosten mehr. Die anstehenden Arbeiten im Haushalt kann die Frau ja auch ohne weiteres aufgrund ihrer angeborenen Qualitäten selbst erledigen! Außerdem: *„Wenn sie selbst lange genug gearbeitet hat, hat die Frau außer dem abgeleiteten Anspruch des Mannes zusätzlich einen eigenen Rentenanspruch"* („HB", 1.3.76). Diese besondere Gunst erweist der Staat natürlich nur bei „wirklicher Arbeit". Hausarbeit zählt dazu allerdings nicht, denn diese verrichtet die Frau nur aus reiner Lust und Freude, aus natürlicher Veranlagung. Also braucht sie dafür dann auch nicht so viel Geld. Welcher Zynismus!

Durch dem höchstrichterlichen Spruch des Bundessozialgerichts wird die in der sowohl gesellschaftlichen als auch individuellen Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau begründete besondere Unterdrückung der Frau erneut legitimiert und abgesegnet. Die Kapitalisten sind deshalb auch äußerst befriedigt über diese Rechtsprechung: Das Urteil *„trägt einer nüchternen Beurteilung der Lage Rechnung"*. („HB", 1.3.76). Es ist zu erwarten, daß damit die juristische Grundlage für weitere Vorstöße der Klassenjustiz gelegt worden ist, denn die Unterdrückung der Frau in dieser Gesellschaft soll noch weiter verschärft werden.

Gegen das Urteil des Bundessozialgerichts ist mittlerweile von der bundesweiten Initiativgruppe „Gemeinschaft der Witwen e.V." eine Verfassungsbeschwerde ins Auge gefaßt worden. Die bisherige Praxis des Verfassungsgerichts läßt jedoch vermuten, daß es auch in der Frage der Witwenrente der frauenfeindlichen Klassenjustiz eine grundgesetzkonforme Ausrichtung bescheinigen wird. •

Postzelle
KB / Gruppe Hamburg

Kostenersparnis für die Kapitalisten – gesundheitliche Schäden für die Frauen

Ein Bestandteil der fortschreitenden Technisierung und Automatisierung von Arbeitsabläufen ist der seit wenigen Jahren stattfindenden Einsatz von Bildschirmgeräten, auch Datensichtgeräte genannt. Die Hamburger Elektrizitätswerke z.B. verfügen über Bildschirme in allen Geschäftsstellen und können so dem Kunden seine Frage nach offenstehenden Stromrechnungen auf der Stelle beantworten. Eine technische Errungenschaft, die im erheblichen Umfang Arbeitsaufwand und Zeit einspart. Diese Datensichtgeräte werden besonders in Versicherungen und Banken im Zusammenhang mit dem Ausbau von EDV-Anlagen zunehmend eingesetzt.

Nach Schätzungen des DGB waren in der Bundesrepublik 1975 insgesamt 80.000 Datensichtgeräte im Einsatz. Die jährliche Zuwachsrate beträgt 50 %; demnach wird es 1980 über 600.000 Bildschirme geben.

Der Sinn dieser neuen Technik besteht für das Kapital wesentlich in dem enormen Rationalisierungseffekt, da dadurch im erheblichen Umfang Arbeitsplätze eingespart werden. Der DGB stellt fest, daß die Bildschirme eine neue Berufsgruppe schaffen: die Datentypistinnen. Bei dieser „Wirtschaftsordnung" ist es „einsichtig", daß es wieder einmal Frauen sind, die diese nur geringe Ausbildungsqualifikation erfordernde Arbeit leisten.

Von dem Rationalisierungseffekt einmal abgesehen, der immer das Ziel der Technisierung im Kapitalismus ist, liegt der eigentliche Pferdefuß der Bildschirmgeräte in der gesundheitlichen Gefährdung und Beeinträchtigung der Frauen:

Kopfschmerzen, Augenschmerzen, Verschlechterung des Sehvermögens bis hin zur Veränderung des Farbsinns sind die Folge!

Eine relativ umfassende wissenschaftliche Untersuchung hat das „Institut für Umwelthygiene" der Universität Wien zusammen mit der Zweiten Wiener Universitätsaugenklinik im Auftrag der Gewerkschaft der Privatangestellten Österreichs erstellt.

Der Arbeitsplatz der Datentypistinnen wurde im augenärztlichen Labor wirklichkeitsnah nachgestaltet. Eine Befragung der Testpersonen bestätigte, daß die Testbedingungen den gewohnten Arbeitsbedingungen entsprächen.

Das Untersuchungsergebnis: *„Es treten also – jedenfalls nach einer ununterbrochenen Bildschirmarbeit von mehreren Stunden – zu einem hohen Prozentsatz erhebliche Verschlechterungen der Sehleistung auf. Nach einer Stunde Bildschirmarbeit beziehungsweise nach einer von einer Pause nach der ersten Stunde getrennten weiteren Arbeitsstunde treten Verschlechterungen in geringerem Prozentsatz auf, und das Ausmaß der Verschlechterung ist unter diesen Umständen geringer."*

Zu den Beschwerden der Frauen über Kopfschmerzen, Augenflimmern, Augenbrennen und dergl. stellt der Bericht fest, daß diese aus verfahrenstechnischen Gründen objektiv, d. h. von den Versuchspersonen völlig unabhängig nicht meßbar waren – an den Angaben der Datentypistinnen gäbe es jedoch keinen Zweifel. Damit kündigt sich gerade für Frauen eine neue Art von Berufskrankheit an!
heiten an!

Die Arbeitsmediziner zogen daraus die Konsequenz:

- Verkürzung der ununterbrochenen Bildschirmarbeit sowie
- eine exakte augenärztliche Untersuchung und Überwachung.

Die österreichische Gewerkschaft stellte daraufhin die Forderung auf,

- bei Arbeit am Bildschirm nach je einer Stunde Wechsel zu einer anderen, die Augen nicht belastenden Tätigkeit, für mindestens ebenfalls 1 Stunde (d. h. täglich nicht länger als 4 Stunden mit jeweils 1stündigen Unterbrechungen),
- sofern dies nicht möglich ist, soll nach 50 Minuten Bildschirmarbeit 10 Minuten Pause gemacht werden.

Der DGB hat zu dieser Frage Anfang November 1975 ein „Expertengespräch" veranstaltet und beschlossen, „sich in Zukunft verstärkt mit den negativen Auswirkungen für die an Bildschirmgeräten beschäftigten Arbeitnehmer zu befassen.

Einen ersten handfesten Beitrag, sich mit diesem Frauenarbeitsplatz der Zukunft auseinanderzusetzen, leisteten die Frauen selbst: auf dem FRAUENFEST in Hamburg am 12. März informierte eine Gruppe von oppositionellen Frauen aus Handel, Banken und Versicherungen, unterstützt von Kollegen der Iduna-Versicherung, mit einer Stellwand und stellten Material zum Problem der Datensichtgeräte zur Verfügung (Inform. nach DGB-Angestellten-Zeitschrift „Wirtschaftswissen" 12/75). •

Betriebszelle Iduna
KB / Gruppe Hamburg

Pinneberg/Hamburg: Polizeiüberfall auf § 218-Gegner

Am 21.2. wurde vom § 218-Komitee des KBW in Pinneberg (bei Hamburg) ein Aktionstag durchgeführt. Während der Aktion erschienen mehrere Polizisten und ein Ziviler, verhafteten ein Komitee-Mitglied und beschlagnahmten zwei Stellschilder. Als Anlaß diente den Bullen eine Stellwand, die angeblich den Durchgangsverkehr in der Fußgängerstraße behinderte. Merkwürdigerweise hatte das bisher noch keinen Passanten gestört! ... •

KB / Gruppe Pinneberg-Steinburg

Vor dem Gesetz alle gleich?

Zu 2.000 Mark Geldstrafe wurde in Nürnberg eine Krankenschwester verurteilt, weil sie aus Versehen zwei Spritzen verwechselt und damit den Tod zweier Patienten verschuldet hatte („FAZ", 20.2.76).

Das Gericht wertete einen „überhöhten" Leistungsdruck auf das Pflegepersonal als strafmildernd.

Vor einiger Zeit ging durch die Presse, daß ein Arzt „mangels Beweises" von der Anklage der fahrlässigen Tötung freigesprochen wurde.

Ein Junge war an einer normalen Mandeloperation gestorben, obwohl die Schwester zweimal nach dem Arzt geschickt hatte, weil der Junge viel Blut spuckte. Der Arzt hatte der Schwester geantwortet, daß sie doch damit leicht selber fertig würde, und der Junge starb.

Patienten sterben durch Fahrlässigkeit (und bei Zunahme der Sparpolitik werden es immer mehr sein), Krankenschwestern werden verurteilt, aber ein Arzt wird freigesprochen. •

Arbeitsgruppe Frauen
KB / Gruppe Hamburg

Frauenfest in Westberlin

Am 19.2. veranstaltete das Frauenzentrum in der alten TU-Mensa ein Frauenfest mit Beiträgen zum Thema „Gewalt gegen Frauen", wo im Laufe des Abends 5.000 (!) Frauen hinkamen.

Als wir ankamen, mußten wir ca. 45 Minuten warten, bis wir hinein konnten – mindestens 100 Frauen warteten schon im Foyer auf Einlaß! Unter ihnen auch viele ältere und berufstätige Frauen.

Im Saal saßen und standen Frauen dichtgedrängt bis auf eine kleine Fläche, auf der gerade die Frauen-Karate-Gruppe ihre Übungen zeigte. Wir standen alle auf Zehenspitzen, um die Bewegungen und Erklärungen mitzubekommen. Die Abwehrmöglichkeiten gegen einen (männlichen) Angreifer wurden besonders beklatscht und mehrmals wiederholt. Dies muß man auch im Zusammenhang mit den Referaten sehen. (Die Referate sind auch in einer Broschüre zusammengefaßt.) Sie beinhalteten u.a. die Themen: Gewalt in der Ehe, Vergewaltigung, Schweinereien der Psychatrie, Gynäkologie (und wie Frauen versuchen, Selbsthilfe zu organisieren) und zum reaktionären Frauenbild in den Medien.

Frauen, die sich gegen die unmenschlichen Arbeitsbedingungen am Band wehren, werden oft als verrückt und unmündig abgestempelt; Frauenzentren, die diesen Frauen helfen, sollen kriminalisiert und isoliert werden. So fand auch im Westberliner Frauenzentrum eine Durchsuchung durch den Staatsschutz (!) statt.

Daß die Frauengruppen in Westberlin nicht isoliert sind, zeigten die 5.000 Teilnehmerinnen auf dem Fest. •

Genossinnen des
KB/Westberlin

Kinderfeinde am Werk!

Wie bürgerliche Wissenschaftler gegen „kollektive Kindererziehung" hetzen

Im September 75 erschien im SPIEGEL unter dem Titel „Spiele zerstört" ein Artikel, der die massiven Streichungen und Sparmaßnahmen im Bereich der staatlichen Erziehung als „pädagogisch sinnvoll" verkaufen will. Dies versucht der SPIEGEL mit Zitaten von zwei bürgerlichen Wissenschaftlern (Gunnar Heinson, Barbara M. C. Knieper) zu „beweisen".

In den Kindertagesheimen (KTH) herrscht nach Einschätzung des SPIEGELs eine *„Kollektivstruktur"*, in der gleichaltrige Kinder erzogen werden. Tatsächlich wachsen die Kinder in den Kindertagesheimen im Unterschied zur herkömmlichen Familienerziehung im Kinderkollektiv auf. *„Kollektiverziehung kleiner Kinder"* behaupten nun der Vorschul„experte" Gunnar Heinson und die Historikerin Barbara Knieper, beide „linksliberal" (Selbsteinschätzung), *„gefährde die Entwicklung der ‚Realitätstüchtigkeit', könne ‚deformierend', ‚infantilisierend' und ‚psychotisierend' wirken"* (SPIEGEL, 15.9.75). Hier wird also die Kollektiverziehung der Kindergärten als Gefahr für die Kinder dargestellt.

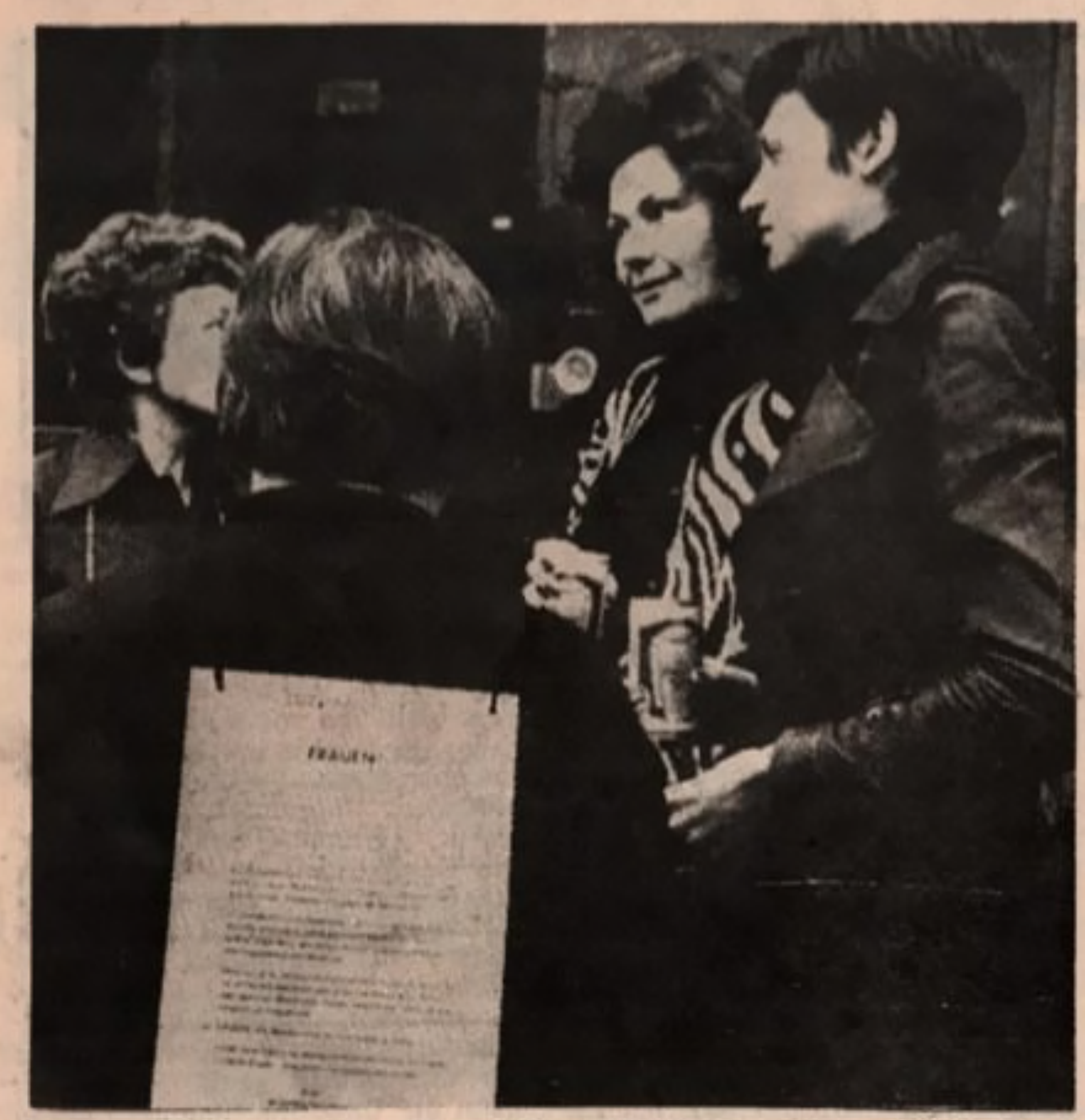
Tatsächlich lassen sich die Bedingungen, die die Kinder in den Tagesheimen vorfinden, kaum noch pädagogisch rechtfertigen. Statt aber nun die Mißstände in den staatlichen Kindertagesheimen (zu wenig Erzieher, zu kleine Räume, kein ausreichendes Spielmaterial) verantwortlich zu machen für die *„zerstörten Spiele"*, wird die Schuld bei der *„Gleichgültigkeit der Lohnerzieher"* und dem *„Kollektiv gleichaltriger Kinder"* gesehen (SPIEGEL, 15.9.75). Vielmehr entwickle sich dann ein Kind am Besten, wenn es von *„mehreren Erwachsenen ... informationsreiche Eindrücke (?!) erhält und zugleich – ohne selbst Opfer anderer Kinder zu sein-über ein schwächeres Kind verfügt"* (!) (so die bürgerlichen „Wissenschaftler", lt. SPIEGEL).

Hier wird das Ziel ihrer Vorstellungen von Erziehung endlich klar genannt: **Heranbildung von Unterdrückern!**

Wenn erst der *„gesamte gesellschaftliche Nachwuchs durch den Kindergarten hindurch muß"*, warnen die „Linksliberalen", könnten die *„zerstörerischen Strukturen zu einer gesamtgesellschaftlichen Bedrohung werden"*.

Wovor diese **Kinderfeinde** Angst haben, ist, daß Kinder zusammen aufwachsen und lernen, gemeinsam zu handeln, um sich für ihre Interessen einzusetzen. •

Eine Erziehergenossin im
Komitee Öffentlicher Dienst
KB/Gruppe Hamburg



In Trauerkleidung waren am geheiligten Weiberfastnacht weibliche Angestelle der Firma Kronos-Titan GmbH in Leverkusen erschienen. Auf Flugblättern verteilten sie eine Suchanzeige: „Gesucht wird Chancengleichheit! Frauen! Dies ist die traurigste Weiberfastnacht in unserer Firma!" Der Grund: Doppelt so viel Frauen wie Männer hatten blaue Briefe erhalten, in denen ihnen die Kündigung naheglegt wird. („Vorwärts", 4.3.76). •

„Frauen, Frauen, laßt Euch nicht verhauen! – Weg, weg, weg mit dem KBW!" ...

So lautete eine spontan umgedichtete Parole, die auf der Freiburger § 218-Demonstration am 21.2.76 gesungen wurde.

Eine Aktionseinheit der Freiburger Frauengruppe, der GIM, des Liberalen Hochschulverbandes, der Fachbereichsgruppe Medizin, der KHG, des KBW mit den „Komitees gegen den § 218" hatten eine gemeinsame Demonstration geplant. Sämtliche Beteiligten hatten sich darauf geeinigt, daß

- 2 Parolen als Grundlage der Aktionseinheit, nämlich „Weg mit § 218" und „Weg mit dem BVG-Urteil" getragen werden, keinesfalls aber die Forderung nach „Volksentscheid";
- auf gegenseitige Polemik sollte verzichtet werden;
- es wurde jedoch nicht festgelegt, welche Gruppe den Anfang des Demonstrationszuges bilden sollte.

Es kam, wie es kommen mußte: Die „Komitees gegen den § 218" und der KBW setzten sich an die Spitze und ans Ende des Demonstrationszuges jeweils mit Riesentransparenten, die die Forderung nach „Volksentscheid" beinhalteten, um den Eindruck zu erwecken, daß dies eine Demonstration des KBW wäre.

Gegen Ende der Demonstration scherten einige Frauen aus dem Zug aus und gingen an der Spitze des Zuges weiter. Prompt drängten KBWler die Frauen ab und versuchten, ihnen Megaphon und Transparent zu entreißen. Schließlich gelang es den KBWlern, nach Fußtritten und Gerempel, die „Spitze der Bewegung" zurückzuerobern.

Bei der Abschlußkundgebung wollte eine Vertreterin der Frauengruppe in ihrer Ansprache diese Vorfälle darstellen; sie wurde mit „Volksentscheids"parolen niedergeschrien! Dem Sprecher der GIM, der ebenfalls auf die Zwischenfälle eingehen wollte, wurde vom KBW das Mikrophon abgestellt.

Die KBWler waren sich nicht zu schade, die Frauen mit bürgerlich-chauvinistischen Bemerkungen zu beschimpfen: „Du bist ja 'ne Hure!", „Ihr wollt doch alle nur vergewaltigt werden!", „Frauen, die nicht die richtigen Forderungen vertreten, gehören auf den Müll", „Wenn ihr nicht gleich still seid, kriegt ihr eins aufs Maul!".

Als dann die Frauen die umgedichtete Parole „Frauen, Frauen, laßt euch nicht verhauen! – weg, weg, weg mit dem KBW" sangen, drehten einige KBWler durch und prügelten wild drauflos – erst blind in die Menge der Frauen, dann – nach Gegenwehr – sehr brutal. Eine Frau wurde von einem gezielten Handkantenschlag ins Gesicht getroffen, ein anderer Demonstrant an den Haaren gezogen, zu Boden gezerrt und geschlagen.

Mit seinen Lügen und Schläger-Methoden, mit seiner Überheblichkeit und Arroganz gegenüber anderen Gruppen und speziell Frauengruppen schürt der KBW in der demokratischen Bewegung die Organisationsfeindlichkeit und das Mißtrauen gegenüber kommunistischen Gruppen.

Doch auch diese Praktiken werden auf die Dauer nicht verhindern, daß der KBW mit seinen Forderungen, „die richtig sind, weil sie gut sind", lautsingend in den Sumpf wandert und dort langsam verstummen wird. •

Arbeitsgruppe Frauen
KB / Gruppe Hamburg

Frauen in der Bundeswehr:
Die Phantasie der Reaktionäre!

Schon seit längerem versuchen die Militaristen, die Frauen in die Vaterlandsverteidigung und die Bundeswehr (BW) mit einzubeziehen. In der BW-Zeitschrift „Heer" vom Februar '76 versuchen sie, diesen Gedanken den Soldaten auf „humoristische" Art schmackhaft zu machen, natürlich auf eine kotzüble frauenfeindliche Art.

Die Vorteile liegen laut „Heer" darin, daß nicht mehr ein männlicher Spieß die Soldaten beim Stuben- und Revierreinigen schikaniert, sondern „ ... *daß dann so manche Kompanie eine richtige Mutter zur ,Mutter der Kompanie' bekäme, mit allem, was so dazugehört . . .*".

Der Schreiberling dieses Artikels versucht nun besonders „lustig" auf eventuelle Probleme der Frauen bei der BW einzugehen: „*Will man den neuen Soldaten wirklich zwingen, bei jedem Urlaubsantrag sein Alter anzugeben? Will man hier nicht lieber zum Beispiel auf die Körpermaße zurückgreifen, zumal diese Zahlenfolge jederzeit an Ort und Stelle überprüft werden kann?*"

Einen anderen „*nicht unwesentlichen Vorteil der neuen Regelung*" würde „Heer" auch beim Stuben- und Revierreinigen sehen: „*Das Stuben- und Revierreinigen würde zu einer Lust, denn das können ,die' ja viel besser, von den Putz- und Flickstunden ganz zu schweigen.*"

Angesichts dieses frauenfeindlichen Drecks, den der Verfasser Eberhardt Hopfenstock vom Stapel läßt, kann man sich nur wünschen, daß er und seinesgleichen, die für eine Einbeziehung der Frauen in die BW sind, recht bald von Frauen und Soldaten mit „handfesten Argumenten" eines Besseren belehrt werden! •

Ein Soldatengenosse

Überfall auf Bochumer Frauenladen

Dies ist unseres Wissens der erste Überfall auf ein Frauenzentrum, der nicht von der Polizei ausging. Die Bochumer Frauengruppe schreibt dazu in einem Flugblatt: „*Am Montag, dem 1.3.76, wurde der Bochumer Frauenladen von drei jungen Männern überfallen. Im Laden waren sieben Frauen einer Arbeitsgruppe. Die drei Männer hatten schon vor dem Laden eindeutig abfällige Bemerkungen fallen lassen. Durch ihr aggressives Auftreten war klar, daß sie nicht in freundlicher Absicht gekommen waren. Die Frauen forderten sie auf, den Laden zu verlassen, da sie zu arbeiten hätten. Anstatt zu gehen, beschimpften sie die Frauen! Als die Frauen versuchten, sie zum Gehen zu bewegen, schlugen sie auf die Frauen ein. Einige Frauen wurden so heftig gestoßen, daß sie quer durch den Laden flogen. Andere Frauen wurden noch getreten, als sie schon Boden lagen. In letzter Sekunde konnten die Frauen einen schweren, gußeisernen Tisch abwehren, der nach ihnen geworfen worden war.*

Zwei Frauen war es gelungen, zu entkommen und die Polizei zu benachrichtigen. Als die Männer dies merkten, versuchten sie schleunigst zu verschwinden. Frauen, die sie verfolgten, wurden von ihnen auf der Straße noch einmal zusammengeschlagen. Trotzdem gaben die Frauen nicht auf. Dadurch konnten zwei der Männer der Polizei übergeben werden.

Eine Frau mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden. Andere hatten Prellungen, Schürfwunden und Beulen am Kopf. Bei der Polizei wurde Strafanzeige erstattet". Soweit aus dem Flugblatt.

Durch Bemerkungen wie: „In dem Lesbenladen wollten wir schon lange aufräumen!" und „Du bist doch die größte Nutte von Bochum überhaupt" machten die Männer klar, daß sie einen „Grund" hatten, die Frauen derart brutal zusammenzuschlagen. Einer der Männer tat sich noch besonders hervor. Er trat einer Frau mit voller Wucht in den Unterleib und schrie: „Ich zertrete dir die Eierstöcke!" Die Frau erlitt eine schwere Schambeinprellung.

Die Bochumer Frauen ziehen den richtigen Schluß aus dieser Provokation: Sie lassen sich in ihrer Arbeit nicht einschüchtern!

Nur über eine offensive Information und durch unser aktives Entgegentreten können derartige faschistische Angriffe bekämpft werden. Wir finden, daß die Frauengruppe ein regelmäßiges „Info" herausgeben sollte, das über ihre Arbeit berichtet und Frauenfeindlichkeiten aller Art anprangert. Wir wollen diesen Vorschlag der Frauengruppe zur Diskussion stellen. •

Zwei KB-Genossinnen aus Bochum

Abtreibungsprozesse in Italien: „Si!Si!Si! Abortiamo la DC!"

Zwei Frauen sind im letzten Monat wegen Verstoß gegen das Abtreibungsgesetz vor Gericht gezerrt worden.

- MARIA LUISA MASERI, 36, geschieden und Mutter von 2 Kindern und
- MARISA BENETTI, 43, Mutter von 6 Kindern.

Maria Luisa wurde von einem Frauenarzt aus dem Krankenhaus denunziert, das sie nach der Abtreibung aufsuchen mußte. Ähnlich auch bei Marisa Benetti.

Marisa und Maria Luisa sind für den Kampf der italienischen Frauen gegen den Abtreibungsparagraphen zum Symbol geworden. Tausende verfolgen die Prozesse und unterstützen sie solidarisch.

Marisa Luisa Maseri wurde am 10.2. von mehreren hundert Frauen zum Prozeß begleitet. Sie versperrten den Richtern zunächst den Weg, der erst durch die Bullen freigeräumt wurde. Mit Parolen wie

- „Maria Luisa, wir stehn dir bei! –"
- „Frauen, Frauen, stellt den Kampf nicht ein! Das ganze Leben muß anders sein!"
- „Freie Abtreibung, Pfaffen und DCler hinter Gitter!"

wurde der Prozeß gestört und die Richter unterbrochen. Auch dieser Prozeß wurde zunächst verschoben mit der Auflage, einen „Sachverständigen für soziale Fragen" heranzuziehen.

Demonstrationen in Brescia, Rom und in ganz Italien!

Die Solidarität und gewachsene Kampfstärke der Frauen zeigte sich auch auf mehreren Demonstrationen im Februar, nachdem schon im Januar 30.000 Frauen in Rom eine kämpferische Demonstration und Kundgebung gemacht hatten.

Gegen den Abtreibungsparagraphen, gegen die Diskriminierung und Bevormundung der Frau durch Staat, Kirche und DC demonstrierten im Februar:

- 1.000 Frauen in Brescia,
- mehrere Hundert in Venedig,
- fast 8.000 Studentinnen in Rom,
- und am 7. März gingen 15.000 römische Schülerinnen aus Protest gegen den Abtreibungsparagraphen nicht zur Schule.

Darüberhinaus werden von den Frauenkomitees und der revolutionären Linken in allen Städten Italiens täglich Kundgebungen, Diskussionen und Informationsabende gemacht.

„Enrico Berlinguer, vergiß nicht, daß aus dem Kompromiß auf unserer Haut nichts wird!"



Studentinnen in Rom demonstrieren gegen den Abtreibungsparagraphen

DC – PCI – kontrollierte Abtreibung! Der Kompromiß ist verwirklicht!

Unter dem Druck der Frauenbewegung mußte die revisionistische PCI, die zunächst mit der DC und den MSI-Faschisten gegen eine Reform gestimmt hatte, einlenken, um ihr Gesicht nicht restlos zu verlieren.

Heute vertritt sie in Abwandlung den Reformvorschlag der PSI („Sozialistische Partei"), wonach eine Fristenregelung innerhalb von 90 Tagen möglich sein soll. Mit diesem „Einlenken" besteht jedoch nach wie vor die Verpflichtung, zu einem Arzt zu gehen; ausschließlich die Ärzte bestimmen darüber, ob eine gesundheitliche oder soziale Gefährdung vorliegt und die Abtreibung genehmigt wird. Die Abtreibung selber soll auch nur in ganz bestimmten staatlichen Krankenhäusern vorgenommen werden dürfen.

Nach wie vor schlägt die PCI den Forderungen der Frauen nach freier und kostenloser Abtreibung ins Gesicht. Auf zahlreichen Demonstrationen haben deshalb die Frauen auch die Parole gerufen:

- „Gegen DC-PCI-Vatikan, alle Frauen die Faust geballt!" •

Italien-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Weg mit dem § 218!

Den Kampf gegen den § 218 weiterführen!

Am 11. und 12. Februar haben in verschiedenen Städten der BRD mehrere Tausend Menschen gegen das Abtreibungsverbot demonstriert.

Diese Demonstrationen wurden anläßlich der 2. und 3. Lesung der „Neuregelung" des § 218 im Bundestag durchgeführt.

Weitere Aktionen gegen das Abtreibungsverbot fanden am 21. Februar statt. Im wesentlichen wurden diese Demonstrationen vom KBW und seinen „Komitees" getragen. Weitere Aktivitäten wurden am 25.2. – dem Jahrestag des reaktionären BVG-Urteils – von verschiedenen Frauengruppen und Organisationen gemacht. Wir wollen hier noch einmal eine Gesamtzusammenfassung der Beteiligung unserer Organisation an den letzten Aktionen gegen den § 218 geben.

BREMERHAVEN

75 Menschen waren am 12.2. dem Aufruf der Arbeitsgruppe Frauen des KB (Bremerhaven) zu einer Protestveranstaltung gefolgt. Mit überwiegender Mehrheit wurde eine Resolution verabschiedet, in der die vollständige Legalisierung der Abtreibung gefordert wurde. Gleichzeitig wurde protestiert gegen die verschärfte Verfolgung der Gegner des § 218, wie zuletzt geschehen in Bremen. Viel Anklang fanden bei den Teilnehmern der Veranstaltung die Darbietungen einer Agitprop-Gruppe, die Lieder und Gedichte gegen den Abtreibungsparagraphen vortrug.

Eine Sammlung zugunsten der portugiesischen Frauen erbrachte rund 340 Mark.

BREMEN

Am 12.2. beteiligten sich 80 Menschen an einer Kundgebung des KB.

WESTBERLIN

Am 11.2. wurde von einer Aktionseinheit, getragen von der „Aktion gegen das Abtreibungsverbot", GIM, KB, „Spartacus", eine Kundgebung mit gut 100 Teilnehmern in

GIM, KB, „Spartacus", eine Kundgebung mit gut 100 Teilnehmern in Westberlin durchgeführt.

LÜBECK

In Lübeck ist es gelungen, eine relativ breite Aktionseinheit gegen den § 218 herzustellen. 160 bis 170 Menschen erschienen am 25.2. zu einer Veranstaltung, die von der „Jugendzentrums-Initiative" in Burgtorheim, der Theatergruppe „Krügersteiner", der „Krankenhausinitiative", der Frauengruppe Lübeck und dem KB durchgeführt wurde. Diese Veranstaltung wurde auch vom GEW-Arbeitskreis junger Lehrer unterstützt.

Bei der Bildung dieser Aktionseinheit leistete sich die DKP den Hammer: Ohne sie überhaupt anzuhören, wurden die Frauen der Frauengruppe aus dem DKP-Büro rausgeschmissen.

Auf der Veranstaltung wurden für die Arbeit der Frauengruppe Lübeck ca. 300 Mark gesammelt und eine Protestresolution zum Tod eines Strafgefangenen in der Justiz-Vollzugsanstalt Lübeck verabschiedet.

KIEL

In Kiel demonstrierten am 12.2. etwa 140 Menschen gegen den § 218. Aufgerufen hatte zu dieser Demonstration eine Aktionseinheit von KB, CISNU/Ortsgruppe Kiel, „Spartacusbund" und GIM.

HILDESHEIM

In Hildesheim wurde aus Anlaß der 2. und 3. Lesung eine breite Agitationsarbeit mit einem Flugblatt, Stellwänden u.a. gemacht. Zum Jahrestag des reaktionären BVG-Urteils – am 25.2. – wurde zu einer Veranstaltung mobilisiert.

Diese Veranstaltung, zu der 60 bis 65 Menschen kamen, wurde von der Praxisgruppe der Hildesheimer Frauengruppe und der Arbeitsgruppe Frauen des KB (Hildesheim) getragen.

Eine Resolution, die den Protest gegen den Polizeiüberfall auf die KBW-Demonstration am 21.2. ausdrückte, wurde einstimmig verabschiedet.

BOCHUM

Mit Sprechchören und Liedern zogen ca. 70 Männer und Frauen am 11.2. durch die Bochumer Innenstadt, um ihren Protest gegen den § 218 zum Ausdruck zu bringen. Am Abend fand eine Diskussionsveranstaltung von ca. 60 Menschen statt. Diese wurde in Zusammenarbeit zwischen der Bochumer Frauengruppe und Genossinnen und Sympathisantinnen der Arbeitsgruppe Frauen des KB (Bochum) getragen.

OLDENBURG

In Oldenburg fand am 25.2. eine

OLDENBURG

In Oldenburg fand am 25.2. eine Veranstaltung mit gut 100 Teilnehmern statt. Auch hier war es gelungen, eine Aktionseinheit herzustellen: Aufgerufen hatten die „Werkstatt-Frauengruppe", die GIM und die Arbeitsgruppe Frauen des KB (Oldenburg) im Rahmen der „Aktion gegen das Abtreibungsverbot".

Die Oldenburger Frauengruppe, die ebenfalls in der „Aktion" ist, konnte sich leider zu einer Beteiligung nicht entschließen.

BRAUNSCHWEIG

Am 11.2. veranstaltete die „Aktion", in der die Braunschweiger KB-Gruppe mitarbeitet, einen Autokorso.

Am 21.3. fand eine gemeinsame Demonstration der „Aktion gegen das Abtreibungsverbot" und der KBW-„Komitees" statt. Die Frauen aus den Frauengruppen waren allerdings nicht sehr begeistert von dieser Aktionseinheit, da der KBW immer wieder versuchte, seine „Volksentscheid"-Parole in den Vordergrund zu bringen. Dabei brach er alle Vereinbarungen.

Von den 250 bis 300 Demonstranten gingen etwa 80 im Block der „Aktion".

GÖTTINGEN

In Göttingen fand am 12.2. eine von einer Aktionseinheit getragene Kundgebung mit 250 Teilnehmern statt.

Aufgerufen hatte der AStA (von Jusos und MSB gebildet), der KB, die GIM und Teile der Sozialistischen Frauengruppe.

NÜRNBERG

Nachdem bereits am 11.2. unter der Parole „Weg mit dem § 218 – Für das Selbstbestimmungsrecht der Frau" in der Nürnberger Innenstadt eine Demonstration mit 250 Teilnehmern stattgefunden hatte, wurde am 19.2. eine Veranstaltung zum selben Thema durchgeführt, zu der 180 Menschen kamen.

Inhaltlich wurde die Veranstaltung hauptsächlich von der Frauengruppe der Nürnberger Kommunisten (GNK) und dem Frauenzentrum Nürnberg getragen. Beide Frauengruppen betonten in ihren Beiträgen, daß der Kampf gegen den Abtreibungsparagraphen auch nach der Verabschiedung des neuen Gesetzes zu führen ist. Die Veranstaltung gewann durch den Bericht zweier Frauen über ihre eigenen Abtreibungen lebhaften Charakter, allerdings kamen während der Diskussion und der Veranstaltung die unterschiedlichen Anschauungen in der Frauenfrage etwas zu kurz.

FRANKFURT

FRANKFURT

Zu einer Protest-Kundgebung gegen den § 218 am Tag der 2. und 3. Lesung kamen in Frankfurt rund 300 bis 400 Menschen. Die „Aktion gegen das Abtreibungsverbot" und die § 218-Komitees hatten dazu gemeinsam aufgerufen.

Bemühungen, auch das Frauenzentrum zur Teilnahme zu gewinnen, scheiterten leider.

Zwischen 800 und 1000 Teilnehmern hatte eine Demonstration gegen den § 218 am 21.2., zu der die „Aktion" und die § 218-Komitees aufgerufen hatten. Die vom KBW geführten § 218-Komitees nutzten bei der Demonstration am 21.2. ihren an der Spitze fahrenden Lautsprecherwagen dazu aus, um den Eindruck zu erwecken, es handele sich hier insgesamt um eine Demonstration für den „Volksentscheid".

Die „Aktion" hat es leider versäumt, gegen diesen Bruch der Aktionseinheit an Ort und Stelle zu protestieren und auf der Kundgebung eine deutliche Kritik vorzubringen.

BIELEFELD

Wie schon im AK 74 ausführlich berichtet, demonstrierten am 7.2. in Bielefeld mehr als 700 Menschen. Als großer Erfolg muß gesehen werden, daß hier durch ein breites Bündnis eine relativ starke Mobilisierung gelungen ist.

HAMBURG

Die bei weitem größte Demonstration fand am 11.2. in Hamburg statt. Die Parolen: „Weg mit dem § 218", „Für die vollständige Legalisierung der Abtreibung", „Für das Selbstbestimmungsrecht der Frau" brachten die Kampfentschlossenheit der 2.300 Menschen zum Ausdruck. Auf der Abschlußkundgebung wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Gegner des § 218 heute genau wie zuvor an der grundsätzlichen Forderung nach Abschaffung des § 218, nach der vollständigen Legalisierung der Abtreibung festhalten müssen; ebenso wie an der Forderung nach Abtreibung auf Krankenschein! – Für bessere, unschädliche und bequemere Verhütungsmittel! –

Betont wurde, daß es verstärkt notwendig sein wird, Solidaritätskampagnen mit den vom § 218 betroffenen Frauen, Männern und Ärzten zu führen. Selbsthilfe zu organisieren, wird eine weitere wichtige Aufgabe sein, wurde gesagt.

Die in Hamburg bestehende Aktionseinheit zwischen verschiedenen Frauengruppen und Organisationen scheint uns ein sehr wichtiger Ansatz zu sein, dem Kampfziel „Aufbau einer breiten Kampffront gegen den

zu sein, dem Kampfziel „Aufbau einer breiten Kampffront gegen den § 218" näher zu kommen!

Die letzten Aktionen gegen den § 218 zeigen, daß es im wesentlichen der KBW und der KB sowie – mit relativ geringerer Mobilisierungskraft – die Trotzkisten der GIM und des „Spartacusbundes" sind, die als einzige Organisationen die Aktivitäten getragen haben. Nicht beteiligt haben sich die SPD oder Unterorganisationen der SPD (Jusos etc.), von ganz wenigen örtlichen Ausnahmen abgesehen. Ebensowenig hat sich die DKP beteiligt, die schon lange nicht mehr aktiv da zu treffen ist, wo es um die brennensten Belange des Volkes geht, sondern die mit ihren „Pressefesten", „Billig-Eier-Aktionen" und Blümchen-Verteilen (siehe Notiz in diesem AK!) offensichtlich alle Hände voll zu tun hat. Absolut nichts zu sehen war von Aktivitäten der Vaterlandsverteidiger („KPD", „KPD/ML") – wobei offen bleibt, ob diese Enthaltsamkeit mit Blick auf Albanien geschah (wo Abtreibung praktisch verboten ist), oder aus dem Gedanken heraus, daß „Deutschland Kinder braucht", um dem „raubgierigen russischen Sozialimperialismus" besser die Stirn bieten zu können? ...

Insgesamt wenig war leider auch von den verschiedensten örtlichen Frauengruppen zu sehen, von rühmlichen Ausnahmen abgesehen. Es herrschte die Tendenz vor, daß man doch nichts mehr erreichen könnte, jedenfalls nicht mit Demonstrationen auf der Straße, und mit den Kommunisten schon gar nicht. „Selbsthilfe" und „Selbsterfahrung" sollen Trumpf sein.

Eine Betrachtung der Zahl der Beteiligten an Aktionen zeigt einen starken Rückgang gegenüber dem vorigen Jahr. So erreichten nur sieben der vom KBW und seinen Komitees organisierten Demonstrationen mehr als 300 Teilnehmer; hinzuzuzählen wären noch Bielefeld mit 700 und Hamburg mit 2.300 Teilnehmern. Nur wer so blind ist wie offenbar manche KBWler, vermag darin immer noch eine große „Volksbewegung" sehen und kann den Rückschlag ignorieren.

Die Teilnehmerzahlen zeigen, daß der Einfluß des KBW immer noch merklich breiter ist (was die Zahl der erreichten Orte und die Stärke am Ort angeht) als der des KB, von Ausnahmen natürlich abgesehen. Abzulesen ist aber auch, daß der Einfluß des KBW merklich im Abbröckeln ist, vor allem in seinen traditionellen „Hochburgen" (Bremen, Heidelberg, Göttingen). Während die von unseren Genossen erreichte bzw. mitgetragene Mobilisierung an einigen Orten außerordentlich schwach war (hervorstechendstes Beispiel war die Kundgebung in Westberlin), ist doch

außerordentlich schwach war (hervorstechendstes Beispiel war die Kundgebung in Westberlin), ist doch auch zu sehen, daß an einer Reihe Orte seit dem vorigen Jahr vom KB mit zum Teil sehr guten Erfolgen die Arbeit aufgenommen worden ist. Gerade die Frauenarbeit, als ein traditionell und auch heute noch von der Linken weitgehend vernachlässigtes Arbeitsfeld, hat sich dabei als ein wichtiger „Hebel" erwiesen. Dies ermutigt uns, auf dem bisherigen Weg der Berücksichtigung der besonderen Unterdrückung der Frau in der kapitalistischen Gesellschaft, des Aufbaus von Frauengruppen innerhalb unserer Organisation und der Zusammenarbeit mit anderen Frauengruppen, weiterzugehen. ●

Internationales Tribunal in Brüssel „Gewalt gegen Frauen"

Vom 4. bis 8. März fand in Brüssel ein internationales Frauentribunal unter dem Thema „Gewalt gegen Frauen" statt, an dem Frauen aus 29 Ländern teilnahmen. Frauen berichteten über die politische Gewalt gegen Frauen, wie z.B. spezielle geschlechtliche Foltermethoden in faschistischen Ländern wie Chile. Sie berichteten über die „wirtschaftliche Diskriminierung der Frauen in der Gesetzgebung" – z.B. über Leichtlohngruppen, unbezahlte Hausarbeit etc. Das Brüsseler Tribunal behandelte auch die sexuelle Gewalt gegen Frauen und Pornographie sowie die Rolle der Frauen in Filmen und in der Werbung. Ungewollte Sterilisierung, die Haltung von Ärzten gegenüber Frauen, gerade bei Abtreibungen, Gewaltanwendung durch Staat und Polizei, unfreiwillige Prostitution und Mißhandlung in der Ehe, waren ebenfalls Anklagepunkte dieses Tribunals. Im nächsten AK werden wir eine genauere Berichterstattung über diesen Kongreß geben, wie auch konkret über die Gewaltanwendung gegen Frauen in der BRD berichten. ●

Arbeitsgruppe Frauen
KB / Gruppe Hamburg



Frauen aus 30 Ländern beteiligten sich an dem internationalen Tribunal in Brüssel, auf dem Verbrechen an Frauen angeprangert wurden.

Grußadresse an das Brüsseler Frauentribunal

Liebe Frauen,

Wir grüßen euer Tribunal über Verbrechen an Frauen. Ihr habt unsere volle Unterstützung, wie jeder andere Ansatz, der dem Kampf der proletarischen und werktätigen Frauen gegen ihre doppelte Unterdrückung nützt und einen wirklichen Beitrag zur Verbesserung der Lage der Frauen leistet. Wir sind an einer Zusammenarbeit mit der BRD-Arbeitsgruppe interessiert.

„Die Frauen tragen auf ihren Schultern die Hälfte des Himmels und müssen sie erobern."

Mit solidarischen Grüßen
Arbeitsgruppe Frauen des Kommunistischen Bundes ●
7.3.76

Schweiz: Volksabstimmung zum § 218?

Die „Vereinigung für einen straflosen Schwangerschaftsabbruch" in der Schweiz hat erneut ca. 70.000 Unterschriften gesammelt, um eine Volksabstimmung zum § 218 zu erreichen. Schon einmal waren von ihr ca. 60.000 Unterschriften für die völlige Straffreiheit der Abtreibung gesammelt worden; die Abstimmung ist jedoch nie durchgeführt worden.

Im Nationalrat hat sich die Mehrheit für eine Art Indikationsmodell ausgesprochen, so daß es allemal zu einer Auseinandersetzung kommen wird.

Das Referendum wird jedoch noch einige Zeit dauern, da erst alle Unterschriften überprüft werden müssen, es werden diverse Berichte an den Schweizer Bundestag unterbreitet werden etc.

Diese Verzögerungstaktik wird jedoch nichts daran ändern können, daß sich weiterhin die Mehrheit gerade auch der Frauen in der Schweiz zumindest für die Fristenregelung (Abtreibung in den ersten 12 Wochen) entscheiden wird. ●



Nachrichten aus Schule und Hochschule



Schulpolitik der CDU: Mit Volldampf gegen die lernende Jugend

Als Albrecht noch nicht endgültig zum Ministerpräsidenten „gewählt" war, gehörte es zur Taktik der CDU, mit vielen schönen Versprechungen dem Widerstand gegen die Sparpolitik und die CDU-Regierung vorzubeugen. So versprach Albrecht in der Schulpolitik die Einstellung von zusätzlichen 2.500 Lehrern; er wußte schon damals ganz genau, was dies kosten würde – nämlich 100 Mio. DM („Bild am Sonntag", 18.1.).)

Auch nach der „Wahl" wechselte die CDU nicht sofort die Taktik und ließ den neuen Kultusminister Remmers noch erklären, er hoffe, zum 1.8.76 „... *einen Großteil der vorhandenen Lehrkräftebewerber, möglicherweise sogar alle Bewerber, einstellen zu können*". („GT", vom 20.2.).

Ein paar Tage später sah dann alles anders aus. Ernsthafter Widerstand gegen die CDU-Regierung hatte sich nicht geregt, und Remmers sagte nun: „...*die schlechte Finanzlage des Landes zwinge dazu, zu sparen und die Erwartungen herunterzuschrauben*". („GT", 23.2.).

Nach den neuesten Plänen sollen zum 1. August 2.000 Bewerber als Teilzeitangestellte übernommen werden und nicht wie bisher als „Lehrer zur Anstellung" mit beamtenrechtlichem Status („Hamburger Abendblatt", 11.3.76). Wird von der CDU noch die Einstellung von zusätzlichen Lehrern und die Schaffung von zusätzlichen Planstellen versprochen, so zeigt dieses Verahren, daß daran keineswegs gedacht ist. Planstellen, auch schon bestehende oder freiwerdende, werden auf mehrere Lehrer aufgeteilt, so daß diese Lehrer weit unter dem „Normalverdienst" liegen. Durch die Einführung des Angestelltenverhältnisses können sie relativ schnell wieder auf die Straße gesetzt werden. Mit einer Behebung des Unterrichtsausfalls kann also keineswegs gerechnet werden. Und schon kündigt das Kultusministerium an, daß ab 1977 „*jährlich 2.000 bis 3.000 Lehrerabsolventen damit rechnen müssen, nicht in den Staatsdienst übernommen zu werden.*") („Hamburger Abendblatt", 11.3.).

Weitere Maßnahmen sind Frühpensionierung ab 60. Lebensjahr, zeitlich befristete Arbeitsverträge, Zusatzstudien in Mangelfächern; Beurlaubungen ohne Bezüge sollen genehmigt werden. Trotzdem wird zugegeben, daß 1976 „... knapp 11.000 ausgebildete Lehrer im Bundesgebiet für Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen.. nicht mit einer Anstellung rechnen können." „ GT", 27.2.).

Wie man es auch dreht und wendet, der CDU-Plan läuft auf die Beibehaltung der miserablen Unterrichtsversorgung und die Nichteinstellung vieler junger Lehrer hinaus. Die Misere der Lehrerarbeitslosigkeit und der Unterrichtsversorgung wird um keinen Deut behoben – es sieht nur optisch etwas besser aus.

Auf längere Sicht plant die CDU eine weitere Verschärfung der Klassenbildung. Als konsequente Vertreter kapitalistischer Interessen hat sie besonders Einsparungen im Bereich der Hauptschulen vor. Dazu Remmers: er hielte es für eine Katastrophe, daß sich „... *die Hauptschule zu einer Art Minigymnasium entwickelt hat.*" Man stelle sich vor: Immer mehr Hauptschüler verlassen die Schule ohne regulären Abschluß. Ihre Chancen, eine Lehrstelle zu finden, sind gleich null. Die Ausbildung aller Hauptschüler verschlechtert sich zusehends, und der CDU-Kultusminister hält die Hauptschule schon für ein „Minigymnasium".

Aber auch für das Gymnasium hegt Remmers „große Pläne": zum einen möchte er Schüler und Lehrer vom übermächtigen Leistungsdruck „befreien" (?) – auf der anderen Seite möchte er eine Leistungskontrolle für Schüler einführen, die in die reformierte Oberstufe übergehen. D.h. Einführung eines NC in der 10. und 11. Klasse und somit noch schärfere Auslese („GT", 20.2.).

Da die CDU nie gegen die Orientierungsstufe gewesen sei, soll sie auch nicht abgeschafft werden, sondern ihr Ausbau nur zeitlich gestreckt werden.

Festzuhalten bleibt, daß die CDU die Politik der SPD/FDP-Regierung in der Tat fortsetzt, während sie in Worten die Schüler und Eltern zu beschwichtigen versucht. ●

KB/Gruppe Göttingen

Chilenischer Folterknecht und Mörder seit März 1975 als Arzt in Göttingen

Nach dem faschistischen Militärputsch im September 1973 wurde der chilenische Professor Andres Barros Perez-Catapos zum „militärischen Delegierten" an der Universität in Valparaiso ernannt.

Andres Barros Perez-Catapos ist verantwortlich für den Mord an Professor Luis Sanguinetti von der Schule für Zollverwaltung und Felix Figueras von der Abteilung für geschichtliche und philosophische Studien. Beide wurden durch Folter von Militärs umgebracht.

Von den Akademikern wurden insgesamt ca. 40 % durch die chilenischen Geheimdienste unter falschen Anschuldigungen denunziert, gefoltert und entlassen. Ungefähr 20 % der Studenten wurden aus politischen Gründen von der Universität verwiesen; viele von ihnen wurden festgehalten. Am stärksten waren die Entlassungen beim Verwaltungspersonal – ca. 50 %.

Die Universität wurde absolut militarisiert. Einige Aulen (z.B. im Pädagogischen Institut) wurden für Verhöre der Studenten genutzt. Sie wurden hier auf grausame Art gefoltert.

Nelly de La Fuente – sie ist verheiratet mit Barros – wurde nach dem Militärputsch zur Direktorin der Biologischen Abteilung der mathematischen-naturwissenschaftlichen Fakultät ernannt. In ihrem Kompetenzbereich herrschte die gleiche Situation: Entlassungen, Gefangennahmen, erniedrigende Behandlung etc.

Seit März 1975 sind die beiden nun in der BRD. Er arbeitet offiziell als Gastprofessor in der Klinik für Mund-, Zahn- und Kieferkrankheiten in Göttingen bei Professor Kobes als Prothetiker und wird von der Bonner Humboldt-Stiftung als Stipendiat gefördert. Nelly de La Fuente ist ohne Anstellungsvertrag am tierärztlichen Institut der Georg-August-Universität in Göttingen mit Chromosomenuntersuchungen beschäftigt.

Ob das Stipendium für Barros zum März 1976 endet oder verlängert wird, und wann seine Aufenthaltserlaubnis abläuft, war bis jetzt nicht in Erfahrung zu bringen.

(Sämtliche Angaben nach „Internationale Chile-Solidarität" – Göttingen) ●

KB-Gruppe Pinneberg / Kreis Steinburg

Burschenschaftler betreiben Junta-Werbung

In den faschistischen „Burschenschaftlichen Blättern", der „Zeitschrift für den deutschen Burschen- vor der schweren Aufgabe steht, die im Untergrund tätigen kommunistischen Banden aufzuspüren und ihre

her als „Lehrer zur Anstellung" mit beamtenrechtlichem Status („Hamburger Abendblatt", 11.3.76). Wird von der CDU noch die Einstellung von zusätzlichen Lehrern und die Schaffung von zusätzlichen Planstellen versprochen, so zeigt dieses Verahren, daß daran keineswegs ge-
stellung vieler junger Lehrer hinaus. Die Misere der Lehrerarbeitslosigkeit und der Unterrichtsversorgung wird um keinen Deut behoben – es sieht nur optisch etwas besser aus.
Auf längere Sicht plant die CDU eine weitere Verschärfung der Klassenbildung. Als konsequente Vertre-
die Politik der SPD/FDP-Regierung in der Tat fortsetzt, während sie in Worten die Schüler und Eltern zu beschwichtigen versucht. ●
KB/Gruppe Göttingen

Burschenschaftler betreiben Junta-Werbung

In den faschistischen „Burschenschaftlichen Blättern", der „Zeitschrift für den deutschen Burschenschafter", vom Februar dieses Jahres, berichtet ein gewisser Wolfgang Teichert über die Situation in Chile. Teichert weilte vom 7.8.74 bis März 1975 als Stipendiat dort. Teicherts Bericht beginnt damit, daß „drei Jahre...sozialistische Diktatur unter Führung Allendes das Land in ein wirtschaftliches Caos" geführt habe und führt dann aus: „*Oft wird der Einwand erhoben, das Regime Allendes sei keine Diktatur gewesen, weil er demokratisch gewählt worden war. Dagegen muß man allerdings sagen, daß zum Beispiel Hitler auch durch demokratische Wahl an die Macht kam und dennoch als Diktator galt (!!!)*".

Weiter wird Allende das „wirtschaftliche Chaos" in die Schuhe geschoben, dann der MIR „mit der Baader-Meinhof-Bande" verglichen und die landwirtschaftlichen Enteignungen als „Diebstahl" bezeichnet. Zum faschistischen Putsch heißt es: „*Dank des Eingreifens des Militärs am 11.9.73 konnte...ein Blutvergießen vermieden (!) und der Bürgerkrieg beendet werden. Mit großer Erleichterung ist dieser Tag von der Bevölkerung begrüßt worden. Heute kann man in Chile wieder seiner Arbeit nachgehen und wird von keiner Partei gezwungen, zu streiken (!!!). Die Produktionszahlen sind seitdem erheblich gestiegen und alle Waren wieder erhältlich*". Weiter führt dieses Schwein zur chilenischen Situation aus, daß „die Militärregierung vor der schweren Aufgabe steht, die im Untergrund tätigen kommunistischen Banden aufzuspüren und ihre Rädelsführer zu bestrafen". Dazu sei eben die „nächtliche Ausgangssperre" notwendig. „Es gibt aber kaum Chilenen, die sich trotz der Ausgangssperre in ihren Freiheiten eingeengt fühlen". Und: „*Wem es .... nicht in Chile gefällt, hat ... immer noch die Möglichkeit, das Land zu verlassen, was in Ostblockländern nicht möglich ist*".

Dann bestreitet Teichert, daß es in Chile politische Gefangene gibt und äußert sich zu den Kommunisten in Chile: „*War man ... Mitglied einer kommunistischen Organisation und hat sich sonst nichts zu Schulden kommen lassen, dann kann man heute wieder unbehelligt seiner Arbeit nachgehen oder studieren*".

Das liege eben daran, daß Chile „nicht von Mördern, sondern von gewissenhaften Männern regiert" wird. Am Schluß stellt dieser Faschist „die Vorgänge am 11. September... mit dem 20. Juli 1944" auf eine Stufe; „In beiden Fällen haben Soldaten versucht, ihr Volk vom Diktator zu befreien. In Chile ist dieser Versuch geglückt". (Am 20.7. 1944 wurde das Attentat auf Hilter begangen. Dahinter standen Teile der Deutschen Bourgeoisie, die die Niederlage des Faschismus sahen und eine Umorientierung der Politik verlangten).

Unsere Aufgabe ist es, solchen faschistischen Dreck in der BRD nicht zum Zuge kommen zu lassen!

Lateinamerikakommission ●

Frankfurt: „Krollmann, daß du's weißt: der Frühling, der wird heiß!"

Gut 2.500 Teilnehmer (die Veranstalter sprachen etwas übertrieben von 5.000) hatte eine Protestdemonstration gegen die Schulmisere, die am 6. März in Frankfurt stattfand. Initiiert war diese Demonstration von der GEW; unterstützt wurde sie u.a. vom Stadtschülerrat (SSR), vom AStA der Universität, vom Kreisjugendausschuß des DGB, von einigen Elternbeiräten und von der Unterbezirksdelegiertenkonferenz der Jusos. Von den linken Organisationen hatten der KBW und der KB zur Teilnahme aufgerufen.

Besonders Parolen gegen den hessischen Kultusminister Krollmann wurden von den Schülern mit viel Begeisterung gerufen: „*Krollmann heißt er – uns bescheißt er!*" – „*Krollmann, du Gangster, bald bist du weg vom Fenster!*" – „*Krollmann, daß du's weißt: der Frühling, der wird heiß!*".

Vielfach war auf der Demonstration auch die Forderung nach Streik zu hören. Daß die Bereitschaft dazu auch in Frankfurt wächst, zeigt das Beispiel der Ackermann-Grundschule. Dort beschloß eine Elternversammlung, an der 80 Eltern und ihre Kinder teilnahmen, für den 23.2. einen Warnstreik. In der 1. und 2. Klasse wurde er fast hundertprozentig durchgeführt, die Klassen 3 und 4 beteiligten sich zu etwa 20 - 30 %. Sollten die Forderungen der Eltern nicht erfüllt werden, sollen weitere Kampfmaßnahmen folgen. ●

KB/Gruppe Frankfurt

Schüler-Bespitzelung

Durch den Aushang der Schülerräte einer Wetzlarer Schule wurde deutlich, daß nicht nur fortschrittliche Lehrer, sondern zunehmend auch fortschrittliche Schüler und Schülergruppen bespitzelt werden.

„*Aus gegebener Veranlassung weisen wir nochmals darauf hin, daß der Schulleiter verpflichtet ist, gemäß § 10 der Allgemeinen Dienstordnung für Schulleiter, Lehrer und Erzieher vom 9.10.72, der Schulaufsichtsbehörde unverzüglich gegebenenfalls fernmündlich im voraus, alle wichtigen Vorkommnisse zu berichten.*

Hierzu gehören neben ..., besondere Vorkommnisse im Schulgebäude und auf dem Schulgelände sowie Auffälligkeiten von Schüler und Schülergruppen".

Daß mit den Auffälligkeiten von Schülern und Schülergruppen das Eintreten der Schüler für ihre demokratischen Rechte gemeint ist, dürfte unschwer zu erraten sein. Dies ist ein erneutes Beispiel dafür, daß man sich nicht mehr mit der Kontrolle der Lehrer zufrieden gibt, sondern zunehmend auch Aktivitäten der Schüler offiziell überwacht. Erreicht werden soll hiermit wohl, daß jetzt auch die Schüler vor Aktivitäten in ihrem Interesse zurückschrecken, da sie sonst mit Schwierigkeiten in Schule, Universität oder Beruf zu rechnen haben. ●

KB/Gruppe Mölln

Demonstration gegen Schulmisere in Frankfurt am 6. März

Gießen: Rechtssprechung nach Willen der Regierung

Nach einem Urteil des Verwaltungsgerichts Darmstadt müssen die Giessener Studenten jetzt einen um 80 % höheren Beitrag (von DM 27,50 auf DM 50,–) an das Studentenwerk zahlen. Das gleiche Gericht hatte noch zu Beginn des Semesters entschieden, daß diese Erhöhung nicht rechtmäßig sei. Der Wandel liegt in folgendem:

„*Die rechtliche Situation hat sich* (nach Ansicht des Gerichts) *seit November insoweit geändert, als der hessische Landeshaushalt für 1976 nunmehr ohne Erhöhung der Zuschüsse für das Studentenwerk verabschiedet ist.*" Da aber das Studentenwerk mehr Ausgaben hätte, müßten die jetzt von den Studenten getragen werden. D.h. die Landesregierung braucht nur „Tatsachen" zu schaffen und schon ändert sich auch die „Rechtslage"! ●

Münster: Klage gegen VDS abgewiesen

Die Klage von zwei Reaktionären gegen den AStA der Uni Münster wurde vom Verwaltungsgericht Münster zurückgewiesen. Sie hatten den Austritt des AStA aus dem Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) gefordert, weil dieser allgemein politische Stellungnahmen abgebe.

Das Gericht entschied, *„daß der einzelne Student durch VDS und AStA in seiner Meinungsfreiheit nicht eingeschränkt sei und sich zu politischen Stellungnahmen des VDS zum Beispiel öffentlich äußern und sich von ihnen distanzieren könne"*. („Frankfurter Rundschau", 4.3.76) Damit steht dieses Urteil im Gegensatz zu allen bisher gefällten und wird wohl auch nur eine kurze Überlebensdauer haben. ●

Mainz: Minister muß AStA anerkennen

Das Verwaltungsgericht Neustadt, Kammer Mainz, hat in einem Prozeß zwischen dem Kultusministerium und dem AStA der Uni vorläufig zugunsten des letzteren entschieden.

Das Ministerium hatte im letzten Semester versucht, durch den Erlaß einer neuen Wahlordnung für die studentischen Vertretungsorgane die Chancen für die reaktionären Kräfte an der Uni zu verbessern. Das Studentenparlament wurde nach der alten Wahlordnung gewählt, worauf der Kultusminister den AStA nicht anerkannte, mit der Sperrung der Gelder und der Einsetzung eines Staatskommissars drohte.

Nach dem Urteilsspruch muß das Ministerium die Gelder freigeben und das Studentenparlament in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung akzeptieren. Allerdings enthält das gleiche Urteil, daß die Studenten eine neue Wahlordnung ausarbeiten müssen, da die alte „in sich nicht schlüssig" sei. Diese Begründung dient offensichtlich dazu, dem Ministerium die Gelegenheit zu geben, in der Auseinandersetzung um eine neue Satzung ihre Vorstellungen durchzusetzen, da das Gericht den offenen Rechtsbruch wegen der *„äußerst komplizierten Folgen"* einer solchen Entscheidung nicht legitimieren wollte. Mit den Folgen sind offensichtlich die zu erwartenden Aktionen der Studenten gemeint. ●

Lüneburg:
Reformisten umgekippt

Über 200 Zeugnisverwarnungen, Rausschmiß eines linken Schülers, Androhung des Verweises gegen über drei weiteren: mit diesen massiven Disziplinierungen reagierte die Schulbürokratie auf den Schulstreik am Johanneum (s. REBELL 13). Während die Reaktionäre der Schülerunion (CDU-nahestehend) mit Leserbriefen und gefälschtem SV-Info gegen die streikenden Schüler hetzten und sogar öffentlich den Rausschmiß des fortschrittlichen Schülers unterstützten (übrigens nicht ohne Folgen; an zwei Gymnasien wird konkret die Abwahl der z.Z. völlig isolierten SU-Schulsprecher vorbereitet), zeigten sich die Lüneburger Jungdemokraten, Jusos, GEW und Stadtschülerrat in Leserbriefen und Flugblättern mit den streikenden Schülern solidarisch. Es wurde auf einem gemeinsamen Treff sogar der Beschluß gefaßt, mit dem KB und der linken Schülerzeitung „Der Rädelsführer" gemeinsam eine Demonstration gegen die Disziplinierungen durchzuführen. Doch bereits hier öffneten die Reformisten ihr erstes Hintertürchen (um letztendlich jeder gemeinsamen Aktion aus dem Weg zu gehen):

„taktische" Gründe wurden vorgeschoben, um einen gemeinsamen Aufruf aller beteiligten Organisationen

abzulehnen. Stattdessen sollte lediglich

ruf aller beteiligten Organisationen abzulehnen. Stattdessen sollte lediglich der (Juso)-Stadtschülerrat (SSR) zur Demonstration aufrufen.

Dessen Vorstand war jedoch einige Tage in alle Winde verstreut und SSR-Chef Czerwinska „schrecklich frustriert". Nun meldete sich auch prompt die Juso-Vorsitzende zu Wort: „inzwischen" sei eine Demonstration eh nicht mehr sinnvoll, so ihr „Argument". Zack – die Kurve war gekratzt.

Auch wenn der Vorstand des SSR dann doch den Demonstrationsaufruf unterzeichneten, dient dies Verhalten bestimmt nicht dem einheitlichen geschlossenen Vorgehen.

Diese sauberen „Schülervertreter" lehnten nicht nur die Anmeldung der Demonstration ab – darüberhinaus machten sie buchstäblich keinen Finger krumm, um zur Demonstration, die immerhin auch in ihrem Namen stattfand, zu mobilisieren. Das *„notwendige solidarische Handeln aller Betroffenen"* (Juso-Zitat) sah dann so aus: kein Juso nahm an der Demonstration teil; die Hälfte des SSR-Vorstandes (zwei) geilte sich während der Demo im Kino („Geschichte der O") auf!

Wir werden auch weiterhin keine Möglichkeit ungenutzt lassen, um gegen reaktionäre Angriffe eine möglichst gemeinsame Abwehrfront auch mit Jusos usw. aufzubauen.

Bekanntlich reißen aber Jusos, wenn ihre Partei in der Opposition ist, das Maul besonders breit auf und es kommt verstärkt darauf an, sie an ihren Taten zu messen. Für uns heißt das, daß wir trotz der erfreulichen Ansätze verbaler Solidarität, die Reformisten in diesem Fall als falsche Freunde zu entlarven haben, die im entscheidenden Moment den streikenden Schülern und besonders dem vom Rausschmiß betroffenen Genossen in den Rücken gefallen sind.

Nicht zuletzt ihrem Verhalten ist sen in den Rücken gefallen sind.

Nicht zuletzt ihrem Verhalten ist es zu verdanken, daß die weitgehend von „Rädelsführer", KB und KBW getragene Demonstration mit 70 – 80 Teilnehmern nur sehr mager ausfiel. Als positiver Aspekt muß jedoch vermerkt werden, daß auf Initiative fortschrittlicher Schüler drei SV'en sich mit den streikenden Schülern solidarisch erklärten und die Demonstration unterstützten, daß das „Komitee gegen Berufsverbote" den Druck von Aufrufplakaten ermöglichte und der AjLE der GEW eine Grußadresse schickte. ●

KB/Gruppe Lüneburg

Hamburg:
Strafantrag gegen 40 Studenten

Am 8.3. gab die Uni-Verwaltung im NDR bekannt, daß gegen 40 Studenten Strafantrag wegen „Freiheitsberaubung" gestellt wurde (offiziell gegen „unbekannt"). Dies ist der erste Fall, bei dem die Hamburger Universität aus politischen Gründen Strafantrag gegen Studenten stellt. Das Ordnungsrecht des HRG wirft seine Schatten voraus.

Begründet wird der Strafantrag mit dem *„physischen und psychischen Terror"*, mit dem *„ein junger Dozent des Fachbereiches Erziehungswissenschaften . . . ‚fertiggemacht' werden"* soll. („Hamburger Abendblatt", 6.3.) Das „Opfer", Jürgen Petersen, ist außerdem Mitglied im GEW-Landesvorstand.

Tatsächlich war Petersen auf einer Sitzung des Fachbereichsrates (FBR) dabei ertappt worden, wie er sich die Namen von engagierten Studenten auf einen Zettel schrieb. Kaum war dieses ruchbar geworden, eilte P. gen Ausgang. Doch die ca. 40 versammelten Studenten forderten die Herausgabe des Spitzelzettels.

Denn P. ist für sie kein unbeschriebenes Blatt:

- Auf einer 1. Mai-Veranstaltung 1974 sah man ihn die Reihen der Versammelten nach ihm bekannten GEW-Mitgliedern durchforschen, die er sich dann aufschrieb.
- Auf einer Veranstaltung des FSR PI wurde er deswegen rausgeworfen.
- Immer wieder ist er mit Bleistift und Notizblock bewaffneter Besucher von Vollversammlungen, linken Veranstaltungen und Demonstrationen.
- Petersen sammelt Material für GEW-Ausschlüsse (z.B. SP-Kandidaturen, Büchertischverkäufer etc.).

Da P. selbst bei den reaktionären Lehrkörpermitgliedern nicht die rechte Solidarität verspürte (man liebt zwar den Verrat, aber nicht den Verräter), gleichzeitig die Studenten sich nicht von ihrer Forderung abbringen ließen, wurde P. zusehends nervös und fing an, Umstehende anzurempeln. In seiner Hektik verlor er völlig die Beherrschung und schrie einen Studenten aus dem FSR an, er würde es ihm schriftlich geben, daß er, P., dafür sorgen würde, daß der Student nicht in die GEW käme. Diese offene Bestätigung seiner Spitzelei brachte ihm keineswegs Bundesgenossen.

Lediglich der reaktionäre FBR-Sprecher versuchte, P. zu „retten", drohte mit der Polizei und kehrte



Petersen

von einer telefonischen Unterhaltung mit dem Präsidenten mit der Drohung zurück, die Studenten würden alle wegen „Freiheitsberaubung" angezeigt. Schließlich boxten er und P. sich durch die umherstehenden Studenten, offenbar, um das ganze hinterher besser ausmalen zu können.

Uni-Verwaltung und SPD-Deputierte in der Wissenschaftsbehörde wollen nun mit lautstarker Unterstützung von Presse und Radio gegen die Studenten, nicht aber gegen den Spitzel vorgehen. Als blanker Zynismus entlarvt sich da die Klage mancher SPD/FDP-Politiker (zuletzt des Hamburger Senators Biallas), an der Uni mache sich „ein Klima der Einschüchterung" breit, wenn nachweislich Spitzel offen gedeckt werden.

Die Uni-Verwaltung gibt auch die Gründe für den Taktikwechsel offen zu (bisher zogen Hamburger Hochschulpolitiker die Methode des Betrugs, der scheinbaren Zugeständnisse vor). Der erfolgreiche Streik vom Januar (siehe AK 73), der besonders am PI, *„seit geraumer Zeit . . . die Hochburg radikaler maoistisch-kommunistischer Gruppen"* („HA", 6.3.), geschlossen wie seit Jahren nicht durchgeführt wurde, soll hier im nachhinein bestraft werden, indem einzelne Studenten als „radikale Drahtzieher" und „Rädelsführer" herausgegriffen werden.

Die Methode ist nicht neu. Neu ist, daß der Aufschwung der Studentenbewegung jetzt auch in Hamburg die Hochschulpolitiker zu solchen Maßnahmen greifen läßt. ●

Arbeitsgruppe Studenten, KB/Gruppe Hamburg

„Parkstudenten" werden unter Druck gesetzt

Als Folge des Hochschulrahmengesetzes (HRG) sehen sich die Studenten, die in dem von ihnen gewünschten Fach nicht zum Studium zugelassen wurden, aber noch auf eine Zulassung warten und so lange ein anderes Fach als Vorbereitung oder Absicherung studieren („Parkstudenten") einem schweren Angriff ausgesetzt: Im Februar ließ das Bundesbildungsministerium verlauten, daß ab Wintersemester 77/78 nach dem neuen HRG-Zulassungsverfahren gearbeitet wird und dann „Parkstudienzeiten" im Sommersemester '76 und danach nicht mehr als Wartezeiten für den gewünschten Studienplatz zählen. (Bisher verbesserten sich die Chancen auf einen Studienplatz nach einer gewissen Wartezeit.)

Für die Betroffenen (ca. 50.000, laut „Extradienst"; ca. 200.000, laut bürgerlicher Presse) bedeutet dies, daß sie sich innerhalb kürzester Zeit entscheiden sollen, ob sie weiter in ihrem jetzigen Studium bleiben und dadurch Gefahr laufen, überhaupt nicht mehr in ihrem Wunschfach zugelassen zu werden, oder ihr jetziges Studium und damit auch die Studienförderung, Wohnheimplatz usw. aufzugeben für die sehr ungewisse Möglichkeit, doch noch in Medizin, Psychologie, Biologie o.ä. zugelassen zu werden. Ungewiß ist dies vor allem dadurch, daß gerade für diese am meisten begehrten Fächer noch gar nicht festliegt, nach welchen Kriterien dort später zugelassen werden soll!

Mit der „Parkstudienregelung" soll insgesamt auch das Problem des Studienfachwechsels beseitigt werden. Denn niemand kann unterscheiden zwischen jemandem, der sein Studienfach wechseln will, weil er damit nicht zufrieden ist, und jemandem, der „geparkt" hat. So werden viele gezwungen sein, ein Studium zu beenden, in dem sie absolut nicht mehr zurechtkommen.

Jetzt werden diese Studenten von allen staatlichen Stellen unter Druck gesetzt, damit sie sich mit ihrem jetzigen Studium abfinden, ihren Anspruch auf einen Studienplatz ihrer Wahl aufgeben oder ganz abspringen. Den Bildungspolitikern ist offensichtlich jedes Mittel recht, um die ohnehin steil ansteigende Zahl der Studienabbrecher noch zu erhöhen. Das nennt sich dann „Kampf gegen den Numerus Clausus". ●

Arbeitsgruppe Studenten, KB/Gruppe Hamburg

Hamburg: Tränengaseinsatz gegen Kassel:

Hamburg: Tränengaseinsatz gegen Megaphonredner

Die Hamburger Polizei nutzt die Semesterferien, um die Studenten an Tränengaseinsätze auf Universitätsgelände zu gewöhnen.

Unter dem Vorwand, es liege eine Anzeige wegen Ruhestörung vor, kreuzten am 6.3. zwei Bullen vor der Mensa auf und untersagten einer Kommilitonin des KSV die Bekanntgabe einer Demonstration durch das Megaphon. Es handele sich dabei um eine „nicht bewilligte Kundgebung". Diese Begründung ist nicht einmal rechtlich haltbar, da das Unigelände unter das Hausrecht des Unipräsidenten fällt, „Kundgebungen" also nicht bei der Polizei angemeldet werden müssen.

Obwohl die Kommilitonin sofort ihre Durchsage unterbrach, bestanden die Bullen darauf, sie auf die Wache mitzunehmen, um ihre Personalien festzustellen. Als daraufhin einige fortschrittliche Kommilitonen protestierten, forderten sie Verstärkung an und rissen unter Einsatz von Tränengas die Kommilitonin hinter dem Büchertisch hervor.

Dieser Bulleneinsatz gegen Megaphonredner stellt etwas Neues an der Uni Hamburg dar. Es ist kein Zufall, daß der Zeitpunkt dieses Einsatzes in den Semesterferien gewählt wurde, wo viele Studenten nicht in Hamburg sind, ebenso ist es kein Zufall, daß die Einsätze gerade am KSV erprobt werden, der sich durch sein provokatorisches Geschrei immer mehr von den Studenten isoliert hat. Dahinter steht die bewußte Taktik, die Studenten langsam an Bulleneinsätze auf Uni-Gelände zu gewöhnen, um die Kriminalisierung der Linken und die Angriffe auf linke Büchertische vorzubereiten. ●

Arbeitsgruppe Studenten, KB/Gruppe Hamburg

Kassel:
Schüler des Zweiten Bildungsweges (ZBW) streiken

Am 12. Februar 76 hat Kultusminister Krollmann den ersten Entwurf einer Rechtsverordnung für Schülervertretungen (SV) nach breiten Protestdemonstrationen und Streikaktionen der Schüler zurückgenommen. Die Verordnung sah vor, daß Infos, Erklärungen sowie Veranstaltungen der SV vom Schulleiter (SL) verboten werden können, wenn sie „drohen, den Schulfrieden zu stören" oder gegen die FDGO gerichtet sind. Diese Punkte sind im neuen Entwurf nicht mehr enthalten. Das ist ein Erfolg des breiten Protestes. Allerdings enthält auch dieser Entwurf einige Verschlechterungen:

Kürzungen der Stundenzahl, die der SV während der Schulzeit zur Verfügung steht, um die Hälfte.

Keine ausreichende Finanzierungsregelung. Für die Oberstufe ist eine SV mit besonderen Rechten geplant, wenn mehr als die Hälfte der Schüler volljährig ist. Damit soll die Spaltung in „mündige" und „unmündige" Schüler verstärkt werden.

Ein weiterer Angriff auf die Rechte der Schüler ist die Rundverfügung des Regierungspräsidenten Abt. 4 in Darmstadt vom 19.1.76. In dieser Verfügung wird den Schülern nochmals das Recht auf Schulstreik abgesprochen und angeordnet, daß der bisher im gesamten Bundesgebiet bestehende Versicherungsschutz für alle Veranstaltungen der SV, bei Schulstreiks und bei Demonstrationen nicht gilt. ●

Ein Genosse des SSB (Schüler) Hamburg

Hessen: Fachhochschüler gegen Prüfungs- und Ausbildungsordnung

Mit Streiks und Demonstrationen forderten am 10. und 11. März die Schüler der hessischen Fachhochschulen für Sozialpädagogik die Rücknahme der neuen Prüfungs- und Ausbildungsordnung nach dem Erlaß des Kultusministers vom März 1975.

Mit der neuen Prüfungsordnung, die mit Beginn des neuen Schuljahrs in Kraft tritt, steht den Fachhochschülern folgendes bevor:

in zwei Studienjahren müssen 97 Klassenarbeiten erbracht werden; das bedeutet jeden zweiten bzw. dritten Tag eine Klausur abzuliefern;

in praktischen Fächern (Werken, Musik, Spielerziehung usw.) müssen auch schriftliche Arbeiten erbracht werden;

die Prüfungsarbeiten erhöhen sich von zwei auf vier.

An den Protestaktionen beteiligten sich u.a. die Schüler der Fachschule für Diakonie und Sozialpädagogik im Hessischen Diakoniezentrum Hephata. Auf einer Vollversammlung hatten sie einen aktiven Streik beschlossen, den zwei Drittel der Schüler unterstützten. Mit einer Flugblattaktion und selbstgeschriebenen Liedern informierten die Schüler die Bevölkerung Treysas über ihre Situation.

In Kassel beteiligte sich das Evangelische Fröbelseminar an den Aktionen. An einer Demonstration gegen die neue Prüfungs- und Ausbildungsordnung in Kassel nahmen gut 250 Schüler teil. Schüler der Fachhochschulen Marburg und Hephata waren auf der Demonstration auch vertreten.

Auf Transparenten forderten die Schüler:

keine Festlegung der Anzahl von Klassenarbeiten;

eine intensivere Auseinandersetzung mit den Lehrinhalten;

Zugangsberechtigung für den Studiengang Sozialwesen ohne Zusatzprüfung. ●

Hessen: Erster Erfolg im Kampf gegen Maulkorbgesetz

Am 4. März traten 270 Schüler des Hessenkollegs und Theodor-Litt-Kollegs, zwei Schulen des Zweiten Bildungsweges (ZBW), erneut in Streik. Ein Tag später schloß sich auch das Abendgymnasium dem Streik an.

Die Schüler des ZBW protestieren gegen die Pläne des Kultusministerkonferenz, den ZBW inhaltlich der gymnasialen Oberstufe anzugleichen. Zusammen mit dem Zentralabitur und Normenbücher bedeutet dies eine weitere Verschlechterung des ZBW, da die besonderen Bedingungen (beruflicher Tätigkeit während der Ausbildung, lange Unterbrechung der Schulausbildung) nicht berücksichtigt werden. In einer Presseerklärung fordert der Kollegrat des Hessenkollegs:

Mitbestimmung der Betroffenen an den Beschlüssen der Kultusministerkonferenz;

Eigenständigkeit des ZBW;

Keine Lehrstellen kürzen;

Keine Einführung der Normenbücher und des Zentralabiturs;

Keine Einschränkung des Streikrechts durch Bafög-Kürzungen;

Freier Zugang zu den Universitäten und Hochschulen. ●

Sympathisantengruppe des KB/Kassel

Portugal-Solidarität



Zwischen dem 15. und 26. März 1976 wird der bekannte portugiesische Volkssänger Jose Afonso in verschiedenen Städten der Bundesrepublik auftreten:

15.3.	Bremerhaven	Freizeitheim Klushof Stresemannstr. 179	19.00 Uhr
16.3.	Bremen	Mehrzweckhochhaus der Universität, Senatssaal	18.30 Uhr
18.3.	Lüneburg	AKJZ-Keller Katzenstr. 1	18.00 Uhr
19.3.	West-Berlin	Gesellschaftshaus Neukölln, **U-Bahn** Karl-Marx-Str.	19.00 Uhr
22.3.	Hannover	Freizeitheim Linden	19.00 Uhr
24.3.	Frankfurt	Bürgerhaus/Nordweststadt	19.30 Uhr
26.3.	Karlsruhe	– Ort und Zeit wird örtlich bekanntgegeben –	

Veranstaltungsreihe

Inhalt

